

# Historische Studien //

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 278 ==

---

## Der Alldeutsche Verband 1890—1918

Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen  
Meinung in Deutschland in den Jahren vor  
und während des Weltkrieges

Von

**Dr. Lothar Werner**

---

Verlag Dr. Emil Ebering  
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom  
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.  
Vaduz  
1965

Reprinted from a copy in the collections of  
The New York Public Library

Printed in the United States of America

## Meinen Eltern





## Vorwort.

Die Macht des Schlagwortes im politischen Kampf ist bekannt. Über die alltäglichen Auseinandersetzungen der Parteilgruppen hinaus spüren wir sein Wirken in den großen Ereignissen der Weltpolitik. Die öffentliche Meinung der Völker unterliegt seinem Einfluß, und Staatsmänner bedienen sich seiner Hilfe.

So ist auch das Wort von einer „alldeutschen Gefahr“, die den Frieden der Welt und die Sicherheit der Völker bedrohe, weithin gedrungen. Um die Jahrhundertwende ist es entstanden, in den Jahren des Weltkrieges übte es seine Kraft im Dienste der deutschfeindlichen Mächte am stärksten aus und ist noch nicht verklungen, obwohl die Waffen wieder ruhen. Der Inhalt des Begriffes blieb in allen Jahren unklar. Das natürliche Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Glieder des weitverstreuten deutschen Volkes, die Äußerungen kraftvollen Willens einer emporstrebenden Nation wurden gleichgestellt mit chauvinistischen und imperialistischen Bestrebungen, wurden vereinigt mit phantastischen Gedankengängen im deutschen Volke unbekannter oder gar anonym schreibender Zukunftsdeuter. All diese „alldeutschen“ Stimmen galten in der Welt aber als die maßgebenden Kräfte der deutschen öffentlichen Meinung — beauftragt und gefördert von den deutschen Regierungsgewalten. Und in der Begründung des Schuldspruches von Versailles wird dem ganzen deutschen Volk die Billigung einer Politik zum Vorwurf gemacht, die — ohne daß der Name an dieser Stelle genannt ist — jener allgemeinen Anschauung vom „Alldeutschtum“ entspricht.

Im innerpolitischen Leben des deutschen Volkes waren die Äußerungen über die alldeutsche Bewegung nicht minder unklar. Begrüßt als Erwecker und Förderer eines stolzen deutschen Nationalbewußtseins, verlacht als Utopisten, verfemt als Schwarzseher und ewige Mahner, bekämpft schließlich im Weltkrieg als Kriegshetzer und Kriegsverlängerer finden wir sie im Urteil der Öffentlichkeit. Die einen sahen in ihnen — gleich den Stimmen des Auslandes — die tragenden Kräfte der deutschen Vorkriegs- und Kriegspolitik, während andere sie als einflußlose politische Dilettanten hinstellten. Es überwogen die Ansichten, die auf jeden Fall ihr Wirken für der deutschen Politik abträglich und gefährlich hielten.

Unsere Aufgabe soll es nun sein zu versuchen, an Hand der Quellen ein getreues und umfassendes Bild von dem Wesen, dem Wollen und Wirken der Alldeutschen zu entwerfen, wobei wir uns auf jene Vereinigung beschränken, die der Bewegung ihren Namen gab und als ihr eigentlicher Träger anzusehen ist. Um zu einer gerechten Wertung zu kommen, müssen wir uns dabei stets die gesamtpolitische Entwicklung in Deutschland von der Reichsgründung bis zum Weltkrieg vor Augen halten, denn nur aus der Geschichte dieses Zeitabschnittes heraus ist das Entstehen, ist die Zielsetzung, ist Kampf und Schicksal des Alldeutschen Verbandes zu verstehen.

Das Wirken der Alldeutschen in der Nachkriegszeit soll außerhalb dieser Betrachtung bleiben. Nur das sei an dieser Stelle gesagt: Manche Forderung der alldeutschen Bewegung, der wir in der folgenden Schilderung begegnen, ist heute Wirklichkeit geworden, so das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins und das Empfinden der Schicksalsverbundenheit aller Deutschen in der Welt. Aber es waren nicht die Alldeutschen, die ihnen zum Durchbruch verhalfen — abseits vom Alldeutschen Verband und von seinen Anhängern vielfach unverstanden und sogar bekämpft hat das junge Deutschland aus dem Erleben von Krieg und Nachkrieg diese Gedanken neu gefunden und zum Sieg geführt. Andere alldeutsche Anschauungen, die deutlich Züge des bürgerlich-liberalen Nationalismus des Zeitalters Kaiser Wilhelms II. tragen, haben mit dem Ende jener Epoche ihre Wirksamkeit verloren. Die nationalen Bestrebungen des natio-

nalsozialistischen Reiches sind anderer Art, mag es sich um die Stellung zu den Minderheiten oder um das Verhältnis zu anderen Nationen und zur Weltpolitik überhaupt handeln.

Ist es notwendig, diese Kluft zwischen „Allddeutschum“ und Nationalsozialismus (die in anderen Fragen noch schärfer hervortritt) klar zu betonen, so scheint doch gerade heute auch die Zeit gekommen, dem verzerrten Bild der alldutschen Bewegung eine historische Darstellung und Würdigung entgegenzusetzen.

Nach Abschluß der vorliegenden Arbeit ist es mir ein Bedürfnis, auch an dieser Stelle meinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Georg Mentz in Jena, herzlichen Dank für seine Anteilnahme an ihrem Entstehen auszusprechen.

Lothar Werner





## Inhalt:

|                                       | Seite |
|---------------------------------------|-------|
| Einleitung: Zwischen zwei Zeitaltern. | 13    |

### 1. Teil.

#### 1. Kapitel: Die äußere Entwicklung des Alldeutschen Verbandes.

|  |    |
|--|----|
| § 1 Die deutsche Kolonialbewegung und der Allgemeine deutsche Verband von 1886               | 24 |
| § 2 Vom Sansibarvertrag bis zur Gründung des neuen Allgemeinen Deutschen Verbandes           | 27 |
| § 3 Der Allgemeine Deutsche Verband (1891—1894)  | 31 |
| § 4 Der Alldeutsche Verband unter Hasse (1894—1908)  | 34 |
| § 5 Der Alldeutsche Verband unter Claß von 1908 bis zur „Bamberger Erklärung“ (Februar 1919) | 38 |

#### 2. Kapitel: Die Zielsetzung des Alldeutschen Verbandes.

|   |    |
|---|----|
| § 1 Die satzungsmäßige Festlegung der Ziele | 44 |
| § 2 Weckung und Pflege des Nationalgefühls  | 49 |
| § 3 Bekenntnis zum Nationalstaat?           | 53 |
| § 4 Eintreten für eine deutsche Weltpolitik | 57 |

#### 3. Kapitel: Die Organisation des Alldeutschen Verbandes.

|   |    |
|---|----|
| § 1 Der Mitgliederkreis                 | 61 |
| § 2 Der Aufbau der Organisation         | 66 |
| § 3 Die Arbeitsweise                    | 68 |
| § 4 Das Schrifttum                      | 75 |
| § 5 Die Finanzierung der Verbandsarbeit | 78 |

2. Teil.

|  |     |
|--|-----|
| <b>1. Kapitel: Die Stellungnahme des Alldeutschen Verbandes zur Rassenfrage, zur Kultur-, Innen- und Wirtschaftspolitik.</b> |     |
| § 1 Die Rassenfrage  | 82  |
| § 2 Kultur- und Erziehungspolitik  | 86  |
| § 3 Innere Politik   | 91  |
| § 4 Wirtschafts- und Sozialpolitik   | 94  |
| <b>2. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und der Kampf um das Deutschtum in den Grenzmarken.</b>                               |     |
| § 1 Die Polenfrage   | 98  |
| § 2 Nordschleswig  | 106 |
| § 3 Elsaß-Lothringen   | 108 |
| <b>3. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und das Deutschtum im Ausland.</b>  |     |
| § 1 Das Deutschtum in der Fremde   | 113 |
| § 2 Die geschlossenen deutschen Volkssiedlungen jenseits der West- und Ostgrenze des Reiches                                 | 120 |
| § 3 Das Deutschtum in Oesterreich und Ungarn   | 124 |
| <b>4. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und die deutsche Weltpolitik.</b>   |     |
| § 1 „Mitteleuropa“- und „Berlin-Bagdad“-Pläne  | 132 |
| § 2 Deutsche Kolonialpolitik   | 135 |
| § 3 Die Burenfrage   | 142 |
| § 4 Marokko  | 146 |
| <b>5. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und die wehrpolitischen Voraussetzungen der deutschen Außenpolitik.</b>               |     |
| § 1 Pflege des Wehrgeistes   | 152 |
| § 2 Verstärkung des Heeres   | 154 |
| § 3 Ausbau der Flotte  | 159 |
| <b>6. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und die Führung der Reichspolitik 1890—1914.</b>                                      |     |
| § 1 Öffentliche Meinung und Regierung  | 166 |
| § 2 Bismarck — Caprivi — Hohenlohe   | 171 |
| § 3 Bülow  | 178 |
| § 4 Kaiser Wilhelm II.   | 186 |
| § 5 Auf dem Wege zum Weltkrieg   | 189 |



3. Teil.

1. Kapitel: Alldeutsche Betrachtungen zum Weltkrieg 1914—1918.

|  |     |
|--|-----|
| § 1 Von Serajewo bis zur Mobilmachung                                  | 197 |
| § 2 Im ersten Kriegsjahr   | 201 |
| § 3 Im zweiten und dritten Kriegsjahr                                  | 207 |
| § 4 Von den Friedensschlüssen im Osten bis zum Ausgang des Weltkrieges | 214 |

2. Kapitel: Die Alldeutschen und die Kriegszielfrage.

|  |     |
|--|-----|
| § 1 Die Begründung der Kriegszielbewegung                      | 223 |
| § 2 Das alldeutsche Kriegsziel                                 | 229 |
| § 3 Der innerdeutsche Kampf um „Sieg“- oder „Verzicht“-Frieden | 235 |

3. Kapitel: Der Alldeutsche Verband und die deutsche Innenpolitik vom Kriegsbeginn bis zum Umsturz.

|   |     |
|---|-----|
| § 1 Die politische Entwicklung in den Grenzmarken   | 241 |
| § 2 Die Verfassungsfrage im Reich und in Preußen  | 246 |
| § 3 Die Regierungen der Kriegsjahre von Bethmann-Hollweg bis zum Prinzen Max von Baden in alldeutschem Urteil | 256 |
| Ausklang: Aufgabe und Erfüllung.  | 278 |



## Einleitung.

### *Zwischen zwei Zeitaltern.*

Über Königgrätz und Sedan hatte Bismark den Weg nach Versailles geführt. Anders als die deutschen Patrioten es erträumt, war das neue Reich erstanden. Während die Vertreter des Volkes uneins waren, ob eine großdeutsche oder kleindeutsche Lösung der deutschen Frage zu erstreben sei und als Voraussetzung für einen Zusammenschluß die Gewährung einer liberalen Verfassung ansahen, hatte der preußische Junker, der Ministerpräsident der Konfliktszeit, die Erfüllung ihres Wunsches auf seine Art gebracht. Mit harter Hand wurden die Deutschen Österreichs aus dem Neubau des Reiches ausgeschlossen. Das Schicksal der Schweiz und der Niederlande stand wieder drohend vor einem großen Glied des deutschen Volkskörpers. Die Hoffnungen auf ein alle deutschen Stämme einendes Reich mußten hinter den harten Notwendigkeiten des preußisch-deutschen Staates Bismarcks zurücktreten.

Das liberale Bürgertum hat das unvergängliche Verdienst, im deutschen Volk all die Gedanken geweckt und gepflegt zu haben, die dem Handeln des großen Kanzlers den Weg bereiteten. Von den Freiheitskriegen über die Paulskirche zum Deutschen Nationalverein finden wir es als Kündler deutschen Freiheits- und Einheitssehnsens. Heinrich von Treitschke betont, daß „jede neue politische Idee, welche dies Jahrhundert umgestaltet“ von den Liberalen ausgegangen sei, „sie waren die einzig geistig produktive Partei“. Allein dem Bürgertum fehlte die Kraft, aus romantischen Träumen und dem engen Blickfeld starrer Glaubenssätze zum erfolgreichen politischen Handeln vorzuschreiten. „Sie (die Liberalen) vergaßen den lebendigen Inhalt des Staates über seiner Form, die welthistorischen Aufgaben unserer auswärtigen Politik über einem mit ehrenwerter

Ausdauer geführten Rechtsstreit, sie suchten die Unerreichbarkeit ihrer Forderungen dadurch zu verbergen, daß sie dieselben noch höher spannten“.<sup>1</sup> Anders Otto von Bismarck, der legitimistischen Gedankengängen konservativer Kreise ebenso fern stand wie den nationalen und liberalen Anschauungen des Bürgertums. „Bismarcks einzigartige Bedeutung liegt darin, daß er von Jugend auf den Blick für staatliche Macht und Größe hat und stets die Augen über die innerpolitischen Gegensätze hinweg auf die Fragen der Außenpolitik richtet. Für ihn steht der Staat im Mittelpunkt seines Denkens“.<sup>2</sup> Bismarck vertrat allen Gefühlsregungen gegenüber, von denen sich das Bürgertum so leicht bestimmen ließ, den Standpunkt der „eiskalten Staatsraison“.<sup>3</sup> Nur wenige Liberale hatten die Berechtigung und Notwendigkeit seines Handelns erkannt und ihm auf dem Wege zum Reich Gefolgschaft geleistet — die große Mehrzahl des Bürgertums stand abseits.

Der Jubel der Siegesfeste und die Freude über die wiedererstandene Kaiserherrlichkeit und die Rückkehr von Elsaß und Lothringen zum Reich klangen im ganzen Volk in dem stolzen Bewußtsein zusammen: Deutsche zu sein. Mächtig erwachte in den Deutschen jenseits der Grenzen und über See das Gefühl der Gemeinsamkeit mit den Deutschen im Reich. Bismarck wurde der gefeierte Held des ganzen deutschen Volkes. In seiner Staatsauffassung blieb er auch weiter von ihm getrennt. „Es ist das Verhängnis des Bismarckschen Reiches geworden, daß der Kanzler mit der verzehrenden Gewalt seiner Staatsgesinnung auch nach 1871 in seinem Volke allein stand, daß auch weiterhin die große Mehrzahl der Deutschen in der Nation vor allem die Kultur- und nicht die Staatsgemeinschaft sahen und den Staat auch ferner ihren parteidogmatischen und letztthin unpolitischen Idealen zu unterjochen suchten“.<sup>4</sup>

Die Reichsgründung hatte der Sehnsucht zweier Generationen Erfüllung gebracht. Jetzt begann eine Zeit, die „gleich-

---

1. Treitschke, Zehn Jahre deutscher Kämpfe, S. 149.

2. Franz, Bismarcks Nationalgefühl, S. 123.

3. Ziekursch, Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, II, S. 109.

4. Franz, a. a. O., S. 123.

sam zwischen zwei Zeitaltern“ lag, in der die Ideale des vorhergehenden Geschlechtes langsam verblaßten und neue Ideale noch im Schoße der Zukunft ruhten.<sup>5</sup> Der vaterländisch und freiheitlich zugleich gesinnte Teil des deutschen Bürgertums sammelte sich in der nationalliberalen Partei, die bei der Wahl zum ersten deutschen Reichstag die höchste Stimmenzahl auf sich vereinte. Sie wollte die Außenpolitik der Regierung unterstützen und beim inneren Ausbau des Reiches ihre liberalen und unitarischen Gedanken zur Geltung bringen, daneben die wirtschaftlichen Interessen der Schicht von „Bildung und Besitz“ vertreten. Der Übergang Bismarcks zur Schutzzollpolitik am Ende der 70er Jahre löste ihr Verhältnis zum Kanzler, führte aber auch den Verfall der Partei herbei. Neben ihr bekannte sich nur die freikonservative Reichspartei zur Bismarckischen Politik. Die Altkonservativen waren in den ersten Jahren abseits geblieben, in der Sorge vor einer allzu zentralistischen Ausgestaltung des Reiches und damit einer Schwächung der alten Stellung Preußens. Unentwegt beharrte in ihren liberal-demokratischen Anschauungen die fortschrittlich-freisinnige Partei Eugen Richters. Erbitterte Gegner des Bismarckstaates waren die partikularistischen Gruppen, voran die Welfen, und an den Grenzen des Reiches die Polen, die Dänen und reichsländischen Protestler. Außerhalb der alten Scheidung nach konservativer und liberaler Weltanschauung wuchsen die beiden großen, von überstaatlichen geistigen oder wirtschaftlichen Ideen beherrschten Parteien empor: das Zentrum unter Führung des Welfen Windthorst und die Sozialdemokratie, seit ihrer Einigung in Gotha ganz vom Marxismus beeinflusst. Stärker als vorher traten in allen politischen Gruppen wirtschaftliche Gesichtspunkte hervor und verschärften die Gegensätze. In stetem Kampf mit den Widerständen der Parteien führte der Kanzler die innere Ausgestaltung seines Werkes fort, wurden Heer und Flotte zur Sicherung des Errungenen ausgebaut und versucht, dem Reich durch eine geeignete Finanzgesetzgebung die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Das unerwartete Versagen der Volksvertretung, die nicht wie Bismarck stets die Forderungen

---

5. Spahn, Bismarck, S. 237.

des Staates über die Einzelinteressen der Parteien stellte, zwang ihn, dabei unbedingt an den Rechten der Staatsgewalt festzuhalten. „Da er die politische Unreife seiner Volksgenossen deutlich erkannte, konnte er auch weiterhin das Schwergewicht des Reiches nicht in den Reichstag legen und damit die freie Volksgemeinschaft zum Träger und Gestalter des nationalen Gedankens erheben. Er verhinderte aber dadurch zugleich, daß in dem deutschen Volke das Gefühl aufkam, mitbestimmend an der Regierung des Reiches beteiligt zu sein, und drängte weite Kreise in eine dem Reiche feindliche Haltung“.<sup>6</sup>

Die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 hatten die politische Kräfteverteilung in Europa völlig geändert. Das deutsche Reich war nicht mehr der Spielball fremder Mächte und diente nicht mehr dem Ausgleich ihrer Reibungen. „Die bisherige Elastizität des europäischen Staatensystems war plötzlich verlorengegangen“.<sup>7</sup> Überall herrschte die Furcht, daß die deutschen Waffen weitere Erfolge suchen und den deutschen Nationalstaat durch Angliederung der fremdstaatlichen deutschen Völkerschaften im Osten, Westen und Süden vollenden würden. Bismarck jedoch sah seine ganze Aufgabe darin, das Erreichte zu festigen und gegen neue Bedrohung zu sichern, eine weitere Ausdehnung der deutschen Grenzen lag ihm fern. „Nichts als das Recht der Selbstbestimmung forderte des Reiches Kanzler für seine Schöpfung . . . gleichberechtigt mit den großen Mächten ihre Bahn zu ziehen, frei zu atmen als große Nation unter den Völkern der Erde. Dies war das Ziel, das er seinem Volke gesteckt hatte“.<sup>8</sup> Die Lage des Reiches inmitten der Großmächte erzeugte ständige Spannungen, und die Gefahr feindlicher Koalitionen verursachte Bismarck „böse Träume“.<sup>9</sup> In Frankreich herrschte seit der Niederlage der Gedanke der Revanche und die Hoffnung auf Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen; kein Opfer erschien den Franzosen zu groß, alle großen kolonialen Pläne mußten zurücktreten hinter dem eigentlichen Ziel — der

---

6. Franz, a. a. O., S. 123.

7. Ziekursch, a. a. O., II, S. 4.

8. Lenz, Deutschland im Kreis d. Großmächte 1871—1914, S. 25.

9. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen, Kap. 29, 2.



Wiederherstellung ihrer europäischen Machtstellung. Im russischen Volk und bei den slavischen Balkanvölkern griff die pan-slavistische Bewegung um sich, der Glaube an eine Weltmission des Slaventums, und einer ihrer Führer, Danilewskij kündete an, daß es zur Herbeiführung des slavischen Zeitalters zu einem furchtbaren Ringen zwischen dem Slaventum und dem romanisch-germanischen Völkerkreis kommen werde.<sup>10</sup> In England leitete das Ministerium Disraeli das Zeitalter des Imperialismus ein, das Streben, einen immer größeren Teil der Erde unter englische Herrschaft zu bringen. Gehemmt in ihren europäischen Plänen wandten sich auch Frankreich und Rußland nach Afrika und Asien und erweiterten dort ihr Einflußgebiet. Am Horizont der politischen Welt aber stiegen zwei neue Großmächte empor: die Vereinigten Staaten von Nordamerika und das japanische Reich und kündeten die neue Zeit an, die nicht mehr von der Politik der kleinen und kleinsten europäischen Staaten, sondern von den Auseinandersetzungen der Weltmächte bestimmt werden sollte. Das Deutsche Reich stand den Bestrebungen der anderen Mächte fern. Bismarck sah bei ihrer kolonialen Ausbreitung ebenso wie bei ihren Auseinandersetzungen über die orientalische Frage nur darauf, daß der Friede und damit das Gleichgewicht zwischen den Großmächten gewahrt, aber auch Gegensätze erhalten blieben, die die Mächte an einem Zusammengehen gegen Deutschland hinderten. Dem gleichen Ziele diente das kunstvolle Bündnissystem des Kanzlers, auf das man ein Wort Treitschkes über Bismarcks innere Politik anwenden kann: „Er war in seiner Kühnheit immer leicht bereit, in verworrene, unklare Verhältnisse sich einzulassen, die nur seine geniale Kraft, doch nicht ein schwächerer Nachfolger beherrschen kann“.<sup>11</sup>

Einsam war Bismarck den Weg seiner Außenpolitik vor 1871 gegangen und von Erfolg zu Erfolg geschritten. Er gab auch im neuen Reich dem Parlament und den Parteien keinen Einfluß auf sie. „So züchtete das konstitutionelle Regiment in Deutschland Abgeordnete heran, die von der Außenpolitik nicht das mindeste verstanden und sie daher auch nicht in Rechnung stellten, sich

---

10. Ziekursch, a. a. O., II, S. 18.

11. Treitschke, a. a. O., S. 350.

nur mit innerpolitischen Fragen beschäftigten und peinlich berührt wurden, wenn ihre finanzpolitischen und wirtschaftspolitischen Berechnungen durch die Sphinx der Außenpolitik gestört wurden“.<sup>12</sup> Wie seine Vertreter stand das Bürgertum den neuen außenpolitischen Fragen ohne rechte Anteilnahme gegenüber. Soweit die öffentliche Meinung sich mit ihnen befaßte, ließ sie sich zumeist von innerpolitischen Neigungen und Abneigungen bestimmen: die Konservativen hielten zu Rußland, das von den Sozialdemokraten bis hinüber zu den Liberalen als Hort der Reaktion verabscheut wurde; diese Gruppen blickten nach den Demokratien des Westens, während die Klerikalen die Partei der katholischen Habsburg-Monarchie ergriffen. Wie ganz entgegengesetzt war dieses unpolitische Denken den Anschauungen des Kanzlers! Dem Bürgertum fehlte seit der Reichsgründung ein großes Zukunftsziel. „Der überraschende Gang der Ereignisse im Jahre 1866 hatte in einem großen Teile des deutschen Volkes das Gefühl der eigenen Unzulänglichkeit für die Beurteilung der Außenpolitik und ein schrankenloses Vertrauen zur Führung Bismarcks geweckt.“<sup>13</sup> Es sah, wie der Führer der deutschen Politik zum einflußreichsten Staatsmann in Europa wurde, und es glaubte in seiner Hand die Zukunft des Reiches gesichert. Der Übergang Deutschlands zur Weltpolitik mit ihren neuen Aufgaben und Gefahren, die auch weitere Kreise wieder am politischen Geschehen Anteil nehmen ließen, setzt erst ganz allmählich ein. Zunächst wurde das deutsche Volk stärker als von nationalen Sorgen durch die näherliegenden Fragen der großen wirtschaftlichen Umwälzungen in Anspruch genommen.

Die Einigung der deutschen Staaten im Zollverein hatte einen allgemeinen Aufschwung des Wirtschaftslebens im Gefolge gehabt, die Gründung des Reiches gab nun dem wirtschaftlichen Zusammenschluß die dauernde Sicherung. Einheitliche Münze, Maß und Gewicht, einheitliches Recht und Schutz nach außen — die ganzen Verhältnisse eines Großstaates boten die Grundlage zu neuem Aufstieg. Die Maschine verdrängte das Handwerk, der Verkehr erschloß dem Handel neue Wege, die Börse blühte empor: das

---

12. Ziekursch, a. a. O., II S. 293.

13. Ziekursch, a. a. O., II, S. 292.

Zeitalter der kapitalistischen Wirtschaftsform begann in Deutschland, der Übergang vom Agrarstaat zum Industrie- und Handelsstaat vollzog sich. Die französischen Milliarden, die als Kriegsschädigung ins Land gekommen und nicht in den Händen des Staates geblieben waren, beschleunigten die Industrialisierung. Die herrschende liberale Wirtschaftsauffassung begünstigte diese Entwicklung, in gleicher Weise aber auch die verhängnisvollen Folgen ihrer Übereilung. Die Möglichkeit, schnell zu Wohlstand zu kommen, unterwühlte das sittliche Bewußtsein — eine Entwicklung, die ihren Höhepunkt in der „Gründerzeit“ fand. Auf der einen Seite breitete sich, oft unehrlich erworbener, Reichtum aus, ihm gegenüber formte sich die große Masse eines der heimischen Scholle entwurzelten, besitzlosen Proletariats. Es wurde durch die hohen Löhne in die Städte zusammengezogen und das eigentliche Opfer der bald beginnenden schweren Wirtschaftskrise. Die Schutzzollpolitik seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre rief eine neue Blüte der Wirtschaft hervor, zeitigte aber daneben ein gewaltiges Anwachsen des Auswandererstromes, der wertvolles deutsches Blut — dem deutschen Vaterland zumeist für immer verloren — über den Ozean führte. Schutz wurde jetzt auch der bedrängten Landwirtschaft. Die größte Gefahr für die Zukunft des deutschen Volkes konnte er jedoch nicht bannen: den Zug, der unaufhörlich von Osten nach Westen ging, der das Land seiner Arbeiterschaft und des Bauernnachwuchses beraubte und die Großstädte mit den Mietshäusern und geistigen und leiblichen Schädigungen der Volkskraft emporwachsen ließ. Die größte Tat des deutschen Mittelalters, die Kolonisation des deutschen Ostens, kam in Gefahr, und in die verlassenen Stellen rückte der slavische Pole nach.

Verhängnisvoll wurde für das deutsche Volk, daß unter dem Zeichen eines ungehemmten Wirtschafts-Liberalismus alle Schichten von materialistischem Denken erfüllt wurden. Das rücksichtslose Streben nach Gewinn und auf der anderen Seite der Kampf gegen bittere Not hatte die Erinnerung an die gemeinsam erlebten Tage des Sieges und das Hochgefühl der ersten Zeit des jungen Reiches verdrängt. Der erwartete Aufschwung des geistigen Lebens nach der deutschen Einigung blieb aus. Eine allgemeine Verflachung griff um sich, und fremde Einflüsse in Kunst und

Literatur nahmen überhand. Auch die Seele des deutschen Volkes war vom Materialismus vergiftet; an Stelle einer neuen Blüte deutscher Kultur trat die Vorherrschaft unvölkischer Zivilisation. „Die Deutschen von ehemals hatten ein Deutsches Reich nur in ihren Träumen, aber sich selber, ihre Sitten und Gebräuche, ihr Sprechen, Denken und Empfinden, ihr Behagen und ihre Neigungen besaßen sie sicherer als wir. Wir dagegen haben zwar ein deutsches Reich gewonnen, aber unser Deutschsein im geistigen und edeln Begriffe des Wortes beginnen wir zu verlieren“, konnte ein Kämpfer für deutsche Art klagen.<sup>14</sup> Der Kulturkampf mit seinen unerfreulichen Erscheinungen riß die alte Wunde der Glaubensspaltung wieder auf, sein erfolgloser Ausgang enttäuschte das nationale Bürgertum. Die Hoffnungen, durch den Sieg über Rom zu einer deutschen Nationalkirche zu gelangen, blieben unerfüllt. Das Emporkommen der Sozialdemokratie endlich mit ihrer politischen, wirtschaftlichen und geistigen Zielsetzung erzeugte eine neue Spaltung im gemeinsamen Denken und Fühlen der Nation.

In den ersten deutschen Reichstag hatte ein sächsischer Wahlkreis August Bebel entsandt, 124000 Stimmen waren der Sozialdemokratie zugefallen; am Ende der Kanzlerschaft Bismarcks erreichte sie mit über 1,4 Millionen Stimmen die Spitze aller Parteien. Das liberale Bürgertum hatte das Emporkommen einer deutschen Arbeiterbewegung, die das beginnende Maschinenzeitalter auslöste, unbeachtet gelassen. Vergeblich hatte Lassalle versucht, der Arbeiterschaft Anschluß an die vaterländischen Bestrebungen des Bürgertums zu gewinnen, er war zurückgewiesen worden. „Sieg des nationalen Gedankens, Herstellung der nationalen Einheit in Gestalt eines deutschen Reiches, das wollte man, das war auch ein wirkliches, aufrichtiges Ideal, aber niemand dachte daran, den Weg zu suchen, um auch in den Seelen der dienenden Massen den Funken dieses Ideals zu entzünden“.<sup>15</sup> Dem Sehnen des „vierten Standes“, als gleichwertes Glied des Volksganzen angesehen zu werden, stand der Liberalismus verständnislos gegenüber. So wurden die deutschen Arbeiter dem nationalen Gedanken entfremdet, und in ihre Herzen drang die Lehre von

---

14. Lange, Reines Deutschtum, S. 73.

15. Reventlow, Deutscher Sozialismus, S. 82.



Karl Marx, daß die Gesellschaft nicht in Volksgemeinschaften zerfalle, sondern „in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüber stehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat“. Sie hörten gläubig die Worte „die Arbeiter haben kein Vaterland“ und den Ruf „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“<sup>16</sup> Allen Forderungen des Staates — des „Feindes der Arbeiterschaft“, des „Dieners der ausbeutenden Schicht“ — stand die Sozialdemokratie ablehnend gegenüber; nicht dem Vaterland, nur der Klasse wollte sie dienen. Vergeblich versuchte Bismarck, die Gefahr für die Zukunft des Reiches durch das Sozialistengesetz zu bannen, die Arbeiterschaft hielt fest an ihrem neuen Glauben. Der schlimmsten materiellen Not und Unsicherheit des Arbeiters in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung suchte der Kanzler durch seine großangelegte Sozialgesetzgebung abzuwenden; sie vermochte es nicht, die Arbeiterschaft dem Staate zurückzugewinnen — die seelische Kluft wurde nicht überwunden.

Fürst Bismarck hatte die Einheit des Reiches geschaffen, hatte den Neubau im Inneren ausgestaltet und nach außen gegen drohende Stürme zu sichern gesucht; hinter ihm aber stand sein Volk, zerspalten in die Kämpfe der Parteien, Konfessionen und Klassen. Ihre Überwindung allein hätte dem Werke des Kanzlers Dauer verleihen können. Kein Streben nach Einheit und Freiheit erfüllte mehr die breite Masse des Volkes, keine gemeinsame Aufgabe band mehr die Kräfte der Nation. Die einen lohten dem Gründer des Reiches mit bitterem Haß, die anderen blickten mit Bewunderung auf die überragende Größe dieser Persönlichkeit und glaubten kritiklos ihrem Weg folgen zu müssen, die dritten aber wandten sich von jeder Anteilnahme an den politischen Geschicken des Volkes hinweg den eigenen kleinen Sorgen zu. Es fehlte dem Deutschen Reich eine öffentliche Meinung, die von wahrer Vaterlandsliebe erfüllt, nicht nur eine der Regierung genehme Stimme bildete, sondern wirklich den Ausdruck des Volksempfindens wiedergab und die Voraussetzung bildete für ein erfolgreiches Fortschreiten der deutschen Entwicklung. „Während von 1830 bis 1848 die überwältigende Mehrheit der an den Geschicken des Vaterlandes Anteil Nehmenden das wünschte, was

---

16. Marx Engels, Das Kommunistische Manifest.

1866 bis 1871 ausgeführt worden ist, gibt es jetzt eine solche Mehrheit für Nichts, ja es steht nicht einmal in Aussicht, daß es sobald eine solche für irgend Etwas geben werde. Ist aber eine öffentliche Meinung im guten Sinne dieses Ausdrucks nicht da, so kann weder ein Kanzler in ihrem Auftrage regieren, noch eine Linke in ihrem Auftrage kritisieren: ein derartiger Auftrag aber ist für Jeden erforderlich, der einen äußerlichen Erfolg erreichen will . . . Es ergibt sich aus dieser Lage der Dinge die Pflicht, eine — diesen Ausdruck abermals im guten Sinne verstanden — neue öffentliche Meinung zu bilden, welche auch ihrerseits den Mann finden muß, der sie in Taten umsetzt, sowie sie selbst mächtig genug geworden sein wird, einen solchen Mann zu erzwingen, zu bevollmächtigen, zu stärken“, schreibt Paul de Lagarde in der Vorrede zum zweiten Bande seiner „Deutschen Schriften“, mit denen er den Versuch machen wollte, zur Bildung einer solchen Meinung beizutragen.<sup>17</sup> Neben ihm standen andere Männer auf, die dem Volke neue Ziele aufzeigten, in deren Richtung die künftige deutsche Entwicklung gehen sollte, Ziele, zu deren Erringung sich eine Einheitsfront aller Gut-Denkenden bilden könnte und die es vermöchten, die Nation aus der drohenden Erstarrung zu neuem Vorwärtsschreiten zu führen. Sie wußten, daß auch im Leben der Völker Stillstand schon Rückschritt sei. Gemeinsam war ihnen die Erkenntnis, daß die Entwicklung des deutschen Volkes noch nicht abgeschlossen sein dürfte, daß die Reichsgründung nicht ein Ende, sondern den Anfang einer neuen Zukunft bedeuten müsse. Gemeinsam war ihnen das Bedürfnis, an einer Erweckung deutschen Nationalbewußtseins mitzuarbeiten, dem Deutschgedanken auf allen Gebieten staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zum Durchbruch zu verhelfen und ihn zu vertiefen. Gemeinsam war ihnen die Sorge, wie dem wachsenden Körper des Volkes und seiner sich steigernden Wirtschaftsentwicklung der notwendige Lebensraum gesichert bleibe oder neu erworben werde. Im einzelnen gingen ihre Anschauungen und Pläne dabei wohl auseinander. Heinrich von Treitschke kam aus dem national-liberalen Kreise, Paul de Lagarde war der Kündler einer neuen konservativen Gesinnung. Treitschke, Friedrich Lange — der Schrift-

---

17. Lagarde, Deutsche Schriften, S. 82.



leiter der „Täglichen Rundschau“ — und der junge tatenfrohe Karl Peters dachten an eine Ausdehnung in Übersee; der großdeutsch-gesinnte Konstantin Frantz und Lagarde nahmen die Pläne Friedrich Lists auf, der das deutsche Volk an seine alte Kulturaufgabe der Besiedlung des Ostens und Südostens erinnerte; Hofprediger Stöcker, Theodor Fritsch und Langbehn, der „Rembrandt-deutsche“ sorgten vor allem darum, daß das deutsche Volk auch körperlich und seelisch den kommenden großen Aufgaben gewachsen bleibe. Die Jugend des Volkes aber suchte am Ausgang der Bismarckzeit der „Wandervogel“ in seinen Reihen zu sammeln und aus der Oede der herrschenden Zivilisation zu den Quellen des Volkstums zurückzuführen. Die akademische Jugend pflegte wie einst in ihren Korporationen den vaterländischen Gedanken. — Vorerst waren es nur einzelne Stimmen, die so mahnend und zukunftsweisend aus dem Volke kamen. Für unsere Betrachtung sind sie von besonderer Wichtigkeit, da diese Männer es waren, aus deren geistigem Kreis die späteren Führer der alldeutschen Bewegung hervorgingen.

## Erster Teil.

### Erstes Kapitel:

#### *Die äußere Entwicklung des Alldeutschen Verbandes.*

##### § 1.

Seit der Entdeckung des Kongobeckens durch Stanley und ihre Auswertung durch den König Leopold von Belgien setzte in Europa allenthalben ein verstärkter Drang nach Ausdehnung in die unkultivierten Gebiete ein, zumal das gesteigerte Wirtschaftsleben ein Betätigungsfeld brauchte. Bismarck stand einer Teilnahme des Deutschen Reiches an diesen Bestrebungen lange ablehnend gegenüber; er mußte Rücksicht nehmen auf die ständig gefährdete Lage seines Landes in der Mitte Europas, die ihn zwang, Gegensätze mit den anderen Kolonialmächten zu vermeiden, solange die Stellung des Reiches nicht genügend gefestigt war. In Teilen des deutschen Bürgertums hatten dagegen koloniale Pläne Anklang gefunden. Man wollte vor allem versuchen, den starken Strom der deutschen Auswanderung von Nordamerika nach weniger besiedelten Gebieten abzulenken, in denen die Erhaltung deutscher Art und Sprache stärker gesichert war. Außerdem erwartete man von regen Handelsbeziehungen mit diesen Siedlungen große wirtschaftliche Vorteile für das deutsche Mutterland, wie sie anderen Völkern ihr Kolonialbesitz brachte. So konnte vielleicht die Auswanderung aus einem Verlust zu einem Gewinn für die Zukunft des deutschen Volkes gestaltet werden. Diese Gedanken vertrat der 1878 in Berlin gegründete „Zentralverein für Handelsgeographie und Förderung deutscher Interessen“, dem bald ähnliche Vereinigungen in Leipzig und Düsseldorf folgten. X

Den ersten Anstoß zu einem Eingreifen Bismarcks bot 1879 die Gefahr, daß wertvoller Besitz eines Hamburger Handelshauses auf Samoa durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in englische Hände käme. So sehr der Kanzler es ablehnte, für das Deutsche Reich Kolonien im alten Sinne als Staatsbesitz zu erwerben, glaubte er doch, dem vorwärtsdrängenden Tatensinn deutscher Kaufleute auf die Dauer seinen Schutz nicht versagen zu dürfen. Der Reichstag lehnte aber — nach einer freihändlerischen Rede des Abgeordneten Bamberger — ein Eingreifen des Reiches ab. Diese Haltung des Reichstages konnte die hanseatischen Kaufleute (Lüderitz, Woermann u. a.) nicht hemmen, in den Kolonialgebieten Afrikas und der Südsee weitere Ländereien zu erwerben und Niederlassungen zu gründen. Zu gleicher Zeit fanden im deutschen Volk die Berichte deutscher Forscher, die wie Barth, Nachtigal, Rohlf, Schweinfurth und Wißmann einen großen Anteil an der Erschließung des schwarzen Erdteils hatten, weitere Verbreitung und sorgten zusammen mit dem natürlichen Kraftgefühl eines gesunden Volkes dafür, daß in dieser Frage zum erstenmal wieder eine öffentliche Meinung entstand, die Deutschland seinen Anspruch bei der Verteilung der Erde sichern wollte. 1882 erfolgte unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe-Langenburg die Gründung des Deutschen Kolonialvereins, der schon zwei Jahre später 9000 Mitglieder, darunter namhafte nationalliberale Politiker wie Bötticher und Miquel, in seinen Reihen zählen konnte. Er beschränkte jedoch seine Tätigkeit auf die theoretische Vorbereitung, er wollte für den kolonialen Gedanken werben und das Volk reif machen für eine Kolonialpolitik, die vielleicht erst das folgende Jahrhundert bringen würde. Soweit er praktische Möglichkeiten ins Auge faßte, dachte auch er in erster Linie an eine Lenkung der Auswanderung nach Südamerika.

Anders faßte der junge Karl Peters, der 1883 aus dem Lande der aktivsten kolonialen Betätigung, aus England, in seine Heimat zurückkehrte, die Aufgabe an. Er gründete mit seinem Freund Dr. Jühlke, dem Grafen Joachim Pfeil, Dr. Friedrich Lange und dem Kammerherrn Graf Behr-Bandelin die „Gesellschaft für deutsche Kolonisation“. Schon der Name sollte zeigen, daß es sich hier im Gegensatz zum Kolonialverein allein um praktische Arbeit handelte. Nach Überwindung vieler Schwierigkeiten und gegen den Willen

der maßgebenden Behörde gelang es einer Expedition unter Führung von Karl Peters 1884 weite Gebiete im späteren Deutsch-Ostafrika zu erwerben, für die er am 25. 2. 1885 einen kaiserlichen Schutzbrief erhielt. Die Gestaltung der politischen Lage, der englisch-französische Gegensatz seit der Besetzung Ägyptens, hatte der deutschen Regierung bereits im vorangegangenen Jahr die Möglichkeit zu einem weitgehenden Eingreifen in die koloniale Entwicklung gegeben. Das Reich hatte fast gleichzeitig Besitzungen deutscher Kaufleute in Südwestafrika, Kamerun, Togo und der Südsee unter den Schutz der deutschen Flagge gestellt. Deutschland war in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten. Die Erwerbungen von Karl Peters wurden der neugegründeten „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ übertragen, in der sich außer den bisher Genannten ein weiterer Kreis von Kolonialfreunden, so Dr. Arendt, Dr. Schroeder-Poggelow, von Kardorff, Graf Arnim-Muskau, Graf von Mirbach--Sorquitten, Dr. Hübbe-Schleiden, Missionsinspektor Fabri u. a. zusammenfanden. Die notwendigen Mittel für die Arbeit der Gesellschaft waren nur unter großen Schwierigkeiten zu beschaffen, da das deutsche Kapital sich nationalen Aufgaben gegenüber zurückhaltend und ablehnend verhielt; sie waren in erster Linie dem Bankherrn Karl von der Heydt und dem späteren Kommerzienrat Lucas zu danken. Alle diese Männer waren wenige Jahre später führend an der Gründung des Allgemeinen deutschen Verbandes beteiligt.

Wir können an dieser Stelle die Entwicklung der Kolonialbewegung nicht weiter verfolgen, müssen aber noch einer weit-schauenden Tat von Karl Peters gedenken. Zum Sommer 1886 berief der damals erst 28jährige einen „Allgemeinen deutschen Kongreß“ nach Berlin, der die Deutschen aller Länder zum ersten Mal zu gemeinsamer Aussprache und Zusammenarbeit vereinigen sollte. Der Kongreß vom 14.—16. September wies einen stattlichen Besuch auf, auch Fürst Bismarck hatte einen Vertreter entsandt. Im Vordergrund der Erörterungen standen die Kolonialfragen, daneben wurden die Auswandererfrage, die Förderung der deutschen Ausfuhr, die Erhaltung deutscher Art und Sprache in Übersee und die Pflege des Zusammenhanges der Auslandsdeutschen mit dem Mutterland behandelt. Es wurde ein

\* „Allgemeiner deutscher Verband zur Förderung überseeischer

deutschnationaler Interessen“ gegründet, der aber nur die bereits bestehenden kolonialen und anderen völkischen Vereinigungen in Form einer Dachorganisation zu gemeinsamen Wirken zusammenfassen wollte. Dieser Versuch scheiterte, da die einzelnen Verbände auch weiterhin in erster Linie ihren Sonderinteressen dienten. Hinzu kam, daß Karl Peters selbst vom April 1887 an zu Organisationsarbeiten und Neuerwerbungen im Auftrage der „Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft“ wieder in Afrika weilte. So blieb dem Verband eine nennenswerte Wirksamkeit versagt. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit kolonialer Betätigung und von der Zusammengehörigkeit mit den deutschen Brüdern außerhalb des Reiches war aber erwacht und drang in immer weitere Kreise.

## § 2.

Wie ein jäher Blitzschlag zerstörte der Abschluß des deutsch-englischen Abkommens über Ostafrika und Helgoland, des Sansibarvertrages, die jungen Hoffnungen der Kolonialbewegung. Der Traum eines mächtigen Kolonialreiches unter deutscher Flagge von Sansibar bis zu den Quellen des Nil, den Karl Peters eben erst auf der Emin-Pascha-Expedition der Verwirklichung nahe gebracht hatte, war zu Ende. Auch die Ehre des deutschen Namens schien durch die Preisgabe des Sultans von Witu verletzt. Der Befriedigung der amtlichen Kreise, denen an klaren Verhältnissen in der Grenzföhrung und der Freundschaft mit England mehr gelegen war als an dem Besitz großer Gebiete, über deren Bedeutung und Verwertbarkeit erst die Zukunft entscheiden konnte, stand die Enttäuschung und Empörung der Kolonialfreunde entgegen. „Zuerst lähmte der Schreck Zunge und Feder. Dann brach die Entrüstung durch, die gesamte nationale Presse blies Sturm gegen den Kanzler, der im Tausch gegen Helgoland „halb Afrika“ weggegeben hatte“.<sup>18</sup> Man verstand es nicht, daß Bismarcks Nachfolger „im Dienste einer unbegreiflichen Verbindlichkeitspolitik gegen die Engländer tausende von Quadratmeilen deutschost-

---

18. von Liebert, Aus einem bewegten Leben, S. 136.



afrikanischen Besitzes für einen zerbröckelnden Felsen in der Nordsee hingeben“ konnte.<sup>19</sup> Peters' Wort, daß man die Badewanne Helgoland für die drei Königreiche Sansibar, Witu und Uganda eingetauscht habe, fand ebenso Verbreitung wie das Wort seines englischen Gegenspielers Stanley, Deutschland habe einen neuen Anzug für einen alten Hosenknopf hergegeben.<sup>20</sup> Da der Vertrag die erste kolonialpolitische Maßnahme des „neuen Kurses“ war, fürchteten die Anhänger der Kolonialbewegung, daß auch auf diesem Gebiet die Wege des Fürsten Bismarck verlassen werden sollten und die Zukunft der deutschen Kolonien überhaupt in Frage gestellt sei.

Eine Woche nach der Veröffentlichung des Entwurfes des Sansibarvertrages im „Reichsanzeiger“, am 24. Juni 1890, erschien ein ganzseitiges Inserat in der „Kölnischen Zeitung“ und einigen anderen Blättern, in dem gegen den endgültigen Abschluß dieses Abkommens Einspruch erhoben wurde, da es die erfolgreiche Tätigkeit unserer Kolonialpioniere Peters und Wißmann wieder zunichte mache. Die Verfasser des Aufrufes waren vier in Zürich lebende Reichsdeutsche: der Augenarzt Prof. Dr. Fick, Prof. Dr. Felix, Dr. Lubarsch und der Buchhändler A. Müller. Nach einem Rückblick auf die Schwierigkeiten, die bisher von allen Seiten der Kolonialpolitik in den Weg gelegt worden waren, protestieren sie dagegen, daß mit einem Federstrich die Hoffnung auf ein großes deutsches Kolonialreich zerstört werde. Sie weisen darauf hin, welch wertvollen Besitz und welche Ansprüche das Deutsche Reich gegen unbedeutende Abtretungen in Afrika und gegen Helgoland, „eine in der Nordsee gelegene Insel von 0,5 qkm Bodenfläche, deren strategischer Wert so gering ist, daß England es nicht für der Mühe wert gehalten hat, dort jemals nennenswerte Befestigungen anzulegen“,

---

19. Lange, a. a. O., S. 173; wir wissen heute, daß Bismarck früher selbst den Erwerb Helgolands angebahnt hatte und durchaus bereit war, für die Annäherung an England auch koloniale Opfer zu bringen. Den Abschluß des Sansibarvertrages verurteilte er dann freilich mit den gleichen Argumenten wie die Kolonialfreunde, die den Wert des Besitzes von Helgoland unter- und den von Sansibar überschätzten.

20. Sell, Die deutsche öffentliche Meinung und das Helgolandabkommen im Jahre 1890, S. 39.



aufzugeben bereit sei.<sup>21</sup> „Das ist ein Vertrag, wie Deutschland in überseeischen Angelegenheiten noch keinen geschlossen hat! Seit Olmütz haben deutsche Herzen keine ähnliche gleich schmerzliche Demütigung erfahren“. Dieses Abkommen dürfe niemals Wirklichkeit werden. Sie betonten, daß es unter Umständen eine „heilige Pflicht gegen das Vaterland“ sei, einer Maßnahme der Regierung entgegenzutreten. Durch eine Massenbittschrift an den Reichstag sollten „Männer aller Parteien, die bei dieser Angelegenheit sich lediglich als Deutsche fühlen“, offen aussprechen, welche Verzweiflung dieser Vertrag in den Herzen von Tausenden von Vaterlandsfreunden hervorgerufen habe. Wenn auch dem deutschen Volke nach der Verfassung nicht das Recht zustehe, in seinen auswärtigen Angelegenheiten mitzusprechen, so würde doch ein solcher Wunsch auch bei der Regierung Gehör finden. „Der Reichstag wird, so hoffen wir, mit einem überwältigenden Mehr vor die Regierung treten und sagen: der Vertrag mit England schädigt unsere Interessen und verwundet unser Ehrgefühl; er darf deshalb niemals zur Wirklichkeit werden!“ Oder sollte es gar zu spät sein, von dem Abkommen zurückzutreten? „Wenn wir wollen, so können wir auch!“ Das deutsche Volk sei bereit, alle Mühen und Opfer auf sich zu nehmen, könne aber dafür auch verlangen, daß ihm „ein Preis zufalle, der des Opfers wert ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Anteil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht“. Der Aufruf schließt dann mit den Worten: „Deutschland wach' auf!“

Der erhoffte Widerhall blieb aus. Trotz weitverbreiteter Mißstimmung zeigte sich kein ernsthafter Widerstand gegen die Pläne der Regierung. Selbst die in Köln tagende Kolonialversammlung wollte sich nicht festlegen. „Der Regierung Halt zu gebieten, wenn sie einen Weg einschlägt, der von den Sachverständigen fast einstimmig als verfehlt bezeichnet wird, dazu mangelt es dem national-gesinnten Bürgertume an Willens-

---

21. Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Anlage 1, S. 235 bis 237.

kraft“.<sup>22</sup> Immerhin waren in Zürich eine Anzahl Zustimmungserklärungen eingelaufen, und man ging daran, wenigstens diese Gesinnungsfreunde zusammenzufassen. Man wollte „eine Art Nationalverein ... gründen, dessen Aufgabe es sein würde, bei ähnlichen Anlässen wie beim deutsch-englischen Verträge öffentlich aufzutreten ohne Furcht und Scheu vor der Regierung oder den Parteileitern auszusprechen, was unsere Herzen bewegt, was wir von einer nationalen Regierung verlangen wollen und dürfen. Der Wahlspruch einer solchen Verbindung gleichgesinnter Männer hätte zu sein: Deutschland über Alles!“<sup>22</sup> Die Organisationsarbeiten übernahm im Auftrag der Züricher Gruppe der damalige Assessor Dr. Alfred Hugenberg in Hannover, der „eigentliche Vater des Alldeutschen Verbandes“.<sup>23</sup> Auf seine Anregung wurde Karl Peters in einer Adresse um Übernahme des Vorsitzes der geplanten Vereinigung gebeten. Aber er verhielt sich abwartend, um sich den Rückweg nach seinem afrikanischen Wirkungskreis nicht zu verbauen. Die erste Zusammenkunft der Gesinnungsgenossen, die am 28. September 1890 (den der Alldeutsche Verband später als seinen Geburtstag betrachtete) in Frankfurt/Main unter Vorsitz des Leipziger Universitätsprofessors Wislicenus stattfand, sah nur 8 Teilnehmer, meist junge Männer. Sie beschlossen, auch weiter in Verbindung zu bleiben und sich nicht entmutigen zu lassen.

Im Frühjahr, als der Kampf um den Sansibarvertrag mehr in den Hintergrund getreten war, erklärte sich Peters bereit, seinen alten „Allgemeinen deutschen Verband“ mit einer zeitgemäßen Erweiterung seiner Ziele und in neuer Form wieder ins Leben zu rufen. An den Vorbesprechungen hierzu nahmen auch Vertreter der Hugenberggruppe teil, die aber daneben ihren bisherigen losen Zusammenhalt beibehalten wollten, um zu verhindern, daß die neue Vereinigung in ihrer Tätigkeit wieder erlahme. Die spätere Entwicklung zeigte, daß diese Vorsorge nicht nutzlos war. Die Gründungsversammlung des neuen „Allgemeinen Deutschen Verbandes“ (ADV) fand am 9. April 1891 in Berlin statt.

---

22. Schreiben von Dr. Felix usw. auf die ersten Zustimmungserklärungen, Bonhard a. a. O., Anlage 2, S. 238.

23. Bonhard, a. a. O., S. 3 (Mitteilung von Dr. Fick).

Unter den Teilnehmern sah man zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Kolonialpolitiker, Wirtschaftsführer, Vertreter des Adels und der Wissenschaft. Zum Wahlspruch des neuen Verbandes wurden bereits auf dieser ersten Sitzung auf Antrag des Abg. Schultz-Lupitz die Worte des Großen Kurfürsten gewählt: „Bedenke, daß Du ein Deutscher bist!“

### § 3.

Als geschäftsführender Vorsitzender trat der Elberfelder Bankherr Karl von der Heydt, der Vorsitzende des Direktorialrates der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, an die Spitze des ADV. Als ehrenamtlicher Geschäftsführer und Schriftleiter der „Mitteilungen“ stand ihm Hans van Eycken zur Seite. Dem ersten Präsidium gehörten weiter an der Augsburger Oberbürgermeister von Fischer, der Gründer und Führer der Freikonservativen Partei Wilhelm von Kardorff-Wabnitz, der deutschkonservative Abg. Graf Mirbach-Sorquitten, Prof. Wislicenus sowie als Schatzmeister der Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft Kommerzienrat Lucas. Karl Peters, der als Reichskommissar in den Dienst der Regierung getreten war, gehörte dem Präsidium nur als Ehrenmitglied an. Eine große Reihe klangvoller Namen finden wir auch in den anderen leitenden Körperschaften des Verbandes. Den Geschäftsführenden Ausschuß bildeten die Reichstagsabgeordneten Graf Arnim-Muskau und Dr. Mehnert, der spätere Präsident des Sächsischen Landtags, die preußischen Abgeordneten Dr. Arendt, von Below-Saleske, Olzem, von Pilgrim und Tramm, die Universitätsprofessoren Hasse-Leipzig, Ernst Haeckel-Jena und Preyer-Berlin, ferner der rheinische Zeitungsverleger Dr. Reismann-Grone und die in der praktischen Koloniarbeit tätigen Regierungsbaumeister Hoffmann, Dr. Schroeder-Poggelow und Professor Schweinfurth. Von den 73 Mitgliedern des Gesamtvorstandes, die ihm seit der Gründung des Verbandes angehörten, können wir nur einige anführen. Nicht weniger als 16 Abgeordnete befinden sich unter ihnen: Graf Behr-Behrenhoff, der Marburger Jurist Prof. Ennecerus, der Barmer Großkaufmann von Eynern, der Führer der Konservativen von Helldorf-Bedra,

von Tiedemann-Labischin u. a. Aus der Reihe der Hochschullehrer nennen wir die Professoren Credner und Ratzel-Leipzig, Erman-Lausanne, Fick-Würzburg, Th. Fischer-Marburg und Max Koch-Breslau. Mitglieder des Vorstandes waren ferner: der Rechtsanwalt und Schriftsteller Dr. Hans Blum; der Maler Prof. von Lenbach; der deutsche Generalkonsul in Antwerpen de Bary; der Großindustrielle Kirdorf — neben anderen Vertretern der Wirtschaft; die Forschungsreisenden und Kolonialpolitiker Graf Behr-Bandelin, Baumann, Fritz Bley, Prof. Fabri, Dr. Hübbe-Schleiden und Prof. Dr. Joest und von den Begründern des Verbandes Dr. Felix, Dr. Fick und Dr. Hugenberg. Einen Sitz im Vorstand hatten endlich die „Vereine Deutscher Studenten“ inne, die als erste Gruppe der akademischen Jugend geschlossen dem neuen Verband beigetreten waren. Das Auslandsdeutschtum war durch 7 Mitglieder, die ihren Wohnsitz in Belgien, England und der Schweiz hatten, vertreten. In den folgenden Jahren wurden in den Vorstand an bekannteren Persönlichkeiten noch gewählt: der Schriftsteller O. von Leixner, der österreichische Lyriker Karl Pröll, Prof. Felix Dahn, der Balte M. von Oettingen und der ehemalige Unterstaatssekretär Prof. von Mayr-Straßburg.

Der junge Verband fand schnell einen großen Anklang. Die allgemeine Enttäuschung, die der neue Kanzler als Nachfolger eines Bismarck bringen mußte, der Kurswechsel auf vielen Gebieten und die Ablehnung der Politik Capravis durch den Altreichskanzler, in dem das Volk nicht nur den Gründer, sondern auch den Erhalter des Reiches sah, trugen dazu bei. Besonders bei den Deutschen in Übersee wurde der Gedanke dieser neuen Vereinigung freudig begrüßt. War doch bei ihnen seit der Reichsgründung das Zusammengehörigkeitsgefühl mit dem Heimatland wieder stärker erwacht, und nun bot sich ihnen von dort eine Hand zu gemeinsamer Arbeit. Am Ende des ersten Jahres zählte der Verband 10 000 Mitglieder, im Mai 1892 schon 21 000. Weit hinaus über die Grenzen erstreckte er sein Wirkungsfeld, an 109 Orten des Auslandes wurden damals Mitglieder des ADV gezählt — vereinzelt wurde der Beitritt der gesamten deutschen Kolonie gemeldet. Langsam ging die Organisation von Ortsgruppen vor sich; außer in der Reichshauptstadt



(mit 1600 Mitgliedern) wurden bis zum Ende des Jahres 1891 nur 10 weitere Gruppen gebildet: Joinville/Brasilien, Zürich, Antwerpen (350 Mitgl.), Dessau (mit hohen Regierungs- und Hofbeamten im Vorstand), Lausanne, San José da Costarica, Eisleben, Kapstadt, Brüssel und Davos, wovon vier unter Leitung des deutschen Konsuls standen. Schon die ersten Vortragsabende der Ortsgruppen zeigen ein weites Gebiet alldeutscher Arbeit auf: sie berichten vom Deutschtum in Südtirol und im Böhmerwald, in den baltischen Provinzen, in Nordamerika, Brasilien und Australien; sie führen in die deutschen Kolonien in Ost- und Südwestafrika; sie handeln von deutscher Sprache und Literatur, von nationaler Erziehung und der Notwendigkeit deutschen Selbstgefühls und künden vom „kommenden deutschen Jahrhundert“.

Dem erfreulichen ersten Aufschwung folgte aber bald ein schwerer Rückschlag. Er hatte mannigfache Gründe. Um den breiten Schichten des Volkes den Beitritt zu ermöglichen, um einen wirklichen „Nationalverein“ zu schaffen, war der Jahresbeitrag auf nur 1 Mark festgesetzt worden, wovon noch die Hälfte den Ortsgruppen zur Bestreitung ihrer eigenen Ausgaben verbleiben sollte. Mit derartig geringen Mitteln war ein gedeihliches Arbeiten, vor allem der Aufbau eines neuen Verbandes, unmöglich. Selbst die große Opferwilligkeit des Vorsitzenden konnte die finanziellen Schwierigkeiten nicht bannen. Dazu kamen organisatorische Hemmungen. Es war nicht gelungen, eine ausreichende Anzahl von Ortsgruppen (1. 7. 1893: 24, davon 15 im Ausland) zu schaffen, die der Hauptleitung die Kleinarbeit abgenommen hätten. In der größten Ortsgruppe Berlin entstanden zudem antisemitische Auseinandersetzungen, die ihre Tätigkeit längere Zeit schwer behinderten und den Ruf des Verbandes in der Öffentlichkeit schädigten. Gegensätze in der Verbandsleitung kamen hinzu. Führende Mitglieder, darunter von der Heydt und van Eycken, standen gleichzeitig Plänen zur Gründung einer neuen politischen Partei, einer „Nationalpartei“, nahe, wodurch neben der Zersplitterung der Arbeitskraft der Führer die parteipolitische Neutralität des Verbandes gefährdet erschien. Als letzter Grund für ein Versagen kam das Fehlen einer ausreichenden Verbindung zwischen der



Leitung und den Mitgliedern in Betracht. Aus Mangel an Mitteln konnten von den „Mitteilungen“ 1891 nur 3 Nummern erscheinen, im folgenden Jahr 4 und dann nach einem Abstand von 9 Monaten die nächste Ausgabe im Juli 1893. Das war der einzige geistige Zusammenhang, den der Verband gewährte. So fielen die Mitglieder wieder ab, und ihre Zahl erreichte mit 4000 den größten Tiefstand.

Um den Verband vor dem völligen Verfall zu bewahren, fand auf Anregung der alten Hugenberggruppe eine Besprechung in Frankfurt/Main statt, auf der die Frage: Erneuerung oder Auflösung des Verbandes in ersterem Sinn entschieden wurde. Von der Heydt legte den Vorsitz nieder, um den Weg zu neuer Arbeit freizugeben, nachdem er vorher den erheblichen Fehlbetrag aus eigenen Mitteln gedeckt hatte. Vor ihm war Graf Mirbach aus dem Präsidium ausgeschieden; ihnen schloß sich der Geschäftsführer van Eycken an. In der nächsten Vorstandssitzung, am 15. Juli 1893, wurde auf Anregung von Prof. Wislicenus, der selbst zu sehr mit wissenschaftlicher Arbeit überlastet war, Prof. Hasse aus dem Geschäftsführenden Ausschuß in das Präsidium gewählt und ihm der Vorsitz übertragen. In der Überzeugung, daß der Verband lebensfähig sei, wenn nur die finanziellen und organisatorischen Sicherheiten gegeben würden, die er zur Bedingung gemacht hatte, nahm er nach einer Probezeit das Amt an.

#### § 4.

Der neue Führer des Verbandes, Ernst Hasse, war 1846 als Sohn eines sächsischen Pfarrers geboren worden; er besuchte die Fürstenschule zu Meißen und studierte in Leipzig einige Semester Theologie, dann Rechts- und Staatswissenschaften. An den Feldzügen von 1866 und 1870/71 nahm er als Offizier teil, wurde mehrfach verwundet und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet. 1875 erhielt er die Leitung des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig, 1885 habilitierte er sich an der Universität und wurde im folgenden Jahr zum a. o. Professor ernannt. Hasse war Vorsitzender des Leipziger Vereins für Handelsgeographie und Kolonialpolitik, gehörte aber auch dem

Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft an, wie er überhaupt allen Bestrebungen zur Förderung des Deutschtums seine Unterstützung lieh. Als erster deutscher Hochschullehrer hielt er seit 1888 regelmäßig Vorlesungen über deutsche Kolonialpolitik. 1893 wurde er gemeinsam von Konservativen und Nationalliberalen als Vertreter der Stadt Leipzig in den Reichstag entsandt, wo er eine äußerst rege Anteilnahme zeigte. In den Jahren 1893/98 ergriff er im Plenum nicht weniger als 64 mal das Wort. Seine Reden betrafen die deutsche Kolonialpolitik, den Schutz des Deutschtums im Ausland (besonders bei dem Abschluß von Handelsverträgen), Auswanderung und Reichsangehörigkeit, Heeres- und Flottenfragen, die allgemeine Außenpolitik, das Auslandsschulwesen und die Ostmarkenpolitik; der Rest verteilt sich auf Fragen, die ihm beruflich nahe lagen. Auch in den späteren Jahren seiner Zugehörigkeit zum Reichstag — Hasse unterlag erst 1903 in der Stichwahl einem Sozialdemokraten — war er ein beredter Anwalt der Sorgen des Auslandsdeutschtums und der deutschen Kolonialinteressen. Trotz seiner Zugehörigkeit zur nationalliberalen Fraktion war Hasse kein Parteimann im eigentlichen Sinn. „Meine politischen Freunde sind alle, die mit mir unser deutsches Volk über alles lieben und die bereit sind, dieser Vaterlandsliebe jedes persönliche Opfer zu bringen“, heißt es in dem politischen Glaubensbekenntnis, das er bei seiner Kandidatur veröffentlichte.<sup>24</sup> Aus der gleichen Einstellung heraus bekämpfte er aber auch „die Internationale in jeder Gestalt, die rote sowohl, wie die schwarze und die goldene, die Sozialdemokratie ebenso wie den Jesuitenorden und die internationalen Geldmächte“.<sup>25</sup> Treffend ist seine Grundanschauung auch in den Worten wiedergegeben, mit denen er einen Vortrag über „Deutsche Weltpolitik“ schloß: „Andere mögen anderen Göttern opfern. Mein Ideal, der Gegenstand meiner Liebe und meiner Sorge ist mein deutsches Vaterland.“<sup>26</sup> Eine umfassende Darstellung seines politischen Denkens sollte sein großangelegtes Werk „Deutsche Politik“ bringen, von

---

24. Abgedr. in „Hasse als Politiker“, S. 8.

25. Abgedr. in „Hasse als Politiker“, S. 6.

26. Hasse, Deutsche Weltpolitik, (Flugschr. d. ADV), S. 16.

dessen drei Bänden: Heimatpolitik, Weltpolitik und Kolonialpolitik nur der erste und das 1. Heft des zweiten Bandes erscheinen konnte, ehe ihm 1908 der Tod die Feder aus der Hand nahm. Ein Wort daraus wollen wir an den Schluß dieser Schilderung der Persönlichkeit Hasses stellen, das uns sein Wirken am besten zu kennzeichnen scheint: „Die Politik ist nicht nur die Kunst des Möglichen, sie ist auch die planmäßige Vorbereitung des Willens zur Tat“.<sup>27</sup>

Die erste Aufgabe, die der neue Vorsitzende in Angriff nahm, ging dahin, der Arbeit des Verbandes den notwendigen Widerhall zu schaffen. An Stelle der „Mitteilungen“ trat daher vom Januar 1894 an eine Wochenschrift unter dem Namen „Alldutsche Blätter“. Hasse zur Seite stand als Geschäftsführer sein — an Jahren älterer — Schüler und Freund Dr. Adolf Lehr, der von 1898 an ebenfalls der nationalliberalen Fraktion des Reichstages angehörte und bis zu seinem Tod im Jahre 1901 unermüdlich für den alldutschen Gedanken wirkte. Eine Erweiterung erfuhr die Tätigkeit des ADV durch den am 1. Juli 1894 erfolgten Anschluß des „Allgemeinen deutschen Vereins zur Pflege des Deutschtums auf dem Gebiete des Bildungs- und Erziehungswesens“, der unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten von Levetzow stand. Am gleichen Tage traten seine neuen Satzungen in Kraft; fortan führte er den Namen „Alldutscher Verband“ (AV). Das Wort „alldutsch“ hatte Direktor Diedrichs, der Alterspräsident des Verbandes, geprägt; es sollte das Bekenntnis zur völkischen, nicht an Staatsgrenzen gebundenen Gemeinschaft aller Deutschen zum Ausdruck bringen. Mißverständnis und Entstellung der Tätigkeit der Vereinigung, die diesen Namen trug, gaben ihm später oft einen anderen Klang.

Zu Beginn des Jahres 1894 hatte der Verband die Zahl von 5000 Mitgliedern wieder überschritten, 30 Ortsgruppen waren gebildet. Die weitere Entwicklung zeigt folgende Aufstellung. Der AV zählte

|           |                |            |                      |
|-----------|----------------|------------|----------------------|
| Ende 1894 | 5742 Mitgl. u. | 33 Ortsgr. | (dav. 14 i. Ausland) |
| „ 1895    | 7742           | „ „        | 17 „                 |
| „ 1896    | 9443           | „ „        | 23 „                 |

27. Hasse, Deutsche Politik, Bd. I, Heft 3, S. VI.

|           |       |           |     |         |                      |
|-----------|-------|-----------|-----|---------|----------------------|
| Ende 1897 | 13240 | Mitgl. u. | 98  | Ortsgr. | (dav. 28 i. Ausland) |
| „ 1898    | 17364 | „ „       | 129 | „ „     | 27 „                 |
| „ 1899    | 20488 | „ „       | 176 | „ „     | 27 „                 |
| „ 1900    | 21735 | „ „       | 201 | „ „     | 28 „                 |
| Mai 1901  | 22424 | „ „       | 215 | „ „     | „                    |
| Ende 1901 | 21924 | „ „       | 217 | „ „     | 26 „                 |
| „ 1902    | 20504 | „         |     |         |                      |
| „ 1903    | 19068 | „         |     |         |                      |
| „ 1904    | 19111 | „         |     |         |                      |
| „ 1905    | 18618 | „         |     |         |                      |
| „ 1906    | 18455 | „ „       | 205 | „ „     | 15 „                 |
| „ 1908    |       |           | 197 | „ „     | 13 „                 |

Aus dem Jahr 1905 ist auch die Zahl der korporativ dem AV angeschlossenen Vereinigungen bekannt: es waren 101 Gruppen mit rund 130 000 Mitgliedern. Der starke Aufschwung des Verbandes fiel zusammen mit den Zeiten der Flottenagitation und der Burenbegeisterung, der erneute Rückgang begann mit dem zunehmenden Gegensatz zur Regierungspolitik, der Wendung des AV zur „nationalen Opposition“.

Neben der äußeren Erstarkung zeigte sich unter Hasses Leitung ein reges Leben innerhalb des Verbandes. Nach der Übergangszeit konnte er sich ganz der praktischen Arbeit auf den verschiedenen Gebieten seines Aufgabenkreises widmen. Das regelmäßige Erscheinen der „Alldeutschen Blätter“, die Entstehung zahlreicher Ortsgruppen — die freilich immer noch nicht alle Mitglieder erfaßten — und die Bildung von Gauverbänden, sowie die Zusammenkunft der Alldeutschen aus dem ganzen Reich auf den Verbandstagen ermöglichten eine enge Verbindung zwischen Führer und Mitgliedern. Besonderen Anteil nahmen auch jetzt die Auslandsdeutschen an dem Wirken des AV, ihre Vertreter (vor allem aus Österreich und Ungarn) waren ständige Gäste alldeutscher Tagungen. Die gesteigerte Tätigkeit führte in der Öffentlichkeit zu einer größeren Beachtung der Kundgebungen des Verbandes und trug ihm neben Zustimmung verschärfte Gegnerschaft ein.

Die Hauptleitung (Präsidium) des AV wurde in diesen Jahren durch den Hinzutritt führender Persönlichkeiten der nationalen Bewegung, die dem Verband zum Teil seit seiner

Gründung angehörten, ergänzt: der Kolonialpolitiker und nationalliberale Reichstagsabgeordnete Graf Arnim-Muskau (1895/1902), Rechtsanwalt Claß (seit 1901; im Frühjahr 1904 erhielt er zugleich das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden), Dr. Lehr (1900/01), der ehemalige Gouverneur von Deutsch-Ostafrika General von Liebert (seit 1904), der Münchener Historiker Prof. Graf du Moulin-Eckart (1903/04), der Lübecker Senator und nachmalige reg. Bürgermeister Dr. Neumann (1904/07), Dr. Joachim Graf Pfeil (1907/10), Dr. Reismann-Grone (1903) und der spätere Reichspräsident Graf zu Stolberg-Wernigerode (1899/1902) wurden in diese oberste Körperschaft des Verbandes berufen.<sup>28</sup> Im Geschäftsführenden Ausschuß wirkten in diesem Zeitraum neben anderen: Fritz Bley, Dr. Fick, von der Heydt, Dr. Hugenberg, Dr. Schroeder-Poggelow — die bereits früher an leitender Stelle des Verbandes standen<sup>29</sup> — der Sozialanthropologe Otto Ammon, Prof. Dr. Heyck, der rheinische Generalsuperintendent Klingemann, der Kartograph Prof. Langhans, Verlagsbuchhändler I. F. Lehmann, der konservative Reichstagsabgeordnete Schrempf, der spätere Außenminister und Reichsgerichtspräsident Simons und Freiherr von Stössel. Das Amt des Geschäftsführers des AV übernahm nach dem Tode von Dr. Lehr Alfred Geiser. — Aus diesem Abschnitt der Verbandsgeschichte sei noch erwähnt, daß dem Fürsten Bismarck am 80. Geburtstag die Ehrenmitgliedschaft des AV verliehen wurde. Die gleiche Ehrung erhielt Ernst Hasse zu seinem 60. Geburtstag im Jahre 1906.

## § 5.

Zum Führer des Verbandes wurde im Februar 1908 nach dem Tode Prof. Hasses sein bisheriger Stellvertreter und vertrauter Mitarbeiter, der Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß, einstimmig gewählt. Er entstammte — 1868 geboren — einer rheinhessischen Juristenfamilie und hatte in Berlin, Freiburg

---

28. Von den alten Mitgliedern schieden Prof. Wislicenus 1894, von Kardorff und von Fischer 1900 aus.

29. Vergl. S. 31/32.



und Gießen studiert. Durch seinen Großvater war schon in dem Knaben die Neigung zum Studium der Geschichte und die Liebe zu den Werken der klassischen Literatur geweckt worden. Den Heranwachsenden führte er, der hohe Jurist und leidenschaftliche Verehrer Preußens und Bismarcks, in die Ereignisse des politischen Geschehens und ihre Zusammenhänge ein, unterstützt durch die lebendige Schilderung eigener Erlebnisse aus den Notzeiten des alten und dem Werden des neuen Reiches. So vorbereitet hörte der junge Student in Berlin neben Aegidi, Gierke und Gneist vor allem Heinrich von Treitschke. „Mir war Treitschke der Meister, der mein Leben bestimmte“.<sup>30</sup> Er war es auch, durch dessen Einfluß Claß zu einem entschiedenen Gegner des Judentums wurde. „Sein Wort ‚die Juden sind unser Unglück‘ ging mir mit meinen zwanzig Jahren in Fleisch und Blut über; es hat einen wesentlichen Teil meiner späteren politischen Arbeit bestimmt“.<sup>31</sup> Dem Aufenthalt in Freiburg verdankte er durch den Verkehr im Hause eines süddeutschen Demokraten, doch unbedingt national gesinnten Mannes, eine andere wichtige Einsicht. Wohl konnte er in seinem Bekenntnis zum Preußentum und zu dem großen Kanzler durch die Ablehnung, die beiden hier entgegengebracht wurde, nicht erschüttert werden, „aber das blieb in meiner Seele haften, daß man ein begeisterter Sohn seines Volkes und doch ein entschiedener Gegner seiner Regierenden sein könne“.<sup>32</sup> Daß solche Gegnerschaft sogar zur Pflicht würde, „wenn die Regierung falsch und gefährlich, unsittlich und widerpolitisch handle“,<sup>33</sup> zu dieser Erkenntnis führte ihn wenig später das Verhalten des jungen Kaisers zu dem Gründer des Reiches. Mit dem Ereignis des 20. März 1890 war auch die Entscheidung über den künftigen Beruf von Claß gefallen: „Wenn ich Beamter bin, muß ich auf mein Amt Rücksicht nehmen. Die politische Entwicklung seit Bismarcks Entlassung macht es nötig, daß ehrenhafte, vaterlandsliebende Männer rücksichtslos gegen den neuen Kurs

---

30. Claß, Wider den Strom, S. 15.

31. Claß, a. a. O., S. 16.

32. Claß, a. a. O., S. 19.

33. Claß, a. a. O., S. 22.

auftreten. Da ich dies als Beamter nicht kann, muß ich Anwalt werden“, mit diesen Worten lehnte er einen Eintritt in den Staatsdienst ab.<sup>34</sup>

In der völkischen Bewegung wirkte Claß von 1894 an. Er beteiligte sich an der Gründung des von Friedrich Lange geführten „Deutschbundes“ und wurde bald Vertrauensmann seiner Mainzer Gruppe. 1897 lernte er auf einer Tagung Dr. Lehr und durch ihn den Alldeutschen Verband kennen. Da sich ihm hier ein größerer Wirkungskreis zu bieten schien, wurde er Mitglied, und es gelang seiner unermüdlichen Tätigkeit, in kürzester Frist den von ihm begründeten „Rhein-Main-Gau“ an die Spitze aller Gaue des AV zu stellen. Als Anerkennung wurde der erst Dreißigjährige Ende 1898 in den Geschäftsführenden Ausschuß berufen, um drei Jahre später in die Hauptleitung gewählt zu werden. Obwohl Claß dem parteipolitischen Leben fern stand, nahm er 1903 auf Anraten Hasses eine ihm von den Nationalliberalen und dem Bund der Landwirte angebotene Reichstagskandidatur im Wahlkreis Alzey-Bingen an; nur wenige Stimmen fehlten ihm, um in die entscheidende Stichwahl zu kommen.<sup>35</sup> So konnte er weiterhin seine ganze freie Kraft dem AV widmen, in dem er bald der Vertreter der schärfsten Richtung geworden war. Das fand seinen Ausdruck vor allem in der Aufsehen erregenden Rede auf dem Verbandstag in Plauen (Herbst 1903), die „die Bilanz des neuen Kurses“ zog. Sie hatte mit den Worten Carlyles geschlossen: „Arbeiten, arbeiten und nicht verzweifeln!“ — Im Frühjahr des folgenden Jahres wurde Claß stellvertretender Vorsitzender des Verbandes und von Hasse weitgehend an der Führung beteiligt.

Aus eigenem Erleben wußte Claß, „wie richtig betriebene Geschichte das Gefühl des Stolzes auf unser Volk stärkte, wie es dasjenige der Mitverantwortlichkeit für die Zukunft weckte“.<sup>36</sup> Er griff daher eine alte Anregung Hasses auf und verfaßte als „Einhart“ eine „Deutsche Geschichte“, die im engen Rahmen

---

34. Claß, a. a. O., S. 21.

35. Erst 30 Jahre später — im November 1933 — wurde Claß in den Reichstag berufen, wo er der Fraktion als Gast angehört.

36. Claß, a. a. O., S. 122.

„die Entwicklung des gesamten deutschen Volkes überall auf dieser Erde“ darstellte, ein „Hausbuch“, „das in der Hütte des Arbeiters gleich heimisch sein sollte, wie im Hause der mittleren und oberen Schichten der Gesellschaft“.<sup>37</sup> Dem Werk war ein großer Erfolg beschieden: 1909 zum erstenmal erschienen, hatte die Auflagenhöhe am Ende des folgenden Jahres die Zahl von 30 000, 1934 von 140 000 überschritten. „So ist der Wille, das Streben, das Hochziel alles — denn sie wecken die Tat und erzeugen sie notwendig“,<sup>38</sup> das hatte Claß als die große Lehre der Geschichte erkannt, und diesen Gedanken wollte er mit seinem „Einhart“ in die breiten Schichten des Volkes tragen. Mit einer anderen Schrift wandte sich Heinrich Claß Ostern 1912 an die verantwortlichen Träger der Geschehnisse des Reiches, zu denen er stets auch den einzelnen Bürger zählte. Als „Daniel Frymann“ schrieb er sein Buch: „Wenn ich der Kaiser wär’ — Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten“, eine Auseinandersetzung mit der gesamtpolitischen Lage jener Tage, die zugleich den Plan einer grundlegenden Reform des ganzen Staatsaufbaues — als Voraussetzung für eine gedeihliche Zukunft des deutschen Volkes und Reiches — umriß. „Es will der Zeit den Spiegel vorhalten, damit man sehe, wie die Dinge heute sind, und es will die Richtung des Weges zeigen, der nach meiner Überzeugung zur Besserung führt ... Dies Buch schrieb einer von denen, die mundtot gemacht sind vor den Souveränen des allgemeinen gleichen Wahlrechts, weil sie die Wahrheit nicht hören wollen; und vor den Hochgestellten zugleich, weil denen der Mut fehlt, der Wahrheit ins Angesicht zu schauen ... Kein Schrecken gleicht heute der Einsamkeit jener Unerhörten, der moralischen, geistigen, politischen Einsamkeit aller derer, die sich klar geworden sind über den wirklichen Zustand unseres Vaterlandes und seiner Menschen, und die mutig genug sind, sich nicht mehr selbst zu belügen ... Jedes Wort dieses Buches spricht von dem Glauben an die Ewigkeit unseres Volkes; mag er erschüttert sein, er wird sich wieder festigen, wenn erst von Gleichgesinnten der Kampf um die Reichsreform aufgenommen

---

37. Einhart, Deutsche Geschichte, S. V.

38. Einhart, Deutsche Geschichte, S. 406.

wird. Noch ist es nicht zu spät, ein edles Volk zu retten — aber lange dürft ihr nicht mehr säumen. Im Anfang war die Tat“.<sup>39</sup> Den Leitsatz seiner ganzen politischen Wirksamkeit hat Claß wiederholt in den Worten ausgesprochen, daß „die Wahrhaftigkeit die Grundlage jeder brauchbaren Staatskunst“ sei<sup>40</sup> oder wie er ein andermal sagte: „Die Grundlage unserer Arbeit ist die Selbstlosigkeit bis zur Selbstaufgabe und die Erkenntnis, daß es schließlich nur eine Tragkraft des öffentlichen Wesens ist, das ist der Charakter. Das deutsche Unglück heißt: Charakterlosigkeit“.<sup>41</sup>

Zum Stellvertreter von Claß wurde Superintendent Klingemann bestimmt (1908/13), der ebenso wie Freiherr von Stössel aus dem Geschäftsführenden Ausschuß in die Hauptleitung eingetreten war. Die Verlegung der Geschäftsstelle des AV nach Mainz erforderte die Einrichtung einer Vertretung in Berlin, die Graf Ernst zu Reventlow übernahm. Er wurde gleichzeitig in die Hauptleitung berufen (1908/10), der außer ihm als neue Mitglieder Admiral Alfred Breusing (1913/14 als stellv. Vorsitzend.), General d. Kav. Freiherr Konst. von Gebattel (seit 1914; nach dem Tod von Breusing stellv. Vorsitzender), Admiral von Grapow (1916/18), Reedereibesitzer Itzenplitz (1911/14), Generalleutnant Keim (1911/1919), bekannt durch seine Tätigkeit im Flotten- und Wehrverein, der unter den ersten Vorstandsmitgliedern des ADV bereits genannte Großindustrielle Kirdorf (1915/19) und Präsident Dr. Thomsen-Lübeck angehörten. Von den Mitgliedern des Geschäftsführenden Ausschusses seien aus diesem Zeitabschnitt, soweit sie nicht früher genannt sind, die Zeitungsverleger Bacmeister, Pohl und Rippler, der siebenbürgische Politiker und ehem. ungarische Reichstagsabgeordnete Lutz Korodi, Landschaftsdirektor und Herrenhausmitglied von Hertzberg, Admiral von Grumme-Douglas, Generalleutnant von Wrochem, kurze Zeit Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Prof. Freiherr von Liebig, der antisemitische Reichstagsabgeordnete Lattmann und der Schatzmeister des AV, Geheimrat Fritz, vor dem Bezirkshauptmann der Marianen, besonders erwähnt.

---

39. Frymann, Wenn ich der Kaiser wär', S. 234/35.

40. z. B. Claß, a. a. O., S. 111.

41. Gespräch mit Dr. Bang; A. Bl. 1929, Nr. 2.

Der in wichtigen Fragen schon in der Zeit der Leitung Hasses entstandene Gegensatz des AV zur Politik der Regierung verschärfte sich unter der Führung von Claß. Gleichzeitig steigerte sich die Zahl seiner Gegner und die Heftigkeit ihrer gegen den Verband und seine Bestrebungen gerichteten Angriffe. Die Mitgliederzahl sank weiter und betrug 1912 etwa 17 000. In diesem Jahr begann eine ausgedehnte und auch erfolgreiche Werbetätigkeit. Besonders wichtig war es für das Wirken des Verbandes, daß er mehr als früher Mitglieder und Anhänger in führenden Stellungen des öffentlichen Lebens, politisch geschulte Persönlichkeiten, gewann. Einen großen Aufschwung erfuhr der AV im Weltkrieg, bis zum Verbandstag 1917 hatte sich seine Mitgliederzahl verdoppelt, die Zahl der Bezieher der „Alldutschen Blätter“ vervierfacht. Im Jahr 1918 umfaßte er in 20 Gauverbänden 338 Ortsgruppen. Die entscheidenden politischen Ereignisse dieses ganzen Zeitabschnittes — von der „schwarzen Woche“ 1908 zur Marokkopolitik und der drohenden Kriegsgefahr, bis zum Weltkrieg und dem Kampf um „Sieg- oder Verzichtfrieden“ — steigerten die Anteilnahme an der Arbeit des Verbandes; Ortsgruppen und Gaue entfalteten eine rege Vortragstätigkeit; der Besuch der Vorstandssitzungen und Verbandstage stieg ständig. Der Ausbau der Organisation war vor allem dem neuen Geschäftsführer zu danken, dem baltischen Baron von Vietinghoff-Scheel, der 1913 dieses Amt übernommen hatte.

Die Geschichte des Alldutschen Verbandes war mit dem Umsturz von 1918 nicht beendet. Bereits am 15. November erließ Heinrich Claß einen Aufruf an die Mitglieder, „der alldutschen Sache weiterhin treue Gefolgschaft zu leisten“. Neue Aufgaben erweiterten die alten Ziele. „Auch gilt es — vielleicht vor allem — eine möglichst große Zahl bewußter Deutscher zusammenzuhalten, die an die Wiedergeburt glauben und unentmutigt für sie arbeiten wollen; ihnen wollen wir Mittelpunkt und Leitung schaffen ... Der Dienst an unserer Volke war uns immer oberstes Gesetz. Er sei es auch heute, wo er notwendiger ist als je“.<sup>42</sup> Am 16. Februar 1919 traten Hauptleitung und

---

42. A. Bl. 1918, Nr. 47.



Geschäftsführender Ausschuß zusammen und legten in der sog. „Bamberger Erklärung“ die Richtlinien für die künftige Verbandsarbeit fest. Die bedeutsame EntschlieÙung begann mit einem ausführlichen Rückblick auf die bisherige Haltung des AV und begründete dann die Forderungen, die er als Vorbedingung für einen Wiederaufstieg Deutschlands ansah. Sie schloß mit den Worten: „Deutsche Freiheit, Ehre und Würde sind für uns die Inbegriffe eines für Deutschgeborene lebenswerten Daseins, und wir wollen, daß diese Sterne wieder über unserem Vaterlande leuchten ... Hart war das politische Los, das der Alldeutsche Verband in der Vergangenheit gezogen hat, und er mußte an 30 Jahre auf der Schattenseite des politischen Lebens stehen. Härter noch wird sein Dasein in der Zukunft werden. Das aber schreckt ihn nicht ... Auch wenn alle dem deutschen Gedanken untreu werden sollten, so bleiben wir doch treu. Denn wir glauben auch heute noch an unseres Volkes Zukunft — trotz allem, was wir erleben mußten, und wir wollen dazu helfen, daß die Folgen dieses furchtbaren Zusammenbruches doch noch zum Heile des deutschen Volkes ausschlagen. Mit reinem Gewissen gehen wir jetzt ans Werk, bei dem es unser höchster Ruhm sein soll, als Stoßtrupp des völkischen Gedankens befunden zu werden. Heil dem deutschen Volke!“<sup>43</sup> Mit dieser Kundgebung soll unsere Betrachtung der Entwicklung des AV enden — die Geschichte des Verbandes in den Jahren von 1919 bis 1933 bedarf zu gegebener Zeit einer gesonderten Darstellung.

## Zweites Kapitel.

### *Die Zielsetzung des Alldeutschen Verbandes.*

#### § 1.

Die Empörung über den Abschluß des Sansibarvertrages hatte den äußeren Anstoß zur Bildung des Allgemeinen Deutschen Verbandes gegeben, aus der Kolonialbewegung waren

---

43. A. Bl. 1919, Nr. 9.

seine ersten Anhänger gekommen, und nach den Plänen seiner Gründer sollte er zunächst kolonialpolitische Aufgaben in Angriff nehmen; vor allem dachte man daran, „Peters mit neuen Mitteln auszurüsten, welche es ihm gestatteten, in unabhängiger Stellung nach Afrika zurückzukehren und daselbst für Deutschland zu wirken“.<sup>44</sup> So entstand in der Öffentlichkeit der Eindruck, daß der Verband nichts anderes als eine neue Kolonialvereinigung sei — tatsächlich aber gingen seine Bestrebungen von Anfang an weit darüber hinaus. Es war die Sorge um die ganze zukünftige Stellung Deutschlands inmitten der anderen Mächte, die jenen Weckruf aus Zürich an das deutsche Volk ergehen ließ. Wir haben gesehen, wie wirtschaftliche Interessen weite Kreise dem politischen Leben entfremdet hatten und viele die Gefahren nicht mehr sahen, die dem Reich von seinen inneren und äußeren Gegnern drohten; wir wissen, daß breiten Schichten des Volkes, durch die erfolgreiche Staatsführung Bismarcks in Sicherheit gewiegt, das Gefühl der Mitverantwortlichkeit an den Geschicken ihres Vaterlandes verloren gegangen war. „Berauscht von den Siegen glorreicher Kriege glaubt die Nation die ihr gebührende Weltmachtstellung ohne weitere Kraftanstrengung behaupten zu können. Allein nach Jahrzehnten erbleicht der Ruhm der Vergangenheit und nur die gegenwärtige Stärke und Kraft vermag Ansehen und Einfluß zu bewahren“.<sup>45</sup> Die Erkenntnis der Notwendigkeit, alle Deutschen wieder zu tätiger Anteilnahme an der nationalen Entwicklung von Volk und Reich zu führen, ihren Blick von dem eigenen engen Lebenskreis hinweg auf die großen Ziele der Nation zu richten, war der tiefere Anlaß zur Entstehung des ADV. Es galt — wie Dr. Hugenberg in der Adresse an Karl Peters darlegte — „einen unabhängigen, in der Bürgerschaft selbst wurzelnden Mittelpunkt für alle nationalen Bestrebungen unseres Volkes (zu) schaffen, einen Verein, der sich zur obersten Aufgabe die erziehlche Einwirkung auf das deutsche Volk im Sinne der Ausbildung einer einheitlichen von großen Gesichtspunkten getragenen patriotischen Grundanschau-

---

44. Schreiben v. Hugenberg; Bonhard a. a. O., Anl. 3, S. 242.

45. A. M., S. 1.

ung aller Bürger, im Sinne der Schaffung einer nationalen Moral  
setzt“.<sup>46</sup>

Im Anschluß an diese grundsätzliche Schilderung des Zweckes der geplanten Vereinigung gab Hugenberg in seinem Schreiben auch einen Überblick über die einzelnen Aufgaben, die ihr gestellt seien. Er faßte sie in vier Punkte zusammen:

1. „Die Zusammenfassung der national-gesinnten deutschen Bürgerschaft ohne Unterschied der Partei in dem Gedanken, daß die durchgeführte Einigung der deutschen Stämme nur die Grundlage einer größeren nationalen Entwicklung ist, nämlich derjenigen zu einer kulturellen und politischen Weltmachtstellung des deutschen Volkes, wie sie das englische Volk bereits erlangt hat und das russische zweifellos erlangen wird.
2. Das Eintreten für eine energische Kolonialpolitik, für den Erwerb weiterer Kolonialgebiete und die Organisation unserer Auswanderung.
3. Die Verbreitung des Interesses für die überseeischen kommerziellen und zivilisatorischen Aufgaben Deutschlands in den weitesten Kreisen.
4. Die unbedingte Vertretung der hiermit angedeuteten Anschauungen gegenüber nationaler Gleichgültigkeit und Indolenz, gegenüber einem seichten Kosmopolitismus und gegenüber der vielverbreiteten Überschätzung der heutigen Weltstellung Deutschlands und des Wertes einer einseitig kontinentalen Politik — mögen derartige Neigungen nun auf Seiten der Parteien oder der Regierung zu Tage treten.“<sup>47</sup>

Nach dem Zusammenschluß des alten Verbandes von Peters mit der Hugenberggruppe zum ADV wurde die eigentlich alldeutsche Aufgabe stärker herausgehoben. Im Gründungsaufwurf und in den ersten Satzungen erhielt die Zielsetzung folgende neue Fassung:

1. „Belebung des vaterländischen Bewußtseins in der Heimat und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtungen.

---

46. Bonhard, a. a. O., Anlage 3, S. 244.

47. Bonhard, a. a. O., Anlage 3, S. 244.

2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
3. Förderung einer tatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.“<sup>48</sup>

Die Vorstandssitzung vom Dezember 1893 faßte dann den Beschluß, an die Spitze der genannten einzelnen Punkte als Grundsatz des ADV die Worte zu stellen: „Der Allgemeine Deutsche Verband erstrebt Belebung der deutsch-nationalen Gesinnung auf der ganzen Erde, Erhaltung deutscher Art und Sitte in Europa und über See und Zusammenfassung des gesamten Deutschtums.“<sup>49</sup> Ein Jahr später wurde der Aufgabenkreis des Verbandes durch den Anschluß des „Allgemeinen deutschen Vereins“ erweitert, indem dessen bisheriges Arbeitsgebiet: „Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums“ von ADV übernommen wurde.

Ihren endgültigen Wortlaut, der bis zum Ende des Weltkrieges in Kraft blieb, erhielt die Umschreibung der Verbandsziele bei der Neugestaltung der gesamten Satzungen des AV im Jahre 1903. Als Zweck des Verbandes war nunmehr angegeben:

„Der Alldeutsche Verband erstrebt Belebung der deutsch-nationalen Gesinnung, insbesondere Weckung und Pflege des Bewußtseins der rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile. Diese Aufgabe schließt in sich, daß der Alldeutsche Verband eintritt:

1. für Erhaltung des deutschen Volkstums in Europa und über See und Unterstützung desselben in bedrohten Teilen;
2. für Lösung der Bildungs-, Erziehungs- und Schulfragen im Sinne des deutschen Volkstums;
3. für Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen;

---

48. A. M., S. 5.

49. A. Bl. 1894, Nr. 1.

4. für eine tatkräftige deutsche Interessenpolitik in der ganzen Welt, insbesondere Fortführung der deutschen Kolonialbewegung zu praktischen Ergebnissen.“<sup>50</sup>

Schon in den ersten Jahren zeigte sich die Notwendigkeit, für die auslandsdeutschen Ortsgruppen des Verbandes eine besondere Regelung eintreten zu lassen, die ihnen die Möglichkeit gab, „im Einverständnis mit der Hauptleitung“ selbst zu bestimmen, „mit welchen Mitteln ihren besonderen Verhältnissen entsprechend diese Ziele anzustreben sind.“<sup>51</sup> Noch schärfer ist ihre Selbständigkeit in den Satzungen von 1903 betont: „In außerdeutschen Ländern können sich die Mitglieder mit Zustimmung der Verbandsleitung unter anderen Formen und zu besonderen Zwecken zusammentun.“<sup>52</sup>

Die im Vorstehenden geschilderte Festlegung der Aufgaben des AV zeigt schon, welch großes Arbeitsfeld ihm offenstand: „Der Alldutsche Verband ist ohne Zweifel von allen unseren nationalen Vereinen seinen Zielen und Bestrebungen nach der umfassendste und weitgehendste.“<sup>53</sup> Es war ihm durch ihre allgemeine Fassung ermöglicht, sich allen nationalen Fragen zu widmen, die im Laufe der Jahre an ihn herantraten, ohne durch seine Satzungen gehemmt zu sein. Die Tätigkeit des Verbandes auf den verschiedensten Gebieten, die wir in den folgenden Teilen dieser Abhandlung für die Zeit von 1890 bis 1918 betrachten wollen, wird weitgehend die Behauptung bestätigen, daß eine vollständige Uebersicht über sein Wirken nicht mehr oder weniger sein würde als eine ins Einzelne gehende — mit alldutschen Augen gesehene — Geschichte des Deutschen Reiches in jenen Jahren.<sup>54</sup>

Die Gründung des AV fiel zusammen mit dem Beginn der neuen imperialistischen Bewegung unter den europäischen Staaten, während das vom Streben der Völker nach nationaler Einheit und Freiheit beherrschte Jahrhundert noch nicht zu Ende gegangen war. Aus dieser Zeitbedingtheit heraus traten

---

50. Handbuch des AV für 1918, S. 5.

51. Alld. Werbe- u. Merkbüchlein 1899, S. 5.

52. Handbuch des AV für 1918, S. 5.

53. Grell, Der Alldutsche Verband, S. 3.

54. Wertheimer, The Pan-German League, S. 160.



zwei grundsätzliche Forderungen in den Mittelpunkt seiner Betätigung: Vollendung des deutschen Nationalstaates und Teilnahme Deutschlands an den weltpolitischen Bestrebungen. Hierfür die Voraussetzung schaffen zu helfen — Weckung und Pflege eines starken, im ganzen Volke festverwurzelten Nationalgefühles — galt als die wichtigste Aufgabe des Verbandes.

## § 2.

Es ist die große Tragik der deutschen Geschichte, daß das politische Denken der überwiegenden Mehrheit des Volkes vom Mittelalter an bis in die Neuzeit hinein von partikularistischen und universalistischen Anschauungen bestimmt war, ein lebendiges, ganz Deutschland erfüllendes Nationalbewußtsein aber fehlte. So hinterließ auch Otto von Bismarck, als er aus dem Amte schied, ein in der Welt geachtetes mächtiges Reich — doch kein im Vaterlandsgefühl geeintes Volk. Im eigenen Land zerrissen durch die Gegensätze von Parteien und Klassen, geschieden nach Stammeszugehörigkeit und Glaubensbekenntnis träumten die Deutschen von der kommenden Gemeinschaft der Völker, von Weltbürgertum und ewigem Frieden. Die Beseitigung des inneren Zwistes, die Abkehr von wirklichkeitsfremden überstaatlichen Hoffnungen und die Zusammenfassung aller Kreise des Volkes in der Erkenntnis seiner völkischen Eigenart und gemeinsamer nationaler Aufgaben konnten allein eine deutsche Zukunft verbürgen. „Während andere Völker aufs tatkräftigste für die heiligsten Güter ihres Volkstums eintreten und überall Erfolge erzielen, verzehren wir uns im Hader der Parteimeinungen oder erschlaffen in trügerischer Selbstgenügsamkeit, die Sorge für unsere Volksehre allein den Regierungen überlassend, ohne zu bedenken, daß wir so die ganze Zukunft unseres Volkes aufs Spiel setzen. Die nationalen Aufgaben dürfen über den sozialen und wirtschaftlichen nicht vergessen werden. Wir müssen unser Nationalgefühl vertiefen und den Massen unseres Volkes die Überzeugung beibringen, daß die deutsche Entwicklung mit dem Jahre 1870/71 noch lange nicht zum Abschluß gelangt sei“.<sup>55</sup>

---

55. Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein, S. 2.

Der Alldeutsche Verband bekannte sich zu der völkischen Auffassung, daß es falsch sei, in einer immer stärkeren Angleichung der Völker und dem Verschwinden ihrer nationalen Verschiedenheiten den eigentlichen Kulturfortschritt zu sehen. „Nun ist aber jedes Wesen dieser Erde berufen, gerade seine Eigenart auszuprägen und darin das Höchste zu erreichen . . . Auch die Besonderheiten der Völker sind nicht lästige Dinge, die beseitigt werden müßten, sondern es sind Eigenschaften, auf denen letzten Endes die Weltentwicklung beruht und die somit gottgewollt sind. Wo sie ein Volk abzustreifen sucht, verliert es seinen Wert“.<sup>56</sup> Die geographische Lage Deutschlands inmitten Europas hatte zu allen Zeiten eine starke Aufnahme fremder Gedanken und fremder Sitten begünstigt und ihm eine Mittlerrolle zwischen den verschiedenen Nationen zugeschoben. Waren zunächst die Gebildeten Träger weltbürgerlicher Anschauungen, so griffen in der Wirtschaftsordnung der neuen Zeit die Interessen des Kapitals ebenso über die Grenzen des Volkstums hinaus wie das Gefühl der internationalen Verbundenheit des Proletariats. Die Alldeutschen lehnten demgegenüber jede kosmopolitische Einstellung ab und betonten, daß das Recht der freien Betätigung des Einzelnen seine Schranken an dem höheren Recht der Volksgemeinschaft finden müßte. Hasse faßte diese Ansicht in der Besprechung eines Aufsatzes in die Worte zusammen: „... daß auch der Mensch nicht um seiner selbst willen da ist, sondern daß er gewöhnlich nur soviel wert ist, als er für sein Volk leistet. Denn nur sehr wenige Menschen ragen über das Maß ihres Volkes hinaus und können wirklich der ganzen Menschheit Dienste leisten“.<sup>57</sup>

Die Besinnung auf das eigene Volkstum durfte nun nicht dazu führen, alle Eigenschaften des deutschen Menschen in gleicher Weise zu entwickeln; lag doch im Wesen der Deutschen auch die Quelle vieles Unheils ihrer völkischen Vergangenheit. „Denn im Grunde genommen verkörpert sich in dem alldeutschen Gedanken der Widerspruch und die Gegenwirkung der deutschen Volksseele gegen die Ausartungen all derjenigen ihrer ureigen-

---

56. Stauff, Das Deutsche Wehrbuch, S. 2.

57. A. M., S. 81.

sten Eigenschaften, die unserem Volke in langer und schwerer Geschichte immer die Entfaltung zu machtvoller Einheit und staatlicher Geltung verwehrt hatten. Diese Eigenschaften sind hauptsächlich die Überschwenglichkeit des deutschen Geistes, der unbändige Freiheitssinn und die bedingungslose Treue. Aus ersterer entsprang nicht nur der weltbürgerliche Sinn so vieler unserer Besten, sondern auch jene Maßlosigkeit, die sich in den Weltherrschaftsträumen eines Friedrichs II. offenbarte. Der stolze Freiheitssinn schlug aber infolge dieses Überschwangs häufig um in rechthaberischen Trotz und Mangel an Fähigkeit, sich dem Ganzen ein- und unterzuordnen und steigerte sich dann bis zum Verrat am eigenen Volkstum. Und das köstlichste Erbgut unseres Volkes, seine Treue gegen den selbstgewählten Herrn, entartete zur Hingabe an den Fremden und zur völligen Blindheit gegen die Todfeinde des eigenen Seins<sup>58</sup>.

Eine planmäßige Erziehung des Volkes mußte dahin führen, alle seine Glieder mit Stolz auf ihr Deutschtum zu erfüllen. Dann würden weder die äußeren Feinde noch die inneren Gegner erfolgreich den Aufstieg der deutschen Nation hemmen. So allein konnte auch verhindert werden, daß Jahr für Jahr Tausende von Deutschen, die das Schicksal in fremde Lande geführt hatte, mit der Stammeszugehörigkeit zugleich ihr Volkstum aufgaben und vielleicht gar als Renegaten zu Bedrückern der eigenen Art und Sprache wurden. „Ein Volk, das nicht in allen seinen Schichten von einem starken, unabhängigen nationalen Ehrgefühl durchdrungen ist, wird auf die Dauer in der Welt niemals eine bedeutungsvolle Stellung und namentlich eine derartige Weltmachtstellung auszufüllen im Stande sein, wie wir sie dem deutschen Volke aus nationalen und kulturellen Gründen wünschen“<sup>59</sup>. Dieses Selbstbewußtsein sollte dann zu jenem empfindlichen Nationalgefühl werden, das nach dem Vorbild anderer Völker der deutschen Regierung in ihrem Verhältnis zu den fremden Mächten helfend und fördernd zur Seite treten konnte.

Die Alldeutschen betrachteten es als Pflicht jedes Einzelnen, sich für das Wohl seines Volkes selbst verantwortlich zu fühlen.

---

58. Bonhard, a. a. O., S. 134.

59. Bonhard, a. a. O., Anl. 3, S. 243 (Adresse an Peters).

Sie wandten sich gegen die Auffassung, die Genüge darin fand, nationale Gesinnung bei besonderen Anlässen zu zeigen; sie wollten vielmehr zu denen gehören, „welche mit vollem Ernst und mit aller Tatkraft die Arbeit für das Vaterland als eine ständige Lebensaufgabe betrachteten, die genau so zu erfüllen ist als der jeweilige bürgerliche Beruf, als eine Lebensarbeit, die sich nicht damit begnügen darf, bei festlichen Ereignissen oder bei Wahlgelegenheiten des Vaterlandes im Frieden zu gedenken und in Zeiten des Krieges die Waffen für dasselbe zu führen, sondern die eben wirklich Arbeit sein muß zu allen Zeiten“.<sup>60</sup> Solche nationale Tätigkeit erforderte oft große Opfer und konnte nicht von Männern geleistet werden, die kleinstmütig verzagten, wenn der erwartete Erfolg ausblieb oder sich erst in späteren Jahren zeigte.

Immer wieder hören wir im alldeutschen Schrifttum die Klage, daß es Deutsche gab, bei denen jede kräftige Regung des Nationalgefühls auf Widerstand stieß. „Gott sei es geklagt, daß es selten geschieht, aber wenn es doch einmal geschieht, daß ein beachtenswerter Bruchteil des deutschen Volkes in vaterländischer Begeisterung aufbraust, dann fühlt sich gleich der deutsche Michel in seiner Ruhe gestört . . . Dann reden die Fischblutmenschen von der Gefahr, die Deutschland von seinen „Chauvinisten“ droht — ach hätten wir doch von dieser Menschensorte nur wenigstens tausend leibhaftige Exemplare! — dann gießt man Wasser eimerweis in das überschäumende Glas Wein“.<sup>61</sup> Wollte die vaterländische Bewegung aber das ganze Volk erfassen, dann durfte sie sich nicht auf den Kampf gegen die Gleichgültigkeit und die Abwehr internationaler Strömungen beschränken. Sie mußte ein zukunftsweisendes Hochziel herausstellen, das die Massen wirklich ergriff. Denn ohne Begeisterung wurde niemals Großes geleistet oder die Verwirklichung nationaler Aufgaben vorbereitet. Deutscher Art lag es dabei fern, völkisches Wollen zu wildem Chauvinismus zu steigern. Auch das Wirken des Alldeutschen Verbandes sollte nicht uferlosen Plänen gelten, sondern allein den Daseins- und Zukunfts-Notwendigkeiten der deutschen Nation dienen.

---

61. A. Bl. 1896, Nr. 10 (Ernst Hasse).



§ 3.

Der Staat erschien den Alldutschen nicht als Selbstzweck, noch zum Wohle der einzelnen Bürger bestimmt, sondern sie sahen seine wichtigste Aufgabe darin, der Zukunft des Volkes zu dienen. Aus dieser Grundanschauung ergab sich notwendig das Streben nach Einheit von Volk und Staat. Um aber „die Bedeutung eines oder gar des deutschen Nationalstaates zu gewinnen, müßte das Deutsche Reich entweder die Gesamtheit des geschlossenen deutschen Siedlungsgebietes in Mitteleuropa umfassen oder innerhalb seiner Reichsgrenzen die Zahl und die politischen Forderungen der Nichtdeutschen zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt haben“.<sup>62</sup> Das Deutsche Reich von 1871 erfüllte diese Voraussetzungen nicht und hatte somit, wie Hasse urteilte, „seine Daseinsberechtigung noch nicht erwiesen“.<sup>62</sup> Jenseits der Grenzen siedelten vielmehr Millionen von Deutschen, die einem fremden Staatsverband untertan waren, und innerhalb des Reiches wohnten Millionen von Bürgern, die einem anderen Volkstum angehörten.

Die nationale Bewegung im 19. Jahrhundert hatte neben der staatlichen Einigung in Deutschland und Italien auch zum Erwachen des Selbstbewußtseins der kleinen Völkerschaften geführt. Es begann jetzt in den verschiedenen Ländern die Zeit der Auseinandersetzung zwischen den machtpolitischen Forderungen des herrschenden Volkes und dem Nationalgefühl der völkischen Minderheiten. Die Alldutschen erkannten einen unbeschränkten — „angeborenen“ — Anspruch aller Volksgruppen auf weitgehende Selbständigkeit und freie Betätigung ihrer Sonderart nicht an. „Nur den großen Kulturvölkern kann das Recht der Nationalität zugestanden werden“.<sup>63</sup> Im Deutschen Reich selbst lehnten sie jedes Nachgeben gegenüber Polen, Dänen und Franzosen ab. „Wer dauernd die Wohltaten eines Kulturstaates genießen will, muß in dessen Volksleben völlig aufgehen, oder ein Fremder bleiben, der für sich und seine Nachkommen von dem Genuß der öffentlichen Volks- und Bürgerrechte ausgeschlossen bleibt“.<sup>64</sup> Gesetzgeber und Verwaltung

62. Hasse, Deutsche Politik, Bd. I, Heft 1, S. 4.

63. A. Bl. 1894, Nr. 2.

64. A. Bl. 1896, Nr. 17.

sollten der Bestimmung der Präambel der Deutschen Verfassung gemäß handeln, die besagte, daß das Reich „zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“ geschaffen sei, und darum den fremden Bevölkerungsteilen nur soweit Freiheiten gewähren, als sie den Interessen des Deutschtums nicht widersprachen. Unmöglich aber mußte es sein, denen die volle Gleichberechtigung mit den deutschen Volksangehörigen zu gewähren, „die ganz offen bekennen, keine Deutschen zu sein und die auch gar nicht Lust haben, Deutsche zu werden“.<sup>65</sup> Besonders erschien es den Alldeutschen unerträglich, daß Abgeordnete — ohne sich dem deutschen Volke verbunden zu fühlen — mit ihrer Stimme den Ausschlag in wichtigen nationalen Belangen des Deutschtums geben konnten; nach ihrer Ansicht sollten sie nur das Recht besitzen, in den Angelegenheiten ihres eigenen Volkstums und ihres engeren Heimatgebietes im Parlament Gehör zu verlangen.

Die Gefahren des Mangels einer nationalstaatlichen Geschlossenheit zeigte sich vor allem bei fremdvölkischen Bewohnern der Grenzlande, durch deren Beziehungen zum benachbarten Ausland die Sicherheit des Reiches bedroht werden konnte. „Es muß deshalb nachträglich bedauert werden, daß wir in Posen, Schleswig und Lothringen keine Markgrafschaften gebildet haben, Gebiete mit Sonderrechten — wenn man will Minderrechten“.<sup>66</sup> Die politische Entwicklung in den Grenzprovinzen ließ die Notwendigkeit einer solchen rechtlichen Beschränkung mehrfach in alldeutschen Kreisen erörtern. Von Hasse wurde sogar die völlige Abstoßung der überwiegend von Fremden besiedelten Landstriche erwogen, doch standen sowohl im Osten wie im Westen geographische und militärische Gesichtspunkte entgegen, die sie unmöglich machten; im Norden endlich würden die geringen Unterschiede zu der stammverwandten Bevölkerung im Laufe der Zeit wohl ausgeglichen werden. Bei diesen Erwägungen war die Erkenntnis maßgebend, daß allein „der Volkboden die Grundlage unseres staatlichen Daseins bildet“.<sup>67</sup> Aus

---

65. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 1, S. 53.

66. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 1, S. 52.

67. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 2, S. 1.

ihr entstand auch der Gedanke eines großzügigen — freiwilligen — Austausches der fremden Bewohner des Reiches gegen deutsche Rückwanderer aus nichtdeutschen Ländern.

Den Alldeutschen wurde wiederholt entgegengehalten, sie wollten den nationalen Minderheiten im Reichsgebiet jene Rechte verweigern, die sie für ihre eigenen Volksgenossen in Österreich, Ungarn und Rußland forderten. Sie erwiderten zunächst, der Vorwurf der Inkonsequenz treffe nicht zu: „Wir vertreten die Interessen des deutschen Volkstums hier wie dort“.<sup>68</sup> Und sie wiesen weiter darauf hin, „daß von allem Ungleichen, was es auf der Welt gibt, die Völker das Ungleichste sind und deshalb nicht ohne weiteres miteinander verglichen oder gar als gleichwert behandelt werden dürfen“.<sup>69</sup> Die Deutschen seien in die genannten Länder als Träger der Kultur gekommen, oft von den Herrschern der neuen Heimat selbst gerufen, und ständen auch heute noch auf einer höheren Stufe als die anderen Völkerschaften. Die nichtdeutsche Bevölkerung im Reich könne dagegen keinerlei Anspruch aus einem Verdienst um die Schaffung und Entwicklung des deutschen Staates herleiten, sie habe ihm vielmehr stets feindselig gegenüber gestanden.

Wollte das deutsche Volk sich im neuen Jahrhundert neben den mächtigen Nationen der Slawen und Angelsachsen erfolgreich behaupten, dann mußte es Sorge tragen, daß keines seiner Glieder mehr in fremdem Volkstum verloren ging. Die Reichsdeutschen allein konnten die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Aufgaben der Zukunft nicht erfüllen. Ihnen zur Seite mußte das über die ganze Welt zerstreute Auslandsdeutschtum treten; vor allem aber war es notwendig, die hoch- und niederdeutschen Stämme in Mitteleuropa im Anschluß an das Reich eng zusammenzufassen.

Die Alldeutschen dachten nicht daran, geschichtlich Gewordenes außer Acht zu lassen. Sie wußten, daß historische Erinnerungen für die praktischen Erfordernisse der Gegenwart wertlos waren. Weder die Selbständigkeit der Schweiz und der

---

68. A. Bl. 1894, Nr. 35 (Ernst Hasse).

69. A. Bl. 1899, Nr. 37; A. K., S. 69 (Hasse a. d. Verbandstag).

Niederlande, noch die fremde Herrschaft über Vlamen und Balten, noch der Ausschluß Österreich-Ungarns aus dem Reichsgebiet ließen sich ungeschehen machen. Der Zusammenschluß des mitteleuropäischen Deutschtums, der mit der Schaffung eines Zollbundes beginnen würde, mußte freiwillig erfolgen; das Deutsche Reich durfte keinen Druck auf die kleineren Staaten ausüben. Ob aus einem völkerrechtlichen Abkommen wirtschaftlicher Art eine staatsrechtliche Bindung in irgend einer Form entstehe, sollte der Zukunft überlassen bleiben. Notwendig erschien es der alldutschen Bewegung nur, jede Schwächung des deutschen Einflusses in den anderen Ländern zu verhüten; handelte es sich doch hierbei um eine Lebensfrage des ganzen Volkes.

Nationalstaatliches Denken mußte endlich darauf sehen, der wachsenden Volkskraft den genügenden Raum zu sichern, in dem die Erhaltung des Volkstums nicht gefährdet war. Das deutsche Volk konnte nicht auf seine engen Staatsgrenzen beschränkt bleiben, es durfte aber ebensowenig mehr in planloser Auswanderung seine Angehörigen an die verschiedensten Länder abgeben, noch war eine Ausdehnung des Herrschaftsbereiches in Europa über benachbarte Gebiete mit einem Zuwachs fremder Bewohner aus völkischen Gründen zu wünschen. Deutschland mußte vielmehr seinen Volksboden durch zielbewußte Siedlung im Osten und Südosten des Reiches und der Donaustaaten vergrößern und — da diese Möglichkeit nicht unbegrenzt war — rechtzeitig bedacht sein, Kolonialland in anderen Erdteilen zu gewinnen. Die Alldutschen sahen es daneben als ihre besondere Pflicht an, die Verbindung mit den bereits in der Ferne wohnenden Deutschen aufzunehmen, sie wieder an das Muttervolk zu ketten und so zu helfen, das „größere Deutschland“ zu vollenden, das im Wettbewerb mit den anderen Nationen bestehen konnte.

Mit dem Wirken für das deutsche Volkstum, „so weit die deutsche Zunge klingt“, fand die Tätigkeit des Alldutschen Verbandes ihre Begrenzung. Der Sprachgebrauch des Auslandes, die Begriffe „allddeutsch“ und „pangermanisch“ einander gleichzusetzen, war nicht berechtigt. In dem zur Abwehr panslawistischen Machtstrebens vereinzelt entworfenen Plan einer



pangermanischen Gemeinschaft der Deutschen mit den Skandinaviern und Angelsachsen erblickte der AV nur ein Gedankenbild ohne praktische politische Bedeutung für die Gegenwart. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Deutschum und Dänentum in der Nordmark standen sogar alldeutsche Interessen ebenso in Gegensatz zu einem pangermanischen Gemeingefühl wie im Kampf der Engländer gegen die Buren. Die imperialistischen Bestrebungen der Angelsachsen waren aber vor allem neben der slawischen Bewegung die gefährlichsten Widersacher einer Beteiligung Deutschlands an der Weltpolitik.

#### § 4.

Das 19. Jahrhundert hatte an die Stelle der kleinen Partikulargewalten den Zusammenschluß zu wenigen europäischen Großstaaten treten lassen, die neue Zeit brachte das Emporwachsen von einzelnen Weltmächten, denen der größte Teil der bewohnten Erde untertan war. Diese Entwicklung führte aber nicht zu einer endgültigen Gestaltung der politischen Grenzen und Einflußgebiete. Die Geschichte lehrte vielmehr, daß alte und schwache Völker, die untätig bei dem einmal Errungenen beharren, ihren Platz in der Reihe der Nationen an andere tatkräftig aufstrebende Völkerschaften abtreten müssen. Bismarcks Politik der Erhaltung und Sicherung des Reiches unter Ablehnung einer weiteren Ausdehnung der deutschen Herrschaft wurde deshalb von den Alldeutschen nur für die Dauer seiner eigenen Amtszeit, in der schon so großes geleistet war, als berechtigt anerkannt. Sie wandten sich aber dagegen, sein Wort von der „Saturiertheit“ Deutschlands zu einem für alle Zukunft gültigen Glaubenssatz zu erheben; eine neue Regierung müsse bedacht sein, dem Volke weitere Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen. Kaiser Wilhelm II. fand daher die jubelnde Zustimmung des Verbandes, als er sich am 18. Januar 1896 zu dem „größeren Deutschland“ bekannte und vom Deutschen Reich als einem „Weltreich“ sprach.

Der Imperialismus jener Jahrzehnte wurde vorwiegend von wirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt. Seitdem aus der geschlossenen Volkswirtschaft der Nationen eine Staatsgrenzen

wie Kontinente überschreitende Weltwirtschaft entstanden war, ging das Streben der Völker nicht mehr allein nach nationalen und machtpolitischen Erfolgen. Jetzt war das Ziel der Auseinandersetzungen die Gewinnung von Kolonialland zur Erzeugung von Nahrungsmitteln, von Kohle, Erz und Baumwolle, von Absatzgebieten für das heimische Gewerbe und der Schutz der Interessen des in allen Erdteilen angelegten Kapitals. Die großen Mächte suchten dabei ihren Wirtschaftsraum so zu erweitern, daß ihr Bedarf an Rohstoffen möglichst in vollem Umfang aus ihm gedeckt werden konnte. Gleichzeitig aber bemühten, sie sich, dieses Gebiet nach außen abzuschließen, um jeden fremden Wettbewerb auszuschalten. Hatte man vielfach geglaubt, daß das Vorherrschen wirtschaftlichen Denkens und die zunehmende materielle Verflechtung der Völker auch zu einer politischen Annäherung führen werde, wurde doch bald offenkundig, daß neue Gegensätze aufgerissen waren, die mit der gleichen Schärfe wie frühere Kämpfe zum Austrag kommen mußten. Die gedeihliche Entfaltung wirtschaftlicher Unternehmungen eines Volkes war daher nur verbürgt, wenn sie den notwendigen Rückhalt an einer entschlossenen Politik des Staates fand.

Der wirtschaftliche Aufschwung war es auch, der das Deutsche Reich zur Teilnahme an der Weltpolitik zwang. In Deutschland hatte sich ebenfalls der Übergang vom Agrarstaat mit einem vornehmlich auf Europa beschränkten Wirtschaftsverkehr zum weit ausgreifenden Industrie- und Handelsstaat vollzogen. Eine Verdrängung vom Weltmarkt oder schon eine starke Beeinträchtigung der freien Betätigung deutscher Kaufleute und Unternehmer, wie sie die Bildung großer autarker Wirtschaftsgebiete unter russischer, amerikanischer oder großbritannischer Hoheit zur Folge haben würde, mußte deshalb zu schwerer Schädigung der ganzen deutschen Wirtschaft führen. „Nicht aus Eitelkeit oder Machtkitzel, sondern um die deutsche Industrie und den deutschen Handel schützen zu können, ist das Deutsche Reich genötigt, die Bahnen der Weltpolitik zu beschreiten . . . Wie die Politik Englands sich seit Jahrhunderten in den Dienst seiner wirtschaftlichen Entwicklung stellt . . . so muß das auch

die Politik des Deutschen Reiches im 20. Jahrhundert sein“.<sup>70</sup> Die Notwendigkeit einer gesunden deutschen Weltpolitik wurde von allen Alldutschen anerkannt. Hasse betonte, „daß wir bereits in der Weltpolitik mitten drin stehen und daß es sich für uns gar nicht mehr darum handelt, ob wir Weltpolitik betreiben wollen oder nicht, sondern nur darum, ob diese Weltpolitik eine deutsche sein soll oder eine undeutsche, eine auf das deutsche Volkstum gestützte oder eine dasselbe verleugnende“.<sup>71</sup>

Der rein wirtschaftliche Standpunkt, der sich mit der Forderung der „offenen Tür“ für den deutschen Handel in allen Ländern zufrieden gab, wurde von den Alldutschen nicht gebilligt. Sie glaubten vielmehr, daß Herrschaft immer über Vertrag gehe und selbst ein großer wirtschaftlicher Einfluß in fremden Gebieten keine Sicherheit im drohenden Kampf ums Dasein bilden werde. Vor allem mußte aber nach ihrer Ansicht die hohe Zahl der deutschen Auswanderer, die jährlich die Heimat verließen, das Reich zwingen, sich bei der steten Neuverteilung der Erde unter die Kulturvölker einen seiner Bedeutung entsprechenden Anteil zu sichern. Die Alldutschen trachteten dabei nicht nach einer weltbeherrschenden und die anderen Nationen zurückdrängenden Stellung Deutschlands. „Nein wir werden ebenso wie in früheren Entwicklungszeiten eine Großmacht neben anderen europäischen Großmächten, in Zukunft eine Weltmacht neben anderen gleichberechtigten Weltmächten sein wollen“.<sup>72</sup> Wohl aber mußte das deutsche Reich darauf sehen, daß keine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zu seinem Nachteil stattfand. Überall auf der Welt, im schwarzen Erdteil ebenso wie bei der erwarteten Aufteilung des türkischen Besitzes und der Erschließung des chinesischen Reiches sollte Deutschland seine Belange wahren. „Das Ansehen und die Interessen des Reiches erfordern es gleichermaßen, daß nirgends auf der Erde eine Änderung der Besitz- und Machtverhältnisse stattfinden darf, ohne eine vollwertige Entschädigung des Reiches“.<sup>73</sup>

---

70. Schultheiß, Alld Deutschland a. d. Jahrhundertwende, S. 45.

71. Hasse, Deutsche Weltpolitik, S. 2.

72. Hasse, Deutsche Politik, Bd. II, Heft 1, S. 64.

73. A. Bl. 1895, Nr. 42; A. K., S. 31 (Eing. a. d. Reichskanzler).

Die Alldeutschen verkannten die Gefahren nicht, die aus einer weitgehenden weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Betätigung dem deutschen Volke entstehen konnten. Die Sorge um die im Ausland angelegten Werte würde leicht dazu führen, die Neigung zu weltbürgerlichen Anschauungen im Gegensatz zu einem entschiedenen Nationalbewußtsein erneut zu stärken. Auf der anderen Seite mußte das Aufblühen des deutschen Wirtschaftslebens und die Festsetzung des Reiches in fremden Erdteilen den Widerstand der im Wettbewerb stehenden Nationen wecken. Zum Dritten durfte der Grundsatz nicht außer acht gelassen werden, „daß nur die Mächte Weltpolitik treiben können, deren heimatliche Wurzelkraft nicht mehr umstritten ist“.<sup>74</sup> Im Alldeutschen Verband wurden daher Stimmen laut, die eine deutsche Weltpolitik auf das notwendigste Maß beschränkt wissen wollten. So stellte 1905 auf dem Verbandstag in Worms Reismann-Grone — ausgehend davon, daß die große deutsche Aufgabe in Mitteleuropa noch ungelöst war — allen imperialistischen Plänen als alldeutsche Forderung gegenüber: „Erst europäische Politik, dann Weltpolitik. Erst Festlandspolitik, dann Kolonialpolitik. Erst Deutschland, dann Übersee“.<sup>75</sup>

Die zunehmende Ausdehnung des deutschen Einflusses in der Welt hatte notwendig die Schaffung einer starken deutschen Flotte zur Folge. Obwohl diese Rüstung rein defensiv gedacht war, brachte sie doch eine Verschärfung des deutsch-englischen Gegensatzes mit sich, der seit dem ersten Eingreifen Deutschlands in die Weltpolitik bestand. Der Inselstaat fühlte sich in seiner überkommenen Weltstellung bedroht und versuchte nun, das Deutsche Reich durch eine zielbewußte Bündnispolitik mit den Festlandsmächten einzukreisen. Die Alldeutschen hatten wie die Anfänge der Kolonialpolitik auch den Ausbau der Flotte begrüßt und ihr durch eine umfangreiche Agitation den Boden im Volke bereiten helfen. Sie lehnten deshalb in ihrer Mehrheit — trotz aller Betonung des Vorranges einer mitteleuropäischen Politik Deutschlands — jene Versuche ab, durch den Verzicht auf die volle Freiheit der weltwirtschaftlichen Entwick-

---

74. Reismann-Grone/Liebert, Ueberseepolitik . . . , S. 3.

75. Reismann-Grone/Liebert, Ueberseepolitik . . . , S. 18.



lung und durch eine Begrenzung der deutschen Seemacht zu einer Einigung mit England zu kommen. Auf der anderen Seite erkannten sie wohl die steigende Isolierung des Deutschen Reiches und wußten, daß auch der Dreibund keine verlässliche Bindung bedeutete. Das deutsche Volk mußte sich daher — so meinten die Alldutschen — jederzeit bereit halten, seine Belange notfalls mit den Waffen zu verteidigen. „Deutschlands Friedensliebe stehe außer Zweifel, aber wir wünschen einen Frieden in Ehren und nicht einen Frieden um jeden Preis“,<sup>76</sup> hieß es kennzeichnend für den alldutschen Standpunkt in einem Vortrag auf dem Verbandstag in Lübeck.

„Politik machen in höherem Sinn heißt: die Bedürfnisse von Volk und Staat über den Tag hinaus erkennen und beurteilen und in der Gegenwart die Zukunft vorzubereiten“.<sup>77</sup> Aus dieser Einstellung heraus versuchte der Alldutsche Verband zu den Fragen einer weltpolitischen Betätigung des Deutschen Reiches Stellung zu nehmen, wie er aus ihr seine Forderung der Vollendung des deutschen Nationalstaates und die große Aufgabe der Weckung und Pflege eines deutschen Nationalbewußtseins ableitete. Der Erfolg seines Wirkens mußte aber davon abhängen, ob es ihm gelang, im deutschen Volke den notwendigen Widerhall zu finden.

### Drittes Kapitel.

#### *Die Organisation des Alldutschen Verbandes.*

##### § 1.

Die Gründer der alldutschen Bewegung hatten daran gedacht, weiteste Kreise des deutschen Volkes in den Reihen des neuen Verbandes zusammenzuschließen. Männer aller Schichten erhielten durch den niedrigen Beitrag die Möglichkeit zum Anschluß, und nicht nach Rang, Stand, Konfession oder sozialer Richtung sollte die Frage bei ihrem Eintritt lauten. „Er will nur, daß man ein gesundes deutsches Herz mitbringe, daß ein

---

76. A. B. 1904, Nr. 23; A. K., S. 250.

77. Claß, Marokko verloren? S. 5.

kräftiger tatfroher Pulsschlag darin herrsche“.<sup>78</sup> Das Auslandsdeutschtum wurde zur besonderen Mitarbeit aufgerufen, denn Staatsgrenzen galten dem Verband nicht als Hindernis für tätige Anteilnahme an seinen Bestrebungen. „Er kennt nur „Deutsche“ und anerkennt alle als Landsleute, die germanischer Abstammung sind und an deutscher Sprache und Sitte treu festhalten, gleichgiltig welchem Staatswesen sie als Bürger oder Gäste angehören“.<sup>79</sup> Schon in der ersten Fassung seiner Satzungen wurde daher die Bestimmung getroffen: „Mitglied des Allgemeinen deutschen Verbandes kann jeder Angehörige der deutschen Nationalität werden, gleichviel zu welchem Staatsverband er gehört“.<sup>80</sup> Wir haben aber im ersten Kapitel gesehen,<sup>81</sup> daß es dem Verband nicht gelang, die erhoffte allgemeine Zustimmung zu finden und zu einer Massenbewegung zu werden. Mit etwa 35 000 Mitgliedern erreichte er im Weltkrieg seine größte zahlenmäßige Stärke. Leichter war es in Deutschland, für eine einzelne Aufgabe — Ausbau der Flotte oder Unterstützung der Buren — die Begeisterung des ganzen Volkes zu wecken, als für eine umfassende nationale Weltanschauung, wie sie der AV vertrat. Über die engen Beziehungen, die zwischen dem Verband und den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen von seiner Gründung an bestanden, haben wir schon berichtet.<sup>81</sup>

Träger des Verbandsgedankens waren vor allem die Angehörigen des nationalen Bürgertums, des gebildeten deutschen Mittelstandes. Oberlehrer und Geistliche, Richter, Anwälte und Aerzte, Fabrikanten und Kaufleute, dazu in geringerem Maße Handwerksmeister und Handlungsgehilfen — in den Hochschulen Professoren und Studenten — stellten den Hauptanteil der Mitgliederschaft. Versuche einiger Ortsgruppen, auch Handarbeiter zu gewinnen, blieben erfolglos. Fühlung mit dem Bauerntum hatte der AV nur an wenigen Stellen. In die oberen Gesellschaftskreise drang der alldeutsche Gedanke erst in den späteren Jahren ein; die unabhängige Haltung des Verbandes,

---

78. A. M., S. 81 (Karl Pröll).

79. A. Bl. 1894, Nr. 1 (Hasse).

80. A. M., S. 5.

81. vergl. S. 32/34, 36/37, 43.

die ihn selbst an Maßnahmen der Regierung Kritik üben ließ, mag sie ihm lange ferngehalten haben. Dagegen wurde dem AV ein Wirken auf breiterer Grundlage durch die Bestimmung seiner Satzungen ermöglicht, daß „Vereine von Deutschen“ ihm körperschaftlich beitreten konnten. So schlossen sich ihm eine größere Anzahl studentischer Korporationen, Ortsgruppen des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ und anderer nationaler Vereinigungen an. Doch ist die früher genannte hohe Zahl der durch den Beitritt ganzer Gruppen dem Verband zugeführten Mitglieder<sup>82</sup> für die tatsächliche Anteilnahme an seiner Arbeit nur mit sehr starken Einschränkungen zu werten.

Ein Überblick über die berufliche und gesellschaftliche Stellung der Angehörigen des AV und besonders seiner Leitung erweist sich als notwendig, da die reine Mitgliederzahl nicht für die politische Bedeutung einer Bewegung entscheidend sein kann. Die führenden Männer des Verbandes in Hauptleitung und Geschäftsführendem Ausschuß haben wir zum größten Teil bei der Betrachtung seiner geschichtlichen Entwicklung namentlich angeführt;<sup>83</sup> die Zusammensetzung des Vorstandes in mehreren Jahren (wobei für 1904 auch die Vertreter der Ortsgruppen im Gesamtvorstand mitgezählt sind) zeigt uns die beigefügte Anlage. Wir ersehen daraus vor allem die hervorragende Beteiligung der höheren Lehrerschaft. Unter ihrem Einfluß dürften alldeutsche Anschauungen auch weithin Eingang in die heranwachsende Jugend gefunden haben. Der hohe Bildungsstand der Mehrzahl der Mitglieder schuf die Voraussetzung für eine sachgemäße Behandlung der zur Erörterung stehenden Fragen, wobei eine allzu „akademische“ Auffassung durch die Mitarbeiter aus den Kreisen der Beamtschaft, des Wirtschaftslebens und der Wehrmacht verhindert werden konnte.

Bei der Gründung des AV hatten sich Anhänger aller nationalen Parteien zusammengefunden: Deutsch- und Freikonservative, Nationalliberale und Antisemiten sowie einzelne vaterländisch gesinnte Demokraten. Wie der Verband jedoch vor allem im gebildeten Bürgertum seine Mitglieder gewonnen hatte,

---

82. vergl. S. 37.

83. vergl. S. 31, 38, 42.

# Anlage:

## Berufliche Gliederung der Vorstandsmitglieder.

|                                 | 1891 | 1899 | 1904 | 1917 |
|---------------------------------|------|------|------|------|
| Universitätsprofessoren         | 8    | 14   | 19   | 12   |
| Archivare, Bibliothekare        | 1    | 2    | 3    | 2    |
| Professoren (ohne weit. Ang.)   | 6    | 17   | 26   | 13   |
| Oberlehrer (Studienräte)        | —    | 10   | 20   | 2    |
| Schuldirektoren                 | —    | 3    | 7    | 6    |
| Volksschullehrer                | —    | —    | —    | 1    |
| Geistliche                      | —    | 3    | 8    | 7    |
|                                 | 15   | 49   | 83   | 43   |
| Richter, Staatsanwälte          | 1    | 7    | 16   | 6    |
| Reg. Präsidenten, Landräte      | 4    | 2    | —    | 1    |
| Regierungsräte                  | —    | 2    | 1    | 5    |
| sonst. Beamte d. höh. Staatsd.  | 4    | 2    | 6    | 7    |
| höhere Kommunalbeamte           | 1    | 3    | 1    | 3    |
| Assessoren                      | 2    | 2    | 2    | 1    |
| Beamte d. mittl. Staatsd.       | —    | 2    | 9    | —    |
|                                 | 12   | 20   | 35   | 23   |
| Offiziere des Heeres            | 3    | 6    | 7    | 1    |
| Offiziere der Marine            | —    | 1    | 3    | 1    |
|                                 | 3    | 7    | 10   | 2    |
| Rechtsanwälte                   | 3    | 6    | 19   | 9    |
| Ärzte, Tierärzte, Apotheker     | 4    | 9    | 26   | 11   |
|                                 | 7    | 15   | 45   | 20   |
| Konsuln                         | 3    | 3    | 2    | —    |
| Fabrikanten                     | 9    | 11   | 13   | 11   |
| Kaufleute                       | 3    | 11   | 27   | 13   |
| Ingenieure                      | —    | 3    | 6    | 4    |
| Handwerksmeister                | —    | —    | 4    | —    |
| Geschäftsführer, Syndici        | 1    | 1    | 3    | 9    |
| Landwirte, Farmer               | 2    | 6    | 6    | 4    |
|                                 | 18   | 35   | 61   | 41   |
| Schriftsteller                  | —    | 3    | 4    | 2    |
| Schriftleiter und Verleger      | —    | 4    | 10   | —    |
|                                 | —    | 7    | 14   | 2    |
| Direktor, Dr. (ohne weit. Ang.) | 8    | 8    | 14   | 7    |
| Verschied. u. ohne Berufsang.   | 10   | 4    | 14   | 4    |
|                                 | 18   | 12   | 28   | 11   |
| Gesamtzahl                      | 73   | 145  | 276  | 142  |
| (darunter Abgeordnete           | 16   | 8    | 11   | 8)   |

Quellen: 1891: A. M., Nr. 1/2; 1899: Alld. Werbe- u. Merkbüchlein 1899, S. 9/12; 1904: A. Bl. 1904, Nr. 4, 8, 12; 1917: Handbuch d. AV.f. 1918, S. 14/18.

Einen Überblick über die berufliche Gliederung und die geographische Verteilung der Mitglieder des AV gibt eine Aufstellung aus dem Jahre 1901, wobei von den rund 22 000 Mitgliedern 19 796 erfaßt wurden.

(Spalte I nennt die Gesamtzahl, die dann gegliedert ist in: akademische Berufe (II), freie Berufe: Künstler, Beamte, Lehrer (III), Landwirte (IV), Kaufleute (V), Industrieelle und Handwerker (VI) und sonstige Berufe (VII))

|                    | I     | II   | III  | IV  | V    | VI   | VII  |
|--------------------|-------|------|------|-----|------|------|------|
| Ostpreußen         | 150   | 63   | 50   | 11  | 15   | 5    | 6    |
| Westpreußen        | 11    | 3    | 4    | 3   | —    | 1    | —    |
| Posen              | 127   | 29   | 79   | 9   | 4    | 3    | 3    |
| Schlesien          | 571   | 230  | 191  | 18  | 63   | 43   | 26   |
|                    | 859   |      |      |     |      |      |      |
| Pommern            | 98    | 42   | 17   | 7   | 17   | 7    | 8    |
| Mecklenburg        | 91    | 34   | 31   | 9   | 14   | 1    | 2    |
| Berlin             | 574   | 239  | 178  | 8   | 94   | 23   | 32   |
| Brandenburg        | 401   | 91   | 123  | 30  | 70   | 67   | 20   |
|                    | 1164  |      |      |     |      |      |      |
| Schleswig-Holstein | 283   | 106  | 64   | 28  | 43   | 30   | 12   |
| Hansestädte        | 1204  | 290  | 70   | 5   | 769  | 53   | 17   |
| Hannover           | 643   | 225  | 128  | 9   | 152  | 72   | 57   |
| Braunschweig       | 197   | 62   | 41   | 5   | 47   | 25   | 17   |
| Oldenburg          | 28    | 10   | 7    | 5   | 5    | —    | 1    |
|                    | 2355  |      |      |     |      |      |      |
| Sachsen            | 3133  | 654  | 492  | 20  | 1091 | 676  | 200  |
| Provinz Sachsen    | 593   | 174  | 131  | 20  | 134  | 96   | 38   |
| Anhalt             | 9     | 3    | 4    | 1   | —    | 1    | —    |
| Thüringen          | 967   | 271  | 248  | 18  | 228  | 155  | 47   |
|                    | 4702  |      |      |     |      |      |      |
| Bayern             | 1072  | 412  | 200  | 18  | 230  | 127  | 85   |
| Württemberg        | 496   | 157  | 107  | 1   | 99   | 64   | 68   |
|                    | 1568  |      |      |     |      |      |      |
| Baden              | 1131  | 390  | 220  | 12  | 224  | 147  | 138  |
| Hessen             | 1401  | 407  | 318  | 145 | 339  | 143  | 49   |
| Hessen-Nassau      | 450   | 203  | 89   | 5   | 83   | 40   | 30   |
|                    | 2982  |      |      |     |      |      |      |
| Rheinland          | 3172  | 868  | 672  | 13  | 792  | 654  | 173  |
| Westfalen          | 1264  | 326  | 275  | 16  | 362  | 228  | 57   |
| Waldeck und Lippe  | 60    | 12   | 8    | —   | 26   | 12   | 2    |
| Elsaß-Lothringen   | 58    | 38   | 13   | —   | 4    | —    | 3    |
|                    | 4554  |      |      |     |      |      |      |
| Deutsches Reich    | 18184 | 5339 | 3760 | 416 | 4905 | 2673 | 1091 |

Quelle: Jahresbericht des AV für 1901, S. 20.



|                      |       |      |      |     |      |      |      |
|----------------------|-------|------|------|-----|------|------|------|
| Österreich-Ungarn    | 1184  | 476  | 215  | 16  | 194  | 119  | 164  |
| übriges Europa       | 255   | 54   | 24   | 1   | 93   | 66   | 17   |
| Afrika               | 29    | 4    | 9    | 2   | 11   | —    | 3    |
| Amerika              | 71    | 15   | 5    | 2   | 46   | —    | 3    |
| Australien u. Südsee | 9     | 2    | 2    | 1   | 3    | —    | 1    |
| Asien                | 64    | 9    | 7    | 6   | 36   | 1    | 5    |
| Ausland              | 1612  | 560  | 262  | 28  | 383  | 186  | 193  |
| Gesamtzahl:          | 19796 | 5899 | 4022 | 444 | 5288 | 2859 | 1284 |

so war es politisch die nationalliberale Partei, aus der die meisten Alldutschen kamen. Das mag auch darin begründet gewesen sein, daß der AV nicht gleichmäßig im ganzen Reich Fuß fassen konnte, sondern seine größte Verbreitung im Westen erreichte, während er sich im konservativen Osten nur langsam ausdehnte.

Die Mehrheit der Verbandsmitglieder bekannte sich zum evangelischen Glauben. Neben ihnen finden wir aber überzeugte Katholiken, die sich durch den Vorwurf einer katholikenfeindlichen Haltung des AV, den Verwechslungen mit der „Alldutschen Partei“ in Österreich und die politische Ablehnung der ultramontanen Zentrumspartei durch den Verband ausgelöst hatten, in ihrem Bekenntnis zu den alldutschen Zielen nicht irre machen ließen. Bestrebungen, die eine Abkehr vom Christentum forderten, fanden im AV keine Unterstützung.

## § 2.

Die Organisation des Alldutschen Verbandes gliederte sich in Ortsgruppen und Gaue. In ihrem Aufbau waren sie von der Leitung des Verbandes weitgehend unabhängig, gaben sich Satzung und Führung selbst. Die Arbeit in den Ortsgruppen lag vor allem dem Vorstand oder Ausschuß ob, der zumeist eine größere Anzahl von Mitgliedern umfaßte. Einige rührige Gruppen suchten ihren Kreis durch Veranstaltung regelmäßiger Zusammenkünfte in benachbarten Kleinstädten oder Landorten zu erweitern. In Berlin, später auch innerhalb anderer Ortsgruppen, entstanden besondere Frauenvereinigungen „zu Zwecken freiwilliger Liebes- und Hilfsarbeit am deutschen Volkstum“.<sup>84</sup> Der Zusammenschluß

84. Satzungen d. AV § 13 (Handbuch f. 1918, S. 6).

der alldeutschen Gesinnungsfreunde wurde in den ersten Jahren in mehreren Bundesstaaten, so in Bayern, Sachsen und Braunschweig, durch Bestimmungen des Vereinsrechtes verhindert. In diesen Ländern und an Orten, an denen der AV keine oder nur wenige Mitglieder besaß, ernannte die Hauptleitung Vertrauensleute, die seine Interessen wahrnehmen und nach Möglichkeit neue Anhänger werben sollten. Daneben gab es Verbandsangehörige, die organisatorisch nicht erfaßt waren. Um auch sie leichter zur Mitarbeit heranziehen und die Wirksamkeit der einzelnen Ortsgruppen durch gemeinsame Beratungen steigern zu können, traten mehrere benachbarte Gruppen zu Gauverbänden zusammen. Ihre wiederholten Tagungen konnten zugleich eine engere Verbindung zwischen den führenden Persönlichkeiten des AV, die an ihnen teilzunehmen pflegten, und den Mitgliedern herstellen und die innere Geschlossenheit des Verbandes stärken. Ein Drittel aller Ortsgruppen entfiel auf die westlichen Gebiete des Reiches. Hier bildeten sich daher in den Jahren 1898/99 die ersten Gaue: „Berg und Mark“, „Ruhr und Lippe“, „Linker Niederrhein“ und „Rhein-Main“; ihnen folgten der „Thüringische“, „Süddeutsche“ und „Vogtländische“ Gauverband. Bis zum Ende des Weltkrieges war ihre Zahl durch Teilung und Neugründungen, besonders in Nord- und Ostdeutschland, auf 20 Gaue angewachsen. Bedeutung im Verbandsleben gewannen auch die Besprechungen der „rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner“, die von Zeit zu Zeit in Düsseldorf stattfanden, zumal in ihren Reihen die schärfere Richtung des Verbandes stärker hervortrat.

Der AV wurde durch den Vorstand, den Geschäftsführenden Ausschuß, die Hauptleitung und den Verbandstag geleitet. Dem Vorstand gehörten die Vorsitzenden aller Ortsgruppen und Gaue, die Vertrauensleute, weitere Vertreter großer Ortsgruppen und 100—150 zugewählte Mitglieder an. Aus seiner Mitte berief er den Geschäftsführenden Ausschuß (auf ein Jahr) und die Hauptleitung (auf drei Jahre). Der Ausschuß zählte etwa 30, die Hauptleitung 3—7 Mitglieder, darunter den Vorsitzenden des Verbandes und seinen Stellvertreter. Auf den Verbandstagen hatten alle Mitglieder des AV Stimmrecht; zu den Sitzungen des Vorstandes waren sie als Gäste zugelassen, während die Beratungen des Geschäftsführenden Ausschusses vertraulich waren. Der Vorsitzende

— unterstützt durch die anderen Mitglieder der Hauptleitung — vertrat den Verband nach außen, Ausschuß, Vorstand und Verbandstag wurden durch ihn einberufen und geleitet. Dem Ausschuß stand die gesamte Geschäftsführung zu, er überwachte die Tätigkeit der Hauptleitung und des Vorsitzenden und ernannte die Beamten des Verbandes (den Geschäftsführer, Kanzleivorstand und Schriftleiter der „Alldutschen Blätter“). Außerdem hatte er die Berichte, Gutachten und Anträge der Ortsgruppen und Gaue zu erledigen, ihren Erörterungen seinerseits neue Anregungen zu geben und ihnen dafür die erforderlichen Unterlagen zu liefern. Der Vorstand „bestimmt die Haltung des Verbandes in allen grundsätzlichen Fragen“,<sup>85</sup> Der Verbandstag endlich „verhandelt über die Angelegenheiten, die mit der Förderung der großen Verbandszwecke unmittelbar zusammenhängen“,<sup>86</sup> Alle Körperschaften des AV faßten ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Der Geschäftsführende Ausschuß trat nach Bedarf zusammen, der Vorstand mindestens zweimal im Jahr. Der alldutsche Verbandstag mußte nach den Satzungen alle drei Jahre abgehalten werden, tatsächlich aber fand er fast alljährlich statt (mit Ausnahme von 1895, 1901 und 1914/16; 1905 und 1908 wurde er im Hinblick auf die ernste politische Lage zweimal zusammengerufen). Überblicken wir die Organisation des AV, so erscheint sie uns durchaus demokratisch gestaltet, da jedem Mitglied Einfluß auf die Geschicke des Verbandes gegeben war. Tatsächlich aber nahmen sowohl Hasse wie Claß als Vorsitzende durch ihre Persönlichkeit eine ausgeprägte Führerstellung ein. Sie ermöglichte es, der Verbandsarbeit eine einheitliche Linie zu wahren, obwohl in einer Vereinigung, die vornehmlich aus Angehörigen der gebildeten Schichten bestand, leicht sachlich begründete Meinungsverschiedenheiten entstehen konnten.

### § 3.

\* Als Mittel zur Erreichung seiner Ziele sah der Verband vor allem die Belehrung und Aufklärung des Volkes durch Wort und Schrift an. Die Ereignisse der Zeitgeschichte wollte er von all-

---

85. Satzungen d. AV § 35 (Handbuch f. 1918, S. 10).

86. Satzungen d. AV § 39 (Handbuch f. 1918, S. 11).

deutschen Gesichtspunkten aus beleuchten und gegebenenfalls fördernd oder abwehrend dazu Stellung nehmen. Diese Aufgabe fiel neben dem Schrifttum des AV, das wir gesondert behandeln werden, in erster Linie seinen Ortsgruppen und Gauen zu. In regelmäßigen Zusammenkünften der Mitglieder — je nach der Größe und Regsamkeit der Ortsgruppen wöchentlich, 14-tägig oder monatlich — zu denen auch Gäste geladen wurden, gab der Vorsitzende oder ein anderes Mitglied einen Bericht über die politische Lage oder einen zusammenfassenden Überblick aus einem bestimmten Arbeitsgebiet des Verbandes. Daran schloß sich stets eine rege Aussprache, und häufig endete sie mit der Annahme einer Entschliebung, die die Stellungnahme der Anwesenden zu dem Gehörten zum Ausdruck brachte. In ähnlicher Form verliefen die Tagungen der Gaue, die mehrmals im Jahr stattfanden. Das Bestreben der Gruppen des AV sollte aber auch darauf gerichtet sein, „daß der Verband in den einzelnen Städten eine führende Rolle gewinnt, einen gewissen Einfluß auf das öffentliche politische Leben ausübt, laue und gleichgültige Kreise aufrüttelt und mit der Erkenntnis der Pflichten gegenüber unserem Volkstum durchtränkt“.<sup>87</sup> Diesem Zweck dienten öffentliche Vorträge, in denen besonders sachkundige Angehörige des Verbandes und Vertreter befreundeter völkischer Vereinigungen über nationale Belange sprachen und alldeutsche Anschauungen auch bisher Fernstehenden vermittelten. Daneben veranstalteten sowohl im Reich wie im Ausland die Ortsgruppen des AV — allein oder gemeinsam mit anderen Verbänden — an vaterländischen Gedenktagen große, in festlichem Rahmen gehaltene Kundgebungen, so am 18. Januar, an Kaisers und Bismarcks Geburtstag und am Sedantag. In gleicher Weise wandte sich der Verband in Zeiten stärkerer politischer Erregung, wie sie die Flottenagitation oder die Geschehnisse des Burenkrieges hervorriefen, an die breiten Massen, um sie für den alldeutschen Gedanken zu gewinnen.

Höhepunkte im inneren Leben des AV bildeten die Verbandstage und in etwas kleinerem Maße die Vorstandssitzungen, zu denen sich die Mitglieder aus allen Teilen Deutschlands zusammenfanden. Gern gesehene Gäste waren die zahlreichen Ver-

---

87. A. Bl. 1904, Nr. 13.



treter des Auslandsdeutschtums, der Deutsch-Österreicher und Siebenbürger Sachsen, der Balten, Vlamen und Buren, die zu ihnen erschienen und deren Führer sich an Bericht und Aussprache beteiligten. Diese „alldutschen Tage“ sollten ein persönliches Band zwischen Deutschen aller Gaue knüpfen, während in Vorträgen brennende völkische Fragen erörtert wurden. Am Beginn eines jeden Verbandstages stand dabei — gleichsam als Leitgedanke — eine Ansprache des Verbandsvorsitzenden, die eine Schilderung der politischen Lage und der Entwicklung der alldutschen Bewegung im letzten Jahre gab. Die Bedeutung dieser Veranstaltungen, die auch in der Öffentlichkeit Beachtung fanden, darf nicht gering eingeschätzt werden. „Bei den Verbandstagen wird die Einigkeit über die Ziele unseres Verbandes immer wieder bestärkt, die Aussprache mit Freunden aus Fern und Nah bringt Erfrischung und Belehrung, die erstatteten Berichte lassen uns die großen Richtlinien unserer Arbeit erkennen und kräftige, begeisternde Worte bei den geselligen Zusammenkünften schaffen uns unauslöschliche Erinnerungen“.<sup>88</sup> Eine Fülle von Anregungen ging so von ihnen für die einzelnen Mitglieder und Ortsgruppen aus, die neue Lust zum tätigen Einsatz im Dienst des Alld Deutsch tums weckten.

„Patriotische Begeisterung ist eine schöne Sache, aber man darf auch nicht vergessen, daß mit ihr allein wenig ausgerichtet ist. Ihre Kehrseite ist nur zu häufig die Selbstgefälligkeit, die Ruhmredigkeit, der nationale Phrasenschwulst“.<sup>89</sup> Aus diesem Grunde wiesen die Führer des AV wiederholt auf die Notwendigkeit völkischer Kleinarbeit hin, die auf mannigfache Weise geleistet werden konnte. Fühlungnahme mit der lokalen Presse und angesehenen Persönlichkeiten des Bezirkes, Rüge und Verhütung nationaler Nachlässigkeit, in welcher Form sie sich auch zeigte, Förderung von Volksunterhaltungsabenden und Volksbüchereien und ihre Ausgestaltung in vaterländischem Geist, Pflege der Verbindung mit den Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen und Unterstützung ihrer Anliegen — waren einige dieser Gebiete, denen sich die Mitglieder des Verbandes widmen sollten. Daneben war es wichtig, den Mitarbeiterkreis des AV durch stete Werbung zu erweitern und nicht zuletzt für die Erfüllung seiner

---

88. A. Bl. 1904, Nr. 20.

großen Aufgaben die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Nicht immer wurden diese Pflichten von allen Gruppen erfüllt. Wir hören Klagen, daß an einzelnen Orten — etwa beim Fehlen des rechten Leiters — das Verbandsleben zu bloßem Vereinsgetriebe erstarrte und der „alldutsche Stammtisch“, ein Kegel- oder Familienabend die eigentliche Tätigkeit ersetzte. Auf der anderen Seite aber sammelte sich im AV eine Schar opferbereiter Männer, deren ganzes Wirken ihrem Volke galt.

In einer Reichstagsrede hatte Fürst Bülow den Alldutschen entgegengehalten, daß es „für die praktische Politik ... noch mehr auf Klarheit des Kopfes als auf die Wärme und Güte des Herzens“ ankomme.<sup>90</sup> Demgegenüber wies der AV darauf hin, daß seine Stellungnahme zu den verschiedenen Fragen des öffentlichen Lebens das Ergebnis eingehender Verhandlungen in den leitenden Körperschaften des Verbandes darstelle, deren Mitgliedern fachliches Wissen und politische Erfahrung nicht abzusprechen sei. „Oft legte ich mir die Frage vor“, heißt es in den Erinnerungen von Claß, „ob irgend eine wichtige Angelegenheit in den Ämtern mit derselben Sachkenntnis, Gründlichkeit und schließlich auch unbeirrbarer Sachlichkeit behandelt würde wie im Geschäftsführenden Ausschusse des Alldutschen Verbandes“.<sup>91</sup> Aus vielen Quellen flossen die Nachrichten, die den Beratungen zu Grunde lagen, und mancher Blick wurde „hinter die Kulissen“ geworfen: Ortsgruppen und Vertrauensleute sandten aus allen Teilen der Erde ihre Berichte, Mitglieder des AV saßen in den Parlamenten und ihren Ausschüssen bis hinauf zum Bundesrat, persönliche Beziehungen bestanden zu einzelnen Trägern der Krone wie zu Führern aus Wissenschaft und Wirtschaft, vertrauliche Informationen kamen aus Ministerien und Verwaltung, über Balten und Deutschösterreicher reichten Verbindungen bis in den Auswärtigen Ausschuß der Duma und an den Hof des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand. So glaubten die Alldutschen berechtigt zu sein, selbst auf außenpolitischem Gebiet eine eigene Ansicht zu vertreten, die mehr war als bloß verneinende Kritik und sich nicht allein vom Gefühl bestimmen ließ.

---

89. Schultheiß, Deutschnationales Vereinswesen, S. 80.

90. Rede v. 14. 11. 06 (Schultheiß, 1906, S. 193).

91. Claß, Wider den Strom, S. 90.

Ein Weg, alldeutschen Anschauungen zu praktischem Erfolg zu verhelfen, wäre die unmittelbare Einwirkung auf die Politik der Regierungen und Fraktionen gewesen. Manche Angehörige des Verbandes erblickten darin sogar eine dringendere Aufgabe als in der Gewinnung der öffentlichen Meinung. Über das Verhältnis des AV zu den amtlichen Stellen des Reiches werden wir in anderem Zusammenhang berichten, hier sei nur festgestellt, daß eine Einflußnahme wiederholt versucht worden ist. Die Zugehörigkeit von Verbandsmitgliedern zum Reichstag und den einzelnen Landtagen haben wir bereits erwähnt. Wertheimer zählt von 1894 bis 1914 60 Abgeordnete des Reichstages als Mitglieder des Verbandes auf;<sup>92</sup> im Jahre 1901 waren es 38, im Handbuch von 1918 sind 16 Namen verzeichnet. Sie verteilten sich — entsprechend der parteipolitischen Neutralität des AV — auf alle Fraktionen der Rechten. Neben den Abgeordneten, die wir früher genannt haben,<sup>93</sup> seien noch als Mitglieder des AV angeführt: Dr. Diederich Hahn, der Führer des Bundes der Landwirte; der freikonservative Fraktionsvorsitzende Freiherr von Gamp; die Führer der Nationalliberalen Bassermann und Dr. Stresemann; Freiherr Heyl zu Herrnsheim; der Kolonialpolitiker Dr. Arning; Prof. Hieber, der nachmalige württembergische Staatspräsident, und der spätere Vizekanzler Dr. Heinze; die Antisemiten Liebermann von Sonnenberg, Wilhelm Schack (Führer der nationalen Handlungsgehilfen), Pfarrer Mumm, Graf Ludwig Reventlow und der spätere hessische Staatspräsident Prof. Werner. Wie weit sich die Mitglieder des Verbandes im Parlament dabei als Vertreter der alldeutschen Sache gefühlt haben, läßt sich freilich schwer feststellen und ebensowenig, in welchem Maße sie die anderen Abgeordneten ihrer Gruppen in diesem Sinne beeinflussten. Obwohl sogar zeitweise im Reichstag eine interfraktionelle alldeutsche Vereinigung bestand, ließen sich doch viele der Volksvertreter in erster Linie von den parteitaktischen Gründen bestimmen, wenn alldeutsche Forderungen mit ihnen in Widerstreit gerieten. „Kennzeichnend für das schwankende Gleichgewicht, in dem sich als echte Parlamentarier die dem Alldeutschen Verbande ange-

---

92. Wertheimer, a. a. O., S. 133/35.

93. vergl. S. 31/32, 38, 42.

hörenden Reichstagsabgeordneten zumeist befanden“,<sup>94</sup> war es, wie Claß schildert, daß zu einer wichtigen Beratung des AV während der Novemberkrise 1908 außer den Mitgliedern der Verbandsleitung von den 33 alld. Abgeordneten des Reichstages nur einer der Einladung Folge leistete. Neben Hasse, Lehr und v. Liebert waren es vor allem einige der Antisemiten, die sich offen zum Alldeutschtum bekannten und den Verband gegen die häufigen Angriffe seiner Gegner von der Tribüne des Parlamentes verteidigten. Um die Gewähr zu haben, daß seine Mitglieder in den Parlamenten ganz als Alldeutsche wirken konnten, hätte der AV eigene Kandidaturen aufstellen müssen — in Deutschland standen aber in einem Wahlkampf nicht die großen nationalen Aufgaben im Vordergrund, sondern vornehmlich innen- und wirtschaftspolitische Fragen, die in ihren Einzelheiten außerhalb des alldeutschen Arbeitsgebietes lagen.

Einer besonderen Betrachtung bedarf zum Schluß noch das Verhältnis des AV zu anderen Vereinigungen, die neben und mit ihm der Erfüllung völkisch-nationaler Aufgaben dienen wollten. Schon vor 1890 waren der Deutsche Schulverein in Österreich und sein reichsdeutscher Bruderverein, der spätere Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) entstanden, ferner der Allgemeine deutsche Sprachverein und die Deutsche Kolonialgesellschaft, die aus der Verschmelzung des Deutschen Kolonialvereins mit der Gesellschaft für deutsche Kolonisation<sup>95</sup> hervorging. Von größter Bedeutung für den Kampf des Deutschtums waren die verschiedenen deutschösterreichischen Schutzverbände, so die „Südmark“ in Graz, die Bünde der Deutschen in Böhmen und Mähren und der Tiroler Volksbund. In ähnlicher Weise setzten sich im Reich der Deutsche Ostmarkenverein und der Nordmarkenverein für eine entschlossene Politik in den Grenzprovinzen ein; für den Ausbau der Wehrmacht warben der Deutsche Flottenverein und der Deutsche Wehrverein, während der Deutschbund sich vor allem völkisch-kulturellen Zielen widmete. Alle diese Organisationen unterschieden sich vom AV — dem sie an Mitgliederzahl

---

94. Claß, a. a. O., S. 139.

95. S. 25.



meist weit überlegen waren — in der Hauptsache darin, daß sie satzungsgemäß ihre Tätigkeit auf die Förderung einzelner festumgrenzter nationaler Belange beschränkten, deren Pflege in ihrer Gesamtheit den Alldutschen oblag. Schon bei der Gründung des AV wurde daher ausgesprochen, daß der neue Verband nicht in einen Gegensatz zu den bestehenden Vereinigungen treten, sondern eine Ergänzung zu ihnen bilden sollte. „Die Vereine sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ... Wer sich innerhalb des Verbandes für die Bestrebungen der drei genannten Vereine (Schul-, Sprach-, Kolonialverein) besonders interessiert, wird denselben beitreten. Diese Vereine aber, die bisher so sehr ein Tätigkeitsfeld entbehrten, finden dasselbe im Allgemeinen Deutschen Verband. Hier ist es möglich, daß jeder diesen Vereine für seinen Teil, namentlich in den Ortsgruppen, dem AV körperschaftlich beitrifft und dann als Abteilung der Ortsgruppe des ADV in dieser Vorträge, Diskussionen usw. veranstaltet“.<sup>96</sup> Wenn auch die Zusammenarbeit zumeist nicht in so enger Verbindung erfolgte, können wir doch fast immer freundschaftliche Beziehungen zwischen den verschiedenen Verbänden feststellen. „Die Hauptsache ist, daß ein nationaler Erfolg erzielt wird. Daß ihn der Alldutsche Verband erreicht, sei dabei für uns die allergeringste Sorge, wenn er nur überhaupt erreicht wird“, heißt es einmal in den Alld. Blättern.<sup>97</sup> Aus dieser Einstellung heraus, unterstützte der AV sogar die Neuentstehung von Verbänden, die ihn in der Verfolgung einiger seiner Forderungen entlasten konnten (z. B. die des Ostmarken- und Wehrvereins). Da viele Anhänger der nationalen Bewegung gleichzeitig mehreren Vereinigungen angehörten, vor allem die Männer, die an der Spitze der Ortsgruppen standen oder sich ganz für sie einsetzten, war es notwendig, der Zersplitterung der Kräfte Einhalt zu tun und ihrer aufgewandten Arbeit einen breiteren Wirkungskreis zu geben. Es wurden deshalb auf Anregung von Alldutschen in verschiedenen Städten — ausgehend von Potsdam — die sogenannten „Deutschen Abende“ begründet, gemeinsame Veranstaltungen der Verbände unter wechselnder Leitung, deren In-

---

96. A. M., S. 1.

97. A. Bl. 1904, Nr. 13.

halt Berichte aus den von den angeschlossenen Gruppen betreuten Gebieten des völkischen Lebens bildeten. Auch hoffte man, den vaterländischen Kundgebungen auf diese Weise in der Öffentlichkeit größeren Nachdruck verleihen zu können. Unbedingt Wert legte der AV aber darauf, daß durch ein Zusammengehen mit anderen Verbänden die offene Vertretung seiner alldeutschen Anschauungen nicht gehemmt werde, da er im Gegensatz zu offiziös beeinflussten Vereinigungen wie dem Flotten- und Kolonialverein die unabhängige nationale Volksstimme zum Ausdruck bringen wollte.

#### § 4.

An Stelle der „Mitteilungen“ des ADV, von denen in den drei Jahren (1891/93) insgesamt nur 14 Nummern erschienen waren, traten vom 1. Januar 1894 an als ständige Verbindung zwischen der Leitung des AV und den einzelnen Mitgliedern die wöchentlich erscheinenden „Alldeutschen Blätter“, die zugleich Außenstehenden einen Einblick in das Wollen des Verbandes geben konnten. Ihr Erfolg wurde freilich dadurch beschränkt, daß bis zum Weltkrieg ein allgemeiner Bezugszwang für die Mitglieder nicht bestand, die Blätter daher nicht einmal der Hälfte von ihnen regelmäßig in die Hände kamen. Die Bezieherzahl stieg von 2200 im September 1894 nur bis auf 8279 am 1. April 1900, um dann entsprechend dem Mitgliederrückgang wieder abzusinken; Ende 1905 betrug sie 5811. Bis zum Jahre 1900 hatte der Geschäftsführer des Verbandes Dr. Lehr gleichzeitig das Amt des Schriftleiters inne. Sein Nachfolger wurde der aus Österreich gebürtige Heidelberger a. o. Professor Dr. Paul Samassa, an dessen Stelle 1908/09 Graf Ernst zu Reventlow trat. Später unterlag die Schriftleitung mehrfachem Wechsel; während der Kriegsjahre 1914/17 wurde sie von Franz Sontag verwaltet. Es war die Aufgabe der Zeitschrift, alle Arbeitsgebiete der alldeutschen Bewegung eingehend zu erörtern. Dabei wurden auch voneinander abweichende Ansichten zur Aussprache gestellt, „weil wir der Meinung sind, daß die vom Verband vertretenen Interessen am besten gefördert werden, wenn in Fragen von nationaler Bedeutung eine wirkliche öffentliche Meinung in Deutschland laut wird. Und dies kann nur dadurch geschehen, daß solche Fragen, wenn

auch gleichmäßig vom nationalen Standpunkt aus, so doch in verschiedenem Lichte beleuchtet werden. Nur keine Gleichgültigkeit und keine grundsätzliche Voreingenommenheit!“<sup>98</sup> Die Alld. Blätter bilden deshalb in ihren einzelnen Jahrgängen für die historische Forschung eine wertvolle Fundgrube zeitgenössischer Anschauungen. Aus ihrem Inhalt seien noch die regelmäßigen Berichte über die Lage des Auslandsdeutschtums — vor allem in Österreich und Ungarn — und die „Alldutsche Wochenschau“, in der der jeweilige Schriftleiter zu den politischen Ereignissen Stellung nahm, hervorgehoben. Fast in jeder Nummer finden wir ferner neben den größeren Aufsätzen eine Übersicht über die Tätigkeit von Ortsgruppen und Gauen, den Pranger „Deutsches und Undeutsches“, wo an vielen Beispielen unvölkisches oder national-gleichgültiges Verhalten gegeißelt wurde, und eine Bücherschau. Zu ständigen Mitarbeitern der Zeitschrift zählten außer den Führern des Verbandes u. a. die Schriftsteller Fritz Bley, Paul Dehn, Prof. Dr. O. Höttsch, Dr. K. Mehrmann-Koblenz, Karl Pröll und Priv.-Dozent Dr. Albrecht Wirth; weitere Namen werden wir im folgenden Teil bei der Betrachtung der Fragen, denen sie sich besonders widmeten, nennen; die meisten Beiträge erschienen ohne Angabe des Verfassers.

Neben den Alld. Blättern sollten zwei Schriftenreihen des Verbandes der Verbreitung und Vertiefung alldutschen Denkens dienen. In den „Flugschriften des Alldutschen Verbandes“, von denen bis 1913 34 Hefte von geringem Umfang erschienen, wurden vor allem wichtige Vorträge der Verbandstage im Wortlaut veröffentlicht und durch den niedrigen Preis einem weiten Leserkreis zugänglich gemacht. Ausführliche Schilderungen der Geschichte, des gegenwärtigen Standes und der Zukunftsmöglichkeiten der deutschen Siedlungen auf der ganzen Erde enthalten die 16 Hefte der Sammlung „Der Kampf um das Deutschtum“,<sup>99</sup> die wohl den ersten Versuch einer zuverlässigen und doch nicht rein wissenschaftlichen Darstellung der Ausdehnung des deutschen Volkes in der Welt bedeutete. Als eine Ergänzung zu ihr kann

---

98. A. M., S. 107.

99. Verzeichnis d. einzelnen Hefte dieser Sammlung u. d. Flugschriften i. d. Literaturangabe

man den „Alldeutschen Atlas“ bezeichnen, den Prof. Langhans 1900 für den Verband zusammenstellte. Einen kurzen Überblick über Gliederung und Arbeit des AV, sowie Statistiken des Deutschtums, ein Verzeichnis alldeutscher Literatur und ähnliches enthielt das in vielen Auflagen jährlich neubearbeitete „Alldeutsche Handbuch“, in der ersten Zeit „Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein“ genannt. Zum 20. Jahrestag seiner Gründung gab der AV 1910 eine Auswahl von wesentlichen Anträgen, Berichten und Aufsätzen aus den Alld. Blättern unter dem Namen „Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe“ heraus, 10 Jahre später aus der Feder des Geschäftsführers Bonhard eine „Geschichte des Alldeutschen Verbandes“. Über die Bewertung von Hasse's „Deutscher Politik“ als Ausdruck alldeutscher Gedanken heißt es im Vorwort zu ihrem 3. Heft: „Die beiden ersten Hefte ... sind von Freund und Feind als die Niederschläge der im Alldeutschen Verband maßgebenden Anschauungen bezeichnet worden, ohne daß ich selbst dies getan hätte, aber auch ohne daß ich gegen diese Auffassung Widerspruch erhebe,“<sup>100</sup> für das neue Heft, schreibt Hasse weiter, übernehme er allein die Verantwortung, da die dort erörterte Frage noch nicht Gegenstand alldeutscher Beratungen gewesen sei. In gleicher Weise können wir die Werke von Claß (Einhart, Frymann) bei dem Einfluß, den ihr Verfasser als Vorsitzender im AV hatte, als Wiedergabe der im Verband herrschenden Ansichten ansprechen. Nichts mit dem AV hatten dagegen jene Schriften zu tun, die — oft zwar unter Verwendung des Wortes „alldeutsch“ — Zukunftsbilder einer deutschen Welt-herrschaft entwarfen. Solche Veröffentlichungen wie „Deutschland am Beginn des 20. Jahrhunderts“, „Ein pangermanisches Deutschland“ u. a. fanden sogar in den Alld. Blättern ausdrücklich Ablehnung, wurden aber dennoch in der Propaganda der Gegner als alldeutsche Erzeugnisse hingestellt.

Eine eigene Tageszeitung besaß der AV nicht, doch traten eine Anzahl Blätter, deren Verleger oder Schriftleiter seinen leitenden Körperschaften angehörten, außerhalb des Verbandes für alldeutsche Bestrebungen ein. Zu nennen sind an dieser Stelle vor allem die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (Reismann-Grone),

---

100. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 3, S. V.



die „Tägliche Rundschau“ (Rippler), die „Deutsche Zeitung“ (die — begründet von Friedrich Lange — während des Weltkrieges in den Besitz eines Konsortiums unter Vorsitz von Heinrich Claß übergang), die freikonservative „Post“ (Dr. Pohl) und die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Dr. Paul Liman). Die Haltung dieser Zeitungen, besonders auf dem Gebiet der Innenpolitik, darf selbstverständlich nicht als Stellungnahme des AV gewertet werden; eine grundsätzliche Entschliebung des Gesch. Ausschusses besagte vielmehr, „daß das einzige Organ, auf dessen Leitung der Alldeutsche Verband einen maßgebenden Einfluß hat, und für dessen Inhalt allein er verantwortlich ist, die „Alldeutschen Blätter“ sind.“<sup>101</sup> Mit dieser Einschränkung können wir auch einige nationale Zeitschriften als dem Verband nahestehend betrachten, von denen das „Deutsche Wochenblatt“ (Dr. Otto Arendt), die „Deutsche Zeitschrift“ (Wachler), „Das größere Deutschland“ (seit der Leitung von Bacmeister), ferner die „Deutsche Erde“ (Langhans — wiederholt als wissenschaftliche Ergänzung der Alld. Blätter bezeichnet) sowie „Deutschlands Erneuerung“ (dessen Herausgeber — unter anderen Claß — sämtlich Alldeutsche waren) erwähnt seien; westdeutsche Mitglieder des Verbandes unterhielten Beziehungen zu der deutsch-vlämischen Monatsschrift „Germania“. Andererseits wurde vom AV öffentlich eine Gleichsetzung der in den „alldeutschen“ Zeitschriften „Odin“ und „Heimdall“ vertretenen Anschauungen mit denen des Verbandes zurückgewiesen.

### § 5.

Die finanziellen Mittel, die dem AV zur Erfüllung seiner zahlreichen Aufgaben zur Verfügung standen, waren äußerst beschränkt. Der niedrige Beitrag, der nur 1 Mark, von 1899 an 2 Mark im Jahr betrug, konnte den notwendigen Aufwand nicht decken; eine Erhöhung wurde aber immer wieder aus Furcht vor einem stärkeren Mitgliederrückgang abgelehnt. Aus dem gleichen Grunde fand auch erst 1899 eine Heraufsetzung des Bezugspreises der Alld. Blätter von 2,50 auf 4 Mark statt. So war der

---

101. A. Bl. 1901, Nr. 3; A. K., S. 108.

Verband von seiner Gründung an auf eine Unterstützung durch freiwillige Spenden angewiesen. In den Jahren 1894/96 wurde ein Garantiefonds gesammelt, um die Herausgabe der Zeitschrift sicherzustellen. Für ein besonderes Gebiet der alldeutschen Propaganda war ein Flottenwerbefonds in Höhe von 39 000 Mark bestimmt. Eine wertvolle Stiftung wurde dem AV im Jahre 1897 durch seinen Alterspräsidenten Direktor Diederichs: die Zinsen eines dem Verband übereigneten Kapitals von 25 000 Mark sollten in ihrem Hauptanteil der unentgeltlichen Lieferung der Alld. Blätter an deutsche Schulen, Seminare, Vereine, Lesehallen usw. im In- und Ausland dienen. Auf diese Weise konnten regelmäßig etwa 200 Exemplare der Zeitschrift — bei zweijährigem Wechsel der Empfänger — an einflußreiche Stellen versandt werden, von denen „eine Förderung unserer Sache und eine Ausbreitung des alldeutschen Gedankens erwartet werden kann“. <sup>102</sup> 1901 erließ der Vorstand einen Aufruf zur Bildung eines Betriebs- und Werbefonds, zu dem alle Mitglieder, die es ermöglichen konnten, auf die Dauer von 4 Jahren neben ihrem Beitrag eine Sonderspende von 10 Mark beisteuern sollten. Trotz alledem hatte der Verband finanzielle Schwierigkeiten, die er nur durch größte Sparsamkeit in der Organisation überwinden konnte.

Um den AV in die Lage zu versetzen, über seine geringen eigenen Mittel hinaus durch geldliche Unterstützung wichtige völkische Belange wahren zu können, hatte der Verleger I. F. Lehmann auf dem Verbandstag in Plauen 1903 zur Schaffung eines „Alldeutschen Wehrschatzes“ aufgefordert. Er sollte durch eine freiwillige Selbstbesteuerung der ihm beitretenden Mitglieder —  $\frac{1}{2}\%$  ihres jährlichen Einkommens — sowie durch einmalige Zuwendungen zusammengebracht werden. Die Einnahmen des Wehrschatzes durften auf keinen Fall zur Deckung von Verwaltungskosten des AV, sondern nur unmittelbar für „deutsch-nationale Bestrebungen“ verwendet werden „zum Beispiel: zur Kräftigung und Festigung des Deutschtums an den Sprachgrenzen und im Auslande, zur Unterstützung von Ansiedlern, Studierenden, Schulen, Büchereien, Zeitungen und wirt-

---

102. Handbuch d. AV f. 1918, S. 59.

schaftlichen Unternehmungen, Unterbringung von Waisenkindern im Osten, sowie auch zur Besiedlung unserer Kolonien über See“.<sup>103</sup> Ende 1917 zählte der Wehrschatz 248 Mitglieder und seine Einnahmen, die zum Teil auch von Nichtmitgliedern des Verbandes stammten, hatten eine Summe von 660 000 Mark erreicht. (Claß berichtet, daß Staatssekretär von Kiderlen in den Jahren 1910/11 aus dem Dispositionsfonds des Auswärtigen Amtes „mehrmals nicht unbedeutende Beträge für die Zwecke des Wehrschatzes“ überwiesen habe.<sup>104</sup>) Satzungsgemäß mußten von allen für ihn geleisteten Zahlungen 30% kapitalisiert werden und dieser Grundstock, der den Namen „Hasse-Stiftung“ trug, durfte nur aus ganz dringendem Anlaß und nur auf einstimmigen Beschluß des Gesch. Ausschusses angegriffen werden.

Im Gegensatz zu anderen Völkern mit einem stark ausgeprägten Nationalgefühl, etwa den Polen oder Tschechen, war es in Deutschland nicht leicht, für nationale Aufgaben, deren Bedeutung nicht sofort klar erkannt werden konnte, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Am ehesten gelang es, wenn mit dem vaterländischen zugleich ein allgemein-wohltätiger Zweck verbunden war. So hatten von allen vom AV veranstalteten Sammlungen die Spende für die Opfer des Burenkrieges mit rund 634 000 Mark und die Liebesgabensammlung für die in Deutsch-Südwest gegen die Herero kämpfenden Truppen im Wert von etwa 192 000 Mark, für die auch außerhalb des Verbandes geworben wurde, den größten Erfolg. Für die deutschen Teilnehmer am Chinafeldzug waren 10 000 Mark gesammelt worden. Mehrere Tausend Mark konnten jeweils den durch Naturkatastrophen schwer geschädigten Deutschen in Krain, Brasilien und Südtirol vom Verband übersandt werden. Jahr für Jahr warb Karl Pröll in den Alld. Blättern für sein „Reichs-deutsches Weihnachtsbäumchen“, das zur Verteilung an deutsche Kinder in den umkämpften Sprachgebieten Österreich-Ungarns bestimmt war; es erbrachte in 24 Jahren über 67 000 Mark, die freilich nicht allein aus alldeutschen Kreisen stammten. Regelmäßige Sammlungen fanden ferner zu Gunsten des vom AV

---

103. Aufruf f. d. Alld. Wehrschatz; A. K., S. 464.

104. Claß, a. a. O., S. 181.

begründeten Waisenhauses Neuzedlitz statt. Ortsgruppen und Gaue übermittelten weitere Gaben direkt an ihre „Patenorte“ im Grenzland, wobei sie sich in erster Linie an der Unterstützung von Schulen, Kindergärten und Zeitungen beteiligten. Zwei Sammlungen besonderer Art, die kurz vor dem Weltkrieg stattfanden, seien zum Abschluß dieser kurzen Aufzählung alldeutscher Hilfstätigkeit noch erwähnt: im Jahre 1913 konnten der Familie des von der ungarischen Regierung wegen Aufreizung mit Gefängnis bestraften Schriftleiters Welcker der deutschen „Südbatschkarazeitung“, der nach Ansicht des Verbandes nur sein Deutschtum verteidigt hatte, 5930 Mark übergeben werden, und 1914 erreichte eine Spende für den infolge Boykotts wegen seiner reichstreuen Gesinnung mittellos zum Abwandern gezwungenen Druckereibesitzer Kempf aus Gravenstaden im Elsaß die Summe von 7537 Mark.

Welcher völkische Erfolg diesem in den Kreisen des AV sicher stärker als in der Mehrheit des deutschen Bürgertums und vor allem der besitzenden Schichten vorhandenen nationalen Opferwillen beschieden war, läßt sich nicht übersehen, da naturgemäß die meisten Stiftungen vertraulich behandelt werden mußten. Man darf aber wohl Claß zustimmen, daß auch mit den bescheidenen Mitteln, die in Deutschland für die Belange des Volkstums erübrigt wurden, „eine reiche Saat ausgestreut und viel Segen gestiftet werden“ konnte.<sup>105</sup>

---

105. Claß, a. a. O., S. 104.

## Zweiter Teil.

### Erstes Kapitel.

#### *Die Stellung des Alldeutschen Verbandes zur Rassenfrage, zur Kultur-, Innen- und Wirtschaftspolitik.*

##### § 1.

Neue Erkenntnisse bedürfen eines großen Zeitraumes, ehe sie Eingang finden in den geistigen Besitz eines ganzen Volkes. So trat denn nur langsam an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert an die Stelle der herrschenden liberalen Lehre von der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt, das Verständnis für die Bedeutung der rassenmäßigen Zusammensetzung einer Nation. 1897/1901 erschien in deutscher Sprache, übersetzt von dem Alldeutschen Ludwig Schemann, der bereits 1853/55 entstandene „Essai sur l'inégalité des races humaines“ des Grafen Gobineau, und 1899 verkündete Houston Stewart Chamberlain in den „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ erneut den entscheidenden Wert der nordischen Rasse für das Leben der europäischen Völker. Zahlreiche Alldeutsche, unter ihnen die Führer des Verbandes, bekannten sich als Anhänger der in beiden Werken niedergelegten Anschauungen. „Unsere Zukunft liegt im Blute! Wunderbar genug, daß man diese scheinbar einfache Tatsache so lange Zeit wenig beachtet hat“,<sup>106</sup> schreibt Ernst Hasse in seiner „Deutschen Politik“. Als Mitglieder des AV wirkten die Sozialanthropologen Otto Ammon und Ludwig Wilser in seinem Kreise für die Anerkennung des Rassegedankens. Der Verband als solcher und mehrere seiner Ortsgruppen schlossen sich der 1894 von Schemann begründeten

---

106. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 4, S. 46.



Gobineau-Vereinigung an. Über den großen Anteil, den die Alldutschen, besonders unter dem Vorsitz von Claß, an ihren Bestrebungen nahmen, berichtet uns die Erinnerungsschrift zu ihrem 25 jährigen Bestehen: „Wie sehr sie aber gewillt waren, an der Verwirklichung jener Ideale mitzuarbeiten, beweist ihre lebhaftige Beteiligung an unserem Verein, der seine Aufgaben überhaupt nicht hätte zu Ende führen können, wenn nicht der Führer der Alldutschen seit einem Jahrzehnt in der ihm eigenen großen Weise in jedem kritischen Augenblick mit Wort und Tat, und vor allem mit fortwirkendem Beispiele, für ihn eingetreten wäre“.<sup>107</sup> 1904 überreichte die Vereinigung dem AV eine Spende von 100 Exemplaren des Rassenwerkes, von der bestimmungsgemäß die Hälfte an verwandte völkische Verbände weitergegeben wurde. Die übrigen dienten als Grundlage für Vorträge und Aussprachen in den Ortsgruppen und dürften so zu einer zunehmenden Betonung der Rassenfrage im AV beigetragen haben.

Schon 1894 hatte Hasse im Reichstag bei der Erörterung des deutsch-russischen Handelsvertrages auf die Gefahren einer Überschwemmung des Reichsgebietes mit slawisch-semitischen Elementen des Ostens hingewiesen, und 10 Jahre später wiederholte er bei der Erneuerung des Abkommens seine Bedenken in verstärktem Maße. Wohl sei auch die Mehrheit des deutschen Volkes nicht rasserein im arisch-germanischen Sinn. „Aber gerade deshalb muß dafür gesorgt werden, daß die Zahl der Rassefremden, namentlich der Slawen und Semiten, die sich Jahrhunderte lang unvermischt auf unserem Staatsgebiete aufhalten, nicht noch größer wird, vor allem aber, daß diese Fremden durch Zuzug aus dem Auslande in ihrer Eigenart nicht weiter bestärkt werden, endlich aber daß durch weitere Vermischungen mit slawischen und semitischem Blute das eigentliche deutsche Volk in seiner Blutmischung nicht noch mehr verschlechtert wird, als dies bereits geschehen ist“.<sup>108</sup> Hasse erhob im Anschluß daran als alldutsche Forderung das Verlangen nach einer Erschwerung der Einwanderung und ihrer

---

107. Schemann, 25 Jahre Gobineau-Vereinigung, S. 33.

108. A. Bl. 1904, Nr. 1; A. K., S. 222.

unterschiedlichen Behandlung nach rassischen Gesichtspunkten. Die von Samassa 1902 aufgeworfene Frage, ob eine — vordem als selbstverständliches Ziel erachtete — Eindeutschung der in den östlichen Provinzen wie im Industriegebiet des Westens bereits wohnenden Slawen nach den neuen Lehren der Rassenkunde überhaupt erwünscht sei, fand dagegen noch eine verschiedene Beantwortung im Verband.

Die Rassenverderbnis in unseren überseeischen Besitzungen geißelte Gouverneur von Liebert in seinem Bericht über die Kolonialpolitik auf dem Verbandstag 1904, wobei er sich für ein völliges Verbot der Ehen zwischen Weißen und Farbigen einsetzte. Als demgegenüber im Jahr 1912 im Reichstag eine Entschliebung angenommen wurde, die für die Sicherstellung der Gültigkeit derartiger Verbindungen eintrat, nahm Liebert auf dem Verbandstag in Erfurt zu dieser Angelegenheit noch einmal in einem besonderen Vortrag das Wort und wandte sich unter großem Beifall gegen den „jedem Rassegefühl und Rassestolz ins Gesicht schlagenden Antrag“ der Mehrheit der Volksvertretung.<sup>109</sup> Gleichzeitig wurde von der Versammlung das weitere Ersuchen an die Regierung gerichtet, farbige Soldaten aus dem deutschen Heere zu entfernen und bei der Fassung des Staatsangehörigkeitsgesetzes eine Erwerbung des Bürgerrechtes durch Geburt für Abkömmlinge aus Mischehen auszuschließen.

„Die politischen Ergebnisse der Rassenforschung“ behandelte Prof. Kuhlenbeck 1905 in Worms in einem zusammenfassenden Überblick. Ausgehend von dem Hauptproblem, der Rassenverschlechterung, die auch in Deutschland den Besitz an arischem Blut immer mehr verringere und die vor allem durch den steten Zug vom Land in die Städte und Großstädte begünstigt werde, befürwortete er gesetzliche Maßnahmen zur Erhaltung eines gesunden Mittelstandes, „diesen eigentlichen Reservoir des Rassenwertes“.<sup>110</sup> Allein würden aber diese nicht ausreichend sein, die Hauptsache bleibe die Weckung und Er-

---

109. A. Bl. 1912, Nr. 38 (das Stimmverhältnis im Reichstag war 203:133! vgl. Schultheß, 1912, S. 135 u. 142).

110. Kuhlenbeck, Rasse und Volkstum, S. 24.

haltung des Rassebewußtseins in der Nation. „Hüten wir uns ... vor der Verkennung der Bedeutung des Blutes und der Rasse, des besten Erbteiles, das unsere Urahnen in ungezählten Jahrtausenden durch den Kampf ums Dasein erworben haben, das aber, wie die Geschichte lehrt, in wenigen Generationen vergeudet werden könne“.<sup>111</sup> Gewissermaßen als Fortsetzung zu diesen Darlegungen kann man die Ausführungen „Über Rassen und Rassenpflege“ von Dr. med. Flitner auf dem Verbandstag 1913 ansehen — im Tagungsbericht der „fast wichtigste Gegenstand alles völkischen Seins und Tuns“ genannt!<sup>112</sup> — in denen besonders auf die Entartung durch Fortpflanzung Minderwertiger, den Alkoholismus und den Geburtenrückgang hingewiesen wurde. Die Schlußworte klangen in die Mahnung aus, mit allen Kräften dafür Sorge zu tragen, „daß das Volk welches die größte Menge nordischen Blutes als edelsten Schatz in sich beherbergt ... der Welt das deutsche, das nordische Wesen weiter erhält“.<sup>112</sup> Flitner streifte in seiner Rede auch kurz den Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit mit den rasseverwandten Skandinaviern, in erster Linie den Schweden; wir haben aber bereits gesehen,<sup>113</sup> daß der AV wohl eine Stärkung des nordischen Blutsanteiles im deutschen Volk erstrebte, die Politik des Reiches jedoch nicht von utopischen pangermanischen Idealen geleitet wissen wollte.

Nicht unberührt lassen dürfen wir in unserem Zusammenhang die Stellungnahme des AV zum Judentum. Schon auf der Gründungsversammlung 1891 hatte der Abgeordnete von Werdeck eine klare Entscheidung im Sinne einer Nichtaufnahme von Juden in den Verband gefordert, sein Antrag war aber infolge des Widerstandes von Karl Peters der Ablehnung verfallen. Obwohl der AV durch die Vorgänge in seiner Berliner Ortsgruppe<sup>114</sup> bald in den Ruf einer antisemitischen Vereinigung gekommen war, bemühte er sich weiterhin, in der Judenfrage eine völlig neutrale Haltung einzunehmen. Noch auf dem Verbandstag

---

111. A. Bl. 1905, Nr. 25; A. K., S. 275.

112. A. Bl. 1913, Nr. 38.

113. vergl. S. 56/57.

114. vergl. S. 33.

1902 wandte sich Hasse unter Erwähnung des Antisemitismus dagegen, Bestrebungen in die Verbandsarbeit einzubeziehen, über die nicht unter allen Angehörigen des AV Übereinstimmung herrsche. So war es zunächst nur das Ostjudenproblem, das im Verband behandelt wurde, wobei Prof. Langhans 1908 den ständigen Zustrom semitischer Einwanderer als Hindernis für „die Eindeutschung des bei uns ansässigen Judentums“ bezeichnete.<sup>115</sup> Die zunehmende Beschäftigung mit dem Rassegedanken mag dann, vor allem in der jüngeren Generation der Mitglieder, andere Anschauungen herbeigeführt haben. Mit der Übernahme des Vorsizes durch Claß trat ein überzeugter Antisemit an die Spitze des AV, ohne daß der Verband als solcher diesen Wandel vollzog. Erst während der Kriegsjahre wurde die Judenfrage im AV eingehend erörtert und im Oktober 1918 der Beschluß gefaßt, sie künftig nicht mehr außer acht zu lassen. Die „Bamberger Erklärung“ vom Februar 1919 vollendete diese Entwicklung, indem sie die Notwendigkeit betonte, „auf dem Gebiete innerpolitischer, sittlicher und kultureller Fragen ... den jüdischen Einfluß zurückzudämmen“.<sup>116</sup>

## § 2.

Zu den Pflichten des AV gehörte nach seinen Satzungen auch die Förderung einer deutschen Kulturpolitik. Auf den Tagungen wurde sie freilich etwas hintangesetzt, da auf ihnen zumeist die aktuellen politischen Angelegenheiten im Vordergrund standen, und ihre Betreuung mehr den einzelnen Mitgliedern oder befreundeten Gruppen wie dem Deutschbund überlassen. Dabei verkannten die Alldeutschen die große Bedeutung keineswegs, die dem Bildungs- und Erziehungswesen für die Zukunft des Deutschtums zukam. „Volkserziehung im nationalen Sinn ist ja der Kern unserer ganzen alldeutschen Arbeit. In ihr findet sie ihr höchstes Ziel und ihre dankbarste Aufgabe“,<sup>117</sup> heißt es im Jahresbericht von 1904 im Anschluß an einen Vortrag, den Dr. Ziehen auf dem Verbandstag über „Volks-

---

115. A. Bl. 1908, Nr. 38; A. K., S. 387.

116. A. Bl. 1919, Nr. 9.

117. A. Bl. 1905, Nr. 19.

erziehung im deutschnationalen Sinne“ gehalten hatte. „Den Deutschen zum politisch denkenden und politisch handelnden Menschen zu machen, ist vielleicht die größte Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, weil sie im Grunde alle anderen Aufgaben mit einschließt“,<sup>118</sup> war der Leitgedanke eines zweiten Berichtes, den 4 Jahre später auf dem Verbandstag in Berlin Dr. Negenborn über „Die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Erziehung“ gab.

War es schwer und oft gar aussichtslos die in den Streit der Parteien und Wirtschaftsinteressen zu eng verflochtene alte Generation für die Anschauungen der alldutschen Bewegung zu gewinnen, so galt es das Augenmerk ganz besonders darauf zu richten, die Jugend in diesem vaterländischen Geiste aufwachsen zu lassen. Ein wesentlicher Anteil fiel hierbei der Erziehung durch die Schule zu, deren Unterricht entsprechend eingestellt werden mußte. Die Auseinandersetzung, die in jenen Jahren über den völkischen Wert oder Unwert bestimmter Schularten geführt wurde, fand ihren Niederschlag auch in einzelnen Beiträgen der Alld. Blätter; die im Verband herrschende Meinung faßte aber Dr. Negenborn in die Worte zusammen: „Wir sollten das lassen und uns nur darüber streiten, wie wir unsere Schulen so einrichten, daß wir den Deutschen endlich erziehen zum Deutschen ... Das Ziel unseres ganzen Unterrichts müßte sein, den jungen Deutschen sein Vaterland kennen und lieben zu lehren“,<sup>118</sup> Vor allem sollte die Darstellung des geschichtlichen Werdeganges des deutschen Volkes und Reiches bis zur Schilderung der bestehenden Staatseinrichtungen — neben den anderen deutschkundlichen Fächern — einen bevorzugten Platz im Unterricht der Schulen und Hochschulen erhalten und in den Heranwachsenden „die Neigung zur Beschäftigung mit öffentlichen Angelegenheiten“ wecken und „die Entwicklung staatsbürgerlichen Gemeinsinns“ pflegen.<sup>118</sup>

Bei alledem durfte sich die völkische Erziehung nicht auf die kurze Zeit beschränken, die dem Einfluß der Schule zur Verfügung stand. Schon 1895 berichtete die Ortsgruppe Hamburg des AV von der Einrichtung einer Jugendbibliothek, „um

---

118. A. Bl. 1908, Nr. 38; A. K., S. 377/78.



durch sie in nationalem Sinn auf die Kinder der ärmeren Bevölkerung zu wirken“.<sup>119</sup> 1898 veranstaltete der Verband selbst ein erfolgreiches Preisausschreiben zur Erlangung wertvoller vaterländischer Jugendschriften, und in den späteren Jahren unterstützten die Alld. Blätter den Kampf, den der Dichter Wilhelm Kotzde gegen die viel propagierte „Tendenz der Tendenzlosigkeit“ im Jugendschrifttum führte, an deren Stelle die Alldeutschen eine bewußte Pflege des nationalen Gedankens forderten. Auf diese Weise hofften sie auch, den Bemühungen der Sozialdemokratie, die junge Generation in ihre Hand zu bekommen, begegnen zu können. Der gleichen Aufgabe dienten die Veranstaltungen der vaterländischen Jugendpflege, für deren Unterstützung General Keim auf einer Vorstandssitzung 1911 warb. In seinem Vortrag über „Die deutsche Jugendbewegung und Jugendpflege“ stellte er dabei als erstrebenswertes Ziel „eine zwangsweise, staatlich geleitete Jugend-Fürsorge“<sup>120</sup> hin, die alle Kreise des Volkes erfasse. In schärfstem Gegensatz zur Forderung einer deutsch-nationalen Erziehung stand die Unsitte, Jugendliche und sogar schulpflichtige Kinder aus politischen oder gesellschaftlichen Gründen zur Ausbildung in ausländische Schulen und Pensionate zu senden. Der Verbandstag von 1911 richtete daher nach einem über diese Frage erstatteten Bericht eine Entschließung an die Regierungen der Bundesstaaten, keine Umgehung der deutschen Schulpflicht mehr zuzulassen.

Auf der anderen Seite war der Zustrom fremder Studierender zu den Hoch- und Fachschulen des Reiches, insbesondere den technischen Lehranstalten, der Anlaß zu zwei Anträgen, die in einer Vorstandssitzung 1904 zur Sprache kamen. Der erste zielte darauf ab, Bestimmungen zu erwirken, die eine Zurücksetzung der deutschen Studentenschaft durch geringere Anforderungen an die Vorbildung ausländischer Hörer verhindern und damit das Ansehen der deutschen Schulen sichern sollten. Er wandte sich weiter dagegen, daß das deutsche Volk in selbstloser Weise Lehrer und Einrichtungen zur Heranziehung eines gefährlichen Wettbewerbes für seine eigenen wirtschaftlichen Interessen zur

---

119. A. Bl. 1895, Nr. 52.

120. A. Bl. 1913, Nr. 50.

Verfügung stelle. Der zweite Vorschlag wünschte einen erhöhten Beitrag der fremdländischen Studierenden zu den Kosten des deutschen Hochschulwesens, gleichzeitig aber eine unterschiedliche Behandlung, die den Deutschen fremder Staatsangehörigkeit und den Hörern aus stammverwandten Nationen die Rechte der Reichsdeutschen gewähre. Derselbe Gegenstand wurde auf dem Verbandstag des folgenden Jahres in einem Vortrag von Oberlehrer Hensing-Darmstadt „Die Ausländer an den deutschen Hochschulen“ mit dem gleichen Ergebnis dargestellt. Vor allem wurde hierbei der starke Anteil der Russen (meist jüdischer Abkunft) hervorgehoben, die sich zudem im Deutschen Reich offen an umstürzlerischen Bestrebungen beteiligten. Ein umfassender Bericht von Justizrat Dr. Putz-München über „Russische Studenten an deutschen Hochschulen“ begründete auf dem Verbandstag 1912 erneut die Notwendigkeit der Zurückdrängung unerwünschter ausländischer Elemente, wobei er auch die Verhältnisse an den Universitäten, in erster Linie in den medizinischen Fakultäten, in seine Betrachtungen einbezog.<sup>120a</sup>

Mehrfach gaben die Alld. Blätter Ausführungen Raum, die eine stete Beobachtung des wichtigen Gebietes der Volkserholung und freien Volksbildung anregten und Hinweise für ihre Ausgestaltung im nationalen Geiste gaben. Literatur und Kunst, Bühne und Lichtspiel sollten nicht mehr deutsche Art untergraben dürfen und an Stelle des Vorherrschens fremder Einflüsse das Schaffen deutscher Künstler stärker zu seinem Rechte kommen, Feiernstunden und Volksunterhaltungsabende aber vaterländische Erinnerungen und das Gefühl der Verbundenheit aller Deutschen pflegen; den Auswüchsen im Sittenleben und dem Mißbrauch des Alkohols müsse aus völkischen Gründen entgegengetreten und demgegenüber die körperliche Ertüchtigung des Volkes gefördert werden. Die Alldeutschen schlossen sich daher 1898 dem „Reichsausschuß für deutsche Nationalfeste“ an, der anders als die internationalen Olympischen Spiele der Neuzeit mit dem turnerischen Wettstreit ein Fest des Volkstums im Sinne des alten Olympia

---

120a. für die zeitliche Bedeutung dieser Frage vergl. etwa Schultheß 1901, S. 106 u. 148; 1906, S. 72; 1912, S. 279; 1913, S. 125 und 139 (Kundgebungen der Studentenschaft u. Regierungsmaßnahmen).

verbunden sehen wollte. Als nach anfänglichem Scheitern dieser Pläne 1913 ein „Deutscher Kampfspielbund“ gegründet wurde, erklärte der AV nach Darlegungen des Geh. Hofrats Dr. Rolfs über Ziel und Form deutscher Kampfspiele seinen körperschaftlichen Beitritt und empfahl den Ortsgruppen eine rege Unterstützung der Sache des Bundes.

Weltbürgerliche Gesinnung suchte in den Jahren vor dem Kriege die eigene deutsche Schrift durch die allgemeine Lateinschrift zu ersetzen; vereinzelt fand diese Aenderung auch in nationalen Kreisen. Der AV ließ hierzu in seiner Zeitschrift Freunden und Gegnern das Wort, ohne sich selbst auf eine bestimmte Stellungnahme festzulegen. Unbedingt trat er dagegen für die Reinerhaltung der deutschen Sprache von fremdem Beiwerk und ihre Anerkennung im ganzen Reichsgebiet als Staatssprache ein. Schon früh hatte Hasse in den Alld. Blättern ein Einschreiten gegen Versuche der nationalen Minderheiten verlangt, die Mehrsprachigkeit in den Grenzprovinzen einzuführen. Die Pflicht des Staates, die Sprache — „den höchsten geistigen Besitz“ und „das stärkste Band der Vereinigung eines Volkes“<sup>121</sup> — zu schützen und zu pflegen, stellte der Bonner Gelehrte Prof. Trautmann in den Mittelpunkt seines Vortrages „Der Staat und die deutsche Sprache“ auf dem Verbandstag in Schandau 1909. Er forderte den Erlass eines Sprachgesetzes, das nicht nur für öffentliche Versammlungen, sondern ebenso für Beurkundungen, Anzeigen und Benennungen aller Art die Anwendung der deutschen Sprache vorschreiben sollte; erwähnt sei hierbei, daß der Verband ähnliche Anordnungen für die deutschen Kolonien als notwendig erachtete. Trautmann strebte weiter die Schaffung eines Reichs-Sprachamtes an, dem die Aufgabe der Forschung und Belehrung zufallen würde. 3 Jahre später wiederholte er in Erfurt in einer Rede gegen die „Fremdwörtersucht im geschäftlichen Leben“ seinen Ruf nach einem Eingreifen des Staates. In den Veröffentlichungen des AV selbst wurde auf ein möglichst reines Deutsch gesehen. Ständiger Brauch des Verbandes war es auch, bei solchen Orten, die unter fremdvölkischer Herrschaft im Laufe der Geschichte ihre deutsche Bezeichnung verloren hatten, diese

---

121. A. Bl. 1909, Nr. 38; A. K., S. 423.

allein zu benutzen (z. B. „Ofen“ statt des magyarischen „Buda-Pest“), während er für sämtliche Siedlungen innerhalb des Reiches ausschließlich deutsche Namen zugelassen wünschte.

### § 3.

Der AV wollte eine nationale Vereinigung, keine politische Gruppe sein. Er vermied es deshalb, in innerpolitische Auseinandersetzungen einzugreifen, sofern nicht alldeutsche Belange berührt wurden. Diese sah er aber bedroht durch partikularistische Strömungen, die sich in steigendem Maße in mehreren deutschen Staaten zeigten. Wohl begrüßten die Alldeutschen ein gesundes Heimatgefühl, das ihnen als Wurzel der Vaterlandsliebe erschien, sie wandten sich jedoch scharf gegen den Sondergeist, der die Einheit und Macht des Reiches oder des „Kaiserstaates“ Preußen schwächen wollte. Neben Stimmen, die sich für eine Wahrung des bundesstaatlichen Charakters der deutschen Verfassung aussprachen — vor allem in Hinsicht darauf, „daß gerade auf dem Gebiet des Kulturlebens unsere „Kleinstaaterei“ doch ein wahrer Segen, eine Stärke des deutschen Volkes ist“<sup>122</sup> — hören wir im Verband den Wunsch nach einer kräftigeren Betonung des Reichsgedankens. So war es eine alte Forderung des AV, daß ein Land, dessen Thron verwaist war, keine neue Dynastie erhalte, sondern durch Anschluß an Preußen oder unmittelbar dem Kaiser übertragen werde. Diese Erörterungen betrafen besonders das Herzogtum Braunschweig, dessen Regierung die Welfen beanspruchten. Schon 1893 hatten die „Mitteilungen“ des ADV hiergegen Stellung genommen; später trat die braunschweigische Welfenfrage auf den Verbandstagen 1909 und 1913 in den Vordergrund. Während eine Entschliebung der ersten Tagung ihre einzige annehmbare Lösung in der Erklärung des Herzogtums zum Reichsland erblickte, beschränkte sich die zweite darauf, einen eindeutigen Verzicht der Welfen auf die Krone von Hannover als Voraussetzung der Thronbesteigung zu verlangen. Gleichzeitig wurde eine allgemeine reichsgesetzliche Regelung des Erbfolgerechtes beim Aussterben einer regierenden Familie an Stelle des geltenden

---

122. A. Bl. 1904, Nr. 11 (Samassa).



privaten Fürstenrechtes als notwendig bezeichnet. Dabei sollte auch die Möglichkeit der Uebernahme einer deutschen Herrschaft durch einen land- oder gar blutsfremden Prinzen ausgeschlossen werden. „Es ist eine einfache Forderung schon des Nationalgefühls, daß kein Prinz berechtigt ist, einen deutschen Thron zu besteigen, der nicht als Deutscher in Deutschland geboren und erzogen ist . . . Deutschland darf nicht wollen und es darf nicht dulden, daß sein Bestand einst gefährdet wird durch sogenannte legitime Rechte von Herren, welche aus früherer trostloser Zeit in die Gegenwart überragen und gegen alle Forderung nationalen Gefühls und der staatlichen Existenzberechtigung zufällig nicht getilgt worden sind.“<sup>123</sup>

Soweit im alldeutschen Schrifttum zu den Plänen einer Ausgestaltung der Reichsverfassung Stellung genommen wurde, gaben die Aeüßerungen fast immer nur die eigenen Ansichten der Verfasser wieder. Die monarchische Staatsform wurde von der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des AV bejaht, unbeschadet aller Kritik am Träger der Krone; dagegen trennten sich die Anschauungen etwa in der Frage einer Aenderung des Wahlrechtes. Den Gedanken einer umfaßenden Reichsreform vertrat besonders Class-Frymann in seinem „Kaiserbuch“. Der Kernpunkt seines Vorschlages war: „Ersatz des allgemeinen gleichen Wahlrechts durch ein geeignetes Klassen- oder Mehrstimmenwahlrecht bei gleichzeitigem Uebergang zum parlamentarischen System unter persönlichen Gegenleistungen der Gebildeten und Besitzenden auf dem Gebiete der politischen Arbeit“.<sup>124</sup> Die Teilnahme am öffentlichen Leben galt den Alldeutschen als selbstverständliche Pflicht jedes Nationaldenkenden. Sie verteidigten zugleich das Recht einer aus vaterländischer Gesinnung kommenden Kritik an der Staatsführung und bedauerten, daß es vielfach durch das persönliche Hervortreten des Kaisers eine Beeinträchtigung erfahren mußte. „Wir wollen in den Belangen des Reiches mit raten und mit taten, und wir wollen den zur Rechenschaft ziehen können, der der Verfassung gemäß auch für einen falschen Kurs des Reichsschiffes

---

123. A. M., S. 109 (Thronwechsel in Koburg-Gotha 1893).

124. Frymann, a. a. O., S. 64.



verantwortlich ist“.<sup>125</sup> Vor allem wünschte der Verband, daß die Vertreter des Volkes sich um die Kenntnis der wichtigen Fragen der großen Politik bemühten und die Regierung auf diesem Gebiete sachverständig überwachen konnten, er begrüßte daher die vorgeschlagene Einsetzung eines ständigen Reichstagsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten. Eine völlige Abänderung der Verfassungseinrichtungen des Reiches, wie sie in den stürmischen Tagen des November 1908 angestrebt wurde, lehnte der AV ab und hielt es vielmehr für „die Aufgabe aller ernsten und treuen Patrioten, das Kaisertum und das Kanzleramt ungeschwächt an Macht und Einfluß zu erhalten und hinüber zu retten in eine bessere Zukunft“.<sup>126</sup>

In dieser Einstellung wurde der Verband dadurch bestärkt, daß bei den Entscheidungen der Volksvertretung oft taktische Rücksichtnahme auf die Interessen der einzelnen Fraktionen den Ausschlag gab. Dem AV lag demgegenüber nur daran, daß bei den zur Beratung stehenden Gesetzentwürfen — aus der Innenpolitik seien als Beispiele die Regelung des Vereinsrechtes und die Pressegesetzgebung genannt — den nationalen Gesichtspunkten genügend Rechnung getragen war. Parteipolitik war mit dem Wesen des Verbandes unvereinbar, er begrüßte es deshalb, wenn einmal der innere Hader durch eine Zusammenarbeit der verschiedenen Richtungen abgelöst wurde wie in der Zeit des Bülow-Blockes. Freilich stand der AV in einem natürlichen Gegensatz zu jenen Gruppen, die von internationalen Ideen bestimmt waren: zu der Sozialdemokratie, dem Zentrum und einem Teil der bürgerlichen Demokratie. Eine eigentliche Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung überließ er jedoch Organisationen wie dem „Reichswahlverband“, dessen Leiter der Alldeutsche von Liebert war; er betonte aber, daß man „mit der bloß negativen Kritik“ nicht vorwärts komme, „man muß ein positives Zukunftsideal aufrichten, das Begeisterung weckt und das allein den sozialdemokratischen Glauben überwinden kann“.<sup>127</sup> Ein Antrag der Ortsgruppe Düsseldorf, den Ultra-

---

125. A. Bl. 1904, Nr. 23; A. K., S. 244 (Hasse).

126. A. Bl. 1908, Nr. 48; A. K., S. 395 (Claß a. d. Verbandst.).

127. A. Bl. 1904, Nr. 21 (Samassa).

montanismus als Hauptgefahr für das deutsche Volk zu betrachten, verfiel der Ablehnung; die Alldeutschen sahen auf diesem Gebiet vielmehr eine Aufgabe, deren Lösung in erster Linie den deutschbewußten Katholiken zufalle. Der AV selbst beschränkte sich darauf, gegen Maßnahmen, die geeignet erschienen, den konfessionellen Frieden in Deutschland zu gefährden, wie die Aufhebung oder Abschwächung des Jesuitengesetzes, Widerspruch zu erheben. Aus seiner innerpolitischen Zurückhaltung trat der Verband nur einmal heraus, als der Reichstag 1906 wegen der Weigerung, wichtige kolonialpolitische Vorlagen anzunehmen, aufgelöst wurde. Er erließ einen Aufruf an seine Mitglieder, der zum vollen Einsatz im „Kampf gegen die schwarze und die rote Internationale“ mahnte: „Der Alldeutsche Verband verfißt in diesem Wahlkampf keine Parteiinteressen; das große Ganze im Auge, erstrebt er nur das eine Ziel: eine nationale Reichstagsmehrheit. Wir erwarten, daß unsere Ortsgruppen durch Versammlungen aufklärend wirken über die Bedeutung deutscher Welt- und Kolonialpolitik, daß jedes einzelne Mitglied sich im Rahmen der Partei, der es angehört, mit aller Kraft und voller Hingabe betätige, um den nationalen Parteien zum Siege zu verhelfen über Zentrum, Polen und Sozialdemokratie“.<sup>128</sup>

#### § 4.

Am heftigsten entbrannte stets der Widerstreit der Parteien und Interessengruppen bei der Erörterung der Höhe und Verteilung der Lasten, die die Erhaltung und der Ausbau der Staatseinrichtungen erforderten. Da das Deutsche Reich für die Deckung seiner Bedürfnisse nur über geringe eigene Einnahmen verfügte, war die Verschuldung ständig gestiegen, so daß aus wirtschaftlichen wie nationalen Gründen ein Wandel im Finanzsystem als unbedingte Notwendigkeit erschien. Auf dem Verbandstag 1908 griff daher der AV in die Auseinandersetzung über die finanzielle Sicherstellung des Reiches mit einem Vortrag des Grafen Ernst zu Reventlow ein, der „Die Reichsfinanzreform als nationale Frage“ behandelte. „Der All-

---

128. A. Bl. 1906, Nr. 51; A. K., S. 300.

deutsche Verband, überzeugt wie er ist von der hohen nationalen Bedeutung und brennenden Notwendigkeit schleuniger und vor allem durchgreifender Regelung des deutschen Reichsgeldwesens, sieht aber es als eine gerade ihm natürliche Aufgabe an, die Finanzreformfrage aus kleinlichen und selbstsüchtigen Streitereien und Verhetzungen herauszuheben in die reine Atmosphäre des Nationalen“.<sup>129</sup> Der Verband wünschte einen Verzicht auf die weitere Beschreitung des Weges der Anleiheaufnahme und verlangte die Aufbringung der Mittel durch eine Steuererhöhung, die bei dem wachsenden Wohlstand des deutschen Volkes keine unbillige Härte bedeutete. „Wir vom Alldeutschen Verbande gehören meist nicht zur „besitzenden Klasse“, halten Opferwilligkeit hier aber für eine selbstverständliche patriotische Pflicht; wir wehren bescheidenlich die oft beliebte Bezeichnung als „Überpatrioten“ ab, können aber nicht umhin, diejenigen, welche hier Sonderinteressen über das Ganze setzen, als Unterpatrioten zu betrachten“. Eine gerechte Bemessung des Anteiles des Einzelnen müsse selbstverständlich sein, „aber wenn ein Volk, das Milliarden im Jahre vertrinkt und verraucht, sich sträubt, diese Genüsse höher zu bezahlen, wo das Ganze in Frage steht, so ist das ein erbärmliches Schauspiel“.<sup>129</sup>

Wie sich der Verband in seiner Stellungnahme zur Finanzgebarung des Reiches lediglich als Wahrer rein vaterländischer Belange fühlte, galt das ebenso für seine Haltung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Zeitalter Kaiser Wilhelms II. hatte der Aufschwung der deutschen Wirtschaft eine ungeahnte Steigerung erfahren, wobei über den Erfolgen zumeist die großen Nachteile übersehen wurden, die er mit sich brachte. Die Alldeutschen erblickten nun ihre Aufgabe darin, die Öffentlichkeit auf die völkischen Schäden dieser Entwicklung hinzuweisen und Vorschläge zu ihrer Verhütung zu machen, ohne in den Einzelheiten durch einen festumgrenzten Plan gebunden zu sein. Das wichtigste nationale Problem bildete die Zusammenballung der Massen der Industriearbeiter in den Städten, die ihre Dörfer und Gutsbezirke verlassen hatten, so daß die Landwirtschaft auf die Hilfe ausländischer Arbeitskräfte an-

---

129. A. Bl. 1908, Nr. 38; A. K., S. 379 u. 383.

gewiesen war. Als 1899 Dr. Hugenberg in den Alldeutschen Blättern ein Wirtschaftsprogramm entwarf, lautete daher seine erste Forderung: „Wir müssen schleunigst in eine großangelegte Politik der Sozialreform zu Gunsten der ländlichen Arbeiter eintreten, die diesen das Leben auf dem Lande wieder begehrenswert macht und die Anziehungskraft der großen Städte abmildert“.<sup>130</sup> Ohne die Industrie von dem erreichten hohen Stande herabdrücken zu wollen, erachteten die Alldeutschen doch einen weitgehenden Schutz der Landwirtschaft für notwendig, da sie nicht allein für die Sicherung der Ernährung unentbehrlich war, sondern zugleich die Quelle der Gesundheit und Wehrkraft des Volkes bildete. Aus diesem Grunde traten sie auch wiederholt für eine Vermehrung der bäuerlichen Siedlungen ein, die durch die Aufteilung wirtschaftlich unhaltbaren Großbesitzes ermöglicht werden sollte. Eine Beeinträchtigung des industriellen Absatzmarktes durch Maßnahmen zur Förderung der Landwirtschaft in Krisenzeiten (Schutzzölle) konnte nach alldeutscher Ansicht durch die Vergebung von Staatsaufträgen zur Verstärkung der Flotte oder zur Verbesserung des Verkehrswesens ausgeglichen werden.

Für alle wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland sollte stets die Auffassung, „daß Volkstum höher steht als Reichtum“<sup>131</sup>, ausschlaggebend sein. Die Alldeutschen verurteilten daher die oft nur auf finanziellen Gewinn bedachte Einstellung des deutschen Kapitals. „Nicht darin allein also sollten unsere großen Bankhäuser ihre Aufgabe erblicken, fremde Anleihen an die deutsche Börse und unter die kleinen Sparer zu bringen; sie sollen auch dafür sorgen, daß das aus Deutschland stammende Geld den deutschen Interessen dienstbar gemacht wird, daß es dem heimischen Gewerbfleiß zugute kommt und der deutsche Einfluß in Handel und Gewerbe immer größere Verbreitung findet“, dieser Gedanke wurde mehrfach in den Alldeutschen Blättern zum Ausdruck gebracht.<sup>132</sup> Bei dem Abschluß von Handelsabkommen mit anderen Mächten hielten sich die Alldeutschen

---

130. A. Bl. 1899, Nr. 18; A. K., S. 64.

131. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 1, S. 61.

132. A. Bl. 1894, Nr. 37.



von einer Beurteilung der wirtschaftlichen Einzelheiten fern und sahen nur darauf, „ob diese Verträge in Form und Inhalt die Würde und das Ansehen des Deutschen Reiches genügend wahren“.<sup>133</sup> Sie äußerten dabei den Wunsch, dem Vorgehen fremder Staaten entsprechend nationale Vorbehalte zur Unterstützung des Auslandsdeutschtums in die Wirtschaftsverträge aufzunehmen. Auch bei der Beschickung von Ausstellungen im Ausland sollten völkische Gesichtspunkte berücksichtigt werden; den Plan einer Weltausstellung in Berlin um die Jahrhundertwende begrüßte der AV lebhaft, da er von ihr nicht nur einen wirtschaftlichen Erfolg, sondern weit mehr eine Steigerung des deutschen Nationalbewußtseins erwartete.

Um ein abgeschlossenes Bild alldeutscher Wirtschaftspolitik zu geben, müßte man das gesamte Wirken und Wollen des AV in Betracht ziehen, da fast allen seinen nationalpolitischen Bestrebungen zugleich eine große wirtschaftliche Bedeutung zukam. Wir denken hierbei in erster Linie an seine Bemühungen um einen Zusammenschluß des Deutschtums in allen Ländern der Erde und um eine Annäherung der hoch- und niederdeutschen Staaten Mitteleuropas; erwähnt seien weiter an dieser Stelle die Forderung reichseigener Kabel und das Verlangen nach Ausbau des binnendeutschen Kanalnetzes.

Die Zukunft des Deutschtums war durch die mit der Industrialisierung Hand in Hand gehende Verschärfung der Klassengegensätze und das Eindringen internationaler Ideen in die breiten Massen der Handarbeiterschaft ernsthaft bedroht. Dr. Hugenbergs Vorschlag, den wir oben zitierten, den weiteren Zustrom wertvollen Bauernblutes in das städtische Proletariat durch eine ausgedehnte ländliche Sozialreform zu unterbinden, betraf nur einen Teil der großen Aufgabe, die Arbeiterschaft in der Verbundenheit mit Heimat und Volk zu erhalten oder sie zu ihnen zurückzuführen. Die Möglichkeit, die nationale und die soziale Bewegung in Deutschland in Einklang miteinander zu bringen, sah Ernst Hasse darin begründet, „daß Sozialismus und Nationalismus richtig verstanden sich nicht gegenseitig bekämpfen oder gar ausschließen, sondern nur zusammenwirken

---

133. A. M., S. 129 (Hasse).



X zur Erreichung eines nationalen Volkswohlstandes, der doch schließlich der Wunsch aller Volksgenossen, ja sogar aller Bewohner eines Staatswesens sein muß“.<sup>134</sup> Aber die Arbeiterschaft hörte den alldeutschen Führer nicht, und auf der anderen Seite vernehmen wir auch im Verband nur vereinzelt ähnliche Stimmen. Der Versuch, durch vaterländische Volksunterhaltungsabende völkische Gesinnung in den „weniger gebildeten“ Kreisen zu wecken und zu pflegen und zugleich „zur Herbeiführung des sozialen Friedens“<sup>135</sup> beizutragen, vermochte nichts gegenüber der Macht der sozialdemokratischen Agitation. Bestrebungen, eine nationale Arbeiterbewegung auszulösen, die den internationalen Marxismus zurückdrängen sollte, fanden im AV Unterstützung; allein der Mehrheit seiner Mitglieder — Angehörigen des Bürgertums — lagen die Sorgen und Hoffnungen der Handarbeiterschaft zu fern, um aus ihren Reihen geeignete Führer stellen zu können, die einen tatsächlichen Erfolg verbürgt hätten. Zu den einzelnen Bestimmungen der sozialen Gesetzgebung nahm der Verband nicht Stellung, nur wurde wiederholt das Bedenken laut, daß das Maß der Fürsorge die berechnete Grenze überschreite und mit dem Willen zur Selbsterhaltung auch die Volkskraft eine Schwächung erfahre.

## Zweites Kapitel.

### *Der Alldeutsche Verband und der Kampf um das Deutschtum in den Grenzmarken.*

#### § 1.

Kaum ein Verbandstag oder eine Vorstandssitzung des AV ging vorüber, ohne daß in der Eröffnungssprache oder in besonderen Vorträgen die Lage in den östlichen Provinzen des Reiches behandelt worden wäre. So wurde bereits auf dem Verbandstag 1894 ein Bericht über „Die Polenfrage“ von Dr. Lehr erstattet, über „Die slawische Gefahr in der Ostmark“ sprachen

---

134. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 1, S. 64.

135. A. Bl. 1894, Nr. 5.

1898 Fritz Bley, 1899 Reismann-Grone und 1902 Prof. Samassa, den „Stand der Polenfrage und die Zukunft der preußischen Ostmarkenpolitik“ erörterte 1907 Prof. Höttsch, 1910 wurden „Deutsche Forderungen in der Polenpolitik“ aufgestellt und 1913 folgte ein Referat „Polnische Fortschritte und der Abbau der preußischen Polenpolitik“, während sich Reg. Rat Schöhl in seinen Darlegungen 1903 und 1911 auf ein Teilgebiet, „Die Polenfrage in Oberschlesien“, beschränkte. Die große Bedeutung, die die Alldeutschen der Entwicklung in den Ostmarken beimaßen, fand ihren Niederschlag auch in regelmäßigen Mitteilungen und zusammenfassenden Schilderungen in den Alld. Blättern. Bei der Polenfrage handelte es sich für den Verband nicht um eine innerpolitische oder rein preußische, noch gar um eine konfessionelle Angelegenheit, sondern um nationale Belange des gesamten deutschen Volkes. Es erschien den Alldeutschen als Schande, daß das Deutschtum, das einst jene kolonisatorische Großtat im Osten vollbracht hatte, sich seit den letzten Jahren der Bismarckzeit in ständigem Rückzug vor den vordringenden Slawen befand. Sie glaubten nicht wie Caprivi an die Möglichkeit, durch eine Versöhnungspolitik die Polen zu Freunden des Reiches und zu einem Schutzwall gegen Rußland gewinnen zu können. Bereits einer der ersten Beschlüsse des ADV sprach vielmehr aus, daß „gegenüber dem an unsern Ostgrenzen drohenden panslawistischen Ansturm ... die Germanisierung unserer Ostmark wichtiger (ist) als die unzuverlässige Freundschaft der im Grunde ihres Herzens deutschfeindlichen Polen“.<sup>136</sup>

Von den verschiedenen Wegen, die für ein Vorgehen im Osten in Frage kamen, schied die Eindeutschung des ansässigen Polentums nach Ansicht des Verbandes so lange aus, bis eine neue Änderung der wirtschaftlichen Machtverteilung zwischen den beiden Völkern eingetreten war. In einer energischen Verwaltungs-, Schul- und Kirchenpolitik erblickte der AV wertvolle „Begleitmaßregeln eines richtig und groß angelegten wirtschaftlichen Kampfes gegen das Überwuchern des Polentums“.<sup>137</sup>

---

136. A. M., S. 27; A. K., S. 1.

137. A. Bl. 1894, Nr. 42; A. K., S. 15.

allein angewandt würde sie wirkungslos bleiben. Als Voraussetzung für einen deutschen Erfolg forderten die Alldeutschen immer wieder eine Aufhebung des Grundsatzes der Parität der Nationalitäten in den bedrohten Provinzen. „Wir müssen die Scheuklappen ablegen, die uns die Anwendung unseres deutschen und preußischen Verfassungsrechtes auf einen weder deutsch noch preußisch empfindenden und denkenden fremdsprachigen und zentrifugalen Teil der Reichsbewohner anlegt“.<sup>138</sup> Die nächsten Aufgaben der Ostmarkenpolitik aber sah der Verband in der Sperrung der Grenzen gegen weiteren slawischen Zuzug, in der Erhaltung und Neuschaffung eines zahlreichen deutschen Bauern- und Landarbeiterstandes, sowie in der Unterstützung der polnischen Abwanderung in das Innere des Reiches und nach Übersee.

Während die Alldeutschen die Tätigkeit der 1886 von Bismarck geschaffenen Ansiedlungskommission für Posen und Westpreußen als vorbildlich begrüßten, wiesen 1894 in den Alld. Blättern erschienene Aufsätze aus der Feder von Dr. Hugenberg darauf hin, daß ihre nationale Aufbauarbeit durch die „objektive“ Handhabung des Rentengütergesetzes von 1891 gegenüber Deutschen und Polen durch die Generalkommission in Bromberg wieder zunichte gemacht werde. Hatte bis dahin die Hoffnung bestanden, bei der Umwandlung großer Güter mit polnischer Arbeiterschaft in deutsche Bauerndörfer eine erhebliche Zahl der überflüssig werdenden slawischen Arbeitskräfte aus der Ostmark zu entfernen, so fanden jetzt die Bemühungen polnisch-nationaler Kreise, aus ihnen ländliche Kleinbesitzer zu machen, die dem Deutschtum noch stärkeren Widerstand entgegen setzen konnten, durch den von der deutschen Behörde gewährten Kredit eine unerwartete Förderung. „Der preußische Staat schafft polnische Erde! Er gründet selbst Heimstätten, aus denen sich immer neue Scharen polnischer Proletarier auf die gefährdeten deutschen Sprachgrenzen ergießen können, und unterstützt somit selbst die im Gange befindliche Bewegung der Slawisierung des deutschen Ostens“,<sup>139</sup> lautete der weithin Auf-

---

138. A. Bl. 1899, Nr. 11; A. K., S. 59.

139. A. Bl. 1894, Nr. 16; A. K., S. 7.

sehen erregende Warnruf des AV. Diesem „offenbar schwersten von allen Fehlern der heutigen Polenpolitik“<sup>139</sup> gegenüber forderte der Verband nicht nur den völligen Ausschluß polnischer Bewerber bei der Bildung von Rentengütern, sondern auch eine Beschleunigung der Besiedlung auf Grund des Ansiedlungsgesetzes, Ausdehnung seiner Wirkung auf die Provinzen Schlesien und Ostpreußen und Bewilligung der erforderlichen erhöhten Mittel. Da aber der Übergang deutschen Bodens in polnische Hand anhielt, verlangten die Alldutschen die Anwendung der schärfsten Maßnahmen: ein Verbot des Erwerbes von Grund und Boden durch Angehörige des polnischen Volkes, soweit er nicht in direktem Erbwege erfolgte, und die Verleihung des Rechtes der Enteignung des vorhandenen polnischen Grundbesitzes an den preußischen Staat. Nur auf diese Weise konnte zugleich der ungesunden Steigerung der Landpreise im Osten begegnet werden, die das deutsche Ansiedlungswerk erschwerte, ja gefährdete.

Aus völkischen Erwägungen trat der AV auch für eine Beschränkung des deutschen Großgrundbesitzes ein, von dem ein erheblicher Teil ohne Schädigung der Nationalwirtschaft in Bauernland umgewandelt werden konnte. Besonders sollten hiervon solche Güter betroffen werden, die ohne ständigen Zuzug slawischer Wanderarbeiter nicht lebensfähig waren. Die Verdienste des ostelbischen Adels wurden hierbei durchaus gewürdigt, aber zugleich betont, daß in dem gegenwärtigen Ringen um die Ostmark nicht allein der Besitz, sondern die Arbeit den nationalen Charakter des Landes bestimme. Der Übergang eines Gutes aus polnischer in deutsche Hand hatte nur geringen Wert, wenn der deutsche Besitzer weiterhin polnische Arbeiter und Dienstboten hielt oder zu halten gezwungen war. „Die Polenfrage ist heute keine Adelsfrage mehr, sondern eine Arbeiterfrage“.<sup>140</sup> Soweit der Großgrundbesitz von einer Aufteilung nicht betroffen wurde, sollte er nichts unversucht lassen, sich einen festen deutschen Arbeiterstamm zu erhalten oder ihn neu zu bilden, wobei in erster Linie an die Sicherstellung der Aufstiegsmöglichkeit des Arbeiters zum Kleinbauern gedacht war. Daneben wurde in alldutschen Kreisen die Heranziehung skandi-

---

140. A. Bl. 1899, Nr. 37; A. K., S. 72.



navischer Arbeitskräfte und die Seßhaftmachung im völkischen Daseinskampf erprobter deutscher Rückwanderer in den Ostprovinzen erörtert. Auch ein Plan Lagardes wurde von Hasse und dem Verband aufgegriffen, der die Ansiedlung geeigneter aus dem Heere scheidender Kapitulanten auf Rentengütern längs der Grenze vorsah und damit gleichzeitig einen erhöhten Schutz des Landes gegen äußere Feinde versprach.

Die Schaffung eines starken deutschen Bauerntums konnte zudem dem deutschen Mittelstand in den Städten den notwendigen Rückhalt geben, den er durch den straff durchgeführten polnischen Boykott immer mehr verloren hatte. Den Gedanken einer wirtschaftlichen und kulturellen Hebung der Ostmark durch Errichtung einer kaiserlichen Residenz in Posen und den Ausbau der Akademie zur Universität, durch Verbesserung der Verkehrswege, Gründung von Fachschulen, durch Stiftung von Bibliotheken und Theatern usw. hielt der AV für verfehlt, solange die vorgesehenen Maßnahmen nicht zur einseitigen Förderung deutscher Interessen dienten. „Unsere Aufgabe ist es nicht, die „polnischen“ Provinzen zu entwickeln, sondern das Deutschtum in diesen Provinzen zu entwickeln“.<sup>141</sup> Die Erfahrung hatte gezeigt, daß die allgemeine Unterstützung kultureller Bestrebungen im Osten die Entstehung eines polnischen Mittelstandes erleichtert hatte, der an Stelle des in seiner politischen Bedeutung zurückgedrängten Adels die Führung der polnischen Nationalbewegung und ihres Kampfes gegen alles Deutsche übernehmen konnte. Die Alldeutschen gingen später soweit, in Fällen offenen Widerstandes gegen Anordnungen der Regierung wie bei dem Schulstreik von Wreschen die Beseitigung der bestehenden Bildungseinrichtungen und der allgemeinen Schulpflicht für die Volksfremden zu verlangen. „Wir haben vom nationalen Standpunkt kein Interesse an einer höheren Bildung des einzelnen Polen, die fast ausnahmslos dessen Nationalbewußtsein steigert und ihn im wirtschaftlichen Kampfe besser wettbewerbsfähig macht.“<sup>142</sup>

---

141. Reismann-Grone, Die slawische Gefahr i. d. Ostmark, S. 15.

142. A. Bl. 1906, Nr. 47; A. K., S. 299 (Entschl. d. Gesch. Ausschusses).



War das Ziel der Ostmarkenpolitik eine Erweiterung des deutschen Volksbodens und nicht ein bloßes Vortragen der Sprachgrenze, so durfte doch die Sprachenfrage nicht ganz außer acht gelassen werden, da jedes Nachgeben auf deutscher Seite von den Polen als ein Erfolg ihrer Agitation ausgewertet wurde. Die deutsche Sprache mußte als Staatssprache anerkannt und allen Versuchen der Slawen, die Zweisprachigkeit im amtlichen Verkehr durchzusetzen, entgegengetreten werden. Die Einrichtung einer Übersetzungsstelle für — meist demonstrativ gebrauchte — polnische Briefanschriften innerhalb des Reiches, die in den Verhandlungen der Parlamente wiederholt zu Auseinandersetzungen führte, sah der Verband als ein „sehr unglückliches Zugeständnis“ und als äußerstes Entgegenkommen an. Er bedauerte, daß die Regierung in ihrer Stellungnahme hierzu nur die technischen, nicht die nationalen Gesichtspunkte zum Ausdruck brachte. Weiter verurteilten die Alldutschen die Zulassung polnischen Privatunterrichtes, der zu einer Erziehung der Kinder in nationalpolnischem Geiste führte. Polnische Rekruten, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig waren, sollten zu einer längeren Dienstzeit verpflichtet sein; dem Eindringen eines Sprachenstreites in das deutsche Heer mußte auf jeden Fall vorgebeugt werden.

Die weitverbreitete Gleichsetzung von Polentum und Katholizismus wurde vom AV als unrichtig abgelehnt. Er hielt es vielmehr für seine Pflicht, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, eine Polonisierung der in den Ostprovinzen lebenden zahlreichen deutschen Katholiken, die in der Vergangenheit allzu häufig erfolgt war, durch Gewährung ausreichender deutscher Seelsorge zu verhindern. Solange diese Sicherheit nicht geboten war, billigte der Verband freilich die Bevorzugung evangelischer Bewerber durch die Ansiedlungskommission. Die Berufung des polnischen Abgeordneten von Stąblewski auf den Stuhl des Erzbischofs von Gnesen hatten die Alldutschen bereits in den ersten Monaten der Verbandsarbeit als einen „Schlag ins Gesicht“ für das Deutschtum verurteilt, und mehrfach wandten sie sich in den folgenden Jahren gegen die polnisch-nationale Tätigkeit, die er und eine große Anzahl der ihm unterstellten Geistlichen ausübten. Diese Haltung des Verbandes fand auch im

einem Teil der deutschen katholischen Presse — vor allem in der von den Alldutschen als „Polenblatt am Rhein“ bezeichneten „Kölnischen Volkszeitung“ — Widerspruch, die sich für die Belange der polnischen Glaubensbrüder gegenüber dem „antikatholischen“ AV einsetzte.

Ein voller deutscher Erfolg in der Ostmark war nur durch ein Zusammenwirken aller Kräfte von Regierung und Volk zu erreichen. Während die Polen eine gute völkische Organisation besaßen, der reiche Mittel zur Verfügung standen, mußte das Deutschtum erst zur Bildung einer nationalen Front zusammengeführt werden. Nach einem ersten gescheiterten Versuch zur Sammlung, der von alld deutscher Seite ausging, entstand 1894 der Ostmarkenverein, mit dem der Verband bald in enge Zusammenarbeit trat. An dem wirtschaftlichen Zusammenschluß der Deutschen in Genossenschaften nahm Dr. Hugenberg besonderen Anteil. Der AV selbst beschränkte sich seinem Wesen gemäß in erster Linie auf die Aufklärung des deutschen Volkes — auch außerhalb der umkämpften Provinzen — über die Vorgänge in seiner Grenzmark und die daraus entstehenden Aufgaben. Auf eine Anregung von Prof. Hasse ging die Gründung des Waisenhauses Neuzedlitz zurück, das evangelische Waisenkinder aus dem ganzen Reich zu tüchtigen Handwerkern und zugleich zu Stützen des Deutschtums im Osten erziehen sollte. Das Unternehmen fand bei seinem Entstehen und in den späteren Jahren eine rege finanzielle Förderung aus dem Mitgliederkreis des Verbandes. Die Bemühungen der nationalen Bewegung mußten ihre Ergänzung finden in einer zielbewußten Polenpolitik der Regierung. Um die Selbsthilfe des Volkes nicht erlahmen zu lassen, sollte aber eine materielle Unterstützung des Staates grundsätzlich nicht einzelnen bedrängten Deutschen zuteil werden. „Nicht an dem einzelnen Deutschen ist uns gelegen, sondern daran, der Gesamtheit der Deutschen und ihren einzelnen Erwerbsklassen möglichst günstige allgemeine Daseinsbedingungen zu schaffen“.<sup>143</sup> Aus dem gleichen Grunde verlangten die Alldutschen, daß die Ostmarkenzulage nicht unterschiedslos allen im Osten tätigen Beamten bewilligt werde,

---

143. A. Bl. 1899, Nr. 11; A. K., S. 61.

sondern nur denen, die sich innerhalb und außerhalb ihres Amtes als Sachwalter des Deutschtums zeigten. Das Beamtentum durfte aber auch in seinem Eintreten für völkische Belange nicht durch eine schwankende Politik der obersten Behörden unsicher gemacht werden. Deshalb forderten die Alldeutschen die Schaffung eines eigenen Ostmarkenministeriums, das unter ausschlaggebender Mitarbeit wirklicher Kenner der Verhältnisse unabhängig von anderen Strömungen — zumal den Widerständen parteipolitischer, konfessioneller und interessenpolitischer Art — allein nach den Bedürfnissen der Grenzprovinzen wirken könnte und dem Neben- und Gegeneinander der verschiedenen Ministerien und Verwaltungen von Reich und Preußen auf diesem Gebiet ein Ende bereite.

Das Übergreifen der polnischen Agitation auf die Provinz Schlesien hatte von Anfang an im AV Beachtung gefunden, der die Regierung warnte, durch eine Vogel-Strauß-Politik diese nationale Gefahr noch zu begünstigen. Ebenso wiesen die Alldeutschen wiederholt auf die Bestrebungen der Litauer, eine völkische Bewegung in einem Teil Ostpreußens zu entfachen, und auf die wendische Propaganda in der Lausitz hin. Auch die polnischen Versuche, die Kassuben, die sich ihrer Sonderart erst durch die Forschungen deutscher Gelehrter recht bewußt geworden waren, in ihre nationalen Pläne einzubeziehen, wurden in den Alld. Blättern erwähnt. Eine weit größere Bedeutung kam der polnischen Kolonie zu, die um die Jahrhundertwende im Herzen des deutschen Industriegebietes an der Ruhr entstanden war. Ihr widmeten besonders die rheinisch-westfälischen Gruppen des Verbandes ihre Aufmerksamkeit. Sie glaubten, die Slawen hier leichter für einen Anschluß an das Deutschtum gewinnen zu können als im Osten, wenn ihre völlige nationale Absonderung und damit die stärkere Beeinflussung im großpolnischen Sinn verhindert werde. In einem Gutachten, das der Gau „Ruhr und Lippe“ des AV im Jahre 1900 erstattete, wurden als Maßregeln hierzu u. a. eine Heranziehung der polnischen Bergarbeiter an deutsche Kreise und ihre Aufnahme in deutsche Vereinigungen, auf der anderen Seite eine scharfe Beaufsichtigung des polnischen Vereins- und Pressewesens, ein völliges Verbot der polnischen Sprache im Schulwesen und eine

Beschränkung des polnischen Gottesdienstes, sowie endlich eine Unterdrückung nationalpolnischer Umtriebe empfohlen. Andere Veröffentlichungen des Verbandes urteilten weniger zuversichtlich über eine Eindeutschung der Polen, sofern es sich nicht um evangelische Masuren handele. So betonte vielmehr auch Dr. Martens in seinem Bericht über „Die Polen im Industriegebiet“ auf dem Verbandstag 1911 die drohende Bildung eines polnischen Staates im Staate, gegen die nur ein rechtzeitiges Einschreiten der preußischen Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Machtmitteln einen Erfolg verspreche.

## § 2.

Eine entschlossene Politik — „nicht verbitternde Nadelstiche, sondern Festigkeit und Kraft“<sup>144</sup> — verlangten die Alldeutschen auch gegenüber der Agitation des Dänentums im Norden der Provinz Schleswig-Holstein, das sich mit der Zugehörigkeit „Süd-jütlands“ zum Deutschen Reich nicht abfinden wollte. „Der Kampf wird bei der nahen Verwandtschaft der Nationalitäten und bei dem Mangel konfessioneller Gegensätze nicht die Schärfe des Ringens im Osten haben, wird aber ein doppelt schwerer sein, da in dem Gegner germanisches Edelblut nicht niedergezwungen, sondern gewonnen werden soll“<sup>144</sup>. Wie in der Ostmark mußte die nächste Aufgabe die Verhinderung einer Vermehrung des dänischen Bevölkerungsanteiles durch Fernhaltung neuen Zuzuges von jenseits der Grenze sein. Darüber hinaus bedauerte der Verband die Aufnahme zahlreicher in dem umstrittenen Gebiet bereits ansässiger Optantenkinder in die deutsche Staatsbürgerschaft durch den deutsch-dänischen Vertrag von 1907, da sie nach wie vor dänischgesinnt bleiben würden, aber im Falle ihrer staatsfeindlichen Betätigung die deutschen Behörden nunmehr die scharfe Waffe der Ausweisung verloren hatten. Zugleich würde die Zahl der dänischen Stimmen bei den Wahlen ansteigen und dadurch der dänischen Protestbewegung neue Hoffnungen erweckt. Eine politische und wirtschaftliche Annäherung der beiden Nachbarstaaten, der dieses Abkommen dienen sollte, durfte nach alldeutscher Ansicht nicht auf Kosten des Deutschtums in der Nord-

---

144. A. Bl. 1909, Nr. 37; A. K., S. 402 (Dr. Hahn).



mark erfolgen. „Ein Ausgleich mit Dänemark . . . ist erst möglich, wenn nach hinreichender Eindeutschung Nordschleswigs der dänische Chauvinismus nicht mehr die Neigung spüren wird, sich an deutschem Gebiet den Magen zu verderben“.<sup>145</sup>

Neben der Abwehr der dänischen Ansprüche sollten nach dem Wunsch des Verbandes von der Regierung die deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Interessen gefördert werden. In erster Linie trat er für eine systematische Kleinsiedlung ein, die den Versuchen der Dänen, durch ausgedehnten Landerwerb die Städte einzukreisen und nach dem Vorbild des Polentums durch Boykott des deutschen Mittelstandes den dänischen zu unterstützen, entgegenwirken könnte. Auch für den Norden des Reiches hielt der AV eine Beschränkung des Grundbesitzes in der Hand von Volksfremden für notwendig. Da Jahr für Jahr ein beträchtlicher Teil der nordschleswigschen Jugend die an der Grenze gelegenen und streng national-dänisch geleiteten Volkshochschulen Dänemarks besuchte, wurde vom Verband die Schaffung ähnlicher, von deutschem Geiste erfüllter Anstalten, deren Grundgedanken die Alldeutschen durchaus begrüßten, vorgeschlagen. „Sonderart und Umgangsdiakkt sollen in Nordschleswig nicht beeinträchtigt werden“.<sup>144</sup> wohl aber mußte auch hier die Geltung der deutschen Sprache als Staats- und Schulsprache sichergestellt sein; wiederholt wurde daneben vom AV eine stärkere Berücksichtigung der deutschen Sprache im Gottesdienst verlangt. Erwähnt sei endlich, daß der Verband als eine erstrebenswerte Maßnahme zur Beeinflussung der Gesinnung der nordschleswigschen Bevölkerung und zugleich zu einer Verbesserung der Sicherheit des Reiches (Schutz des Kaiser-Wilhelm-Kanals) die Verlegung von Grenzgarisonen nach Schleswig ansah.

Dem in zahlreichen Turn-, Jugend- und geselligen Vereinen organisierten Dänentum gegenüber waren seit 1890 die deutsch-nationalen Kreise der Provinz im „Deutschen Verein für das nördliche Schleswig“, dem späteren „Nordmarkenverein“, zusammengefaßt, dessen Führer, der Kieler Landgerichtsdirektor Dr. Hahn, auch auf den alldeutschen Verbandstagen von 1907, 1908, 1909 und 1911 ausführliche Berichte über die Lage in Nordschleswig

---

145. A. Bl. 1907, Nr. 37; A. K., S. 308 (Dr. Hahn).



erstattete. Die eigene Tätigkeit des AV in der Nordmarkenpolitik bestand vor allem in der Weckung des Verständnisses für dieses deutsche Kampfgebiet durch die Aufklärungsarbeit seiner Ortsgruppen in allen Teilen des Reiches, sowie in der finanziellen Unterstützung deutscher Selbsthilfe-Unternehmungen in Nordschleswig, wie sie besonders von dem Pastor Jakobsen in Scherrebeck ins Leben gerufen waren. So wurden bis 1896 von Mitgliedern des Verbandes Schuldverschreibungen der Kreditbank Scherrebeck, die die Aufgabe hatte, dänischen Besitz aufzukaufen und als Rentengüter mit deutschen Bauern zu besiedeln, in Höhe von 62 000 Mark gezeichnet. Alldeutsche waren maßgebend an der Errichtung des deutschen Seebades Lakolk beteiligt, und die Erzeugnisse der Handweberei Scherrebeck fanden an den Veranstaltungen des AV Absatz im ganzen Reichsgebiet. Und auch als alle diese Gründungen des Pastors Jakobsen durch unwirtschaftliches Gebahren zusammenbrachen, waren es in erster Linie der AV und einzelne seiner Mitglieder, die die notwendigen Mittel für ihren Wiederaufbau und die Fortführung ihrer nationalen Arbeit an der deutschen Nordgrenze zur Verfügung stellten.

### § 3.

„Eine Elsaß-Lothringische Frage im internationalen Sinne, als könne von einer Rückgabe irgendwelcher Gebietsteile an Frankreich auch nur die Rede sein, kann es für uns nicht geben“,<sup>146</sup> lautete die Antwort des AV auf die Bestrebungen, durch Abtretung des französischen Sprachgebietes des Reichslandes eine deutsch-französische Verständigung anzubahnen. Wohl aber beschäftigte sich der Verband auf seinen Tagungen mehrfach mit den kultur- und staatspolitischen Zuständen innerhalb der deutschen Westmark. So berichtete 1899 der Verlagsbuchhändler I. F. Lehmann über „Die elsäß-lothringische Schulfrage“; einen umfassenden Überblick gab 1907 Pfarrer Spießer, ein Altelsässer, über „Die völkische Entwicklung des Elsasses unter deutscher Herrschaft“, während in den folgenden Jahren Superintendent Klingemann über „Die Lage in Elsaß-Lothringen“ und 1912 der elsässische Lehrer Bongartz über „Die Lage der Volks-

---

146. A. Bl. 1908, Nr. 37; A. K., S. 361 (Klingemann)

schule in Elsaß-Lothringen“ sprach. Daneben führten die Auseinandersetzungen über die Verfassung des Reichslandes zeitweilig auch zu einer lebhaften Erörterung in den Ortsgruppen des Verbandes und den Alld. Blättern.

Anders als im Osten und im Norden des Reiches handelte es sich in Elsaß-Lothringen nicht um die Germanisierung eines von fremdem Volkstum erfüllten Gebietes, sondern in der Hauptsache nur um die völlige Wiedereingliederung einer ursprünglich deutschen Bevölkerung in das alte Vaterland. Um dieses Ziel ganz zu erreichen, mußte nach alld deutscher Ansicht vor allem jenem Zwittergeist ein Ende bereitet werden, der für die Elsaß-Lothringer das Recht zur Pflege einer „Doppelkultur“ in Anspruch nahm, die der Erfüllung der Aufgabe, Brückenland zwischen Deutschland und Frankreich zu sein, dienen sollte. Für die trotz jahrzehntelanger deutscher Herrschaft in weiten Kreisen der oberen Schichten und des Mittelstandes noch verbreitete Hinneigung zu französischen Sitten und zur französischen Sprache hatte Pfarrer Spieser den Ausdruck vom „Bildungsschwindel“ geprägt, der in alld deutschen Ausführungen dann ständig wiederkehrt. „Die Bekämpfung dieses Bildungsschwindels als einer jeden Fortschritt des Deutschtums bedrohenden Gefahr ist zurzeit die Hauptaufgabe aller derer, die für das deutsche Wesen des Reichslandes eintreten wollen“.<sup>146</sup>

Soweit die deutsche Sprache in der Westmark Fortschritte gemacht hatte, schrieben die Alld deutschen dies in erster Linie dem „segensreichen Wirken“ der deutschen Schule zu. Sie galt es daher besonders vor dem Zugriff der Welschgesinnten zu schützen, die die Wiedereinführung des französischen Unterrichtes in allen Volksschulen des Landes verlangten. Auch der AV wünschte keine schroffe Unterdrückung der französischen Sprache in jenen Grenzdistrikten, in denen noch eine ausschließlich oder vorwiegend welsche Bevölkerung wohnte. Allein eine Zweisprachigkeit der Schule durfte aus völkischen wie erziehlichen Gründen stets nur Notbehelf und Übergang für eine angemessene Zeitspanne sein, auf keinen Fall aber auf das ganze Reichsland ausgedehnt werden. Der Gefahr einer Verwelschung der in fremdsprachige Bezirke eingewanderten deutschen Minderheiten mußte rechtzeitig vorgebeugt werden. Eine Verringerung der Zahl der

höheren Schulen der Westmark, die 1899 aus finanziellen Erwägungen im Landesausschuß geplant war, lehnte der AV ab, da ihre Erhaltung durchaus im nationalen Interesse liege. Den Dank an die elsäß-lothringische Lehrerschaft endlich für ihre Mithilfe bei der Wiedereindeutschung des Landes suchte der Verband dadurch abzustatten, daß er sich in seinen Entschließungen der deutschen Öffentlichkeit gegenüber ihre berechtigten wirtschaftlichen und standespolitischen Forderungen zu eigen macht.

Die Sorge um die Zukunft der deutschen Schule und damit der deutschen Kultur im Reichsland beeinflusste entscheidend die Stellungnahme des AV zu den Bestrebungen auf Errichtung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen. „Wenn das Land jetzt sich selbst überlassen würde, so würde es sich notgedrungen in der Richtung weiter entwickeln, die sein geistiges Leben in französischer Zeit eingeschlagen hat, und kaum imstande sein, sich von den Vorurteilen zu befreien, die es aus Frankreich mit herübergebracht hat“, warnte auf dem Verbandstag 1907 Pfarrer Spießer, und die im Anschluß an seinen Bericht angenommene Entschließung des Verbandes wies darauf hin, daß „insbesondere die Auslieferung des Schulwesens an selbständige elsäß-lothringische Behörden zur fortschreitenden Verwelschung des Landes führen müßte“. Die Alldutschen hielten die volle Selbstverwaltung<sup>147</sup> der Westmark solange für unmöglich, als nicht die Bevölkerung des Reichslandes auch über die innere Zugehörigkeit zum deutschen Volke keine Zweifel mehr hege, solange die Verfassung nur eine Herrschaft der welschgesinnten Notabeln und Klerikalen, sowie der Sozialdemokraten mit sich bringen werde. „Erst müssen die volklichen Bürgschaften erbracht sein, sonst wäre die Errichtung des Bundesstaates ein gefährlicher Versuch, der unserem ganzen Volk und Land schweren Schaden bringen könnte . . . Zuerst der volle Anschluß an das deutsche Volk, an deutsche Sprache und Gesittung, und erst auf dieser Grundlage der Ausbau des Staates, der um des Volkes willen da ist . . . Bis dahin müssen wir von der Reichsregierung volle Festigkeit all den Bestrebungen gegenüber fordern, die dem mit so gewaltigen Opfern für unser Volk und Land zurückgewonnenen Reichslande

---

147. A. Bl. 1907, Nr. 38; A. K., S. 338 u. 342.

das Gepräge eines Zwitterwesens dauernd auflegen wollen“.<sup>148</sup> Diese Haltung behielt der AV auch bei, als Bethmann-Hollweg Anfang 1911 dem Reichstag den Entwurf einer Verfassung für das Reichsland vorlegte. Vor allem lehnte der Verband den Vorschlag der Verleihung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen ab, die wohl gegen, aber nicht für Preußen gezählt werden durften, und verlangte falls die Regierung an dem Gedanken eines selbständigen Bundesstaates festhalte, zum mindesten einen ausreichenden verfassungsmäßigen Schutz der Rechte des Kaisers, der deutschen Sprache und der altdeutschen Beamten im Reichsland. Das Inkrafttreten der Verfassung bedeutete für die Alldutschen kein Ende des Kampfes gegen die Ansprüche der Autonomisten. „Wir haben die Entwürfe mit aller Entschiedenheit bis zum bitteren Ende bekämpft und fühlen uns frei von Schuld an dieser das Reich schädigenden Maßregel . . . Für uns und alle, die in diesem Streite auf unserer Seite waren, heißt es jetzt doppelt wachsam zu sein . . . Allen Unabhängigen erwächst daraus die Pflicht, unermüdlich und treu auf dem Posten zu sein und zu warnen, wenn Reichsverderbliches in der Westmark sich anbahnt oder geschieht“.<sup>149</sup>

Wurde von den Alldutschen der Plan eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen unter den obwaltenden Verhältnissen als mit den nationalen Belangen des deutschen Volkes unvereinbar allgemein verworfen, gingen doch in ihren Reihen die Ansichten über den besten Weg zu einem „vollen Anschluß“ der Westmark an das Reich zum Teil auseinander. So wurde von Klingemann ungeachtet der sonstigen politischen Gestaltung eine schärfere verwaltungsmäßige Trennung von Elsaß und Lothringen im Hinblick auf die verschiedene Stammeszugehörigkeit ihrer Bewohner als notwendig angesehen, Hasse wünschte die Angliederung des Elsaß an Baden und die Aufteilung Lothringens zwischen Preußen und Bayern. Derselbe Vorschlag hatte aber Jahre vorher in den Mitteilungen des ADV eine scharfe Ablehnung gefunden, da alles, was im Krieg oder Frieden vom Reiche erworben sei, dem Reiche gehöre und nicht den Partikularismus stärken dürfe. Dr.

---

148. A. Bl. 1909, Nr. 37; A. K., S. 412 (Klingemann).

149. A. Bl. 1911, Nr. 24.



Arendt dachte an die Errichtung einer Seitenlinie der Hohenzollern in Elsaß-Lothringen, während Claß-Frymann für die diktatorische Regierung eines kaiserlichen Ministers eintrat. Den Standpunkt der Mehrheit seiner Mitglieder dürfte aber der Verband in der Entschließung seiner Vorstandssitzung vom April 1911 ausgesprochen haben, in der er eine alte Forderung Treitschkes aufgriff und der Überzeugung Ausdruck gab, „daß allein die Verschmelzung mit Preußen, dem Träger des deutschen Kaisertums, eine endgültige und dem Reiche förderliche Lösung der elsäß-lothringischen Frage bringen wird“.<sup>150</sup>

Mit Freude begrüßten die Alldutschen den Zusammenschluß reichstreuer Altelsässer in der „Elsaß-Lothringischen Vereinigung“ unter Führung von Lic. Kapp, obwohl die Auffassungen beider Verbände keineswegs immer übereinstimmten. Von den deutschen Beamten bis hinauf zum Statthalter und von den in die Westmark eingewanderten Altdeutschen erwartete der AV, daß sie mit jenen deutschgesinnten Kreisen enge Verbindung aufnahmen und Umgang und Beratung nicht mehr in den Reihen der verwelschten Notabeln suchten. Eine wichtige völkische Aufgabe sah der Verband auch im Westen des Reiches im Ankauf des in volksfremder Hand befindlichen Grundbesitzes und in seiner Umwandlung in Reichsdomänen, die zugleich als Mustergüter Vorbild für die einheimischen Bauernwirtschaften sein konnten. Erwähnung verdienen endlich die aus nationalen Erwägungen unternommenen Bemühungen des AV, Gäste aus Altdeutschland in steigendem Maße zu einem Besuch des Reichslandes zu veranlassen. Alle Arbeit mußte aber vergeblich sein, solange auf deutschem Boden offen staatsfeindliche Veranstaltungen wie die des „Souvenir français“ geduldet blieben, wobei nach Ansicht der Alldutschen grundsätzliche Entscheidungen stets kleinlichen Polizeimaßregeln vorzuziehen waren.

Zu dem Zwischenfall von Zabern im November 1913, der die öffentliche Meinung innerhalb und außerhalb der Westmark heftig erregte, nahm der AV sogleich auf seiner Herbsttagung Stellung. In der Rede des Vorsitzenden Claß und einer regen Aussprache wurde betont, daß es sich bei jenen Vorgängen nicht um einen be-

---

150. A. Bl. 1911, Nr. 17.



rechtigten Protest gegen Verfehlungen eines einzelnen deutschen Offiziers gehandelt habe, sondern allein um die Kraftprobe einer durch die welschgesinnte Presse jahrelang verhetzten Bevölkerung gegen das deutsche Heer und die deutsche Staatsautorität. Im Gegensatz zur Haltung der „irregeleiteten“ Öffentlichkeit und des Reichstages billigte der Verband die Maßnahmen des Militärs und sandte dem Obersten von Reuter, „dem entschlossenen und verantwortungsfreudigen Verteidiger des Ansehens des deutschen Heeres und der deutschen Sache im Reichslande“ seinen Glückwunsch „zu dem jedes Rechtsgefühl befriedigenden Freispruch“. <sup>151</sup> Die Schuld aber an der Entwicklung der Verhältnisse in der Westmark wiesen die Alldeutschen der Verleihung jener „unseligen“ Verfassung und dem Versagen der deutschen Verwaltung zu. Sie gaben in jenen Tagen der Hoffnung Ausdruck, daß die Ereignisse von Zabern einer Änderung des bisherigen Kurses und einer festen Politik der Regierung in Elsaß-Lothringen den Boden bereiten werde.

### Drittes Kapitel.

#### *Der Alldeutsche Verband und das Deutschtum im Ausland.*

##### § 1.

„Alldeutsch sein, heißt aller Deutschen auf dieser Erde gedenken, die Deutsche bleiben wollen, — ihre Sorgen und Nöte zu den unsern machen, — sehen, wie es ihnen ergeht, helfen, daß es ihnen wohlergehe; heißt das Gefühl der durch Sprache und Blut begründeten natürlichen Zusammengehörigkeit stärken und zu einem Bestandteil der politischen Gebarung machen“. <sup>152</sup> Die Alldeutschen zählten zu den ersten, die erkannten, daß der Strom deutscher Auswanderung sich nicht mehr länger wahllos in fremde Lande ergießen und wertvolles deutsches Blut nicht mehr länger in fremdem Volkstum versickern dürfe. Waren es doch nicht die schlechtesten Deutschen, die wirtschaftliche Not, politische und religiöse Verfolgung und nicht zuletzt der alte deutsche

---

151. A. Bl. 1914, Nr. 3.

152. A. Bl. 1909, Nr. 38; A. K., S. 422 (Claß).

Wandertrieb und Tatendrang aus den Grenzen des Reiches in die Ferne führten. „Das Reich hat die Pflicht, den politischen und wirtschaftlichen Nachteilen vorzubeugen, die aus dem durch die Auswanderung entstehenden Menschenverlust erwachsen, da wir weder politisch noch wirtschaftlich in der Lage sind, einen Teil unserer Volkskraft entbehren zu können“,<sup>153</sup> war der Gedanke, der den AV veranlaßte, den ausgearbeiteten Entwurf eines Auswanderungsgesetzes 1894 als Petition an den Reichstag einzureichen. Seine wichtigste Forderung war die Schaffung eines Auswanderungsamtes als Reichsbehörde, das sich nicht auf eine gewerbepolizeiliche Regelung beschränken, sondern die gesamte Auswanderung nach nationalen Gesichtspunkten organisieren sollte. Um bürokratische Hemmungen und Einseitigkeiten zu vermeiden, wurde empfohlen, ihm einen Beirat aus sachkundigen Männern zur Seite zu stellen, die sich ebenfalls nur von den Interessen des Vaterlandes und des deutschen Volkstums und nicht von der Aussicht auf persönlichen Vorteil bestimmen ließen. Ihre Aufgabe war es, in den verschiedenen Weltteilen die günstigsten Ansiedlungsbedingungen festzustellen und dann durch eingehende Belehrung die Auswanderer nach jenen Gegenden zu lenken, in denen ihnen die Bewahrung ihrer Nationalität und die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Verbindung mit dem Mutterland möglich war, so daß die „doch einmal nicht zu hindernde“ Auswanderung aus „einem wirtschaftlichen und nationalen Verlust... auf beiden Gebieten zu einem Gewinn für uns werde“.<sup>154</sup> Vor allem wünschten die Alldutschen eine stärkere Besiedlung der deutschen Kolonien; nächst ihnen wurden im Anschluß an bereits vorhandene deutsche Niederlassungen besonders das niederdeutsche Südafrika und Südamerika — mehrmals verlangte der AV die Aufhebung des v. d. Heydtschen Reskripts von 1859, daß die Auswanderung nach Brasilien noch immer verbot — zeitweilig auch Kleinasien und die Donauländer als erstrebenswerte Wanderungsziele in den Veröffentlichungen des Verbandes genannt. Verhindert werden sollte hingegen in Zukunft die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die von Hasse und

---

153. A. Bl. 1895, Nr. 34; A. K., S. 29.

154. A. Bl. 1896, Nr. 24.

anderen Mitgliedern des AV wiederholt als „ein Grab deutschen Volkstums“ bezeichnet wurden, wobei nach ihrer Ansicht — im Gegensatz zu einzelnen hoffnungsvolleren alldutschen Stimmen, wie der Schrift von Prof. Goebel und dem Bericht von Pfarrer Grisebach auf dem Verbandstag 1912 — selbst der an sich begrüßenswerte Zusammenschluß des amerikanischen Deutschtums den Untergang im Angelsachsentum wohl verzögern, aber nicht endgültig aufhalten konnte.

Hand in Hand mit solcher Gestaltung des Auswanderungswesens mußte eine Neuordnung der Gesetzgebung über die deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit gehen. Dem gesteigerten Nationalbewußtsein der Auslandsdeutschen seit den Tagen der Reichsgründung widersprachen die aus einer vergangenen Epoche überkommenen Bestimmungen, die die Beibehaltung des Bürgerrechtes und damit des Anspruches auf Schutz und Fürsorge der alten Heimat außerordentlich erschwerten. Die Alldutschen leiteten auch in dieser Frage dem Reichstag einen Gesetzentwurf zu, der im Dezember 1896 vom Parlament dem Reichskanzler „als Material zu einer bevorstehenden Änderung der Gesetzgebung“ überwiesen wurde. Während der Deutsche im Ausland nach damals geltendem Recht der Reichsangehörigkeit nach Ablauf von 10 Jahren verlustig ging, sofern er sich nicht rechtzeitig in die Matrikel eines deutschen Konsulates eingetragen hatte, trat der AV dafür ein, daß das deutsche Bürgerrecht wider und ohne den Willen des Betroffenen fortan „weder durch vorübergehenden, noch durch dauernden Aufenthalt im Auslande (Auswanderung), noch durch Erwerb einer fremden Reichsangehörigkeit“ verloren gehe;<sup>155</sup> ferner sollte die Wiederaufnahme im Falle des bereits erfolgten Verlustes der Reichsangehörigkeit und die Naturalisation der Nachkommen von Deutschen erleichtert, die Naturalisation von Ausländern dagegen erschwert werden; endlich wurde die Schaffung einer selbständigen Reichsangehörigkeit für Auslandsdeutsche, die nicht an die Zugehörigkeit zu einem der deutschen Bundesstaaten gebunden sein sollte, und zu ihrer Durchführung die Einrichtung einer besonderen Reichsbehörde gefordert, die zugleich ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Staaten in den

---

155. A. Bl. 1898, Nr. 29; A. K., S. 26 (Entwurf § 19).

Fragen der Einbürgerung sicherstellen konnte. Ende des Jahres 1898 reichten die Abgeordneten Hasse, Graf Arnim und Lehr den alldeutschen Gesetzentwurf als Initiativantrag wiederum im Reichstag ein, ohne daß er aber in der Session zur Beratung gekommen wäre. 1900 unternahmen Hasse und Graf Arnim, unterstützt von den meisten Mitgliedern der nationalliberalen und freikonservativen Fraktion, einen neuen Vorstoß im Parlament, in dem sie die verbündeten Regierungen ersuchten, ihrerseits eine Vorlage zur Änderung der Bestimmungen über die Reichsangehörigkeit im Sinne der Antragsteller einzubringen. Noch mehrmals erinnerte Hasse in der folgenden Zeit an die Notwendigkeit einer baldigen Reform; seine Mahnungen wurden unterstrichen durch 188 Petitionen, die unter Vermittlung des AV im Jahre 1905 mit zahlreichen Unterschriften von Auslandsdeutschen an den Reichskanzler und an den Reichstag gesandt wurden. Ein Vortrag von Dr. Ratjen über das Recht der Reichs- und Staatsangehörigkeit und seine Umgestaltung — die bis dahin nicht erfolgt war — auf dem Verbandstag von 1908 stellte diese Aufgabe erneut in den Mittelpunkt alldeutscher Betätigung. In einer Eingabe an Regierung und Parlament wiederholte 1910 der Verband gemeinsam mit dem Verein für das Deutschtum im Ausland seine alten Vorschläge; es vergingen jedoch zwei weitere Jahre, bis ein neues Reichsangehörigkeitsgesetz, das im allgemeinen den Wünschen des AV gerecht wurde, in Kraft trat.

Seine Aufmerksamkeit widmete daneben der Verband einer den Interessen des Auslandsdeutschtums entsprechenden Fortbildung der deutschen Wehrordnung, soweit diese ohne Gefährdung militärischer Belange möglich war. Bisher hatten gerade die Schwierigkeiten, die oft der Ableistung der vorgeschriebenen Militärzeit entgegenstanden, den Anlaß zur Aufgabe der Reichsangehörigkeit gegeben. Die Alldeutschen setzten sich nun dafür ein, daß für die Durchführung der Wehrpflicht der Auslandsdeutschen die deutschen Kolonien dem Reichsinland gleichgestellt würden, eine Maßnahme, die vor allem zugunsten der Deutschen in Südafrika und Südamerika wirken werde. Weiter sollten bei den deutschen Konsulaten Ersatzbehörden erster Instanz errichtet und ihnen zugleich die Überwachung der Angehörigen des Beurlaubtenstandes zugeteilt werden. Für die im Ausland geborenen



Söhne dort ansässiger Deutscher wurde in den Alld. Blättern die völlige Befreiung vom Heeresdienst angeregt. Die Alldeutschen glaubten, daß eine solche Rücksichtnahme der heimischen Gewalten auf die berechtigten Forderungen der Auslandsdeutschen diese umso enger mit dem alten Vaterland verbinden würde.

„Die Entfaltung aller friedlichen und kriegerischen Machtmittel des Deutschen Reiches zum Schutze der Deutschen im Auslande“,<sup>156</sup> war einer der Punkte, deren Erfüllung der AV im Anschluß an einen Bericht von Hasse auf seinem ersten Verbandstag zur Förderung des Zusammenhaltes des gesamten Deutschthums empfahl. Auch außerhalb der Grenzen sollte der Deutsche das Gefühl haben, daß das Reich ihm — wie jedes andere Volk seinen Angehörigen — Recht und Sicherheit gewährleistet. Zur Erreichung dieses Zieles wurde eine Vermehrung der konsularischen Vertretung und ihre Betreuung durch besonders geeignete Persönlichkeiten verlangt, wobei ein stetiger Verkehr zwischen dem Konsul und seinen Pflegebefohlenen anzustreben war. Der AV selbst wollte den Deutschen in der Fremde einen Rückhalt bieten, indem er sich ihrer Beschwerden gegen Übergriffe von ausländischer Seite und über mangelnde Verteidigung ihrer Interessen durch die Beauftragten des Reiches annahm. Zahlreiche Zuschriften dieser Art aus den mittel- und südamerikanischen Staaten, aus Südafrika und von den württembergischen Siedlern in Palästina wurden in den Alld. Blättern veröffentlicht. Außerdem versuchte die Leitung des AV durch direkte Fühlungnahme mit der Regierung für Abhilfe Sorge zu tragen, während Hasse mehrfach Klagen der Auslandsdeutschen im Reichstag zur Sprache brachte. In anderen Fällen wurde demgegenüber ein vorbildlich-nationales Verhalten deutscher Vertreter von den Alldeutschen lobend anerkannt. Erwähnt sei ferner an dieser Stelle, daß das Eintreten des Verbandes für einen Ausbau der Kreuzerflotte in erster Linie mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines wirksameren Schutzes der Belange des Auslandsdeutschthums begründet wurde.

Ständig beobachtete der AV die Entwicklung des deutschen Schulwesens im Ausland, dem ja nicht nur die Aufgabe zufiel, den

---

156. A. Bl. 1894, Nr. 38; A. K., S. 12.

eigenen Volksgenossen die Muttersprache zu erhalten, sondern zugleich für die deutsche Kultur und damit für deutschen Einfluß in fremden Ländern zu werben. Während andere Völker erhebliche Mittel für diesen Zweck aufwandten, bedurfte es wiederholter Versuche, eine noch immer unzureichende Erhöhung des Reichszuschusses für die deutschen Schulen im Ausland durchzusetzen. Wiederum war es Hasse und neben ihm Dr. Lehr, die diese Frage im Parlament erörterten. Die Unterstützung der Heimat sollte bewährten Anstalten zuteil werden, während die Neugründung von Schulen der freien Initiative der Auslandsdeutschen zu überlassen war. Um möglichst viele und wertvolle Lehrkräfte für die deutschen Auslandsschulen zu gewinnen, forderten die Alldutschen für diese Lehrer eine Anrechnung der in der Fremde verbrachten Jahre auf ihre spätere Dienstzeit im Reiche. Wichtig erschien dem Verband endlich eine Gleichstellung leistungsfähiger Schulen des Auslandsdeutschtums mit den Anstalten des Mutterlandes bei der Bewertung ihrer Zeugnisse (Berechtigung zum einjährigen Dienst!) und Prüfungen. Zur Leitung und Beaufsichtigung des deutschen Schulwesens im Ausland wünschte der AV die Schaffung einer eigenen Schulabteilung des Auswärtigen Amtes.

Eine gewisse Gewähr für die Erhaltung des deutschen Volkstums fern von den Grenzen des Reiches bot die Zusammenfassung der einzelnen Deutschen in nationalen Vereinigungen. So begrüßten die Alldutschen die Bildung zahlreicher auslandsdeutscher Ortsgruppen des Verbandes und hofften, daß es ihnen gelingen werde, möglichst das gesamte Deutschtum ihres Bezirkes zum Anschluß zu bewegen. Aus ihren Reihen gewann zudem der AV seine Berichterstatter, die ihm sachkundige Anregungen für seine weitere Tätigkeit und Material zur Aufklärung der reichsdeutschen Öffentlichkeit über die Lage des deutschen Volkes in der ganzen Welt vermittelten. Auch dem Gedanken des wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Auslandsdeutschtums in deutschen Handelskammern stimmten die Alldutschen zu, da er zugleich zur Stärkung des Nationalgefühls beitrage.

Entschließungen des AV und Beiträge in den Ältd. Blättern enthielten mancherlei Vorschläge zur Belebung des persönlichen

Verkehrs und zur Anknüpfung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Deutschen im Reich und im Ausland. Wir nennen als Beispiel aus den Beschlüssen des ersten Verbandstages: „Häufige Besuche aller nationalen (Verbandstag), wirtschaftlichen (Ausstellungen, Messen), wissenschaftlichen und künstlerischen (Bayreuth) Veranstaltungen und Versammlungen in der Heimat. Verbesserung und Benutzung deutscher Verkehrsmittel (deutsche Dampferlinien). Telegraphische Versorgung der deutschen Presse im Ausland mit unverfälschten deutschen Nachrichten . . . Entwicklung des deutschen Bank- und Ausstellungswesens im Auslande, Kreditgewährung aus der Heimat an die im Auslande lebenden genossenschaftlich organisierten Deutschen. Unterstützung deutscher Dampferverbindungen und Kabelanlagen durch die Geldmittel des Reiches“.<sup>156</sup> Die Ortsgruppe Berlin führte eine Sammlung von Lesestoff für deutsche Schulen und Gemeinden im Auslande durch, die mehrfach umfangreiche Sendungen ermöglichte. Einmal finden wir auch den Plan eines vom Reiche zu fördernden deutschen Volkstheaters in den Alld. Blättern entwickelt, das deutsche Kunst den einzelnen auslandsdeutschen Siedlungen bringen sollte, doch scheint diese Anregung später nicht weiter verfolgt zu sein.

Eine große Bedeutung kam vom alldeutschen Standpunkt aus der Rückwanderung von Auslandsdeutschen zu. Es handelte sich vor allem darum, Angehörige des deutschen Volkes in gewissen Teilen Rußlands, Österreichs und Ungarns, die politische oder wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Aufgabe ihrer Wohnsitze veranlaßten, von einer Uebersiedlung nach Nordamerika abzuhalten und sie statt dessen im Osten des Reiches sesshaft zu machen. Zu diesem Zwecke unterstützte der AV das Wirken der deutschen Ansiedlungsgenossenschaft in Ostrowo. Erörterungen im Verband, ob zur Überwindung der Leutenot in der deutschen Ostmark eine Zunahme der Rückwanderung durch Agitation wünschenswert sei, fanden keine einhellige Beantwortung. Im allgemeinen wurde eine Abwanderung nur aus solchen Bezirken als gerechtfertigt angesehen, in denen die dauernden Erhaltung des Volkstums doch aussichtslos war (z. B. aus Galizien), während eine Schwächung des lebensfähigen Deutschtums etwa in den russischen Ostseeprovinzen oder in

Siebenbürgen unbedingt vermieden werden mußte. Dagegen wurde ein vorübergehender Aufenthalt von Arbeitern aus Gegenden, in denen nicht die ganze deutsche Bevölkerung ihren Unterhalt finden konnte, im deutschen Reiche angestrebt, zumal sie mit ihren Ersparnissen nach der Rückkehr das Deutschtum jener Außengebiete wirtschaftlich und damit auch national stärken würden.

## § 2.

Wie der AV verhindern wollte, daß die in der Fremde lebenden Deutschen ihrem Volkstum verloren gingen, so lag im Begriff des Alldeutschtums darüber hinaus die Verpflichtung, die Verbindung mit den im Laufe der geschichtlichen Entwicklung aus dem Reiche ausgeschiedenen hoch- und niederdeutschen Volksgruppen aufrechtzuerhalten.

Den Stolz auf die Unabhängigkeit ihres Landes, der die deutschen Schweizer beseeelte, erkannten die Alldeutschen durchaus an. Sie dachten nicht daran, in irgend einer Weise Einfluß auf die politischen Verhältnisse des Nachbarstaates ausüben zu wollen, sondern sie setzten sich allein für eine Pflege der gemeinsamen deutschen Kultur ein. Aus diesem Grunde bedauerten sie die Hinneigung zu welschem Wesen, die sich vielfach im deutschen Sprachgebiet zeigte, betonten aber auch hierbei ihr Verständnis für „das starke schweizer Gemeingefühl, das von dem Vorhandensein eines Sprachenkampfes nichts wissen will und vor alldeutscher „Einmischung“ zurückschreckt“. <sup>157</sup> Der AV hoffte, daß die deutschen Schweizer selbst ihr Volkstum und ihre Sprache schützen würden und begrüßte in diesem Sinne freudig die Gründung eines deutsch-schweizerischen Sprachvereins als „Erwachen des deutschen Gewissens“. Im übrigen beschränkte sich der Verband darauf, die Reichsdeutschen in der Schweiz für seine völkischen Bestrebungen zu gewinnen, und seine rege Ortsgruppe in Zürich unter Führung von Dr. Fick, von dem der Aufruf zur Bildung des AV ausgegangen war, nahm allezeit lebhaften Anteil an der alldeutschen Arbeit.

Die Stellung der Alldeutschen zu der fast ausschließlich deutschen, doch in ihren maßgebenden Schichten völlig ver-

---

157. Klingemann, Grenzen alldeutscher Arbeit, S. 16.



welschten Bevölkerung Luxemburgs nahm bei der Kleinheit des Gebietes naturgemäß nur wenig Raum in den Erörterungen des Verbandes ein. Einhart-Claß fällt das harte Urteil: „Im Buche des gesamtdeutschen Volkstums steht Luxemburg als toter Posten“<sup>158</sup> während Klingemann im Hinblick auf das zweisprachige Land als das Ziel des AV „die volle Beteiligung aller deutschen Stämme am Geistesleben des Gesamtvolkes und damit die friedliche Ueberwindung jener unglücklichen Zwitterbildung“<sup>159</sup> darstellte.

Zur Förderung der deutsch-belgischen Beziehungen, wobei schon damals ein besonderer Hinweis auf die vlämische Bewegung erfolgte, traten die Alldutschen 1893 für eine Beteiligung der reichsdeutschen Industrie an einer in Antwerpen geplanten Ausstellung ein. Von dieser Zeit an finden wir in den Berichten des Verbandes stets die Vlamenfrage erwähnt. Im Jahre 1896 nahmen Vertreter des AV an dem niederländischen Sprachkongreß in Antwerpen teil, und auf dem alldutschen Verbandstag des gleichen Jahres sprach unter großem Beifall der Vlamenführer und Dichter Prof. Pol de Mont. Nach einer vorübergehenden Trübung des Verhältnisses zum Vlämischen Volksrat, die „durch das Ungeschick und den Übereifer Unberufener“<sup>160</sup> ausgelöst war, wurde die Bedeutung der Vlamenfrage durch Einsetzung eines Ausschusses zu ihrer weiteren Bearbeitung innerhalb des Verbandes anerkannt, der unter Leitung von Dr. Reismann-Grone und Dr. Ellenbeck-Krefeld stand. Der Annäherung zwischen Reichsdeutschen und Vlamen und der Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses diente die 1898 von dem Vorstandsmitglied des AV Frhrn. von Ziegesar-Brüssel begründete deutsch-vlämische Monatsschrift „Germania“, die freilich trotz der Unterstützung des Verbandes nur auf einen kleinen gebildeten Leserkreis beschränkt blieb und so schon nach wenigen Jahren ihr Erscheinen wieder einstellen mußte. Um das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den Niederdeutschen in breiterer Öffentlichkeit zu beleben, veranstalteten rheinische Mitglieder des Verbandes eine Wanderausstellung

---

158. Einhart, a. a. O., S. 347.

159. Klingemann, a. a. O., S. 10.

160. A. Bl. 1900, Nr. 24; A. K., S. 83 (Rechenschaftsbericht).

vlämischer Malerei in verschiedenen Städten des Reiches, und an den Familienabenden einzelner Ortsgruppen wurde aus den Werken vlämischer Dichter vorgetragen. Zahlreiche Beiträge in den Alld. Blättern gaben einen Überblick über die Fortschritte der vlämischen Bewegung — so über ihren Kampf um die Vlami-sierung der Genter Hochschule — zugleich aber über die welsche Gegenarbeit. Auf dem Verbandstag 1911 behandelte Reismann-Grone den „Stand der Vlamenfrage“, in einer Vorstandssitzung 1912 Reg. Rat von Strantz die deutschfeindliche Haltung der amtlichen belgischen Politik. Wenn es der AV von Anfang an ablehnte, „sich in die Parteiverhältnisse eines fremden Staates zu mischen, seiner-seits anregend in der vlämischen Frage vorzugehen oder Forde-rungen aufzustellen“,<sup>161</sup> so war es doch vom deutschen Standpunkt aus nicht gleichgültig, ob Belgien bei Fortdauer der walloni-schen Herrschaft mit Recht von Paris aus als „französische Ost-mark“ betrachtet werden konnte. „Jeder Fortschritt des Fran-zosentums in Belgien schädigt uns mittelbar und stärkt die fran-zösische Macht für den nur aufgeschobenen Entscheidungs-kampf“.<sup>162</sup> Erwähnt sei zum Schluß, daß der Verband in seinen Veröffentlichungen auch das Bestreben der Deutsch-Belgier in den Grenzprovinzen des Königsreichs, in ihrem Gebiet die hoch-deutsche Sprache zu erhalten, begrüßte.

Wie alle bisher genannten Volksgruppen waren die Holländer besorgt, daß ein engeres Zusammengehen mit Deutschland ihre Selbständigkeit gefährde. Die Alldutschen glaubten aber, daß die wirtschaftliche Abhängigkeit vom deutschen Hinterland und die Unmöglichkeit, den ausgedehnten Kolonialbesitz allein zu ver-teidigen, die Niederlande doch zu einer Anlehnung an das Reich führen werde. Das Ergebnis würde in diesem Falle der Abschluß einer Zollgemeinschaft und eines Schutzbündnisses ohne Aufgabe der holländischen Eigenstaatlichkeit sein. Der AV sah hierin frei-lich nur „eine künftige politische Entwicklung, die durch die Ver-schiebungen in den Weltmachtverhältnissen als eine reife Frucht uns in den Schoß fallen werde, die aber zu einer künstlichen

---

161. A. Bl. 1898, Nr. 23; „Kundgebungen ... 1890/1902“, S. 22 (Be-schluß des Gesch. Ausschusses).

162. A. Bl. 1896, Nr. 26 (K. v. Strantz).

Reife zu drängen wir gar keinen Anlaß haben“.<sup>163</sup> Der Verband wünschte, daß die Anregung zu einer wirtschaftlichen Vereinigung — neben der Zollunion wurde im Gau Ruhr/Lippe des AV die Frage eines deutsch-niederländischen Postvereins behandelt — zuerst aus den Niederlanden kommen sollte und dann auf deutscher Seite die Durchführbarkeit und Zweckmäßigkeit des Planes zwar wohlwollend, aber doch streng sachlich geprüft werde. In diesem Sinn war auch der Bericht gehalten, den Reismann-Grone auf dem Verbandstag 1899 über „Die deutschen Reichshäfen und das Zollbündnis mit den Niederlanden“ erstattete. Als in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg die Absicht Hollands, die Befestigungen von Vlissingen an der Scheldemündung zu erneuern, Auseinandersetzungen in der Presse der Niederlande und der Nachbarstaaten hervorrief, wurde in den Alld. Blättern betont, daß wohl die Sicherung der holländischen Neutralität zugleich im deutschen Interesse liege, aber kein Anlaß vorhanden sei, vom Deutschen Reiche aus die freie Entscheidung der Holländer über Ausführung oder Nichtausführung der umstrittenen Bauten zu beeinflussen.

Gegen die Vernichtungspolitik des Panslawismus gegenüber dem Baltentum hatte sich schon der ADV in der ersten Nummer seiner Mitteilungen gewandt. Zunächst mußte die reichsdeutsche Öffentlichkeit über die Bedeutung jenes Vorpostens deutscher Kultur im Osten aufgeklärt werden, zumal weite Kreise geneigt waren, in den Balten nur die Vertreter einer exklusiven Herrenschicht zu sehen. Die Alldutschen gaben die Hoffnung nicht auf, daß dem Deutschtum in den russischen Ostseeprovinzen noch eine Zukunft beschieden sei, und lehnten daher den mehrfach geäußerten Vorschlag einer Rückwanderung der Balten ab. Sie wußten, daß die deutsche Regierung kaum eine Möglichkeit besaß, den bedrängten Stammesgenossen, die sich nicht nur gegen die Bedrückung durch die russischen Machthaber, sondern auch gegen die Ansprüche der fremdvölkischen Mitbewohner zu wehren hatten, zu Hilfe zu kommen; umso einmütiger sollte aber das deutsche Volk seine Stimme erheben. Als die Stürme der russischen Revolution von 1905 und des estnisch-lettischen Aufstandes

---

163. A. Bl. 1900, Nr. 11 (Samassa).

das Baltentum auf das schwerste trafen, forderte der AV auf seinem a. o. Verbandstag nach einem Bericht des Geschäftsführers Geiser über „Die russische Revolution und das baltische Deutschtum“ die sofortige Entsendung deutscher Kriegs- und Transportschiffe nach den baltischen Häfen, um Leben und Eigentum der Reichsdeutschen zu schützen und den anderen Volksangehörigen weitgehend Asylrecht zu gewähren. Der „Hilfsausschuß für die notleidenden Deutschen in Rußland“ fand die Unterstützung des Verbandes, in dessen Auftrag vor allem Geiser auf seinen Vortragsreisen durch das Reich die Lage der Balten schilderte. In den Alld. Blättern der folgenden Jahre wurde aufmerksam der Wiederaufstieg des Baltentums nach den Verwüstungen der Revolution verfolgt, zugleich aber auf den immer noch ernsten Kampf um seine kulturelle und politische Stellung hingewiesen.

Auch das Deutschtum in Süd-Rußland und an der Wolga fand die Beachtung der Alldeutschen. Eine dauernde Erhaltung dieser deutschen Siedlungen schien ihnen jedoch bei dem Vorgehen des russischen Nationalismus und ihren eigenen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht wahrscheinlich. Solange sie bestanden, mußte es Aufgabe des deutschen Mutterlandes sein, mit ihnen enge geistige Verbindung aufzunehmen; war die Abwanderung unvermeidlich, dann sollte Sorge getragen werden, daß der Zug der deutschen Kolonisten sich nicht nach Sibirien oder in fremde überseeische Länder wende, sondern daß ihnen im Osten des Reiches oder in den deutschen Schutzgebieten eine neue Heimat bereitet werde.

### § 3.

Mit regster Anteilnahme verfolgte der AV seit den Tagen seiner Gründung das Schicksal des deutschen Brudervolkes im Habsburgerreich. Erkannten die Alldeutschen auch die staatsrechtliche Trennung von 1866 als geschichtliche Notwendigkeit an, ohne die das Ziel der Einigung des übrigen Deutschland nicht zu erreichen gewesen wäre, so wußten sie ebenso sicher, daß „kein Volk . . . die Preisgabe eines starken Sechstels seines Bestandes vertragen“ könnte: „Eine österreichische Politik, die das deutsche Volk dem Slawentum preisgibt, zerstört nicht nur die Bündnisfähigkeit Österreichs, sondern greift dem deutschen



Volk geradezu ans Leben. Hier ist jede Warnung vor „Eimischung“ haltloses Gerede“. <sup>164</sup> Aus Anlaß der Sprachenverordnungen des Grafen Badeni, die die Deutschen in Österreich zur entschlossenen Abwehr zusammenführten, gab der Verbandstag von 1897 in einer „Kundgebung an die Deutschen in der Ostmark und im Reiche“ der alldutschen Einstellung öffentlich Ausdruck; sie schloß mit den Worten: „Die Siege und die Niederlagen des Deutschtums in Österreich-Ungarn sind auch die unsrigen, und wir versprechen feierlich, nach Kräften dahin zu wirken, daß der von unseren Volksgenossen in Österreich für ihr gutes völkisches Recht mutvoll geführte Kampf in immer weiteren Kreisen Verständnis, Teilnahme und Unterstützung finde und so zu einer Angelegenheit des gesamten deutschen Volkes werde“. <sup>165</sup>

Diese Entschließung des AV hatte den Entzug des Postdebts für die Alld. Blätter in Österreich und Ungarn zur Folge; ebenso wurden mehrere andere Veröffentlichungen des Verbandes in beiden Ländern verboten — Maßnahmen freilich, die die Alldutschen in ihrem Bestreben, die Bevölkerung des Reiches über die Zustände in der Doppelmonarchie aufzuklären, nicht beirrten. An allen Tagungen des AV, sowie an den Vortragsabenden einzelner Ortsgruppen, nahmen deutsch-österreichische Vertreter teil und betonten in ihren — oft „hochverräterischen“ — Reden das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit mit den Reichsdeutschen, während die Führer des Verbandes ihrerseits bei Veranstaltungen der deutschen Schutzvereine in Österreich das Wort ergriffen. Auch die reichsdeutschen Behörden waren mit dem Vorgehen der Alldutschen nicht einverstanden: so mußte eine für den November 1897 in Berlin geplante große Versammlung des Verbandes abgesagt werden, da die Polizeibehörde den als Redner vorgesehenen Abgeordneten der drei völkischen Parteien Österreichs (Prade, Dr. Funke und K. H. Wolf) die Erlaubnis zu ihren Ansprachen verweigerte, ihnen vielmehr bei Betreten des Reichsgebietes die Ausweisung androhte. Dagegen nahm Hasse wenige Wochen später die Beratung des Haushaltes des Auswärtigen Amtes zum Anlaß, von der Tribüne des Reichstages herab auf

---

164. Klingemann, a. a. O., S. 30/31.

165. A. Bl. 1897, Nr. 26; A. K., S. 42.

die Notlage des Deutschtums in den Ländern des Bundesgenossen hinzuweisen.

„Uns kommt es weder auf die Zertrümmerung noch auf den Wiederaufbau des Donaustaates an. Der Fortbestand dieses Gebildes wäre uns das liebste. Aber das Entscheidende bleibt die Zukunft des deutschen Volkstums in diesem unseren kolonialen Grenzlande“,<sup>166</sup> war der Leitsatz der „Österreich“-Politik des AV, solange Prof. Hasse den Vorsitz innehatte. Nach den Folgen allein, die sie für die Stellung des Deutschtums zeitigten, wollten die Alldeutschen die Vorgänge im Nachbarreiche und die verschiedenen Reformpläne zur Vermeidung seines Zusammenbruches bewerten. Die Wiederaufnahme der deutschen Provinzen Österreichs in das Deutsche Reich, die von einzelnen völkisch-radikal Gesinnten diesseits und jenseits der Grenze ersehnt wurde, kam nach Ansicht der Alldeutschen nur für den äußersten Notfall — die Vernichtung des Deutschtums unter slawischer Herrschaft — in Frage. Vorerst glaubten sie aber, daß es den österreichischen Deutschen aus eigener Kraft gelingen werde, eine Umgestaltung des Staates zu erreichen, die ihnen „die Sicherheit ihrer nationalen Existenz gewährleistet und die Möglichkeit, sich kulturell und wirtschaftlich voll auszuleben“.<sup>167</sup> Eine im deutschen Geiste geführte zentralistische Regierung schien bei dem erstarkten Selbstbewußtsein der einzelnen Nationalitäten nicht mehr durchführbar, dagegen mußte eine Form der Föderalisierung angestrebt werden, die den deutschen Interessen entsprach. Der AV machte sich hierbei im allgemeinen die Forderungen des „Linzer Programmes“ zu eigen und verlangte neben der Beschränkung des Verhältnisses der österreichischen zur ungarischen Reichshälfte auf eine reine Personalunion die Ausschaltung Galiziens, der Bukowina und Dalmatiens aus der Reihe der im Reichsrat vertretenen Länder, sodaß eine deutsche Mehrheit im Parlament gesichert war. Unter dieser Vorbedingung wünschten die Alldeutschen dann einen engeren Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich durch eine Zollunion und die verfassungsmäßige Festlegung des bestehenden Bündnisses. Die Erwartungen, die

---

166. Hasse, a. a. O., Bd. I, Heft 3, S. 146.

167. A. Bl. 1900, Nr. 25; A. K., S. 94 (Samassa).

weite deutsch-österreichische Kreise an die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes knüpften, teilte der AV nicht, da es neben den Slawen die im nationalen Kampfe versagenden Klerikalen und Sozialdemokraten auf Kosten der deutsch-freiheitlichen Parteien stärken werde.

Eine Mahnung an die Deutschen Österreichs kehrt in den alldeutschen Äußerungen immer wieder: den unseligen und oft in unwürdigen Formen ausgetragenen Bruderzwist in den eigenen Reihen aufzugeben, „in schwerer Zeit das Volkswohl nicht der Partei zu opfern, sondern sich unter Zurückstellung ihrer Sonderwünsche und -ansprüche zusammenzuschließen“.<sup>168</sup> Wie der AV im Reiche Angehörige der verschiedenen nationalen Gruppen zu seinen Mitgliedern zählte, so gehörten ihm in Österreich in gleicher Weise Führer und Anhänger der Deutsch-Radikalen, der Volkspartei und zum Teil der Fortschrittspartei an. Er erhob deshalb nachdrücklich Widerspruch, als Georg von Schönerer seiner Fraktion den Namen „Alldutsche Vereinigung“ beilegte und damit den Verband mit Sonderzielen — dem Antisemitismus und der Parole „Los von Rom!“ — in Verbindung zu bringen drohte, die an sich nichts mit alldeutschen Bestrebungen zu tun hatten. Dem unfruchtbaren Parteitreiben gegenüber zollte der AV der „oft geradezu mustergültigen Kleinarbeit“<sup>169</sup> der deutschen Schutzvereine und Volksräte seine volle Anerkennung. Soweit seine Mittel oder besondere Spenden aus den Kreisen seiner Mitglieder es ermöglichten, suchte der Verband ihre Tätigkeit, die sich auf die Errichtung und Erhaltung von Schulen und Kindergärten, die Gründung deutscher Volksbanken, die Unterstützung deutscher Zeitungen und ähnliches erstreckte, weitgehend zu fördern.

„Was unsere Reichsregierung anbelangt, so verlangen wir nicht, daß sie die Kundgebungen des Alldeutschen Verbandes in der österreichischen Frage zu den ihrigen macht . . . Aber wir verlangen, daß sie in der Wahl zwischen den Rücksichten auf eine fremde Regierung und auf dynastische Beziehungen und zwischen denen auf die gesünderen und natürlichen Äußerungen

---

168. A. Bl. 1908, Nr. 48; A. K., S. 399 (Entschl. d. Vbdstages).

169. A. Bl. 1908, Nr. 38; A. K., S. 364 (Claß).

des eigenen Volkstums sich nicht zu weit von den starken Wurzeln ihrer eigenen Kraft entferne“,<sup>170</sup> erklärte Hasse auf dem Verbandstag in Hamburg. Die Slawisierung Österreichs war aber zugleich eine Bedrohung der Sicherheit des Deutschen Reiches. „So betrachtet“ — mit diesen Worten stellte Claß mehrere Jahre später neben den völkischen Gesichtspunkt die staatspolitische Notwendigkeit — „wird man es berechtigt, ja als geboten ansehen, wenn die auswärtige Politik des Reiches sich in Zukunft mit der Lage der Deutschen in Österreich beschäftigt“.<sup>171</sup> Die Alldeutschen wünschten daher, daß die Reichsregierung bei der Neuregelung der wirtschaftlichen Beziehungen oder der Verlängerung des Dreibundvertrages auch Garantien für die Stellung des Deutschtums in der Donaumonarchie verlange.

Herrschten in den ersten Jahren im AV die Stimmen vor, die besagten, daß die Deutschen Österreichs sich nicht länger als Vertreter der Belange des Staates fühlen, sondern allein nach denen des deutschen Volkes handeln sollten, so trat kurz vor dem Weltkrieg eine gewisse Änderung in der Haltung des Verbandes ein. Während vordem in alldeutschen Entschließungen von einem „doch wesentlich im österreichischen Interesse liegenden“<sup>172</sup> Bündnis die Rede war, dessen Wert für Deutschland bestritten werden könne, hatte die spätere politische Entwicklung — die von England, Rußland und Frankreich gleichzeitig drohende Kriegsgefahr — in den leitenden Kreisen des AV zu der Erkenntnis geführt, „daß wir an dem Bündnis mit Österreich-Ungarn nicht nur festhalten, sondern diesen zunächst allein für uns in Betracht kommenden Bundesgenossen auch vor weiterer Schwächung bewahren müßten“.<sup>173</sup> Diese Anschauung kam vor allem in den Tagen der Balkankriege und ihrer erwarteten Rückwirkung auf den Habsburgerstaat zum Ausdruck, wobei die Alldeutschen in jenen Ereignissen den Beginn der großen Auseinandersetzung zwischen Deutschtum und Slawentum zu erblicken glaubten. Die von Claß und der Mehrheit des Verbandes damals erhobene Forde-

---

170. A. Bl. 1899, Nr. 37; A. K., S. 70.

171. A. Bl. 1909, Nr. 38; A. K., S. 421.

172. A. Bl. 1899, Nr. 1; A. K., S. 59 (Entschl. d. Vorstandes).

173. Claß, Wider den Strom, S. 173.



rung einer unbedingten Unterstützung Österreich-Ungarns durch das Deutsche Reich traf freilich bei einem Teil der Deutsch-Österreicher wie auch bei einzelnen Mitgliedern des AV selbst auf lebhaften Widerspruch. So wandte sich besonders Reismann-Grone gegen die „schwarz-gelbe“ Politik des Vorsitzenden; auf dem Verbandstag 1913 erklärte er im Hinblick auf den Donaustaat, „daß es uns in einen Untergang bringen müsse, wenn wir mit diesem Kadaver noch länger verbunden seien“.<sup>174</sup> Geteilt waren ferner innerhalb des Verbandes die Ansichten darüber, ob die vielfach an die Persönlichkeit des Thronfolgers Franz Ferdinand geknüpften Hoffnungen auf eine bessere Zukunft des österreichischen Deutschtums in Erfüllung gehen würden. Diese Meinungsverschiedenheiten in der österreichischen Frage dauerten bis in die ersten Tage des Weltkrieges fort.

Am heftigsten war der nationale Kampf alle Zeit in Böhmen und Mähren. Schon auf dem ersten Verbandstag hatte der AV die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen, der die für das völkische Ringen in diesen Gebieten wichtigen sozialen Verhältnisse des Deutschtums untersuchen und Wege zu seiner wirtschaftlichen Förderung vorschlagen sollte. Auf die Zusammenarbeit mit den Schutzvereinen, die gerade in den sudetendeutschen Provinzen eine große Regsamkeit entfalteten, haben wir bereits hingewiesen; daneben bemühte sich der Verband mit Hilfe seiner Ortsgruppen den von den Deutschböhmen geübten Boykott — „ein unentbehrliches Hilfsmittel“ — gegen bestimmte tschechische Firmen (Pilsener Brauereien), die mit ihren Erträgen tschechisch-nationale Bestrebungen finanzierten, auf das ganze Reich auszudehnen. Die verschiedenen Versuche, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der Deutschen und Tschechen in der Sprachenfrage herbeizuführen, hielt der Verband für aussichtslos: ein Eingehen auf das „böhmische Staatsrecht“ würde für das Deutschtum den Untergang bedeuten, von den Slawen wäre aber niemals ein Nachgeben zu erwarten, so bleibe es dabei, daß nur die Macht hier entscheiden werde. Als deutsches Ziel wurde im AV wiederholt das von den deutsch-böhmischen Radikalen aus-

---

174. Reismann-Grone, Der Erdenkrieg . . . , S. 70 (im Bericht in den Alld. Bl. fehlt diese Äußerung!)

gesprochene Verlangen nach einer den nationalen Grenzen entsprechenden Zweiteilung des Landes hingestellt. Zur Erhaltung der vom tschechischen Terror bedrohten deutschen Universität in Prag erließ der Verband 1904 einen Aufruf, in dem er sich — neben der Bitte um Spenden für die Organisation der deutschen Studentenschaft — für einen zahlreichen Besuch der umkämpften Hochschule durch reichsdeutsche Studierende einsetzte. In den Alld. Blättern wurde endlich nicht nur die nationale Gleichgültigkeit oder gar die Begünstigung des Tschechentums durch deutsche Großgrundbesitzer und -industrielle in Böhmen angeprangert, sondern auch in mehreren Artikeln das hochverräterische und bündnisfeindliche Verhalten namhafter Tschechenführer ausführlich geschildert.

Im Gegensatz zu den anderen Nationalitäten des cisleithanischen Österreich wurden die Italiener von den Alldeutschen als Vertreter einer „gleichberechtigten Kulturnation“ angesehen und die gemeinsame Aufgabe der Abwehr des Südslawentums im Küstenland hervorgehoben. Den Gedanken einer Autonomie Welschtirols aber lehnte der AV fast einmütig ab, zumal die italienischen Hoffnungen auf die Erreichung der Brenner-Grenze damit nicht befriedigt werden könnten. Auch den Plan der Errichtung einer italienischen Universität in Triest oder einer italienischen Fakultät in Innsbruck verwarf der Verband, da ihm ein solches Bedürfnis nicht gegeben schien. Als Berichterstatter des AV über Tirol wirkte vor allem Schulrat Rohmeder, der Begründer des „Tiroler Volksbundes“. Überfälle landfremder Irredentisten auf deutsche Turner gaben dem Verband auf seiner Tagung in Wiesbaden Veranlassung, vor einer Boykottierung Welschtirols zu warnen, da gerade ein starker deutscher Besuch günstige Rückwirkungen auf die Haltung der Bevölkerung haben werde. Um den nationalen Wert des Fremdenverkehrs zu steigern, erschien alljährlich im Verlag des AV aus der Feder von Rohmeder ein Verzeichnis deutscher und deutschfreundlicher Gaststätten in Welschtirol, die von den reichsdeutschen Gästen allein unterstützt werden sollten; ebenso beteiligten sich die Alldeutschen an der vom Verleger Lehmann angeregten Erwerbung der Burg Pérsen, die als Stützpunkt des Deutschtums im welschen Sprachgebiet gedacht war.

Das Vordringen der Slovenen in Südsteiermark und Kärnten fand ebenfalls im AV Beachtung. Als es ihnen gelungen war, bei der Regierung die Einrichtung eines slowenischen Gymnasiums in dem völkisch besonders umstrittenen Cilli durchzusetzen, und deutsche Kreise daraufhin zur Schaffung eines Schülerheimes für das alte deutsche Gymnasium aufriefen, gehörte im Auftrage des Verbandes Dr. Lehr dem vorbereitenden Ausschuß an. Mehrfach lesen wir in den Alld. Blättern Hinweise auf verkäuflichen deutschen Grundbesitz in Kärnten und Krain, der nicht in volksfremde Hände fallen durfte. Über die Lage der aufblühenden deutschen Siedlungen in Bosnien berichtete ein Vortrag auf dem Verbandtag 1909. Schließlich wurde auch die Entwicklung des Deutschtums in Galizien vom Verband aufmerksam verfolgt, vor allem sein wirtschaftlicher Zusammenschluß, obwohl die Alldeutschen nicht an eine endgültige Erhaltung dieser schwachen deutschen Volksgruppe in der polnischen Umwelt glaubten.

Einen harten Kampf um ihre Sprache und die Wahrung ihres Volkstums hatten die Deutschen in der ungarischen Reichshälfte zu bestehen. Mit scharfen Worten wurde wiederholt in den Veröffentlichungen des AV die rücksichtslose Magyarisierungspolitik angegriffen, die sich nicht einmal auf die Hälfte der Gesamtbevölkerung des Staates stützen konnte. Der Verband erklärte, „daß das deutsche Volk in dem Vorgehen der Magyaren gegen alles Deutsche eine Beleidigung erblickt, die schließlich auch auf die Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Ungarn ungünstig zurückwirken muß“.<sup>175</sup> Auf magyarische Behauptungen aber, daß der Deutsche Kaiser selbst bei seinem Besuch in Ungarn die Deutschen des Landes preisgegeben habe, antwortete Hasse: „Nur die gesamte deutsche Nation hat darüber zu befinden, ob sie ihre eigenen Glieder verkümmern lassen will“.<sup>176</sup> So hielten es die Alldeutschen für ihre Pflicht, enge Verbindung mit den Volksgenossen in Siebenbürgen, sowie im Banat und Westungarn, wo das nationale Bewußtsein erst langsam erwachte, aufzunehmen. Obwohl sie es nicht als

---

175. A. Bl. 1902, Nr. 49; A. K., S. 149 (Beschl. d. Vorstandes).

176. A. Bl. 1902, Nr. 22; A. K., S. 132.

ihre Aufgabe ansahen, in die inneren Verhältnisse deutscher Volksgruppen im Auslande einzugreifen, bedauerten sie die Absonderung der Sachsen vom übrigen Deutschtum Ungarns, die ihren Ausdruck im parlamentarischen Anschluß an die magyarische Regierungspartei fand, und setzten sich stets für die Pflege der „deutschen Gemeinbürgschaft“ ein. Als Bericht-erstatte des Verbandes über die Lage der ungarländischen Deutschen sind neben dem siebenbürgischen Abgeordneten Korodi, der 1904 ins Reich übersiedeln mußte, vor allem Edmund Steinacker, Rudolf Brandsch und Adam Müller-Guttenbrunn zu nennen.<sup>177</sup> Praktische Hilfe leistete der AV — dessen Tätigkeit auch zu einer Debatte im ungarischen Reichstag und zu Angriffen der magyarischen Presse führte — durch die Förderung deutscher Zeitungen und der Unternehmungen des „Deutschen Kulturbundes für Ungarn“, daneben durch seine Bemühungen, die öffentliche Meinung in Deutschland im Gegensatz zu der geschickten magyarischen Propaganda über die wahren Verhältnisse in Ungarn und die Verfolgung deutscher Schriftleiter und anderer Führer des Deutschtums aufzuklären. Endlich beschäftigten sich Ausführungen der Alld. Blätter mit den außenpolitischen Folgen des Vorgehens der Magyaren: der Beeinträchtigung der Wehrkraft und der gesamten politischen Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie und der ungünstigen Beeinflussung der Haltung Rumäniens, dessen Angehörige in Siebenbürgen der gleichen Bedrückung wie die Deutschen ausgesetzt waren, zu den Mächten des Dreibundes.

#### Viertes Kapitel.

##### *Der Alldeutsche Verband und die deutsche Weltpolitik.*

##### § 1.

Die Sorge um die Sicherung des notwendigen Lebensraumes für das rasch anwachsende deutsche Volk hatte im AV über die Pflege des Bewußtseins der völkischen Einheit des

---

<sup>177</sup>. Claß, a. a. O., S. 167 ff.



Deutschtums hinaus den Gedanken eines engeren — vornehmlich wirtschaftlichen — Zusammenschlusses der Staaten Mitteleuropas wachgerufen. „Die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins ist die große Aufgabe des jetzt lebenden Geschlechtes“,<sup>178</sup> erklärt Hasse und weist dabei zugleich auf die alten Pläne Friedrich Lists hin, in dem der Verband „einen Vorläufer erkennt und verehrt“.<sup>179</sup> Eine solche Zollunion sollte neben dem Deutschen Reich Österreich-Ungarn, Belgien und Holland, vielleicht die Schweiz und Rumänien umschließen, also jene Länder, deren wirtschaftliche Interessen nach Deutschland hineigten, dem in dieser Gemeinschaft die führende Stellung zukommen würde. Dagegen lehnten die Alldeutschen weitergehende Vorschläge ab, die auf eine Zusammenfassung des gesamten europäischen Gebietes (mit Ausnahme Rußlands) zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ abzielten, da sie weder in absehbarer Zeit verwirklicht werden konnten, noch von nationalen Gesichtspunkten aus überhaupt erwünscht erschienen. „Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse“ waren ja dem Verband „nur Mittel zum Zweck, freilich bei ihrer Bedeutung im Leben sehr gewaltige Mittel zur Förderung und Stärkung unseres Volkstums“.<sup>180</sup> Der mitteleuropäische Zollbund, der in der Weltwirtschaft der russischen, englischen und amerikanischen Wirtschaftsmacht etwa die doppelte Kraft des bisherigen deutschen Zollvereins entgegensetzen konnte, sollte dann seine Ergänzung in einem Zusammengehen in den anderen Fragen des Wirtschaftslebens und des Verkehrswesens finden. So begrüßten die Alldeutschen besonders den Bau der Tauernbahn, die eine schnellere Verbindung aus dem Reich nach Triest — das der deutschen Wirtschaft den Zugang zum Mittelmeer erschloß und an dem deshalb für Deutschland „die kostbarsten Zukunftshoffnungen“<sup>181</sup> hingen — herstellte, und ebenso jede andere Erweiterung des Eisenbahn- und Kanalnetzes, die eine Annäherung in Mitteleuropa erleichterte. Daneben finden wir in den

---

178. Hasse, Deutsche Weltpolitik (Flugschrift), S. 8.

179. A. Bl. 1904, Nr. 28 (Aufruf d. AV f. ein List-Denkmal).

180. A. Bl. 1904, Nr. 3; A. K., S. 226 (Samassa).

181. A. Bl. 1901, Nr. 46 (Samassa i. d. Wochenschau).

Alld. Blättern Erörterungen über eine Ansiedlung des reichs-deutschen Bevölkerungsüberschusses im mitteleuropäischen Raum und über eine Einbeziehung des überseeischen Kolonialbesitzes der beteiligten Staaten in das Feld der gemeinsamen Betätigung. Die Frage endlich, ob die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einer politischen Einigung führe, ob die völkerrechtliche Form des Bündnisses schließlich in eine staatsrechtliche umgewandelt werde, ob der Schutz der Belange Mitteleuropas — wie es Hasse vorschwebte — einer aus den Einnahmen der Zollverwaltung unterhaltenen gemeinsamen Kriegsflotte zufalle, sollte erst die Zukunft entscheiden. Die Alldutschen verkannten die Schwierigkeiten nicht, die sich der Überwindung der Sonderinteressen und Bedenken der einzelnen Länder entgegenstellten, glaubten aber doch, daß das Ziel der Entwicklung eine mitteleuropäische Gemeinschaft sein werde, deren Grundzug „die Freiheit im Innern und die Einigkeit nach außen“ bildeten.<sup>182</sup>

Wiederum anknüpfend an Friedrich List, an Lagarde und andere deutsche Volkswirte und Politiker wurde zu Zeiten im AV der Plan einer Erweiterung des deutschen Einflußbereiches über Mitteleuropa hinaus bis in die durch den erwarteten Zerfall des Türkischen Reiches freiwerdenden Gebiete lebhaft erwogen. „Die Donau, in vergangenen Jahrhunderten die Hochstraße deutscher Kolonisation, zeigt dem Blick den Weg nach dem Schwarzen Meer, nach der Balkanhalbinsel, nach Kleinasien. Der alte Drang nach Osten soll wieder lebendig werden.“<sup>183</sup> Wie hoch gespannt teilweise die Hoffnungen waren, geht daraus hervor, daß man glaubte, „jene von der Natur so reich gesegneten, aber ... in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung so weit zurückgebliebenen Landstriche am Euphrat und Tigris“ in ein „deutsches Indien“ verwandeln zu können.<sup>184</sup> Neben den Schwierigkeiten, die sich für die deutschen Kolonisten in Palästina — unter denen sich mehrere Ortsgruppen des Verbandes gebildet hatten — aus dem türkischen Bodenrecht ergaben, stellten um die Jahrhundertwende die Kaiserreise nach

---

182. Hasse, a. a. O., S. 9.

183. A. Bl. 1894, Nr. 2.

184. „Deutschlands Ansprüche a. d. Türkische Erbe“, S. 4.

Jerusalem und die Vorbereitungen zum Bau der Bagdadbahn Kleinasien in den Vordergrund alldeutscher Betrachtungen. 1899 beschloß die Leitung des AV die Einsetzung eines ständigen Orientausschusses innerhalb des Verbandes. Bald jedoch wurden auch Stimmen der Enttäuschung laut, daß vielleicht das private Finanzkapital, aber auf keinen Fall die deutsche Volkspolitik einen Erfolg aus dem Besuch des Kaisers und dem Bahnunternehmen im Orient zu erwarten habe. „Die deutsche oder wenigstens überwiegend deutsche Bagdadbahn kann heute schon zu den begrabenen Hoffnungen gerechnet werden“, hieß es bereits in der Mitte des Jahres 1901 in den Alld. Blättern<sup>185</sup> und die späteren Vorgänge um die Konzessionierung und Errichtung der Bahn bestätigten diese Ansicht. Gleichzeitig kamen Zweifel auf, ob jene Landstriche wirklich für eine deutsche Besiedlung in größerem Ausmaße geeignet seien. Erst in der letzten Zeit vor dem Weltkrieg gewann die Parole „Berlin—Bagdad“ — diesen Titel trug eine 1913 erschienene Schrift des Geschäftsführers Dr. Ritter (K. v. Winterstetten) — neue Anhänger im Verband. Auf der Vorstandssitzung des Herbstes 1913 sprach Dr. Pohl über „Deutschlands Belange in der asiatischen Türkei“; eine im Anschluß an seinen Vortrag angenommene Entschließung stellte als Aufgabe der deutschen Politik die tatkräftige Unterstützung der „auf die Erhaltung und die innere Festigung des Staates gerichteten Bestrebungen der Türkei“ hin, erachtete es aber zugleich als Pflicht des Reiches, für den Fall, „daß die Erhaltung der Türkei aus inneren oder äußeren Gründen nicht möglich ist, ... bei der Auseinandersetzung der Mächte über den türkischen Besitz nicht unbeteteiligt zur Seite zu stehen, sondern den Anspruch geltend zu machen und durchzusetzen, daß dem deutschen Volke der seinem Bedürfnis entsprechende Anteil zuerkannt wird“.<sup>186</sup>

## § 2.

Die Ausdehnung des deutschen Einflusses in Mitteleuropa und im nahen Orient sollte nach den Forderungen des alldeut-

---

185. A. Bl. 1901, Nr. 34 (Samassa).

186. A. Bl. 1913, Nr. 50.

Y schen Programmes die notwendige Ergänzung in einer Erweiterung und besseren Auswertung der deutschen kolonialen Unternehmungen in Übersee finden. Deutschland war erst spät in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten, und seinem Vorgehen lag dabei kein umfassender zielklarer Plan über den Zweck und die Durchführung einer deutschen Kolonialpolitik zu Grunde. So bildeten sich früh Mißstände, die bei Regierung und Volk den kolonialen Gedanken selbst zu schädigen drohten. Wie der Protest der Kolonialfreunde gegen den Sansibarvertrag den Anstoß zur Gründung des AV gegeben hatte, so beschäftigte er sich auch in den folgenden Jahren eingehend mit den verschiedenen Fragen der Entwicklung der deutschen Schutzgebiete. Im Zusammenhang betrachtete Prof. Hasse „Die bisherigen Ergebnisse deutscher Kolonialpolitik“ vom alldeutschen Standpunkt aus zum ersten Mal auf dem Verbandstag 1902. Von da an kehren kolonialpolitische Berichte und Erörterungen fast auf allen Tagungen des Verbandes wieder, zumal ihm hierfür eine große Anzahl sachkundiger Mitarbeiter — Fritz Bley, Graf Pfeil, General von Liebert u. a.<sup>187</sup> — zur Verfügung standen.

Nach Ansicht der Alldeutschen sollten überseeische Besitzungen dem deutschen Mutterland vor allem Raum für die Ansiedlung eines erheblichen Teiles der unvermeidbaren Auswanderung bieten; sie sollten dem Reiche den Bedarf an Rohstoffen und Genußmitteln liefern und der heimischen Industrie einen sicheren Absatzmarkt gewährleisten; sie sollten durch die Möglichkeit der Errichtung von Stützpunkten, Kohlenstationen und Kabelanlagen den Schutz der deutschen Belange in der Ferne erleichtern, und endlich sollten sie helfen, das Blickfeld des ganzen Volkes zu erweitern und es so zu erfolgreicher Mitwirkung in Weltwirtschaft und Weltpolitik — den beherrschenden Faktoren der neuen Zeit — befähigen. Hingegen durften deutsche Kolonien nicht als eine rein „dekorative Zutat unserer Großmachtstellung“ angesehen werden und weder bloßen Theoretikern und Phantasten, noch dem Bürokratismus, noch

---

187. vergl. auch die Zusammensetzung der leitenden Körperschaften des AV: S. 31/32, 38, 42.



dem international-kapitalistischen Spekulantentum überlassen bleiben.

Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Erschließung der deutschen Schutzgebiete, die im Gegensatz zu ihrer wissenschaftlichen Durchforschung nur langsam von statten ging, mußte der Ausbau von Verkehrswegen stehen, die nicht nur den Handel des Hinterlandes steigern würden, sondern auch von Wichtigkeit für die innere Befriedung der Kolonien waren. Daher traten die Alldeutschen stets für die beschleunigte Durchführung von Bahnbauten ein, die in eigener Verwaltung des Reiches oder zum mindesten unter maßgebendem Einfluß der Regierung auf Linienführung und Betrieb erfolgen sollten. Besondere Aufmerksamkeit schenkte der AV weiter der Ansiedlungspolitik. Nur einige der deutschen Besitzungen kamen hierfür in Betracht: so galt Deutsch-Südwestafrika im Verband als ein ausgesprochenes Siedlungsland (für Viehzüchter), daneben wurden Teile von Deutsch-Ostafrika und Samoa als geeignet angesehen. Wesentliches Erfordernis für eine stärkere Heranziehung von Ansiedlern war aber nach dem Urteil der Alldeutschen die Sicherung der Wasserversorgung und die Bereitstellung verbesserten Bodens, darüber hinaus eine materielle Hilfe durch kostenlose Überlassung des Landes an die Bewerber und gegebenenfalls durch staatliche Darlehen für die erste Zeit. Der AV selbst beteiligte sich an der Gründung der „Neuen Südwestafrikanischen Siedlungsgesellschaft“, die neben der Unterstützung reichsdeutscher Farmer die Einwanderung niederdeutscher Buren in die Kolonie begünstigen wollte, die nicht nur mit der Natur des Landes und seiner Wirtschaftsform, sowie der Eingeborenenbehandlung vertraut waren, sondern deren Ansiedlung auf deutschem Gebiet zugleich einen wirksamen Schutz gegen die Bestrebungen auf Errichtung einer angelsächsischen Alleinherrschaft in Südafrika bedeutete. Selbstverständlich war für die Alldeutschen, daß der hochdeutsche Charakter der Kolonie gewahrt bleiben müsse. Die Auswertung des überseeischen — besonders des tropischen — Besitzes erforderte ferner eine stete Beachtung der Arbeiterfrage, die in mehreren Beiträgen der Alldeutschen Blätter erörtert wurde. Als Helfer zur Erziehung der Eingeborenen begrüßte dabei der AV die Tä-

tigkeit der Missionen, während gleichzeitig Bedenken gegen ihr Wirken geäußert wurden, soweit ihre Lehren dazu dienten, die natürliche Grenze im Verhältnis der weißen zur farbigen Bevölkerung zu verwischen<sup>188</sup>; der Verband verlangte von den Missionen, daß sie bei ihrer Arbeit die nationalen Aufgaben des deutschen Volkes in seinen Schutzgebieten nicht außer acht ließen und daß vor allem eine gegenseitige Bekämpfung der christlichen Konfessionen innerhalb der Kolonien unterblieb. So sehr endlich die Alldutschen eine Beteiligung des deutschen Kapitals an der wirtschaftlichen Hebung der deutschen Besitzungen als wünschenswert ansahen, erblickten sie doch in der einseitig-spekulativen Ausnutzung erteilter Konzessionen eine schwere Gefährdung jeder gesunden Aufwärtsentwicklung der Schutzgebiete. Hinzu kam, daß die in den deutschen Kolonien mit weitgehenden Vorrechten ausgestatteten Land- und Bergbaugesellschaften sich vornehmlich in den Händen ausländischer (englischer) Finanzkreise befanden. Einen eingehenden Überblick über „Das Konzessionsunwesen in den deutschen Schutzgebieten“ gab Dr. E. Th. Förster in einem Bericht auf dem Verbandstag in Plauen. Gefordert wurde von den Alldutschen eine Überprüfung aller erteilten Konzessionen auf die Erfüllung der aus ihnen entspringenden Verpflichtungen, die Enteignung der den wirtschaftlichen Aufstieg hemmenden Monopolinhaber oder wenigstens ihre angemessene Heranziehung zu den Kosten der Verwaltung und des Schutzes der Kolonien.

Die verfehlte Wirtschaftspolitik, in erster Linie die Verhinderung ausreichender Besiedlung durch die allein auf hohen Gewinn bedachten Gesellschaften, wurde vom AV auch für die „verhängnisvolle Katastrophe“ des großen Eingeborenenaufstandes in Deutsch-Südwestafrika verantwortlich gemacht. Der Verband trat in seinen Veröffentlichungen und auf seinen Tagungen für das Aufgebot aller Kräfte zur schleunigen und völligen Niederwerfung der Herero ein. Die Anteilnahme des ganzen Volkes an dem Kampfe suchte er durch die Veranstaltung einer Liebesgabensammlung für die deutschen Truppen<sup>189</sup>

---

188. vergl. S. 84.

189. vergl. S. 80.

und eine ausgedehnte Aufklärungsarbeit über den Wert des Schutzgebietes zu wecken. Nach Beendigung des Krieges verlangten die Alldeutschen die vollkommene Entwaffnung der Eingeborenen und schärfste Bestrafung der Aufrührer, die Abstellung der Mängel in der Erschließung der Kolonie und — im Gegensatz zu den Beschlüssen des Reichstages — eine ausreichende Entschädigung der von den Unruhen betroffenen deutschen Farmer. Hierin sahen sie die Vorbedingung für die Erhaltung und Erweiterung der Zahl der deutschen und burischen Siedler, die am ehesten die künftige Sicherung des Friedens gewährleisten konnte. Die vom Parlament geforderte Verminderung der Schutztruppen hielt der AV auf absehbare Zeit für undurchführbar, doch glaubte er, daß sich eine gewisse Herabsetzung ihrer hohen Kosten durch die auch aus anderen Gründen erwünschte<sup>190</sup> Ableistung der militärischen Dienstzeit der Kolonial- und Auslandsdeutschen in den Schutzgebieten erzielen ließe. Im Zusammenhang mit dem Chinafeldzug war ferner im Verband der Plan der Schaffung einer ständigen „Kolonialarmee“ aus reichsdeutschen Freiwilligen erörtert worden, die im Notfall der Regierung für überseeische Unternehmungen zur Verfügung stehen würde und zugleich der Abenteuerlust deutscher Jugend Befriedigung geben konnte. Die Notwendigkeit einer Verteidigung der Schutzgebiete gegen Angriffe anderer Kolonialmächte wurde als unwahrscheinlich angesehen, da derartige Entscheidungen auf dem europäischen Festland ausgetragen werden würden; immerhin traten die Alldeutschen stets für den verstärkten Ausbau der Flotte ein, die einen Schutz der Kolonien gegen äußere Feinde bedeutete.

Die Führung der deutschen Kolonialpolitik durch die verantwortlichen Stellen fand selten die Billigung des AV, wobei er in gleicher Weise „die Schwäche und Haltlosigkeit der Regierung“ wie die „Engherzigkeit und Verständnislosigkeit der Volksvertretung“<sup>191</sup> tadelte. Um der Bedeutung der Schutzgebiete für das Deutsche Reich gerecht zu werden, setzte sich der Verband schon 1894 für ihre Betreuung durch ein selbständiges Ko-

---

190. vergl. S. 116.

191. A. Bl. 1906, Nr. 36; A. K., S. 286 (Claß a. d. Verbdstag).

lonialamt unter einem eigenen Staatssekretär ein, zumal die bestehende enge Bindung an das Auswärtige Amt die Gefahr mit sich zu bringen schien, Gesichtspunkte der europäischen Politik zum Nachteil der freien kolonialen Entfaltung zu stark zu berücksichtigen. Für den Abschluß wichtiger Verträge über die Kolonien (Grenzziehung, Erteilung von Konzessionen usw.) wurde von den Alldeutschen die — in der Verfassung nicht vorgesehene — Mitwirkung des Reichstages angestrebt; hierbei verlangten sie wie in allen entscheidenden Fragen die entschlossene Vertretung der nationalen Interessen im Parlament durch die Regierung und den Kanzler selbst als den Träger der gesamten Reichspolitik. Eine andere Forderung des AV zielte auf eine Umgestaltung des Kolonialrates, in dem künftig mit dem Recht der Initiative nicht nur Interessenten, sondern auch unabhängige vaterländisch-gesinnte Männer, in erster Linie Kenner der einzelnen Schutzgebiete Sitz und Stimme erhalten sollten. Die Selbstverwaltung der überseeischen Besitzungen sollte — vor allem in finanzieller Hinsicht — sobald als möglich ausgestaltet und die Befugnisse der Gouverneure entsprechend erweitert werden. Soweit Formen der europäischen Kultur in den Kolonien Eingang gefunden hatten, mußte darauf geachtet werden, daß deutscher Sprache und Sitte, deutschem Recht wie deutscher Währung, deutschem Maß und Gewicht der ihnen zukommende Platz zuteil werde. Weiter wünschten die Alldeutschen die Verleihung deutscher (nicht nur geographischer) Bezeichnungen für die Schutzgebiete und ihre größeren Ortschaften, so war z. B. in den eigenen Veröffentlichungen des Verbandes der Name „Neusaß“ für Deutsch-Südwestafrika in Gebrauch. Besondere Sorgfalt mußte auf die Auswahl der Persönlichkeiten verwendet werden, denen im Mutterland oder in Übersee die Leitung des deutschen Kolonialwesens anvertraut war. Der AV vertrat die Anschauung, daß hierbei nicht allein die papierenen Bestimmungen juristischer Vorbildung, sondern die charakterliche Eignung für ihre schwierige Aufgabe, praktische Erfahrung und Tatkraft den Ausschlag geben sollten. Verworfen wurde der häufige Wechsel in den höheren Stellen, der oft aus innerpolitischen Gründen zum Schaden der kolonialen Belange erfolgte; ebenso wandte sich der Verband scharf



gegen die Auswertung angeblicher Kolonialskandale, die wertvolle Kräfte wie Karl Peters dem Dienste des Deutschen Reiches entzogen. In ihrem Bemühen, die Masse des deutschen Volkes zur Anteilnahme an den kolonialen Fragen und zu ihrem rechten Verständnis anzuhalten, führten die Wege des AV mit denen der Deutschen Kolonialgesellschaft zusammen, doch sahen es die Alldeutschen darüber hinaus als ihre Pflicht an, ungehemmt durch Rücksichtnahme auf Regierung und Parteien der Stimme der nationalgesinnten öffentlichen Meinung Ausdruck zu geben, während die genannte Vereinigung ihnen diese notwendige Freiheit nicht zu besitzen schien.

Von der Überzeugung ausgehend, daß die koloniale Verteilung der Erde unter die großen Mächte niemals endgültig war und Deutschlands vorhandene Schutzgebiete nicht den Bedürfnissen seiner Zukunft entsprachen, widmete der AV ständige Aufmerksamkeit den Verträgen über Grenzregelungen, die das Reich mit anderen Kolonialstaaten abschloß und erhob Widerspruch gegen jede Preisgabe von Möglichkeiten, die sich für eine spätere Ausdehnung des deutschen Besitzes ergaben. So bekämpfte der Verband 1894 und 1897 in Versammlungen und durch Eingaben an die Regierung die Abkommen mit Frankreich über die Begrenzung des Hinterlandes von Kamerun und Togo. Eine Schädigung des deutschen Ansehens erblickten die Alldeutschen in den jahrelangen Streitigkeiten um Samoa, das auf Grund der historischen Entwicklung wie der überwiegenden deutschen Interessen unter die alleinige Hoheit des Deutschen Reiches gestellt werden müsse. Das Samoaabkommen von 1899 wurde von ihnen gutgeheißen, da es die einzige in jener Zeit erreichbare Lösung zu treffen schien. Freudige Zustimmung hatte die Pachtung von Kiautschou gefunden, zumal der Verband schon lange vorher die Forderung nach einer deutschen Festsetzung in Ostasien (wobei er an die Tschusan-Inseln oder den Hafen Amoy dachte) erhoben hatte; das gleiche galt von dem Kaufe der Südseeinseln infolge des spanisch-amerikanischen Krieges. Während der Chinawirren verlangten die Alldeutschen eine Erweiterung des deutschen Pachtgebietes — dessen Verwaltung übrigens im AV als vorbildlich bezeichnet wurde — bei anderer Gelegenheit wiesen sie auf die Notwendigkeit des

Erwerbes von Stützpunkten an den wichtigen Welthandelsstraßen hin. Hingegen dachte der Verband niemals an ein politisches Eingreifen des Reiches in Südamerika, wie es ihm wiederholt unterstellt wurde, sondern er wünschte nur die Pflege enger wirtschaftlicher und völkisch-kultureller Beziehungen mit den dort siedelnden Angehörigen des deutschen Volkes. Die Schaffung eines ausgedehnten deutschen Kolonialgebietes in Mittelafrika, vielleicht in Zusammenarbeit mit dem belgischen Kongostaat, trat in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg (so durch einen Vortrag von Dr. Pohl auf dem Verbandstag 1912) in den Vordergrund alldeutscher Erörterungen. Im allgemeinen ging aber die Anschauung im AV dahin, daß wertvoller als jeder Zuwachs an tropischem Besitz die Erhaltung und Gewinnung zur Siedlung geeigneten Landes sein müsse. Daher richteten sich die Blicke der Alldeutschen vor allem auf die erhoffte Fußfassung Deutschlands in Marokko, wie sie vordem die Bedeutung des Kampfes der Burenstaaten um die Wahrung ihrer Selbständigkeit für die Zukunft Deutsch-Südwestafrikas betont hatten.

### § 3.

Die Entwicklung der Burenfrage erforderte stete Beachtung durch das Deutsche Reich, da mit dem Ende der Unabhängigkeit der beiden niederdeutschen Länder in Südafrika der letzte Wall, der neben den deutschen Schutzgebieten dem englischen Streben nach Errichtung eines britischen Reiches vom Kap bis Kairo entgegenstand, fallen würde. Es war also nach Ansicht des AV nicht nur das natürliche Gefühl der Stammesverbundenheit, noch weniger nur Mitleid oder Bewunderung für das heldenhafte Ringen eines kleinen tapferen Volkes gegen den mächtigen Bedrucker, sondern in erster Linie die Erkenntnis der Gefährdung des eigenen Kolonialbesitzes und der an ihn geknüpften Hoffnungen, die stärkste Anteilnahme der ganzen deutschen Nation am Geschick der Buren wachrufen mußte.

Schon 1894 wurde von alldeutscher Seite die Absicht Englands aufgezeigt, durch sein Vorgehen in der Delagoabucht den Burenstaaten den einzigen Zugang zum Meere abzuschneiden und sie so — zunächst wirtschaftlich — , völlig unter

seinen Einfluß zu bringen. Hasse verlangte demgegenüber, daß Deutschland seine nicht minder berechtigten Ansprüche bei einer etwaigen Auflösung der dortigen portugiesischen Herrschaft wahrnehme, da jene Pläne nichts anderes als den Beginn einer britischen Eroberungspolitik darstellten, die sich dann auch gegen die deutschen Schutzgebiete wenden werde. Als zwei Jahre später Kaiser Wilhelm dem Präsidenten Krüger seinen Glückwunsch für die gelungene Abwehr des Jameson-Überfalles sandte, „der unserem Volke aus dem Herzen gesprochen ist und der für unsere Brüder in Transvaal eine machtvolle Bürgschaft für die Erhaltung ihrer Selbständigkeit bedeutet“, hieß es in dem Bericht der Alldeutschen Blätter: „An diesem Kaiserwort ist nichts zu deuten . . . Ihm aber, der es gesprochen hat, jubelt heute sein dankbares Volk zu“.<sup>192</sup> Kundgebungen der Leitung und zahlreicher Ortsgruppen des AV an den Reichskanzler und den in Berlin weilenden Staatssekretär der Transvaalrepublik verliehen dieser Stimmung Ausdruck. Mehr noch als vordem wurde jetzt die Burenfrage Gegenstand alldeutschen Interesses. An das Deutschtum in Südafrika wandte sich eine Entschliebung des Verbandstages von 1897, um es zur Unterstützung der Stammesgenossen aufzurufen und um es vor einer Teilnahme an der „Uitlander“-Bewegung zu warnen, die in Wirklichkeit nur englischen Sonderwünschen dienstbar sei; selbst berechtigte Beschwerden über die Buren und ihre Gesetzgebung müßten zurückgestellt werden, „bis der Boden der Staaten dem Niederdeutschtum für alle Zeiten gesichert“ sei.<sup>193</sup> Der Verband befürwortete gleichzeitig den Gedanken, ganz Südafrika mit einem Netz deutscher Konsulate zu überziehen, um auf diese Weise eine völkische und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Hoch- und Niederdeutschen zu fördern, ebenso wie er die Organisation deutscher Vereinigungen, die Betätigung deutschen Kapitals und die Steigerung deutscher Einwanderung in jenen Gebieten begrüßte. Irgend ein Anspruch Großbritanniens als „paramount power“ in Südafrika aufzutreten, entbehrte nach alldeutscher Anschauung jeglicher historischen und rechtlichen

---

192. A. Bl. 1896, Nr. 2.

193. A. Bl. 1897, Nr. 25; A. K., S. 41.

Begründung und mußte daher vom Deutschen Reich unbedingt abgewiesen werden.

Die Änderung der Politik der deutschen Regierung, wie sie ihren Niederschlag im deutsch-englischen Delagoaabkommen von 1898 fand, wurde von den Alldeutschen heftig kritisiert. „Es ist keine Kompensation denkbar, welche eine solche Aufopferung deutscher Stammesgenossen aufwiegen könnte“, erklärte der Verbandstag 1898 und betonte, daß neben einer Schädigung der eigenen deutschen Belange diese Abkehr von einstigen feierlichen Kundgebungen, die nicht durch das Verhalten der Buren zum Reich veranlaßt sein könne, mit „der Ehre des deutschen Volkes unvereinbar“ sei.<sup>194</sup> „Wir begreifen die Notwendigkeit einer Realpolitik, die zu den schmerzlichsten Härten führen kann“, hieß es im folgenden Jahr in einer Rede des Verbandsvorsitzenden, „aber wir vermögen die Vorteile des deutsch-englischen Abkommens solange nicht anzuerkennen, als sie für uns nicht in die Erscheinung treten“.<sup>195</sup>

Als dann der Burenkrieg ausgebrochen war, ließen die ständigen Berichte in den Alldeutschen Blättern über den wechselnden Verlauf des Kampfes nicht verkennen, auf welcher Seite die Sympathien des AV waren. Dennoch billigte der Verband die einzig mögliche Neutralitätserklärung des Reiches, „weil wir im Hinblick auf die englischen Machtmittel zur See und unsere eignen nichts anders können“.<sup>196</sup> Die Anteilnahme der Alldeutschen sprach sich dafür umso mehr in der sofort nach Kriegsbeginn eingeleiteten großen Sammlung für die Verwundeten, Witwen und Waisen der Buren und ihrer Mitkämpfer aus, über deren Erfolg wir bereits berichtet haben.<sup>197</sup> Aus ihren Mitteln wurde zunächst in Verbindung mit dem Hilfsausschuß in Antwerpen — die Annäherung zwischen Reichsdeutschen und Vlamen wurde gerade durch die gemeinsame Fürsorge für das Brudervolk stark gefördert — eine deutsch-vlämische Ambulanz für Südafrika ausgerüstet, während später

---

194. A. Bl. 1898, Nr. 38; A. K., S. 54.

195. A. Bl. 1899, Nr. 37; A. K., S. 70.

196. A. Bl. 1900, Nr. 25; A. K., S. 89 (Ammon a. d. Verbandst.)

197. vergl. S. 80.



die Spenden hauptsächlich zur Linderung der Not in den Gefangenen- und den berüchtigten Konzentrationslagern verwendet wurden.

Als Ende 1900 der greise Präsident Krüger nach Europa kam, um Unterstützung für die Sache seines Volkes zu werben, und die Ablehnung seines Empfanges durch den Deutschen Kaiser weithin Erregung hervorrief, veranstaltete der AV, nachdem seine rheinisch-westfälische Gruppen den verehrten Burenführer schon bei seinem kurzen Aufenthalt auf deutschem Boden in Köln stürmisch begrüßt hatten, eine Huldigungsfahrt seiner leitenden Persönlichkeiten — unter ihnen Hasse, Lehr, Class, Reismann-Grone und Samassa — nach dem Haag. „Nicht als Abgesandte des amtlichen Deutschen Reiches . . . aber getragen von der Zustimmung des in seinem tiefsten Empfinden verletzten und erregten deutschen Volkes“ überreichten sie dem Präsidenten eine vom Verband beschlossene Kundgebung, die an die Bande der Blutsgemeinschaft erinnerte und mit den Worten endete: „Klarer, zäher und leidenschaftlicher als seit 300 Jahren ist das Bewußtsein durchgebrochen, daß alle Niederdeutschen und Deutschen ein Volk von Brüdern sind, verpflichtet, sich gegenseitig in jeder Gefahr beizustehen. Diese teure Frucht des Krieges wird nie wieder vergehen“.<sup>198</sup> Die Reise der alldeutschen Abordnung führte zwei Tage später im Reichstag zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Reichskanzler, der sich gegen die „Bierbankpolitik“ wandte, und Hasse, dessen Rede ihm Zustimmungserklärungen der Ortsgruppen des Verbandes aus dem ganzen Reiche eintrug.<sup>198a</sup>

Auch mit dem Friedensschluß von Pretoria, der die Selbständigkeit der Burenstaaten beseitigte, verlor die Burenfrage nicht an Beachtung im AV. Neue Beträge wurden aus der alldeutschen Sammlung zur Behebung der andauernden wirtschaftlichen Notlage der Bevölkerung bewilligt; ferner stellte der Verband einen Teil jener Mittel zur Übersiedlung von Burenkämpfern in das deutsch-südwestafrikanische Schutzgebiet oder nach Südamerika zur Verfügung. Besonders Augen-

---

198. A. Bl. 1900, Nr. 51; A. K., S. 100 u. 102.

198a. vergl. Schultheß, 1900, S. 166/169.

merk richtete er weiter auf die Behandlung der Ansprüche der während des Krieges durch die Engländer aus dem Transvaal ausgewiesenen Reichsdeutschen, wobei er vom Auswärtigen Amt eine entschiedenere Vertretung der deutschen Belange wünschte. Zahlreiche Versammlungen in allen Gauen Deutschlands, in denen Kriegsteilnehmer (unter ihnen vor allem der Kommandant Jooste) über ihre Erlebnisse berichteten, hielten das Interesse an den Buren wach. Als die Generale de Wet, Delarey und Botha nach Beendigung der Kämpfe eine Europareise unternahmen, wurden sie in Berlin als Gäste des AV aufgenommen, ebenso wie Monate später der Präsident Steijn des Oranjefreistaates. Als 1904 „Ohm“ Krüger fern der Heimat starb, nahm ein Beauftragter des Verbandes als einziger Reichsdeutscher an seiner Beisetzung teil.

Auf dem letzten Verbandstag vor dem Weltkrieg hielt Reg.-Rat Gerstenhauer einen Vortrag über „Die Lage des Niederdeutschtums in Südafrika“, in dem er die Weiterentwicklung der Burenfrage unter den veränderten politischen Verhältnissen schilderte, wie er es in der Zwischenzeit in mehreren Beiträgen in den Alldeutschen Blättern getan hatte. Er führte aus, daß den Briten kein Dauererfolg beschieden gewesen sei, da auch in der Südafrikanischen Union unter englischer Flagge die Niederdeutschen binnen kurzem die Herrschaft erlangt haben würden. Daraus ergebe sich für Deutschland die Möglichkeit und Notwendigkeit eines erneuten freundschaftlichen Zusammengehens.

#### § 4.

Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts wandte sich die Aufmerksamkeit der führenden Kreise des AV in steigendem Maße dem Gedanken einer stärkeren deutschen Einflußnahme in Marokko zu. Mehrere Forscher, unter ihnen der dem Verband angehörende Marburger Geograph Theobald Fischer, hatten auf die große Zukunft hingewiesen, die in diesem Gebiet zu liegen schien: den fruchtbaren Boden für den Anbau von Nahrungsmitteln und Rohstoffen (Baumwolle), die ausgedehnten Weideflächen des Steppengürtels, den Reichtum an Erzen (Eisen, Edelmetalle), die Beherrschung der Welthandelsstraßen am Mittelmeer und Atlantischen Ozean, die günstige Beschaffenheit

für die Anlage von Stützpunkten der Handels- und Kriegsflotte, die Anfänge eines aufnahmefähigen Marktes für die Erzeugnisse der heimischen Industrie und in aller erster Linie die Geeignetheit als Neuland für eine europäische Massenbesiedlung.

Als bei der Unfähigkeit der eingeborenen Fürsten, Ruhe und Ordnung im Lande zu wahren, ein baldiges Eingreifen der benachbarten Mächte zu erwarten stand, betonte Class in seiner Rede auf dem Verbandstag in Plauen 1903 die Gefahr einer englisch-französischen Verständigung über eine Aufteilung des Scharfenreiches unter völliger Ausschaltung Deutschlands, die weder mit den Belangen seines Wirtschaftslebens noch mit seinem Ansehen als einer Weltmacht vereinbar sei. Kurz darauf verkündete Prof. Fischer, der in „der Entscheidung über die Geschicke Marokkos ... eine Lebensfrage des Deutschen Reiches“ sah, in einem Aufsatz als alldeutsches Ziel — das auch in den späteren Jahren für die Politik des Verbandes richtunggebend blieb — „am besten die Aufrechterhaltung Marokkos, unter Erschließung des Landes, ist dies aber unmöglich, so müssen wir unseren Anteil an dieser Ländergruppe, die sich ja geographisch vorzüglich zum Geteiltwerden eignet, fordern: den El Haus genannten Teil des Atlasvorlandes von Rabat nach Süden mit dem Sus“; die geringste Veränderung zu Gunsten Frankreichs oder Englands müsse durch Gewährung einer Kohlenstation an der Ozeanküste (Agadir, Mogador) mit dem Rechte zur Landung eines Kabels für Deutschland ausgeglichen werden.<sup>199</sup>

Je eingehender sich die Alldeutschen in der Folgezeit in zahlreichen Versammlungen und vielen Berichten in der Verbandszeitschrift (der AV trat zudem korporativ der Deutschen Marokkogesellschaft bei) mit Marokko beschäftigten, desto mehr unterstrichen sie die Bedeutung, die ihm für die Entwicklung des deutschen Volkes und seinen Geburtenüberschuß zukam. „Soweit sich dies zur Zeit übersehen läßt, bietet Westmarokko für das Deutsche Reich die letzte Möglichkeit, auf friedlichem Wege und ohne Eroberungskriege gegen europäische Großmächte in den Besitz von Ländereien zu gelangen, die für die

---

199. A. Bl. 1903, Nr. 41; A. K., S. 221.

deutsche Ausdehnung geeigneter sind, als alle bisherigen überseeischen Erwerbungen Deutschlands“,<sup>200</sup> hieß es in einer — unbeantwortet gebliebenen — Denkschrift, die der Gesch. Ausschuß des Verbandes im April 1904 an den Reichskanzler einreichte. Die Weltlage erschien damals dem AV durch den russisch-japanischen Krieg und seine Rückwirkung auf die anderen Staaten so günstig gestaltet, daß er es „für eine unverantwortliche Versündigung gegen die dauernden Interessen des deutschen Volkes“ erklärte,<sup>201</sup> wenn das Reich die gebotene Gelegenheit nicht nutze, in Marokko festen Fuß zu fassen. Dieser Standpunkt wurde trotz des Bekanntwerdens der „Entente cordiale“ aufrechterhalten, deren Abkommen von den Aldeutschen keinesfalls als eine endgültige Lösung der Marokkofrage angesehen wurde. Die Beschränkung der Forderungen der deutschen Regierung auf die „offene Tür“ für das Wirtschaftsleben aller beteiligten Nationen, wurde vom Verband als den Bedürfnissen Deutschlands in keiner Weise genügend verworfen, zumal ihre praktische Durchführung ganz unwahrscheinlich war. Zwei vom AV herausgegebene Flugschriften aus der Feder von Claß und dem Grafen Pfeil sollten in diesem Sinne die öffentliche Meinung beeinflussen und für die alldutsche Einstellung zur Marokkopolitik zu gewinnen suchen.

Die vermeintliche Wendung in der Haltung des Deutschen Reiches im Frühjahr 1905, die ihren Ausdruck in der Landung des Kaisers in Tanger fand, löste fast ausnahmslos freudige Zustimmung bei den Aldeutschen aus, und es wurde als „Pflicht der nationalen Kreise“ betrachtet, „die Regierung kräftig zu unterstützen, wenn uns auch das Ziel der Regierung nicht weit genug gesteckt zu sein scheint“.<sup>202</sup> Von den führenden Mitgliedern des Verbandes erblickten nur Hasse und Claß von Anfang an in dem persönlichen Eingreifen des Kaisers, besonders nach dem amtlich verkündeten Verzicht auf territorialen Gewinn in Nordwestafrika, eine bedenkliche Festlegung der deutschen

---

200. A. Bl. 1904, Nr. 16; A. K., S. 239.

201. A. Bl. 1904, Nr. 23; A. K., S. 247 (Entschl. d. Verbdst..

202. A. Bl. 1905, Nr. 19 (d. württembg. Gauführer Calmbach in einer Versammlung).



Politik. Zudem glaubten sie nicht daran, daß die Regierung bei der Erregung in der Welt, die jener Schritt hervorrief, entschlossen sein würde, bis zu den äußersten Konsequenzen durchzuhalten, ein Rückzug Deutschlands nach diesem hohen Einsatz aber sehr erschwert, wenn nicht unmöglich geworden sei. So faßte Claß in jenen Tagen in den Alld. Blättern sein Urteil dahin zusammen: „Um diesen selben Preis der neuverschärften Feindschaft Frankreichs oder kriegerischen Auseinandersetzung, der heute unsere Handelsinteressen erkaufte, hätten wir die Fußfassung im atlantischen Marokko erreichen können oder könnten wir sie erreichen ... Weshalb hat man denn unserem kaiserlichen Herrn diesen Besuch empfohlen? Um zu bekunden, daß das Deutsche Reich vorläufig noch da ist und in seinem Dasein beachtet sein will? Dafür hätte es gewiß viele andere Mittel gegeben ... Wir fürchten, daß unser Kaiser schlecht beraten wurde, als er sich entschloß, Tanger zu besuchen, und könnten es nur bedauern, wenn seine Person einem Mißerfolge ausgesetzt würde“.<sup>203</sup> Dieser Aufsatz war jedoch der Anlaß zu ernststen Differenzen innerhalb des AV, und als der Vorstand eine Entschließung faßte, die das Vorgehen der Regierung billigte, konnte nur mit Mühe ein Ausscheiden von Claß aus der Verbandsleitung verhindert werden. Allein die Entwicklung der nächsten Wochen schon weckte bei den Alldeutschen wieder Mißtrauen gegen die Führung der Reichspolitik. An Stelle der von der Regierung geforderten internationalen Konferenz über die Zukunft Marokkos hatten sie unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich gewünscht; das Ergebnis von Algeciras erschien ihnen dann auch als deutsche Niederlage, zumal die gänzliche politische Isolierung des Deutschen Reiches „in geradezu erschreckendem Maße“ offenkundig geworden war.

In der folgenden Zeit machte der AV die Öffentlichkeit wiederholt darauf aufmerksam, daß Frankreich trotz der Bestimmungen der Algecirasakte die Aufrichtung seiner alleinigen Herrschaft im Scherifenreich unter möglichster Ausschaltung

---

203. A. Bl. 1905, Nr. 13; A. K., S. 260/61.

allen fremden Wettbewerbes ungehindert weiter verfolge. „Was ist Marokko für uns geworden? Ein jahrelang fortgesetztes Rückzugsgefecht, heute eigentlich schon die Bitte um Entschuldigung, daß wir auch noch auf der Welt da sind“,<sup>204</sup> geißelte Hasse auf dem Verbandstag 1907 die Entsagungspolitik der deutschen Regierung, nachdem sich am Tage vorher der Vorstand des AV wegen der Beschießung von Casablanca und ähnlicher Zwischenfälle gegen eine weitere Duldung des französischen Verhaltens gewandt hatte. Das deutsch-französische Marokko-Abkommen von 1909, in dem Deutschland die „besonderen politischen Interessen Frankreichs“ gegen die Zusicherung wirtschaftlicher Gleichberechtigung anerkannte, wurde von den Alldeutschen als der „traurige Abschluß einer für eine Großmacht beschämend unsteten, unklaren und ziellosen Politik“<sup>205</sup> bezeichnet.

Da die „pénétration pacifique“ des Landes durch die Franzosen anhielt und Deutschlands wirtschaftliche Belange in keiner Weise geachtet wurden (z. B. die Bergrechte der Gebrüder Mannesmann), griff der AV die Marokkofrage bei Beginn des Jahres 1911 erneut auf. Das Einrücken französischer Truppen in Fez und die Fußfassung Spaniens schienen anzukündigen, daß nunmehr der Zeitpunkt der endgültigen Aufteilung gekommen sei. Mit Jubel wurde daher das Erscheinen des „Panther“ vor Agadir begrüßt, das nach den vorangegangenen Unterredungen zwischen Claß und dem Staatssekretär sowie dem Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes<sup>206</sup> von den Alldeutschen als erster Schritt zu einer deutschen Festsetzung angesehen werden mußte. Eine weitverbreitete Flugschrift des alldeutschen Führers, deren Leitsätze lauteten: „Eine Entschädigung oder Abfindung außerhalb Marokkos, sog. „Kompensationen“ sind unannehmbar. Mit einem Hafen an der Westküste Marokkos, sei er gedacht als Sitz deutschen Handels oder als Flottenstützpunkt, ist uns nicht gedient, sondern wir müssen haben: ein den deutschen Notwendigkeiten genügendes Gebiet, eine

---

204. A. Bl. 1907, Nr. 37; A. K., S. 311.

205. A. Bl. 1909, Nr. 38; A. K., S. 417 (Claß)

206. Claß, Wider den Strom, S. 203 u. 206.

Kolonie!“<sup>207</sup> trug den alten Ruf des Verbandes „Westmarokko deutsch!“ in das ganze Volk. Die frühere Begründung dieser Forderung wurde jetzt durch den Hinweis auf die militärische Bedeutung des Landes für Frankreich, die — damals meist unbeachtete oder bestrittene — „schwarze Gefahr“ der Verwendung seiner tapferen Volksstämme auf den Schlachtfeldern Europas, ergänzt. Durch die Einmischung Englands war zudem nach alldeutscher Ansicht das Festhalten an einer entschlossenen Politik zu einer Ehren- und Machtfrage für Deutschland geworden. Der AV verfolgte deshalb in den kommenden Wochen mit wachsender Besorgnis die Bestrebungen, Marokko nur als Tauschobjekt zum Erwerb tropischer Kolonialgebiete in Mittelafrika, der „Kongosümpfe“ an Stelle des von den Alldeutschen erhofften Siedlungslandes, zu behandeln. Schon vor der Unterzeichnung des Novemberabkommens von 1911 lesen wir in den Alld. Blättern das harte Urteil: „Was immer seit Bismarcks Entlassung verfehlt und verpaßt worden ist — jammervoller, kläglich hat nie ein Anlauf geendet; schlimmer ist nie eine Erwartung des Volkes getäuscht worden; unfähiger haben sich unsere Regierenden nie erwiesen“.<sup>208</sup> Äußerungen Kiderlen-Wächters im Reichstag über seine Verhandlungen mit dem Vorsitzenden des AV und über dessen Flugschrift veranlaßten darüber hinaus den Verband den für die deutsche Außenpolitik verantwortlichen Staatssekretär öffentlich „der Unwahrheit und des Vertrauensbruches“ zu zeihen<sup>209</sup> und das Verlangen nach einem Wechsel in den leitenden Stellen zu erheben, der allein die Gewähr bieten könnte, „daß künftighin die Politik des Reiches so geführt wird, wie sie seiner großen Vergangenheit entspricht und ihm eine gedeihliche Zukunft sichert“.<sup>210</sup>

Die Marokkofrage selbst betrachteten die Alldeutschen auch jetzt noch nicht als erledigt, glaubten vielmehr, daß neue Vertragsbrüche Frankreichs sie bald wieder aufrollen würden und dann doch das alldeutsche Ziel verwirklicht werde, so daß die große Aufklärungsarbeit des Verbandes nicht umsonst getan sei.

---

207. Claß, Westmarokko deutsch!, S. 19.

208. A. Bl. 1911, Nr. 41 (V.=Claß).

209. A. Bl. 1911, Nr. 50 (Entschl. d. Gesch. Ausschusses).

210. A. Bl. 1911, Nr. 50 (Entschl. d. Vorstandes).

## Fünftes Kapitel.

### *Der Alldeutsche Verband und die wehrpolitischen Voraussetzungen der deutschen Außenpolitik.*

#### § 1.

Gleich ob das Deutsche Reich auf die politischen Verhältnisse in Mitteleuropa wirksamen Einfluß nehmen oder ob es in die großen Weltgeschehnisse eingreifen wollte, es bedurfte hierzu — so urteilten die Alldeutschen — der Pflege seiner Waffen und des entschlossenen Willens, sie im Notfalle auch zu gebrauchen. Sie glaubten nicht wie die „Friedensfreunde“, daß kriegerische Auseinandersetzungen zwischen zivilisierten Völkern einer überwundenen Epoche angehörten und an ihre Stelle ein Zeitalter der „Verständigung“ und der „internationalen Schiedsgerichtsbarkeit“ getreten sei. Die Lehren der Vergangenheit wie die jüngsten politischen Ereignisse schienen ihnen vielmehr immer wieder zu beweisen, daß Recht ohne Macht wirkungslos bleibe und daß die Schwäche eines Staates nur einen ständigen Anreiz zu Übergriffen feindlichgesinnter Nachbarn biete. „Nicht die Leisetreter und Flaumacher, die immer fürchten, irgendwo anzustoßen und immer ihre Friedensliebe beteuern, dienen der Sache des Friedens, sondern die aufrechten Vaterlandsfreunde, die die stärkste Rüstung und eine aktive Politik des Deutschen Reiches fordern“, <sup>211</sup> lesen wir in einem Aufsatz von Admiral Breusing, der die im AV herrschende Anschauung treffend wiedergibt.

So verlangte der Verband den Ausbau von Heer und Flotte in einem Maße, daß sie allen feindlichen Koalitionen gegenüber die Sicherheit bieten konnten, in einem aufgezwungenen Kriege die Gegner nicht nur von den Grenzen des Reiches fernzuhalten, sondern als Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen. Beide Gruppen der Wehrmacht mußten dabei in gleicher Weise bedacht werden, wenn auch nach der Gestaltung der politischen Lage vorübergehend die eine oder andere Waffe stärker in den Vordergrund des allgemeinen Interesses trat. Die Bereitstellung der erforderlichen Mittel wurde von den Alldeutschen als selbstverständliche Pflicht des deutschen Volkes angesehen, zumal andere Nationen

---

211. A. Bl. 1913, Nr. 1.



weit größere Opfer zur Erhaltung ihres staatlichen und völkischen Daseins brachten und der wachsende Wohlstand Deutschlands die Lasten nicht allzu drückend empfinden ließ.

Die Schwere des Ringens, die bei dem Zusammenstoß der in Europa vorhandenen nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze zu erwarten stand, gab dem AV Anlaß, sich nicht allein für die Verstärkung der militärischen Rüstung des Reiches einzusetzen, sondern ebenso um die seelische Bereitschaft des ganzen Volkes besorgt zu sein. Vaterlandsliebe und Wehrwillen mußten geweckt, zersetzenden Einflüssen und der Verweichlichung entgegengetreten werden. Die pazifistische Propaganda, mochte sie nun ethisch begründet oder vom reinen Nützlichkeitsstandpunkt aus geleitet sein, wurde vom Verband bekämpft, da die Gefahr in ihr eingeschlossen lag, daß bei der deutschen Eigenart utopische Weltfriedensträume das Verständnis für die Forderungen der Wirklichkeit verdrängten.

Die Alldeutschen verwarfen nicht grundsätzlich den Gedanken an eine Anrufung der Waffen, waren sie doch überzeugt, „daß ein Krieg in guter Sache nur eine wertvolle Gegenwirkung gegen entnervende Einflüsse einer von materiellem Streben beherrschten langen Friedenszeit ausüben kann“.<sup>212</sup> Selbst die sittliche Berechtigung, ja sogar Pflicht der Regierung, die unabwendbare Entscheidung bewußt herbeizuführen, ehe die Rüstung des Feindes vollendet und die Hoffnung auf einen günstigen Ausgang des Kampfes für die eigene Nation gesunken war, wurde von ihnen anerkannt. Dreimal wären sie so bereit gewesen, „einem drohenden Kriege nicht auszubiegen, sondern die gebotene Gelegenheit zum Ausgleich der bestehenden europäischen Spannung zu benutzen . . . 1905 gegen Frankreich, 1911 gegen Frankreich und England und 1912 gegen den gesamten Dreiverband“,<sup>213</sup> wobei jedesmal der Einsatz größer und die Lage für Deutschland ungünstiger war.

Zu keinem Zeitpunkt jedoch sind im AV Stimmen laut geworden, die einen Überfall auf einen friedlichen Nachbarstaat gewünscht, die einen Krieg um des Beweises der Macht oder der

---

212. A. Bl. 1908, Nr. 37; A. K., S. 366 (Claß).

213. v. Gebattel in „Der Panther“, 3. Jg., 10, S. 1182.

bloßen Kampfeslust willen herausgefordert hätten. Derartige Behauptungen einer „Kriegshetze“ der Alldeutschen entbehren jeder sachlichen Begründung. Allein die Wahrung der Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, die Vertretung seines Anspruches, gleichberechtigt mit anderen Nationen seinen „Platz an der Sonne“ einzunehmen, und die Erkenntnis, daß eine Niederlage des Deutschen Reiches in dem kommenden Weltkampf die Zukunft des gesamten Deutschtums vernichten werde, bestimmten den AV in seiner Haltung zur deutschen Wehrpolitik.

## § 2.

Die umstrittenen Militärvorlagen von 1893 und 1899 fanden die Alldeutschen an der Seite der Regierung. Eine größere Werbetätigkeit für die Vermehrung der Rüstungen entfalteten sie jedoch damals nicht, da sie annehmen durften, daß die amtlichen Stellen selbst das Erforderliche veranlassen und die Belange des Reiches in dieser Frage wahren würden. Erst als sich in den späteren Jahren bei den steigenden Aufwendungen für den Flottenbau die Gefahr einer Vernachlässigung des Landheeres zeigte — was u. a. in dem Rücktritt des preuß. Kriegsministers von Einem, der später dem AV beitrug, zum Ausdruck zu kommen schien — wandten sie der Entwicklung der Armee stärkere Aufmerksamkeit zu. Sie wiesen fortan vor allem darauf hin, wie weit das deutsche Volk davon entfernt sei, wirklich ein „Volk in Waffen“ zu sein, wie ungenügend die vorgeschriebene allgemeine Wehrpflicht tatsächlich durchgeführt werde.

Zum ersten Mal nahm 1910 General Keim, der nach seinem Ausscheiden aus dem Flottenverein ständiger Berichterstatter des Verbandes für die Wehrfragen wurde, auf einem Verbandstag zum „Ausbau der deutschen Wehrmacht zu Lande“ Stellung. Eine im Anschluß an seinen Vortrag angenommene Entschließung warnte im Hinblick auf die fällige Erneuerung des Quinquennatgesetzes davor, aus einer „unter Umständen verhängnisvollen Sparsamkeit“ heraus die Beseitigung bedenklicher Lücken in der militärischen Rüstung des Reiches zu versäumen. Die im folgenden Jahr eingebrachte Regierungsvorlage wurde von den Alldeutschen als „technisch, wie organisatorisch ungenügend und volks-

ethisch geradezu schädlich wirkend“<sup>214</sup> bezeichnet, da sie den unerträglichen Zustand bestehen ließ, daß nur etwa die Hälfte der Diensttauglichen in das Heer eingestellt werden konnte, und dieser Mangel seine ausschließliche Ursache in finanziellen und parlamentarischen Rücksichten hatte. Weiter wurden in den Erörterungen des AV besonders die Überalterung des Offizierskorps und die fehlende Ausbildung der Ersatzreserve gerügt, daneben Vorschläge für organisatorische Verbesserungen bei den einzelnen Waffengattungen, deren Durchführung bereits im Frieden erfolgen sollte, unterbreitet. Am Ende des Jahres wurde dann unter maßgebender Mitwirkung des Verbandes der „Deutsche Wehrverein“ unter Führung von Keim ins Leben gerufen, dessen Aufgabe es war, im ganzen Volk das Verständnis für die Notwendigkeit einer Heeresverstärkung zu wecken, um durch den Druck der öffentlichen Meinung auf die Parteien und die Regierung diese Forderung zu verwirklichen.

Auch die Wehrevorlage von 1912 war nach dem Urteil General von Lieberts auf der Vorstandssitzung in Hannover „in ihrer Mangelhaftigkeit geradezu unbegreiflich“. Auf der gleichen Tagung wurde erneut das vielfach herrschende Streben getadelt, durch Unterschätzung des Gegners den Wert der eigenen Rüstung zu erhöhen und — von Keim — „ein Heer so stark und so gut organisiert, daß wir im Kriegsfall fähig sind, nach zwei Seiten hin angreifend vorzugehen“ gewünscht.<sup>215</sup> Die Heeresvorlage des folgenden Jahres hingegen, die der Verkümmern der Wehrpflicht ein Ende bereiten sollte, stellte nach alldeutscher Ansicht „einen erheblichen und dankenswerten Fortschritt“, freilich nicht mehr als „das Mindestmaß militärischer Notwendigkeiten“ dar.<sup>216</sup> Eine Entschliebung des Gesamtvorstandes brachte den Dank des AV an die Regierung zum Ausdruck. Erwähnt sei noch, daß die Alldeutschen einen Teil der im Reichstag im Zusammenhang mit der neuen Heeresverstärkung geübten Kritik an inneren Verhältnissen der Armee für nicht unberechtigt erklärten und hervorhoben, „daß Truppenvermehrungen allein es nicht tun. Die ganze Heeres-

---

214. A. Bl. 1911, Nr. 3 (Keim).

215. A. Bl. 1912, Nr. 16.

216. A. Bl. 1913, Nr. 14 (Keim).

maschine muß nicht allein bis zum kleinsten Rädchen tadellos arbeiten, sondern das, was ihr erst den wahren Wert verleiht, das Lebendige, Geistige, Sittliche muß dauernd auf der höchsten Stufe stehen“.<sup>217</sup>

Schon auf dem Breslauer Verbandstag im Herbst 1913 wies Keim darauf hin, daß es „eine schwere und schädliche Selbsttäuschung“ sein würde, „wenn die Auffassung Fuß fassen sollte, als ob die letzte Wehrvorlage den Abschluß unserer Rüstungspolitik bedeutete“.<sup>218</sup> Er erinnerte dabei an die jüngsten wehrpolitischen Maßnahmen Frankreichs und Rußlands, der voraussichtlichen Feinde des Reiches, und stellte fest, daß auch weiterhin die Friedensstärke des französischen Heeres der deutschen Armee überlegen sei. Gleichzeitig verlangte er, ebenfalls im Hinblick auf Frankreichs Vorbild, die Einführung der militärischen Jugenderziehung in Deutschland. Obwohl sich neben anderen der bayr. Kriegsminister Kreß von Kressenstein in der bayr. Kammer gegen die „Umtriebe der alldutschen Militärfanatiker“ wandte,<sup>219</sup> erscholl in scharfer Steigerung im Frühjahr 1914 in den Alld. Blättern bei der Schilderung der Rüstungen der beiden Nachbarstaaten der Ruf: „Die Augen auf!“ — „Wir dürfen nicht ruhen oder rasten. Unsere Gegner rüsten in auffälligster Weise; darüber darf unser Volk nicht im Unklaren gelassen werden“,<sup>220</sup> und zum wiederholten Male setzte sich der Verband für die restlose Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht ein.

Seit dem Verbandstag 1912, auf dem von Liebert zuerst die Aufmerksamkeit der Alldeutschen auf die zunehmende Verschlechterung des österreichischen Heeres gelenkt hatte — der außer den dauernden Schwierigkeiten des Nationalitätengegensatzes die mangelhafte Friedensorganisation (geringe Höhe der Rekrutenziffer) zugrunde lag — blieb diese Frage in die wehrpolitischen Betrachtungen des AV einbezogen. So betonte eine Entschließung des Vorstandes vom Frühjahr 1913, daß die Bevölkerung der verbündeten Monarchie „nicht annähernd die Opfer bringt, die dem Volk

---

217. A. Bl. 1913, Nr. 17 (Keim).

218. A. Bl. 1913, Nr. 37.

219. A. Bl. 1914, Nr. 3.

220. A. Bl. 1914, Nr. 4.



im Reiche zugemutet werden, und hält es bei den großen Vorteilen, die das Bündnis gerade für Österreich-Ungarn hat, für berechtigt, daß unsere Öffentlichkeit den weiteren Ausbau der österreichischen und ungarischen Wehrmacht erwartet; die Volksgenossen in Österreich bittet der Alldutsche Verband, nachdrücklich für eine rasche und ausgiebige Heeresverstärkung in ihrem Vaterlande einzutreten“.<sup>221</sup> Im Anschluß an den Breslauer Verbandstag fand dann in Wien eine Besprechung führender Mitglieder des Verbandes mit zahlreichen großdeutschen Abgeordneten des Reichsrates statt, bei der u. a. die Wehrangelegenheiten behandelt wurden und die die Alldutschen „recht wenig getröstet verließen . . . in der Betrachtung, daß dieser Kaiserstaat, der so schwach gerüstet war, unsern einzigen Bundesgenossen darstellte und dabei innerhalb des Bündnisses mehr und mehr die diplomatische Führung an sich riß“.<sup>222</sup>

Innerhalb des AV wurde auch der finanziellen und wirtschaftlichen Rüstung des Reiches für den Fall eines Krieges Beachtung geschenkt. Schon 1891 war einmal in den „Mitteilungen“ des ADV vorausgesagt worden, daß in einem kommenden Weltkrieg nicht allein das militärische Übergewicht entscheiden, sondern der Einsatz der gesamten technisch-industriellen Errungenschaften der Neuzeit hinzutreten werde; als eine notwendige Maßnahme wurde dabei zur Sicherung der Volksernährung in Kriegszeit analog dem Reichskriegsschatz die Anlage eines eisernen Kornvorrates vorgeschlagen.<sup>223</sup> Ende 1911 führten ähnliche Gedankengänge zu dem von dem Lübecker Senator Possehl angeregten und im Zusammenwirken mit anderen sachverständigen Alldutschen ausgearbeiteten Plan der Schaffung eines „wirtschaftlichen Generalstabes“, der — bestehend aus geeigneten Vertretern der Wirtschaft, des Heeres und der Flotte — zur umfassenden Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Kriegsmaterial „die Bedürfnisse auf allen Gebieten feststelle und ausfindig mache, wie ihnen unauffällig genügt werden könne“.<sup>224</sup> Die Verhandlungen mit der zuständigen Reichsbehörde, die im Januar 1912 mit der Einrei-

221. A. Bl. 1913, Nr. 17.

222. v. Liebert, Aus einem bewegten Leben, S. 190.

223. A. M., Beiblatt zu Nr. 3.

224. Claß, Wider den Strom, S. 230.

chung einer Denkschrift von Possehl begannen, zogen sich aber infolge bürokratischer Hemmungen bis zum tatsächlichen Beginn des Weltkrieges hin.

Bekanntgewordene Fälle des traurigen Endes deutscher Reichsangehöriger lenkten das allgemeine Interesse auf die „allen Gesetzen der Sittlichkeit und Kultur“ widersprechende Einrichtung der französischen Fremdenlegion und die in ihr herrschenden Zustände. Vorträge von Liebert und Dr. Ritter wiesen 1911 und 1913 auf alldeutschen Tagungen darauf hin, daß über die Hälfte der Legionäre dem Deutschen Reiche und insbesondere dem Reichsland Elsaß-Lothringen entstammten und dabei neben verdorbenen Elementen viel gesundes deutsches Blut im Dienste Frankreichs aufgebraucht werde. Es wurden schärfste Strafmaßnahmen gegen jede Werbetätigkeit auf deutschem Boden gefordert und das strenge Verbot der bestehenden Vereinigungen ehem. Legionäre und der Abhaltung von Veranstaltungen durch sie verlangt; darüber hinaus sollte eine Rückkehr unerwünschter Legionäre überhaupt verhindert und ihnen die Reichsangehörigkeit aberkannt werden. Weiter wurde empfohlen, durch beschleunigte Errichtung der vom AV gewünschten deutschen Kolonialarmee<sup>225</sup> und entsprechende Gestaltung ihrer Aufnahmebedingungen (Rehabilitationsmöglichkeit bei geringen Verfehlungen) einen wichtigen Anreiz zum Eintritt in die Fremdenlegion zu beseitigen.

Zum Abschluß sei erwähnt, daß sich die Alldeutschen wiederholt für eine Besserstellung, eine ausreichende und würdige Versorgung der Veteranen, der Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen durch das Reich einsetzten. Ein ausführlicher Bericht über „Gesetzgeberische Maßnahmen für die notleidenden Invaliden, besonders diejenigen vom Deutsch-Südwest-Afrika-Kriege“ wurde auf dem Verbandstag 1908 von Major Stössel erstattet. Eine Entschliebung des Vorstandes von 1913 endlich besagte, „daß jetzt, wo gewaltige Mittel für die Heeresverstärkung verlangt werden, der verhältnismäßig geringfügige Betrag zur Verfügung stehen muß, der eine alte Ehreuschuld des Reiches einlöst“.<sup>226</sup>

---

225. vergl. S. 139.

226. A. Bl. 1913, Nr. 17.

§ 3.

Unter den Beschlüssen des ersten Verbandstages von 1894 findet sich bereits die Forderung, im Interesse des Deutschtums im Auslande die deutsche Kreuzerflotte auszubauen, ein Jahr später lesen wir dann in einem Ortsgruppenbericht den Wunsch nach einer Vermehrung der Zahl der geschützten und gepanzerten Kreuzer zum Schutze der deutschen Handelsflotte. Den eigentlichen Anstoß aber zu einer umfassenden Aufklärungsarbeit des AV über die Notwendigkeit der Schaffung einer stärkeren deutschen Kriegsflotte gab eine Rede von Prof. Wislicenus auf einer Protestkundgebung des Verbandes in Leipzig gegen den englischen Überfall auf die Burenstaaten im Januar 1896, die mit den Worten: „Eine deutsche Flotte her!“ geschlossen hatte und zur Veranstaltung einer Sammlung führte, die den Grundstock zum Bau eines neuen Kreuzers darstellen sollte und sogleich unter den Anwesenden einen Betrag von 3500 Mark erreichte. Obwohl die Hauptleitung bei der Unmöglichkeit, auf dem Wege freiwilliger Spenden auch nur annähernd die Kosten eines modernen Kriegsschiffes aufzubringen, von einer Unterstützung des Leipziger Vorgehens abgesehen hatte, fand das Beispiel in anderen Ortsgruppen Nachahmung. Als das Reichsmarineamt die Annahme der eingegangenen Mittel zu dem gedachten Zwecke ablehnte, wurde aus ihnen ein Flottenwerbungsfonds<sup>227</sup> des AV gebildet, mit dessen Hilfe im ganzen Reich eine lebhafte Propaganda durch Vorträge und Verbreitung von Flugschriften — aus der Feder von Fritz Bley, Kapt. Leutnant Weyer (dem späteren Herausgeber des „Taschenbuches der Kriegsflotten“), Vizeadmiral von Werner und Dr. Lehr — entfaltet wurde. Die erneute Zurückweisung der Regierungsvorlagen auf dem Gebiete der Flottenrüstung durch den Reichstag (z. B. stimmte Hasse als einziger Abgeordneter für die Bewilligung eines Trockendocks) veranlaßte die Alldeutschen zu einer Steigerung ihrer Agitation. Aus allen Gauen Deutschlands und von sämtlichen Gruppen des AV im Ausland liefen Entschließungen im Parlament und bei der Regierung ein. Eine Eingabe des Verbandes selbst an den Reichskanzler sprach im März 1897 aus, daß es aus politischen wie wirtschaft-

---

227. vergl. S. 79.

lichen Gründen „dringend notwendig (erscheine), daß dem Reichstag ein umfangreicher, auf Jahre hinaus zu verteiler Flottenbauplan vorgelegt werde“, der ohne sich auf Einzelheiten festzulegen den Grundsatz verkünden möge, „daß die deutsche Flotte stets der russischen überlegen und der französischen etwa zu zwei Drittel gewachsen erhalten werden solle“.<sup>228</sup> Ein Vergleich mit England wurde damals überhaupt nicht angestellt! Zur Förderung des Flottengedankens im Volke trug endlich die glanzvolle Weihe eines hauptsächlich aus alldeutschen Spenden errichteten Grabmals für Bromme, den Admiral der ersten deutschen Flotte, im September des gleichen Jahres bei.

Mannigfach waren die Aufgaben, die — nach Anschauung des AV — eine deutsche Seewehr zu erfüllen hatte und die bei der steten Rüstungen anderer Nationen gebieterisch ihre schnelle Verbesserung verlangten. An vorderster Stelle stand ihre Bedeutung für den Schutz des mächtig aufblühenden deutschen Handels, der zum zweitgrößten der Welt geworden war, ferner der deutschen Kolonien und der Belange der überall auf der Erde siedelnden deutschen Reichsangehörigen. Weiterhin sollte sie den politischen Forderungen Deutschlands in den fernsten Zonen wirksamen Nachdruck verleihen. Im Kriegsfall mußte die Flotte die ausgedehnte und durch ein Landheer kaum zu verteidigende deutsche Küste gegen feindliche Landungen und Beschießungen sichern und Nordsee und Ostsee von einer gegnerischen Blockade freihalten, damit nicht Hungersnot und Mangel an Rohstoffen in der Heimat die Niederlage herbeiführe. Nicht zuletzt würde aber eine starke kampffähige deutsche Marine den Bündniswert des Reiches steigern und zur Erhaltung des Gleichgewichtes und damit des Friedens zwischen den Großmächten beitragen. Als Beweis für die höhere finanzielle Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes zum Ausbau seiner Seemacht wurde dabei von den Alldeutschen immer wieder auf die Summe der jährlichen Ausgaben für Genußmittel und Luxus hingewiesen; gleichzeitig wurde betont, daß auch die Frage der Werften, wie des Mannschafts- und Offiziersnachwuchses der beschleunigten Erfüllung der Flottenwünsche keine allzu großen Schwierigkeiten bereite.

---

228. A. Bl. 1897, Nr. 12; A. K., S. 40.



Den Ende 1897 veröffentlichten Regierungsentwurf für ein Flottengesetz bezeichnete der AV als eine Mindestforderung und erklärte, „daß namentlich die verlangten Kreuzer dem bestehenden Bedürfnis nicht genügen“, immerhin sprach er die Erwartung aus, daß die — 1898 erfolgte — Annahme des Organisationsgesetzes durch den Reichstag „der Entwicklung der Flotte die nötige Sicherheit und Stetigkeit verleiht“.<sup>229</sup> Im Rückblick auf die geleistete Aufklärungsarbeit konnte dazu der Jahresbericht des Verbandes „ohne Überhebung sagen, daß sich der Alldeutsche Verband in seiner Flottentätigkeit als eine leistungsfähige nützliche nationale Einrichtung bewährt hat“.<sup>230</sup> Der Eintritt der Vereinigten Staaten von Amerika in die Weltpolitik, die Festsetzung des Reiches in Ostasien und die gesamte veränderte wirtschaftliche und politische Lage veranlaßten die Alldeutschen, in ihrer Agitation unvermindert fortzufahren. Im Juni 1899 wurde „zunächst eine beschleunigte Durchführung des Flottengesetzes von 1898“ befürwortet,<sup>231</sup> wenige Monate später gab der Verbandstag in Hamburg darüber hinaus der Hoffnung Ausdruck, „daß seitens der Reichsregierung in nicht allzu ferner Zeit dem Reichstag eine neue, auf die Schaffung einer den unausgesetzt steigenden Seeinteressen des Reiches entsprechenden Flotte gerichtete Vorlage zugehen werde“.<sup>232</sup> Das persönliche Eintreten des Kaisers für die Verstärkung der deutschen Rüstung zur See und kurz darauf die Einbringung einer erweiterten Flottenvorlage wurde vom AV begrüßt; ein Huldigungsschreiben an den Herrscher legte davon Zeugnis ab. Eine von München ausgehende Massenpetition an den Reichstag, die vor der entscheidenden Abstimmung noch einmal den Willen des Volkes zur Vergrößerung der Flotte bezeugen sollte, fand die volle Unterstützung des Verbandes und seiner einzelnen Ortsgruppen. Als dann bei der Behandlung der Vorlage im Parlament das Zentrum vor seiner Zustimmung die Streichung der vorgesehenen Auslandskreuzer durchsetzte, hielt es der AV trotz seiner „lebhaften Freude über die endgültige Sicherung einer

---

229. A. Bl. 1897, Nr. 51; A. K., S. 45.

230. A. Bl. 1899, Nr. 20.

231. A. Bl. 1899, Nr. 24; A. K., S. 67 (Entschl. d. Gesch. Ausschusses).

232. A. Bl. 1899, Nr. 37; A. K., S. 78.

größeren deutschen Schlachtflotte“ für die „selbstverständliche Pflicht der Reichsregierung, die heute zurückgestellten Auslandschiffe rechtzeitig und in dem Umfange des gesteigerten Bedarfs anzufordern, sowie Mittel und Wege zu finden, um den Ausbau der Flotte zu beschleunigen“.<sup>233</sup> Zugleich beschloß der Verband eine Fortsetzung seiner Werbearbeit in diesem Sinne als eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre — in Kassel veranstaltete er die erste „Alldeutsche und Marine-Ausstellung“, die später auch an anderen Orten gezeigt wurde — und Ende 1901 wiederholte der Vorstand in einer Entschließung die beiden Forderungen nach schnellerer Ausführung des Baues der bewilligten Schiffe und sofortiger Inangriffnahme der Auslandsflotte, wobei er besonders auf die drohende Arbeitslosigkeit und die günstigen Materialpreise hinwies.

Die weltpolitischen Spannungen und die Flottenrüstung der anderen Staaten bestimmten den AV zum Beginn des Jahres 1904 zu einer erneuten Beschäftigung mit der Unzulänglichkeit der vorhandenen deutschen Seemacht. „Es ist mindestens zu verlangen, daß das Flottenprogramm vom Jahre 1900, das nach den damaligen Vorschlägen erst im Jahre 1920 vollkommen erfüllt sein würde, derartig beschleunigt werden müßte, daß dieser Zeitpunkt bereits im Jahre 1912 eintritt. Des weiteren ist unbedingt zu fordern, daß die Küstenpanzerschiffe . . . sogleich durch vollwertige Hochseepanzerschiffe ersetzt werden, sowie daß die Auslandsflotte . . . so rasch als möglich in Angriff genommen werde“.<sup>234</sup> lauteten die Gesichtspunkte, die jetzt im Vordergrund der alldeutschen Agitation standen und in den Kundgebungen der Verbandstagungen wiederkehren. Aus jenen Wochen verdient eine Auseinandersetzung in den Alld. Blättern Erwähnung, die durch einen Beitrag von Dr. Förster angeregt war, der mit Schärfe die Frage aufgeworfen hatte, ob nicht die unter hohen Kosten für das deutsche Volk gebaute Flotte allein den Interessen jener im Wirtschaftsleben Deutschlands einflußreichen international-führenden Finanzkreise diene, die es stets abgelehnt hätten, den Gegenwert in einer Unterstützung der nationalen Belange des

---

233. A. Bl. 1900, Nr. 25; A. K., S. 96 (Entschl. d. Verbandst.)

234. A. Bl. 1904, Nr. 16; A. K., S. 239.

Reiches (etwa durch Bereitstellung der Mittel für eine Entwicklung der Schutzgebiete) zu leisten: „Ich meine, in gutem Glauben an den höheren Verstand der Regierung für eine Flottenvermehrung einzutreten ohne eine genaue Prüfung dessen, was denn eigentlich geschützt werden soll und wie es im einzelnen aussieht und gehandhabt wird — dazu ist heute die Zeit nicht“.<sup>235</sup> In mehreren Erwidernungen wurde ein solcher „Pessimismus“ zurückgewiesen und ihm entgegengehalten, daß ein Alldeutscher niemals aus einer momentanen Verstimmung über die Politik der Regierung heraus einen doch auf lange Sicht berechneten Plan, der dem Staate die zur Seegeltung unbedingt notwendigen Waffen liefern solle, verwerfen dürfe in der Hoffnung, daß sie in der Zukunft — vielleicht in der Hand anderer Männer — den rechten Gebrauch zum Wohle des gesamten Volkes finden würden: „Die Alldeutschen können nur den einen Wunsch haben, daß genug gefordert und das Verlangte glatt bewilligt werde, und sie sollen und müssen an ihrem Teil dazu beitragen, was immer in ihren Kräften steht“.<sup>236</sup>

Auf dem Verbandstag in Lübeck zeigte Admiral Riedel in einem Vortrag das bedrohliche Absinken der deutschen Flottenstärke im Verhältnis zu den anderen Seemächten auf: 1885 noch an dritter Stelle, sei das Deutsche Reich auf den 4. Platz zurückgesunken und werde 1906 sogar den 5. einnehmen. Eine Entschliebung des Verbandstages von 1905 erklärte es „für ein Recht und die Pflicht der nationalen Kreise des deutschen Volkes, der Befürchtung Ausdruck zu geben, daß unsere Rüstung zur See dem Vaterlande nicht genügenden Schutz gewährt; denn die Söhne des Volkes sind die Opfer, wenn sie auf veralteten und geringer armierten Schiffen dem besser gerüsteten Feind entgegengeführt werden“.<sup>237</sup> Der a. o. Verbandstag im Dezember des gleichen Jahres konnte dann zu einer neuen Flottenvorlage Stellung nehmen, an der „die Forderung vollwertiger und den Schiffen anderer Nationen ebenbürtiger Linienschiffe und Panzerkreuzer, die Vermehrung der Torpedobootsdivisionen und die Förderung der

---

235. A. Bl. 1904, Nr. 3.

236. A. Bl. 1904, Nr. 6.

237. A. Bl. 1905, Nr. 25; A. K., S. 267.

Unterseebootsfrage“ begrüßt wurden, die aber nach Ansicht des AV der ernsten Weltlage nicht genüge; so erwartete der Verband vom Reichstag, daß er darüber hinaus für „einen möglichst schnellen Ersatz der minderwertigen . . . Fahrzeuge, eine möglichstste Verkürzung der Bauzeit der neuen Schiffe (und) eine grundsätzliche Herabminderung der Lebensdauer der Schiffe“ eintrete.<sup>238</sup> Die Vorlage fand trotzdem unveränderte Annahme, und die Alldutschen mußten feststellen, „daß die treuer Sorge um unser Volk entsprungene Aufklärungsarbeit der nationalen Körperschaften und Presse kalte Ablehnung bei der Regierung, ausgesprochene Mißachtung bei der Mehrheit des Reichstages fand“.<sup>239</sup>

1907 sprach der AV nach einem Bericht des Grafen Reventlow von neuem seine Überzeugung aus, „daß der Ausbau unserer Wehrkraft zu langsam fortgeht, um den Anforderungen militärischer und weltpolitischer Natur zu entsprechen“; neben der Wiederholung der erwähnten noch unerfüllten Wünsche — bisher war nur die Erhöhung des Displacements der Kriegsschiffe verwirklicht worden — wurde jetzt auch im Hinblick auf bedenkliche Lücken in der vordem vom Verband weniger beachteten lokalen Küstenverteidigung die „beschleunigte Ausgestaltung einer modernen Küstenbefestigung und schnelle Schaffung einer Unterseebootflotte“ verlangt.<sup>240</sup> In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Alldutschen nicht nur darauf bedacht waren, eine Verstärkung der Flotte selbst zu erreichen, sondern ihr Augenmerk daneben auf die Errichtung der zu ihrer vollen Kampffähigkeit benötigten Stützpunkte, Kohlenstationen und Kabelanlagen richteten;<sup>241</sup> ebenso beschäftigten sich Beiträge in verschiedenen Jahrgängen der Alld. Blätter mit der Bedeutung, die den deutschen Kanälen außer ihrem wirtschaftlichen Wert in strategischer Beziehung (als geschützte Verbindung zwischen den verschiedenen Kriegshäfen) zukam, und der daraus entstehenden Verpflichtung zu ihrer ständigen Verbesserung.

Mit Sorge hatte der AV die Versuche betrachtet, die Stimme der unabhängigen nationalen Meinung aus der Erörterung über das

---

238. A. Bl. 1905, Nr. 51; A. K., S. 278/79.

239. A. Bl. 1906, Nr. 36; A. K., S. 286 (Claß a. d. Verbandst.).

240. A. Bl. 1907, Nr. 38; A. K., S. 345.

241. vergl. S. 136 u. 142.



erforderliche Maß der deutschen Seerüstung auszuschalten, wie sie sich vor allem in den Bestrebungen zeigten, den Deutschen Flottenverein — der 1898 gegründet war und unter weitgehender Unterstützung amtlicher Stellen in Reich und Ländern bald an Mitgliederzahl die Spitze sämtlicher vaterländischen Verbände erreicht hatte — zum ausschließlichen Sprachrohr der Regierungswünsche herabzudrücken. „Nein das will man nicht, daß etwa das Volk auch eigene Gedanken hätte über maritime Fragen, daß es am Ende gar mehr verlangt, als dem Reichskanzler Rücksichten auf das Zentrum im Innern oder die Verstimmung Englands nach außen hin augenblicklich gerade als erlaubt erscheinen lassen“,<sup>242</sup> lesen wir 1905 in einer scharfen Kritik über die Vorgänge im Flottenverein, die unter dem Druck offiziöser Einflüsse zum Rücktritt der Generäle Menges und Keim aus dem Präsidium und 1908 zu ihrem endgültigen Ausscheiden führten. In den späteren Jahren bildete sich dann wieder zwischen den beiden Vereinigungen ein Verhältnis freundschaftlichen Zusammenwirkens für die gemeinsame Aufgabe.

Im Herbst 1911 wurde unter Hinweis auf die zunehmenden deutschfeindlichen Äußerungen in England und Frankreich vom Vorstand des AV die Zeit für gekommen erachtet, die Forderung nach einem beschleunigten Ausbau der Marine im Rahmen des bestehenden Flottengesetzes (durch Stapellegung von mindestens zwei Panzerkreuzern statt des einen vorgesehenen) zu wiederholen. An der Regierungsvorlage von 1912 wurden — nach einem Vortrag von Admiral Breusing, der von da an die Berichterstattung über die Flotte im Verband übernahm — „die Schaffung des dritten aktiven Linienschiffs-Geschwaders und die Art, wie dies geschehen soll, die Vermehrung der Aufklärungsschiffe der Hochseeflotte, besonders der Panzerkreuzer, die Vermehrung und Organisation der Unterseeboote, sowie (jetzt zum ersten Mal in einer alldeutschen Entschließung erwähnt) die Entwicklung des Flugwesens“ als erfreulich bezeichnet, zugleich aber beklagt, „daß infolge der Nichtannahme des Dreiertempos im Bau von Großkampfschiffen die Vorlage den dringenden Zweck nicht erfüllt, uns sobald wie möglich gegen Überfall und Vergewaltigung zur See zu schützen“.<sup>243</sup> Aufsätze in den Alld. Blättern verfolgten bis

---

242. A. Bl. 1905, Nr. 21 (Samassa).

243. A. Bl. 1912, Nr. 16.

zum Beginn des Weltkrieges fortlaufend den Stand der Flottenrüstung der anderen Nationen, um durch die Möglichkeit des Vergleiches das Eintreten des AV für die stete Weiterentwicklung der deutschen Streitkräfte zu unterstützen.

Die Gefährdung des Friedens durch das Anwachsen des deutsch-englischen Gegensatzes, der die natürliche Folge des Entstehens einer deutschen Seemacht war, ließ sich — wie der AV hoffte — am ehesten dadurch beseitigen, daß eine rasche und ausreichende Flottenverstärkung in Deutschland das Risiko eines Angriffes von englischer Seite möglichst erhöhe. Man glaubte in alldutschen Kreisen, daß in absehbarer Zeit ein Punkt erreicht sein müssen, wo England nicht mehr imstande sei, seine Flotte so zu vergrößern, daß es in der Nordsee genügend überlegene Streitkräfte den Deutschen gegenüberstellen und daneben seine Belange im Mittelmeer und im Stillen Ozean in vollem Umfange wahren könne. Aus diesem Grunde wandten sie sich auch (zuerst auf dem Verbandstag 1906) gegen die von England ausgehenden Bestrebungen, ein Abkommen über die Begrenzung der Flottenstärke oder gar über die Einlegung eines Rüstungsfeierjahres herbeizuführen. So erklärte Breusing: „Wir würden Englands Lage nur erleichtern und damit seine Neigung zu einer vernünftigen Verständigung mit uns nur abschwächen, wenn wir in der Durchführung unserer Flottengesetze auch nur im geringsten nachlassen wollten“,<sup>244</sup> und ein anderes Mal betonte er, „neben England sei unser Platz, nicht hinter ihm oder gar als sein Vasall“!<sup>245</sup>

## Sechstes Kapitel.

### *Der Alldutsche Verband und die Führung der Reichspolitik 1890—1914.*

#### § 1.

„Gewiß, wir bekämpfen alles, was gegen unser nationales Fühlen und Denken, gegen unser nationales Interesse steht, aber

---

244. A. Bl. 1913, Nr. 17.

245. A. Bl. 1914, Nr. 8.

wir erkennen es auch freudig an, wenn diesem nationalen Fühlen und Interesse Genüge geleistet wird. Kein öder Pessimismus, keine verbitterte Schwarzseherei, sondern freudige Mitarbeit! Wo es sein muß: ernste Warnung und scharfer Tadel; wo es sein kann: Anerkennung und Dank! Darum also keine grundsätzliche Opposition gegen die Regierung; keine Opposition um der Opposition willen“;<sup>246</sup> so umschrieb 1895/96 Dr. Lehr in seinen Vorträgen das Verhältnis der Alldeutschen zu den amtlichen Stellen des Reiches. Wir wissen, daß in ihren Kreisen als vornehmste Pflicht des Bürgers angesehen wurde, sich selbst für die Zukunft der Nation verantwortlich zu fühlen; Aufgabe des Verbandes sollte es dabei sein, das Urteil des Einzelnen über das politische Geschehen zu klären und zu vertiefen, dann aber auch nach außen hin die Stimme jener vaterländisch-gesinnten Männer, die sich in seinen Reihen zusammengefunden hatten, den berufenen Leitern des Staates gegenüber zum Ausdruck zu bringen. „In allen Fragen von nationaler Bedeutung das Gewissen des deutschen Volkes zu sein“;<sup>247</sup> das unermüdlich aufrüttelnd und mahnend und vorwärtsdrängend im Sinne der völkischen Hochziele Bürgerschaft wie Regierung zu beeinflussen suchte, das war von Anfang an das höchste Bestreben des AV.

Es kam in alldeutschen Äußerungen wiederholt das Bedauern zum Ausdruck, daß in Deutschland jenes gesunde Wechselspiel zwischen der Führung des Reiches und einer von nationalem Willen getragenen öffentlichen Meinung nicht bestehe, dem andere Völker ihre politischen Erfolge zu verdanken hätten: die Mehrzahl der Deutschen (selbst der Gebildeten und der Vertreter im Parlament) halte sich hingegen von einer Beschäftigung mit den wichtigsten Problemen des nationalen Lebens — insbesondere der Gestaltung der Außenpolitik — völlig fern und auf der anderen Seite herrsche bei den Regierenden vielfach die Ansicht, jegliche Mitwirkung der unabhängigen Kräfte im Volke entbehren zu können. Die Alldeutschen wollten keineswegs den politischen Dilettantismus in die Erörterung der auswärtigen Politik einführen, sie wollten ebensowenig realpolitisches Handeln

---

246. „Kundgebungen... 1890/1902“, S. 74.

247. A. Bl. 1905, Nr. 19 (Jahresbericht für 1904).

durch eine Gefühlspolitik ersetzt wissen, wohl aber verlangten sie daß das deutsche Volk von seinen Staatsmännern auf einem so entscheidenden Gebiete nicht länger als unmündig angesehen, sondern ihm jederzeit die zur wahren Erkenntnis der Lage des Reiches notwendige Aufklärung gegeben werde. Sie betonten weiter das Recht des von Sorge um die künftige Entwicklung von Volk und Staat getriebenen Bürgers, auf Grund genauer Beobachtung der politischen Vorgänge in Vergangenheit und Gegenwart und der Einsicht in die Lebensbedingungen der Nation selbst Stellung zu Ziel und Weg der großen Politik seines Vaterlandes zu nehmen. Endlich glaubten sie, daß ein entschlossen-nationaler Gesamtwille des Volkes, wie ihn der AV schaffen helfen wollte, der Regierung bei allen ihren innen- und außenpolitischen Unternehmungen eine starke Stütze sein und im gegebenen Falle sogar einen gewissen Ausgleich für das Fehlen einer überragenden Persönlichkeit in der Staatsführung bieten könne.

Noch um die Jahrhundertwende war in den nationalen Teilen des deutschen Bürgertums die Anschauung maßgebend, daß eine öffentliche Kritik an der Tätigkeit der Regierung, zumal an ihrem Verhalten dem Auslande gegenüber, unstatthaft sei. Neben der Erinnerung an die lange erfolgreiche Kanzlerschaft Bismarcks war hierbei die Furcht mitbestimmend, daß eine ablehnende Beurteilung des Wirkens der vom Kaiser beauftragten Träger der Reichspolitik durch national- und monarchisch-eingestellte Kreise zur Unterstützung der Propaganda der staatsverneinenden Elemente beitragen werde. Bis in die Reihen des AV hinein können wir derartige Gedankengänge finden, und noch 1904 und 1906 werden auf einzelnen Gaudagen Stimmen laut, die sich gegen die zunehmend im Verband Platz greifende schärfere Tonart aussprechen. Die Mehrheit der Alldeutschen — in erster Linie die jüngeren, radikaleren Mitglieder um Claß — setzte jedoch allen diesen Bedenken das Bekenntnis zu unbedingter Wahrhaftigkeit als obersten Grundsatz auch für das Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Staatsleitung entgegen; gerade sie vermöge aufrechte patriotisch-empfindende Männer zur Anteilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten heranzuziehen und damit den Kräften des Umsturzes die Aussicht auf einen Erfolg zu nehmen. Diese Haltung veranlaßte den Verband, die amtliche Politik zu begrüßen



und zu fördern, soweit sie den völkischen Belangen entsprach, und sie enthielt zugleich die Anerkennung der Berechtigung und Verpflichtung zur „nationalen Opposition“, sobald nach eingehender Prüfung die Maßnahmen der Regierung mit dem für das Wohl des deutschen Volkes als notwendig Erachteten nicht in Einklang zu bringen waren.

Die Arbeitsweise des AV zur Durchsetzung seiner Ansichten in der deutschen Politik haben wir früher geschildert,<sup>248</sup> hier sei nur noch die Fühlungnahme mit den obersten Stellen des Reiches erwähnt. Wiederholt wandte sich in wichtigen nationalen Fragen die Hauptleitung mit besonderen Eingaben oder durch Übersendung der Kundgebungen einer Vorstandssitzung oder des Verbandstages — die oft von gleichlautenden Entschlüssen der Ortsgruppen und Gaue begleitet waren — an den Kanzler oder die zuständigen Reichsämter, teils sogar unmittelbar an den Kaiser, um ihnen die alldeutschen Wünsche vorzutragen oder den Dank für erfüllte Forderungen auszusprechen. Daneben machte sich der Verband bei den Behörden zum Anwalt einzelner Anliegen, sei es von Beschwerden Deutscher im Auslande, sei es auf dem Gebiete der Grenzlandpolitik oder der Besiedlung der deutschen Kolonien. Der Versuch eines dauernden engen Zusammenwirkens zwischen der Regierung und der alldeutschen Bewegung kam jedoch nicht über Ansätze hinaus. Wohl berichtet uns Claß, daß Dr. Lehr in der Zeit der Einbringung der ersten Flottengesetze in seinen Beziehungen zum Reichsmarineamt unter der Leitung von Tirpitz allmählich in eine Stellung einrückte, „die ihn zu einer Art Generalstabschef zur Bearbeitung der öffentlichen Meinung in der Flottenfrage machte“,<sup>249</sup> und kann uns weiter neben einer ähnlichen Erklärung des Staatssekretärs von Schoen folgende Äußerung Kiderlen-Waechters mitteilen, die durchaus mit den Anschauungen des AV übereinstimmte: „Gerade für die auswärtige Politik sei es doch ein ungeheurer Vorteil, wenn eine politische Vereinigung da sei, auf die sich bei Verhandlungen mit fremden Mächten die Regierung gegebenenfalls berufen könne. Das Richtige sei doch eine hinter

---

248. vergl. S. 68 ff.

249. Claß, Wider den Strom, S. 83.

den Kulissen verabredete, nach außen selbstverständlich nicht anerkannte Arbeitsteilung zwischen dem Auswärtigen Amte und dem Alldeutschen Verbande. Zu einer solchen sei er nicht nur bereit, sondern er halte sie sogar für unbedingt nötig, wenn mit der bisherigen Politik des Gehenlassens und der Mißerfolge gebrochen werden solle“.<sup>250</sup> Allein es handelte sich hierbei stets nur um eine vorübergehende Annäherung, und viel häufiger können wir eine Ablehnung, ja — zumal unter dem Reichskanzler von Bülow — eine heftige Bekämpfung der Tätigkeit des Verbandes durch die Führer der Reichspolitik feststellen.

Zur Abwehr der amtlichen Angriffe pflegte der AV (unter Hinweis auf seine Stellungnahme zur Kolonialpolitik, zur Flottenverstärkung, zur Grenzmarkenfrage, zum Schutze des Auslandsdeutschtums und zum Staatsangehörigkeitsgesetz usw.) daran zu erinnern, „wie oft wir die Genugtuung hatten, daß politische Ziele, die wir aufstellten und unter kritischen Ausfällen gegen eine unseren Bestrebungen feindliche öffentliche Meinung und eine ihnen mindestens wenig wohlwollende Regierung verfochten, schließlich doch sowohl von der Regierung, wie von der Mehrheit des Volkes zu den ihrigen gemacht wurden“.<sup>251</sup> Diese Erfolge waren es auch, aus denen der Verband von neuem den Mut zur Fortsetzung seiner Arbeit nahm. Die scharfen Worte des Kaisers aber vom Herbst 1906 gegen die „Schwarzseher“, die er in seinem Lande nicht dulden wollte und die wohl an die Alldeutschen gerichtet waren, hatte Claß schon Jahre vorher in seiner großen Rede in Plauen beantwortet: „Wir wären nicht alldeutsch, wenn wir nicht den freudigen Glauben an die Zukunft unseres Volkes besäßen . . . Wir Alldeutschen sind sowohl als einzelne wie als Vereinigung geborene Optimisten, und es ist von uns selbstverständlich, daß wir, wenn wir uns klar werden wollen über die Lage unseres Vaterlandes und unseren Mitbürgern die Augen dafür öffnen wollen, dies nicht tun, um greisenhaften Pessimismus künstlich zu züchten . . . sondern um einer politischen Gewissenspflicht zu genügen“.<sup>252</sup>

250. Claß, a. a. O., S. 178.

251. Offener Brief Hasses auf Bülows Rede v. 14. 11. 06, vergl. S. 71 und Schultheß, 1906, S. 193 ff. (A. Bl. 1906, Nr. 47; A. K., S. 294).

252. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 159.

§ 2.

Nur wenige Monate, nachdem Otto von Bismarck aus seinen Ämtern geschieden war, erscholl jener Ruf: „Deutschland, wach auf!“ aus Zürich, der die Bildung des AV zur Folge hatte. Die Mehrheit des deutschen Volkes empfand zunächst den Regierungswechsel nicht in seiner ganzen Schwere, in vielen Kreisen wurde sogar die Befreiung von dem Drucke der gewaltigen Persönlichkeit des ersten Kanzlers begrüßt, zumal man weithin auf die Leitung der Reichsgeschäfte durch den jungen, tatkräftigen Herrscher die größten Hoffnungen für Deutschlands Zukunft setzte. In den Reihen der alldutschen Bewegung sammelte sich hingegen eine rasch anwachsende Zahl von Anhängern des Fürsten Bismarck, die vor allem die Sorge zusammenführte, daß — nicht nur in den Fragen der kolonialen Ausdehnung — die Politik des „neuen Kurses“ das Lebenswerk des Reichsgründers wieder zerstören werde. War doch in ihren Augen der Altreichskanzler (mit den Worten von Einhart-Claß) „der Träger einer deutschen Volks-Politik“, „während nun eine unsachliche Personen-Politik eingeleitet wurde“.<sup>253</sup> Scharf wandte sich der Verband gegen „das Gezänk offiziöser Federn“, das den „getreuen Eckart im Sachsenwalde“ angriff, als er — „Urheber und vorbildlicher Vertreter“ einer „nationalen Opposition“<sup>254</sup> — öffentlich Maßnahmen seines Nachfolgers verurteilte: „Mag Fürst Bismarck sprechen, schreiben und tun, was er will, er kann durch nichts das deutsche Volk von der Pflicht der Dankbarkeit entbinden“.<sup>255</sup> Mit freudigem Jubel nahmen daher die Alldutschen im Herbst 1893 und im folgenden Frühjahr die Meldungen von der Wiederherstellung eines besseren Verhältnisses zwischen dem Kaiser und „unserm Nationalhelden“ auf: „Gott sein Dank!“ und „Frühling will es wieder werden in Deutschland!“ so begannen die in fettem Druck an der Spitze der Alld. Blätter gebrachten Nachrichten von der angebahnten Versöhnung.<sup>256</sup>

Schon in jenen Jahren waren die Ortsgruppen des AV im Inland und Ausland bestrebt, den Geburtstag des Kanzlers, seines

253. Einhart, a. a. O., S. 300.

254. Claß, a. a. O., S. 96.

255. A. M., S. 64.

256. A. M., S. 97 und A. Bl. 1894, Nr. 6.

Ehrenmitgliedes, mit würdigen Feiern zu begehen; nach seinem Tode aber wollte der Verband „als Treuester der Treuen“, wie es in der Beileidskundgebung hieß, „das Gedächtnis Otto v. Bismarcks immerdar hüten“.<sup>257</sup> Äußerlich kam dieses besonders in der alljährlich am 1. April von der Ortsgruppe Hamburg am Grab in Friedrichsruh veranstalteten Gedenkfeier, zu der sich neben alldeutschen Vertretern aus den verschiedenen deutschen Gauen Abgesandte zahlreicher anderer nationaler Vereinigungen einfanden, und in der führenden Anteilnahme der Alldeutschen an der überall ins Werk gesetzten Errichtung von Bismarcksäulen zum Ausdruck. Wie der AV bekannte, daß „ohne Bismarck . . . eine alldeutsche Arbeit überhaupt gar nicht möglich geworden“<sup>258</sup> wäre, wollte er nun in seiner ganzen Tätigkeit mithelfen, die Schöpfung des Reichsgründers zu sichern und in seinem Geiste weiter auszubauen. Freilich erklärte er auch, daß gerade der Altreichskanzler gezeigt habe, wie sehr Politik eine Kunst ist, und daß es daher unzulässig sei, aus seinen Worten und Schriften einen „Kanon deutscher Politik“ aufzustellen, der in allen Einzelheiten und für alle Zeiten unbedingte Gültigkeit beanspruchen könne. Lehnte es der Verband also ab, Glied einer „Bismarck-Fronde“ zu sein, und wurde in seinen Reihen die Erscheinung des Fürsten als „eine eigenartige“ bezeichnet, „eine so einzige, daß sie sich nicht wiederholen kann, am allerwenigstens in der kurzen Zeitspanne eines Jahrhunderts. Kein Kanzler des Deutschen Reiches kann oder braucht ein zweiter Bismarck zu sein“,<sup>259</sup> so wirkte naturgemäß der Gedanke an die glänzende Periode seiner Kanzlerschaft ungünstig auf die Bewertung der Politik seiner Nachfolger ein.

Die schon nach kurzer Dauer der Regierung Capravis allgemein zunehmende Beunruhigung, obwohl doch ihre Maßnahmen zumal im Inneren objektiv betrachtet gar nicht so bedenklich gewesen seien, glaubte der damalige Vorsitzende des ADV, v. d. Heydt, in einem Rückblick auf das Jahr 1891 in dem Verharren der deutschen Außenpolitik in einer rein defensiven Ein-

---

257. A. Bl. 1898, Nr. 32.

258. A. Bl. 1901, Nr. 25.

259. A. Bl. 1904, Nr. 23; A. K., S. 243 (Hasse a. d. Verbdstag).



stellung begründet zu finden; diese habe wohl in den letzten Regierungsjahren Wilhelms I. und Bismarcks auf Verständnis rechnen dürfen, von dem neuen Herrscher und dem neuen Kanzler verlange hingegen die Nation wieder ein frisches Vorwärtsschreiten. Gleichzeitig warnte er aber davor, von vornherein alle Befürchtungen über die Haltung Caprivi als berechtigt anzusehen: „Die Worte können uns vielleicht beunruhigen und enttäuschen, aber unser Urteil müssen wir zurückhalten, das darf sich nur auf Taten gründen“.<sup>260</sup> Auf dem Gebiete der Kolonialpolitik bestand freilich von Anfang an ein scharfer Gegensatz zwischen dem Kanzler und dem ADV, bald wurde er auch in ihren Anschauungen über die Notwendigkeit des Schutzes der Auslandsdeutschen durch das Reich und in der Behandlung der Polenfrage erkennbar. Bei den Erörterungen über den Plan einer Weltausstellung in Berlin wurde dann bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1892 in den „Mitteilungen“ von Caprivi als von einem Manne gesprochen, „der sich trotz vieler sympathischer Eigenschaften . . . nicht genügend fähig erwiesen hat, das vielgestaltige Leben und Weben einer großen Nation zu überblicken und zu führen“.<sup>261</sup>

Während Caprivi außenpolitisch nach der Lösung des engen Verhältnisses zu Rußland eine deutsch-englische Annäherung anstrebte, wurde vom ADV in mehreren Aufsätzen ein Zusammengehen mit Frankreich befürwortet. Ausgangspunkt für solche Betrachtungen war die Erkenntnis, daß das Deutsche Reich nicht auf dem einmal Errungenen ausruhen dürfe, sondern neben den drei Weltmächten — den Vereinigten Staaten, Rußland und England — sich seinen Platz erwerben müsse: „Von dem Mitbesitz der Weltherrschaft darf Deutschland nicht ausgeschlossen sein . . . Wir wollen und müssen Raum haben, unseren Völkerfrühling in nationale Gebiete zu entsenden, wir wollen und müssen die Bedürfnisse unserer Bevölkerung im eigenen Wirtschaftsgebiet sichern können“.<sup>262</sup> Hierbei kam aber eine dauernde Bundesgenossenschaft mit England, das überall auf der Erde eigene Be-

---

260. A. M., S. 25.

261. A. M., S. 60.

262. A. M., Beiblatt zu Nr. 3.

lange zu verteidigen hatte, nicht in Frage, dagegen konnte sich nach alldeutscher Ansicht auf dem Wege über eine Unterstützung der französischen Ansprüche auf Ägypten durch Deutschland und eine wechselseitige Förderung der kolonialpolitischen Interessen wohl eine deutsch-französische Verständigung anbahnen. Das in Widerspruch zu diesen Plänen stehende russisch-französische Bündnis und der Anklang, den es bei beiden Nationen fand, wurde von den Alldeutschen dessen ungeachtet aufmerksam verfolgt, und sie warnten entgegen amtlichen Stimmen davor, seine politische Bedeutung zu unterschätzen und sich durch Friedensreden über den Ernst der Lage täuschen zu lassen.

Die Militärvorlage sah den ADV — abweichend sogar von der Stellungnahme Bismarcks — an der Seite Caprivis. Wie heftig aber sonst die Gegnerschaft der Alldeutschen gegen ihn geworden war, zeigten ein Jahr später die Worte des Grafen Adolf Westarp in den Alld. Blättern, mit denen er den Rücktritt des Kanzlers begleitete: „So ist er denn gefallen, der Mann von Zanzibar und Helgoland, des Kamerunabkommens und der Handelsverträge; der Mann, der „Versöhnung“, der um die Gunst von Polen, Ultramontanen und Demokraten buhlend, deutsche Güter preisgab; der Staatsmann, der nach dem Flottenbesuch von Kronstadt seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß nunmehr das europäische Gleichgewicht wieder hergestellt sei, und der es für das größte Unglück gehalten hätte, wenn uns jemand ganz Afrika schenkte; der Deutsche, der die verhängnisvolle Gabe besaß, auswärtige und innere Fragen so zu lösen, daß aus jeder fast Deutschland um eine Demütigung reicher und ein Stück seines Ansehens schwächer hervorging . . . (Die Geschichte) wird manches vergessen, manches vielleicht anders beurteilen als die Mitlebenden; das eine wird sie ihm nie vergessen, daß er der Urheber der berücktigten Erlasse, die der Volksmund als Urjasbriefe brandmarkte, gewagt hat, ein Heiligtum des deutschen Volkes anzutasten. Genug, er ist nicht mehr, und wir haben keinen Grund, ihm Tränen nachzuweinen“. Noch weniger war freilich Anlaß zum Jubel vorhanden, da mit dem Wechsel in der Person des leitenden Staatsmannes die Wurzel des deutschen Niederganges nicht beseitigt war. Denn — so fuhr Westarp fort und gab auch darin die alldeutsche Anschauung treffend wieder — „dieser Mann war nur der

verkörperte Ausdruck der Zeit, in der wir leben. Seine Sünden waren die Sünden des ganzen deutschen Volkes ... Der Geist der Schwäche und des Schwankens, Beamtendünkel und Bedientensinn, Strebertum und Kriecherei, brutale Mammonsherrschaft und sozialer Haß, der Mangel an einem kräftigen Volksbewußtsein, Fremdensucht und Modeäfferei — das sind die Eiterbeulen, die uns im Fleische sitzen und sie gilt es auszuschneiden, wenn gesundes Blut wieder in unseren Adern kreisen soll“.<sup>263</sup>

Das ungünstige Urteil über den zweiten Kanzler des Reiches blieb im AV auch noch nach seiner Entlassung vorherrschend, und noch nach Jahren bedauerten die Alldutschen, daß er die von seinem Vorgänger meisterhaft gehandhabte Politik „der zwei Eisen im Feuer“ aufgegeben und damit einen wesentlichen Grund zur Verschlechterung der außenpolitischen Lage Deutschlands gelegt habe. Erst unter dem Einfluß von Keim, der ihm als Mitarbeiter bei der Vorbereitung der Heeresvorlagen nahegestanden hatte, fanden die Verdienste Caprivis auf diesem Gebiete und sein offenes Auftreten dem Kaiser gegenüber später teilweise eine bessere Würdigung. So schrieb 1912 Claß-Frymann bei der Schilderung der Nachfolger Bismarcks: „Caprivi, der gerade von den Nationalen am meisten Gescholtene, war noch der wertvollste ... An Charakter und Mut hat es ihm nicht gefehlt, auch nicht an Willen — seine Mängel, die groß genug waren, um ihn zu seinem Amte untauglich zu machen, lagen in dem Fehlen politischer Schulung und des Blickes für Ursache und Wirkung“.<sup>264</sup>

Fürst Hohenlohe wurde von den Alldutschen als ein Vorkämpfer des nationalen Gedankens in Bayern in der Zeit der Reichsgründung geschätzt, auch mangelte es ihm anders als Caprivi nicht an der notwendigen staatsmännischen Vorbildung; seine Tätigkeit als Statthalter der Reichslande hatte freilich ihren Wünschen nicht entsprochen, und seine Berufung an die Spitze der Regierung löste in ihren Reihen die zweifelnde Frage aus, ob der 75 jährige Greis noch zu einer entschiedenen Führung der Reichsgeschäfte fähig sei und ob unter seiner Leitung das Kanzleramt die ihm von Bismarck zugewiesene Stellung wiedergewinnen werde.

---

263. A. Bl. 1894, Nr. 46.

264. Frymann, a. a. O., S. 17.

Der neue Abschnitt der deutschen Geschichte war gekennzeichnet durch eine regere Anteilnahme des Reiches am welt-politischen Geschehen: die zunehmende Bedeutung der Burenfrage und der offene Ausbruch des Kampfes, die Entwicklung in Ostasien von der deutschen Festsetzung bis zum Boxeraufstand, das Eingreifen in die türkisch-griechischen Wirren, die Palästina-reise des Kaisers und die ersten Vereinbarungen über die Bagdad-bahn, die Abgrenzung des Togohinterlandes, der Kauf der Karo-linen, sowie Höhepunkt und Lösung der Samoakrise wurden in den alldeutschen Kreisen lebhaft erörtert. Wir haben früher ge-sehen, wie der AV hierbei die Maßnahmen der Regierung teils begrüßte (Kiautschou, Südsee, Kleinasien), teils bekämpfte (Togo), und wir haben ausführlich seine Stellungnahme zu dem wechselnden Verhalten des Reiches zu den Buren geschildert.<sup>265</sup> Unver-mindert stark war das Eintreten des Verbandes für die Belange der Auslandsdeutschen, enger gestalteten sich seine Beziehungen zu den Vlamen und der Gedanke an eine wirtschaftliche Zu-sammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten gewann an Boden, vor allem aber stand in jenen Jahren das Verhältnis des Reiches zum Deutschtum in Österreich-Ungarn im Vordergrund all-deutscher Betrachtungen. Dem „wankenden Dreibund“ maßen die Alldeutschen keinen besonderen Wert bei, da in ernsten Zeiten weder Italien noch die Donaumonarchie als sichere Stützen für Deutschland in Rechnung gestellt werden könnten. Einer Neu-gruppierung der großen Mächte stimmte der AV daher zu, wobei er zugleich auf die Notwendigkeit einer Wiederherstellung der seit Bismarcks Rücktritt verlorengegangenen Stetigkeit der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches hinwies. Das Urteil über die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Frankreich war im Ver-band nicht mehr einheitlich, neben bejahenden Stimmen finden wir es vereinzelt als „Erbfeind“ bezeichnet. Das Verlangen einer erneuten Annäherung der deutschen Politik an Rußland fand hin-gegen jetzt fast allgemeine Zustimmung, während England als natürlicher Gegner Deutschlands und die Vereinigten Staaten „keinesfalls als sein Freund“ angesehen wurden. Im Gegensatz

---

265. vergl. zu dem ganzen Abschnitt die entsprechenden Ausführun-gen in den vorangegangenen Kapiteln.



zu Hohenlohe, der sich im Parlament auf eine Anfrage wegen der alldeutschen Agitation gegen „uferlose“ Flottenpläne wandte, setzte sich der AV schon damals für einen genügenden Ausbau der deutschen Seemacht als die unbedingte Voraussetzung für ein erfolgreiches Abschneiden des Reiches bei den kommenden weltpolitischen Entscheidungen ein. In der innerdeutschen Politik endlich, wo der Verbandsarbeit gewisse Grenzen gezogen waren, forderten die Alldeutschen neben der Überwindung des Partei-haders und der Unzufriedenheit durch eine starke nationale Regierungspolitik die Rückkehr zu einer entschiedenen Bekämpfung der slawischen Gefahr in der Ostmark und der fremdvölkischen Propaganda im Norden und Westen des Reiches und konnten dabei das entschlossene Vorgehen der preußischen Behörden in Schleswig-Holstein begrüßen.

Mit Sorge verfolgte der AV, daß trotz der Bedeutung aller dieser Aufgaben der Reichskanzler selbst sich mehr als zulässig von den Staatsgeschäften fernhielt. Als dann der Verlauf der Ereignisse in China — besonders die Übertragung des Oberbefehls an den Grafen Waldersee und die Reden des Kaisers bei der Ausfahrt der deutschen Truppen — das Deutsche Reich außenpolitisch in eine schwierige Lage zu bringen drohte, wurde auf einer Tagung des Rhein-Maingaus die Hoffnung ausgesprochen, daß der Reichstag zu dem „verfassungswidrigen Zustand unserer Staatsleitung“ gebührend Stellung nehme, „da es auf die Dauer unerträglich sei, daß der einzige verantwortliche Beamte des Reiches, der Reichskanzler, bei den wichtigsten und weittragendsten Entscheidungen nicht mitwirke“.<sup>266</sup> Schneller als erwartet konnte bereits die nächste Ausgabe der Alld. Blätter seinen Rücktritt melden: „Fürst Hohenlohe hat sich der Bürde eines Amtes entledigt, dessen Anforderungen er schon seit langem nicht mehr gewachsen war; eine politische Laufbahn hat damit ihren Abschluß gefunden, die einen glänzenderen Abgang wohl verdient hätte. Hohenlohe hat nicht zu den Männern gehört, die ihrer Zeit den Stempel aufgedrückt oder Geschichte gemacht haben, wohl aber zu denen, die dem Gang der Geschichte mit Verständnis gefolgt und an dem Werke Größerer mit Hingabe mit-

---

266. A. Bl. 1900, Nr. 43.

gearbeitet haben . . . Auch seine erbitterten Gegner haben stets an ihm anerkannt, daß nur der reinste Patriotismus ihn vermochte, vor 6 Jahren dem Rufe des Kaisers zu folgen und daß für ihn der Reichskanzlerposten eine Last war, die er nicht angestrebt hatte und die zu tragen für ihn ein persönliches Opfer war, das zu bringen er sich dem Kaiser und dem Vaterlande verpflichtet fühlte. Die Geschichte wird einst aufklären, warum er sie länger zu tragen versuchte, als er wohl selbst vor seinem eigenen Urteil verantworten konnte“.<sup>267</sup>

### § 3.

Die Ernennung Bernhard von Bülow zum Nachfolger Hohenlohes wurde in den Alld. Blättern „mit aufrichtiger Genugtuung“ begrüßt: „Wir haben uns nicht immer mit der äußeren Politik des Reiches in den letzten Jahren einverstanden erklären können, und die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß Graf Bülow . . . als der Träger derselben erschien; aber wir haben seine reiche Begabung und sein diplomatisches Geschick stets anerkannt und uns der Erfolge, die seine Amtsführung aufzuweisen hat, ehrlich gefreut“. Freilich den Lobrednern, die Bülow bereits mit Bismarck verglichen, erwiderten die Alldeutschen: „Diese Übertreibungen wird von uns niemand erwarten . . . . Nehmen wir hinzu, daß Graf Bülow in der inneren Politik ein Neuling ist . . . so ist der große Umfang der Aufgaben, die des Grafen harren, wenn er das Amt, das auf den gewaltigen Leib Bismarcks zugeschnitten war, einigermaßen ausfüllen, wenn er die Selbständigkeit der Reichsämtner, die sich in den letzten Jahren ausgebildet und das Ansehen des Kanzleramtes gemildert hat, auf ein zweckmäßiges Maß zurückführen will, zur Genüge gekennzeichnet. Wir haben keinen Grund daran zu zweifeln, daß Graf Bülow diesen Aufgaben gewachsen sein wird, und wir könnten zum mindesten niemand nennen, dem wir die Fähigkeit dazu eher zutrauten“.<sup>267</sup>

Der entscheidende außenpolitische Gegensatz zwischen dem AV und dem neuen Kanzler bestand in ihren Auffassungen über das deutsch-englische Verhältnis. Er kam schon wenige Wochen

267. A. Bl. 1900, Nr. 44 (Samassa in der Wochenschau).

nach Bülow's Amtsantritt in voller Schärfe zum Ausbruch, als er im Reichstag im Hinblick auf den Besuch der alldeutschen Vertreter im Haag den Verband heftig angriff.<sup>268</sup> Auch von den Alldeutschen wurde dem Kanzler beigeipflichtet, daß gute Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und England wünschenswert seien, allein die „über das Maß hinausgehende Rücksichtnahme“, die zudem nur das Gegenteil des Erhofften erreichen werde, wurde von ihnen verworfen. Die Vorgänge bei der Kaiserreise zur Beisetzung der englischen Königin boten dann erneut Anlaß, der Mißstimmung über die „dem Volksempfinden widersprechende“ Englandpolitik der Regierung Ausdruck zu geben. Als endlich die Rede des Kolonialministers Chamberlain mit ihren abfälligen Äußerungen über die deutschen Soldaten von 1871 bekannt wurde, erreichte die englandfeindliche Einstellung ihren Höhepunkt. Ganz anders war die Haltung des AV zu der zweiten von Bülow noch zu Ende zu führenden Aufgabe der deutschen Außenpolitik. Hatte der Verlauf des Chinakonflikts nicht in allen Einzelheiten den Beifall des Verbandes gefunden, so sah er es doch als seine Pflicht an, der Regierung bei ihrem Bemühen, diesen ersten Schritt des Reiches in der Weltpolitik zu einem guten Ende zu führen, unbedingte Gefolgschaft zu leisten. Das Yangtseabkommen wurde von den Alldeutschen begrüßt, da es geeignet erschien, die deutschen Ansprüche bei der — wie sie glaubten — nur vertagten endgültigen Entscheidung über das Schicksal (d. h. die Aufteilung) Chinas zu wahren, zumal nach den Erklärungen des Kanzlers über die besondere Stellung der Mandschurei ihre Befürchtungen, der Vertrag könne die unerwünschte Folge einer Verschlechterung der deutsch-russischen Beziehungen haben, gegenstandslos geworden waren. Die Auflösung des deutschen Oberkommandos und die Heimberufung der deutschen Truppen wurden als „frohe Kunde“ betrachtet, da nach ihrer Ansicht der ganze Krieg „nur eine höchst unangenehme Notwendigkeit“<sup>269</sup> gewesen war; allein die Zurückziehung der deutschen Besatzung aus Schanghai stieß auf den Widerspruch des AV, weil mit ihr, „so lange dort

---

268. vergl. S. 145.

269. A. Bl. 1901, Nr. 3 (Wochenschau).

auch nur ein englischer, französischer oder japanischer Soldat steht, das einzige greifbare und erfreuliche Ergebnis unserer Chinaexpedition preisgegeben . . . wäre“.<sup>270</sup> Die anderen außenpolitischen Fragen der ersten Zeit der Kanzlerschaft Bülow's wie das Einschreiten des Reiches gegen Venezuela, die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die gegen die Erneuerung des Dreibundes gerichteten Strömungen in Österreich-Ungarn und Italien, die deutschfeindliche Stimmung in Frankreich usw. wurden ebenfalls in den Alld. Blättern aufmerksam verfolgt. In der Innenpolitik hegte der Verband zunächst Zweifel, ob das versprochene schärfere Durchgreifen in der Ostmark von Dauer sein werde, und mit Sorge wurde auf den großen Einfluß des Zentrums und das Anwachsen der Sozialdemokratie hingewiesen, die jede kräftige nationale Politik hemmen konnten; die Flottenvorlage der Regierung erfüllte weitgehend die Wünsche des AV, während der Stand der Kolonialpolitik ihm noch „kein erfreuliches Bild“ bot.

Schon Ende des Jahres 1899 hatte Claß unter dem Eindruck eines wiederholten Durcharbeitens von Bismarck's „Gedanken und Erinnerungen“ im Gesch. Ausschuß angeregt, auf der nächsten Tagung des Verbandes einen zusammenhängenden Bericht über die deutsche Politik seit dem Ausscheiden des ersten Kanzlers geben zu lassen, war aber gegen die Bedenken der einer allzu ausgesprochenen Opposition gegen die Regierung abgeneigten Mehrheit der Mitglieder nicht durchgedrungen. Erst 1903 erhielt er dann selbst den Auftrag, auf dem im September des Jahres in Plauen abgehaltenen Verbandstag die „Wandlungen in der Weltstellung des Deutschen Reiches seit dem Jahre 1890“ aufzuzeigen. Die Absicht seiner „dem Andenken des Fürsten Bismarck geweihten“ Rede — die wegen ihrer Bedeutung vorher anderen führenden Mitgliedern des AV zur Prüfung vorgelegen und nach lebhafter Aussprache, bei der vielfach verlangt wurde, „den Kaiser möglichst wenig in die Erörterung zu ziehen und die Regierung glimpflicher zu behandeln“,<sup>271</sup> auch die Billigung des Gesch. Ausschusses gefunden hatte — war nach den Worten

---

270. A. Bl. 1901, Nr. 41 (Wochenschau).

271. Claß, Wider den Strom, S. 92.



von Claß nicht, „den leitenden Männern Unangenehmes zu sagen, sondern einzig und allein der Sorge für Volk und Reich Ausdruck zu verleihen, zu untersuchen und festzustellen, worauf der Niedergang in der weltpolitischen Stellung unseres Vaterlandes zurückzuführen ist und die Pflichten darzulegen, die für jeden unabhängigen deutschen Mann, der Höheres kennt, als das Wohl der eigenen Person, daraus erwachsen“.<sup>272</sup> Er begründete die Notwendigkeit, die „Bilanz des neuen Kurses“ zu ziehen vor allem damit, daß „weiteste Kreise unseres Volkes durch die Entwicklung seit dem Jahre 1890 irre gemacht worden sind an der Leitung der Reichsgeschäfte, — mehr als das — daß sie von einer Erbitterung, Mißstimmung und Entmutigung ergriffen worden sind, die der gefährlichste Feind nationaler Vorwärtsbewegung ist ... Solche Urteile werden von Männern ausgesprochen, die früher mit Begeisterung ihre politische Pflicht erfüllt haben, von Männern in hohen gesellschaftlichen und Staatsstellungen, die über den Verdacht der Einseitigkeit und Mißgunst erhaben sind“.<sup>273</sup> Nach einem Rückblick auf die Lage des Reiches zur Zeit von Bismarcks Entlassung, der mit der Feststellung endete, „daß er das Reich in der Fülle von Macht und Ansehen nach außen, ungeminderten Ansehens der Krone und gedeihlicher Entwicklung nach innen hinterließ, daß er seinem Nachfolger sein Amt in der vollen Wertung und mit dem Inhalt übergab, die er ihm verliehen hatte. Es war ein reiches, schier unerschöpfliches Erbe!“<sup>274</sup> folgte eine Aufzählung und Kritik der wichtigsten Tatsachen der deutschen Politik von Caprivi bis Bülow, wobei trotz des persönlichen Hervortretens des Kaisers entsprechend der Verfassung der Kanzler allein als ihr verantwortlicher Träger angesprochen wurde. Das Ergebnis seiner Untersuchung faßte Claß am Ende seiner zweistündigen Rede in die Sätze zusammen: „Vor 1890 hieß es: „Wir laufen niemandem nach“ — seitdem verbeugen wir uns vor aller Welt. Wir schmeicheln allen und machen uns alle zu Feinden, da niemand mehr an unsere Ehrlichkeit und Be-

---

272. Claß, Die Bilanz des neuen Kurses, Vorwort.

273. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 158.

274. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 160.

ständigkeit glaubt. Wir haben die Fäden nach Rußland zerschnitten; die Bemühungen, sie wieder anzuknüpfen, waren erfolglos ... Der Versuch, die Grundsätze Bismarcks wieder aufzunehmen: zwei und mehr Eisen im Feuer zu haben, und die Furcht, in Abhängigkeit von Rußland zu geraten, warf uns England bedingungslos in die Arme ... Die Umschmeichlung Nordamerikas steigerte nur seinen Übermut ... Unsere Haltung in Südafrika hat unsere Hoffnung dort vernichtet ... In Marokko und Fernando Po haben wir die Gelegenheit verpaßt. Das Unternehmen der Bagdadbahn ist, wenn es zustande kommt, entwertet für eine deutsche Weltpolitik. Der Dreibund hat seine Bedeutung verloren und erlaubt die Kneblung und Bekämpfung des Deutschtums in Österreich und Ungarn. Wir haben weder Flotten-, noch Kohlen-, noch Kabelstationen ... weder Petroleumquellen noch Baumwollfelder — vor allem keine wirklichen Siedlungsgebiete gewonnen. Bei alledem haben wir uns die steigende Feindseligkeit Englands und Amerikas zugezogen, sehen Frankreich in alter Unversöhnlichkeit, Rußland mißtrauisch und sind auf den Dreibund angewiesen, d. h. auf uns allein. Als Beute jener Jahre bringen wir heim: Helgoland, Kiautschau, die Karolinen und Samoa. Dabei hat es die Regierung nicht verstanden, unserer bürgerlichen nationalen Bevölkerung die Überzeugung einzuflößen, daß sie hohen deutschvölkischen Bestrebungen — wenn auch vielleicht im geheimen — zustrebe. In derselben Zeit aber hat sich Frankreich Indochina, Madagaskar, Tunis, Dahome und den westlichen Sudan erobert, Rußland Mittelasien und die Mandschurei gewonnen, England seine Macht auf Sansibar, Uganda, Witu, Ägypten, den östlichen Sudan und Südafrika ausgedehnt, Amerika Kuba und die Philippinen unterworfen ... Daraus ergibt sich, daß alle Mächte im großen, teilweise im größten Stile Weltpolitik getrieben haben, nur nicht das Deutsche Reich, dessen berufene Vertreter bei jeder Gelegenheit erklärten, daß Weltpolitik getrieben werden müsse ... In der Sozialpolitik sind zweifellos durch den Ausbau der Gesetzgebung Fortschritte gemacht worden — auf dem Gebiete der nationalen Politik nur Rückschritte, wenn man von der Befriedigung der Nordmark durch Köller und den geringen Erfolgen in Elsaß-Lothringen absieht.

In der Polenpolitik stehen wir in den Anfängen. Es ist nichts, aber nichts geschehen, um das Deutsche Reich zu einem Nationalstaat auszugestalten, weil man sich vom Zentrum und Sozialdemokratie regieren läßt, statt, wie Bismarck 1863—1867, wenn nötig, gegen Mehrheiten im Reichstag und Landtag kräftige deutsche nationale Politik zu treiben ... Die partikularistischen Kräfte sind verstärkt und die Kluft zwischen dem Reich und den Einzelstaaten vertieft ... Das Ansehen der Kaiserkrone, der Dynastien und der Monarchie ist gesunken, der deutsche Reichstag hat die Achtung des Volkes verloren, und das Amt des Reichskanzlers ist seines wesentlichen Inhaltes beraubt. Wir haben Reden auf Reden gehört, in denen Hoffnungen erweckt und Besorgnisse beschwichtigt wurden: die Taten sind ausgeblieben . . . . Große Ziele sind unbekannt; wo von ihnen gesprochen wird, sind sie unklar; es wird aus der Hand in den Mund gelebt ... Das ist das Gesamtergebnis der amtlichen deutschen Politik seit Bismarcks Entlassung. Ein Glück nur, daß das politische Leben eines Volkes sich nicht erschöpft mit dem, was von seiner Regierung geschieht. Sonst wehe dem Deutschen Reich!“<sup>275</sup> Mit einem Aufruf zu tatkräftiger Mitarbeit an den nationalen Aufgaben — „den Geist einer unerbittlichen Wahrhaftigkeit nach oben und unten müssen wir erwecken und den nationalen Willen zum Leben rufen, daß er in entschlossener Selbsthilfe uns aus den Nöten dieser Zeit hinüberführe in die Zukunft, die unserem Volke nach seiner Lebenskraft, Tüchtigkeit und Unverdorbenheit beschieden sein muß“<sup>276</sup> — hatte die Rede unter „stürmischen Beifallskundgebungen“ geschlossen; in einer Auflage von 60 000 Stück fand sie als Flugschrift Verbreitung und „erregte in des Wortes verwegenster Bedeutung ungeheures Aufsehen“.<sup>277</sup>

Mit dem Tage von Plauen hatte sich in der gesamten politischen Stellung des AV ein Wandel vollzogen: er war, wie Hasse zu Claß äußerte, „der Führer im Kampfe gegen die Regierung geworden“.<sup>277</sup> Schon im folgenden Jahre gaben die

---

275. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 186/188.

276. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 189.

277. Claß, Wider den Strom, S. 93.

Ausführungen Bülows zum Abschluß des englisch-französischen Marokkoabkommens mit der Frage an den Abgeordneten Graf Reventlow, ob er wegen Marokko vom Leder ziehen solle — die „Leichenrede der deutschen Weltpolitik“ — den Alldeutschen Anlaß zu einem neuen scharfen Vorstoß gegen den Kanzler: „In jedem anderen Parlament der Welt wäre ein Staatsmann unmöglich, der mit solchen Aftergründen eine unfähige Politik rechtfertigen wollte — kein anderes Volk ließe sich eine solche Politik, die aus einer schweren Verfehlung gegen die Interessen des Volkes in die andere stürzte, bieten!“, <sup>278</sup> hieß es damals in einer Flugschrift des Verbandes. Und auf dem Verbandstag 1906 erklärte Claß, nachdem er auf die völlige außenpolitische Vereinsamung des Reiches und die ausbleibenden Erfolge in der inneren Politik hingewiesen hatte: „Wo zeigt sich ein Beginnen, daß die Erwartung rechtfertigt, man habe sich ein bestimmtes Ziel gesetzt, das ruhig und geduldig verfolgt werde? Nein, die Zügel schleifen am Boden — die Regierung scheint nur eine bürokratische Behörde für die Verwaltungsarbeit des Eintags, nicht die Führerin des Volkes; es fehlt ihr die Größe der Auffassung — es fehlen die Ziele“. Zugleich aber mußte er freilich fortfahren: „Diesem Mangel an Wollen und Können bei den Staatsleitern entspricht die politische Einsichtslosigkeit und Gleichgültigkeit im Volke, dem eins vor allem abgeht: der nationale Wille!“ <sup>279</sup> Mehr als einmal wurde in jenem Jahr der Erinnerung an die Zeit von Deutschlands Erniedrigung in den Kreisen des Verbandes das Gelübde abgelegt: „Wir im Alldeutschen Verband wollen mit allen, die uns „anverwandt und zugetan“ sind, uns in den Riß stellen, damit wir nicht mitschuldig werden an einem neuen Jena, sei es ein inneres oder ein äußeres“ <sup>280</sup>

Auch jetzt noch verwarf der AV trotz allem den Gedanken an eine „grundsätzliche Opposition“: im Gegenteil fanden auf dem Gebiete der Innenpolitik einzelne Maßnahmen der Regierung nicht nur die Billigung, sondern die freudige Zustimmung der

---

278. Claß, Marokko verloren?, S. 10.

279. A. Bl. 1906, Nr. 36; A. K., S. 286.

280. A. Bl. 1906, Nr. 43 (a. d. Bericht einer Ortsgruppe).



Alldutschen. Es galt dies von der Auflösung des Reichstages im Herbst 1906, bei der der Verband sich zu der Pflicht bekannte, „hier wo die Regierung kraftvoll und entschlossen die nationale Ehre und die koloniale Zukunft zu wahren gewillt war, zu ihrer Unterstützung seine ganze Kraft einzusetzen“<sup>281</sup> ebenso wie von der „zielbewußten und großzügigen kolonialpolitischen“ Tätigkeit des neuen Staatssekretärs Dernburg (abgesehen von Bedenken wegen der Eingeborenenpolitik) von der Schaffung und dem Wirken des Bülow-Blockes (solange er sich von parteipolitischen Kompromissen fernhalte) und der Einbringung der Ostmarkenvorlage mit dem Enteignungsrecht, die als „nationale Tat“ und „großes Verdienst“ des Kanzlers bezeichnet wurde. Hinzu kam endlich, daß die glänzende rednerische Begabung Bülows bis weit in die alldutschen Reihen hinein ihre Wirkung nicht verfehlte, und so die zu stärkerer Kritik geneigten Stimmen — zu denen allerdings die Führer des AV Hasse und besonders Claß zählten — zeitweilig zurückgedrängt wurden.

In der Außenpolitik brachte erst das letzte Jahr seiner Kanzlerschaft „den großen Erfolg des neuen Kurses: die Beseitigung der Kriegsgefahr wegen Bosniens durch die Tatsache, daß das Reich sich offen auf die Seite Österreichs stellte“, worin die Alldutschen zugleich eine Bestätigung ihrer Meinung erblickten, „daß eine jahrelange unglückliche und erfolglose äußere Politik in jedem Augenblick umgekehrt werden kann, wenn ein entschlossener Wille von den Machtmitteln des Reiches Gebrauch macht, ja, sich nur anschickt, davon Gebrauch zu machen“.<sup>282</sup> Inzwischen hatten aber die Vorgänge der „Schwarzen Woche“ vom November 1908 im Verband die schärfste und bis zu seinem Rücktritt anhaltende Gegnerschaft gegen Bülow hervorgerufen, und Claß erklärt, daß er ihn seit jenen Tagen als den „Feind schlechthin“ ansah, „gefährlicher als eine der von Bismarck als Reichsfeinde gekennzeichneten Parteien, weil er diese gewähren ließ“.<sup>283</sup> Bereits vordem

---

281. A. Bl. 1908, Nr. 26 (Jahresbericht für 1907).

282. A. Bl. 1909, Nr. 38; A. K., S. 418 (Claß a. d. Verbandst.).

283. Claß, Wider den Strom, S. 139.

hatte er in der ersten Ausgabe seines „Einhart“ die Persönlichkeit des vierten Kanzlers zusammenfassend dahin umschrieben: „Ein bedeutendes diplomatisches Talent — kein Staatsmann im Dienste des Volkes; ein Mann von Geist — aber ohne tieferes Verantwortlichkeitsgefühl; ein Meister im ministeriellen und parlamentarischen Ränkespiel — kein Meisterer der großen Fragen der Zeit; alles in allem, kein berufener Vertrauensmann eines großen Volkes“.<sup>284</sup>

#### § 4.

Die wichtigste Änderung des politischen Lebens in Deutschland seit Bismarcks Entlassung bestand in der starken Anteilnahme des Herrschers an der Führung der Staatsgeschäfte, die weit über den in der Verfassung vorgesehenen Rahmen hinausging. Die Alldeutschen gaben demgegenüber der „tiefsten Sorge aller wahren Freunde und Getreuen des Kaisers“ Ausdruck, „die mit warmem Dank sein eifriges Streben nach hohen und neuen Zielen, seine unermüdliche Tätigkeit auf allen Gebieten seines Herrscherberufes anerkennen, daß er ohne Not die eigne Person aussetzt, daß er zuerst das Volk zu Urteilen über sich herausfordert, daß das Volk, zu solchen Urteilen gewöhnt, nicht verstummt, wenn das Urteil ungünstig ist, — kurz, daß er selbst den politischen Kampfplatz betritt, damit sich Mißerfolgen aussetzt und Gefahr läuft, für seine Person und die Krone Einbuße zu erleiden“.<sup>285</sup> Es wurde von ihnen selbst, die fast ausnahmslos überzeugte Anhänger der monarchischen Staatsform waren, schmerzlich empfunden, daß die nach ihrer Ansicht berechnete Kritik des nationalgesinnten Bürgers an Regierungshandlungen sich unter den gegebenen Umständen gegen den Träger der Krone richten mußte.

Zahlreiche Aussprüche Wilhelms II. — Bekenntnisse zu deutscher Weltpolitik, deutscher Seegeltung und deutschem Nationalbewußtsein — in denen der AV seine eigenen Anschauungen wiedergegeben fand, riefen ein freudiges Echo im Verband

---

284. Einhart, a. a. O., S. 303.

285. A. Bl. 1903, Nr. 38; A. K., S. 160/161 (Claß).

hervor; oft freilich wurde dabei auch auf den bedauerlichen Unterschied verwiesen, der zwischen den stolzen Worten des Kaisers und den Maßnahmen der von ihm beauftragten Staatsmänner bestand. Andererseits erhoben die Alldeutschen offen Widerspruch, wenn Reden oder Taten des Monarchen nicht mit den nationalen Interessen vereinbar schienen oder sich weit vom Volksempfinden entfernten, wie es etwa im Zusammenhang mit der Englandreise von 1901 der Fall war. „Wir hier im deutschen Reichstag tagen nicht in Byzanz, sondern in der Hauptstadt des Deutschen Reiches und unsere Pflicht und Schuldigkeit ist es, der Stimmung unseres Volkes einen unverfälschten Ausdruck zu geben, wenn wir uns nicht an dem mitschuldig machen wollen, was da kommen wird und kommen muß“,<sup>286</sup> erklärte in jenen Tagen Hasse im Parlament und machte sich damit zum Sprecher wohl der großen Mehrheit der Verbandsmitglieder. Und Claß führt in seinen Erinnerungen die — kennzeichnende — Antwort an, die er an der Jahreswende 1903/04 auf Vorhaltungen gegeben hatte, daß seine „Bilanz des neuen Kurses“ ein verderblicher Schritt gewesen sei und „ein wirklicher Monarchist mit seinem König durch dick und dünn gehen müsse, einerlei, ob dieser recht habe oder nicht“: es gehe „ja nicht allein um die Person des Königs, sondern um das Schicksal eines ganzen Volkes“, nach seiner Überzeugung „müsse der König, wenn nötig, gezwungen werden, die Sache des Königtums und das Geschick des Volkes vor dem Sturz in den Abgrund zu retten. Die wahre Königstreue bestehe ... darin, dem Könige die Wahrheit zu sagen“.<sup>287</sup>

Als Beispiel der in den Kreisen des AV herrschenden Auffassung über die Persönlichkeit Kaiser Wilhelms II. seien die Worte des „Einhard“ aus dem Jahre 1908 angeführt: „Der Kaiser besitzt zweifellos geistige Fähigkeiten besonderer Art, die ihn auf allzu vielen Gebieten heimisch erscheinen lassen — aber es fehlt die Vertiefung, die durch wirkliche Gedankenarbeit errungene Beherrschung des Gegenstandes, und die vorhandenen Fähigkeiten, weder gezügelt durch eigenes Urteil,

---

286. A. Bl. 1901, Nr. 10.

287. Claß, Wider den Strom, S. 97.

noch durch fremdes, verführen zu oberflächlicher Betrachtung und Behandlung der Dinge ... Seine Bewunderer ließen ihn merken, daß er ein Genie sei, und verführten ihn zu einem Selbstbewußtsein, das keinen Widerspruch zuließ ... Sittliche Reinheit und ein lauterer Familienleben hinderten nicht, daß unlautere Menschen sein Vertrauen gewannen und seine Umgebung vergifteten. Mangel an Menschenkenntnis verschuldete dies — Mangel an Menschenkenntnis führte ihn in der Wahl seiner politischen Berater von einem Mißgriff zum andern“.<sup>288</sup>

Wie tief die Kluft zwischen Herrscher und Volk geworden war, zeigten die Ereignisse der „Schwarzen Woche“: die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ über das Kaiser-Interview und der Sturm der Entrüstung, der darauf in der öffentlichen Meinung Deutschlands von rechts bis links einmütig zum Ausbruch kam. Der AV berief sogleich einen außerordentlichen Verbandstag nach Leipzig, auf dem Claß über den „Zusammenbruch der reichsdeutschen Politik und seine Folgen“ sprach. Im Gegensatz zu dem landläufigen Urteil hielten die Alldeutschen die alleinige Beschuldigung des Kaisers für „ungerecht und auch unwahr“: „Alle Faktoren unseres öffentlichen Lebens sind verantwortlich zu machen dafür, daß es so weit kommen konnte“. Der Redner erinnerte daran, wie wenige Zeitungen bisher gewagt hatten, an der Politik des neuen Kurses Kritik zu üben, wie die Volksvertretung ihre Pflicht versäumt habe und in der gesamten Öffentlichkeit eine persönliche Verherrlichung des Trägers der Krone üblich geworden war, die ihm ein völlig falsches Bild von der Stimmung und den Ansichten im Volke geben mußte. „Wir haben in einer Zeit der Lüge gelebt, die fürchterlich gelastet hat auf allen denen, die es ernst nahmen mit ihrem Volke und der Person des Kaisers. Diese fürchterliche Lüge ist zerstört und das ist ein unendliches Glück für das deutsche Volk und seinen Kaiser“. Claß zählte dann noch einmal die Schäden auf, die jetzt offenkundig geworden waren, und wandte sich dagegen, daß alles sogleich wieder vergessen werde: „Wir dürfen die Wunde nicht zu früh vernarben lassen, ehe nicht wirklich volle Heilung erfolgt ist ... Es ist

---

288. Einhart, a. a. O., S. 299.



ein falsch verstandener Royalismus, nun Schluß machen und sich stellen zu wollen, als ob mit dem einen oder anderen Kaiserworte alles auf den Stand vor 1890 zurückgeführt sei“.<sup>289</sup> Die von anderer Seite vorgeschlagene Änderung der Reichsverfassung lehnte der AV allerdings ab,<sup>290</sup> denn: „Was jetzt not tut, sind nicht Maßregeln, sondern Männer!“<sup>289</sup>

### § 5.

Der letzte Kanzler der Vorkriegszeit, von Bethmann-Hollweg, wurde von den Alldeutschen auf Grund seiner politischen Vergangenheit und des Eindruckes seiner Persönlichkeit mit der Hoffnung begrüßt, daß das Amt Bismarcks endlich in den rechten Händen liege. Hinzu kam, daß der neue Führer der Reichspolitik auf das Anerbieten des AV, ihm seine geistigen und politischen Kräfte zur Verfügung zu stellen, erwiderte, „die bisherige Arbeit des Alldeutschen Verbandes mit dem größten Anteil verfolgt zu haben und zu einem Zusammengehen bereit zu sein“.<sup>291</sup> Andererseits waren die Alldeutschen entschlossen, auch bei einem von ihren Anschauungen abweichenden Verhalten des Kanzlers zunächst mit einer Kritik zurückzuhalten, da sie überzeugt waren, daß Bethmann-Hollweg eine „allzu schwer belastete Erbschaft“ angetreten habe, die schnelle Erfolge nicht erwarten ließ.

Im Frühjahr 1910 gaben dann freilich Ausführungen des Reichskanzlers zur elsäß-lothringischen Verfassungsfrage und grundsätzliche Betrachtungen zur Außenpolitik, die mit der „durch das Wesen des Staates und der politischen Gegensätze zum zwingenden Gebote gemachten Politik gerechter nationaler Selbstsucht“ in Widerspruch standen,<sup>292</sup> dem Verband Anlaß, Bedenken über den eingeschlagenen Weg zu äußern: „Die politischen Ostern sind uns verdorben, und soweit wir sehen, allen Ernstes im Vaterlande ... Noch hat Herr von Bethmann-Hollweg die ersten Schritte auf der abschüssigen Bahn getan;

---

289. A. Bl. 1908, Nr. 48; A. K., S. 390/395.

290. vergl. S. 93.

291. Claß, Wider den Strom, S. 144.

292. A. Bl. 1910, Nr. 13; A. K., S. 444 (Claß).

dürfen wir hoffen, daß er sie zurücktut?“<sup>292</sup> Die weitere Entwicklung, die im folgenden Jahre zur Einbringung und Annahme der reichsländischen Verfassung im Parlament führte, zeigte in ihrer Beurteilung durch den AV, wie weit bereits die Ansichten des Verbandes und die Tätigkeit des Kanzlers auseinandergingen.<sup>293</sup> Nicht minder schwere Gefahren für das Deutschtum, als sie die Versöhnungspolitik Bethmann-Hollwegs im Westen des Reiches zur Folge zu haben drohte, sahen die Alldeutschen gleichzeitig in der Nichtanwendung des Enteignungsgesetzes in der Ostmark aufsteigen, die das ganze bisherige Werk der Germanisation in Frage zu stellen schien. Sie kündeten daher auch auf diesem Gebiete heftigsten Widerstand gegen die „verhängnisvolle und unverantwortliche“ Politik der Regierung an. Zum dritten erblickte damals der AV ein folgenschweres Versagen des Kanzlers in der weiteren Verzögerung der vom Verband für dringend notwendig erachteten Neuregelung des deutschen Reichsangehörigkeitsgesetzes.

Ein langsames, aber stetes Fortschreiten stellten dagegen die Alldeutschen in der deutschen Kolonialpolitik fest, zumal für diese nach den Worten des neuen Staatssekretärs von Lindquist fortan ausschließlich deutsch-nationale Gesichtspunkte maßgebend sein sollten. „Mit voller Genugtuung“ wurde endlich der „frische Zug“ in der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten des Reiches seit dem Amtsantritt Kiderlen-Wächters begrüßt, dessen Wirken an bedeutsamer Stelle der AV nach dem ihm zugeschriebenen Erfolg in der Bosnien-Krise von 1909 große Erwartungen entgegenbrachte. Der „Panthersprung“ nach Agadir ließ die alldeutschen Hoffnungen auf die Wiederkehr einer „starken, erfolgreichen und würdigen“ deutschen Außenpolitik aufs höchste steigen, und umso schwerer war die Enttäuschung über den Ausgang dieses Unternehmens, so daß am Ende des Jahres 1911 eine Vorstandssitzung des Verbandes offen die Forderung nach dem Rücktritt des Staatssekretärs und des Kanzlers erhob.<sup>294</sup> „Die Schwäche der Regierung, ihre Ziel- und Willenlosigkeit, die sich in gleicher Weise auf dem Gebiete der äße-

---

293. vergl. S. 110/111.

294. vergl. S. 150/151.

ren und inneren: Politik zeigen“<sup>295</sup>, wurden dann von den Alldeutschen auch als die wahre Ursache für das „beschämende“ Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912 hingestellt, das im Widerspruch zu der vaterländischen Begeisterung des deutschen Volkes in den vorangegangenen Monaten die internationale Sozialdemokratie auf über 4 Millionen Stimmen hatte anwachsen lassen.

Von jenem Zeitpunkt an sind fast alle Berichte von den Verbandstagungen, ebenso wie die Ausführungen in den Versammlungen der Ortsgruppen und die Beiträge in den Alldeutschen Blättern von dem Gedanken an die unausweichlich drohende Entladung der über Europa lagernden politischen Spannung erfüllt. Die Ereignisse um Marokko hatten Frankreich erneut als den „Erbfeind“ und England als den „zähesten, verschlagensten, rücksichtslosesten Gegner“ des Reiches erwiesen.<sup>296</sup> In den Beziehungen zu Rußland glaubten die Alldeutschen freilich anfangs eine erfreuliche Besserung bemerken zu können, doch wurden schon unmittelbar nach der Zusammenkunft von Baltischport in ihren Reihen Warnungen vor der deutschfeindlichen Stimmung im russischen Volk und Herr laut. Der zunehmende Zerfall der türkischen Macht, die dem Deutschen Reiche befreundet war, unterstrich den Ernst der politischen Entwicklung, und die offenbar gewordene falsche Einschätzung ihrer Lebenskraft gab nach dem Urteil des AV einen neuen Beweis für das Versagen der deutschen Diplomatie. Mit besonderer Schärfe wandten sich bei dieser Lage die Alldeutschen gegen das unzureichende Ausmaß der deutschen Rüstungsvorlagen, das nach ihrer Meinung auf den persönlichen Einfluß des Kanzlers zurückzuführen war.

Den Ausbruch und Verlauf des ersten Balkankrieges verfolgte der Verband vor allem im Hinblick auf die erwartete Rückwirkung auf Österreich-Ungarn mit größter Aufmerksamkeit. Claß gab dazu auf der Vorstandssitzung vom Dezember 1912 der Überzeugung der Mehrheit der Mitglieder<sup>297</sup> dahin Ausdruck, daß das Deutsche Reich, falls die Donaumonarchie zu

---

295. A. Bl. 1912, Nr. 3 (Claß).

296. A. Bl. 1911, Nr. 37 (Claß a. d. Verbandtag).

297. vergl. S. 128/129.

einem aktiven Eingreifen in den Kampf genötigt werde, sich von vornherein an ihre Seite stellen müsse, um eine Schwächung des Bundesgenossen, des einzigen Großstaates, „der nach allen Irrungen des neuen Kurses und infolge ihrer . . . nicht als unser offener oder heimlicher Feind angesehen werden müsse“<sup>298</sup>, unbedingt zu verhindern. „So ernst wie kaum eine zuvor“ erschien den Alldeutschen die Jahreswende von 1912 zu 1913: „Fügt es das Schicksal, daß die Schwerter aus der Scheide fliegen, so müssen wir uns klar sein, daß es um unser Dasein geht“.<sup>299</sup>

Die äußere Entspannung im neuen Jahre betrachtete der AV nur als einen vorübergehenden Zustand, der keinesfalls dazu mißbraucht werden dürfe, „um unser Volk den Ernst unserer politischen Lage vergessen zu machen“.<sup>300</sup> Zum mindesten die Auseinandersetzung mit Rußland und Frankreich sah der Verband nach wie vor als unvermeidlich an. Aus diesem Grunde bedauerte er tief das Fehlen einer starken, entschlossenen Leitung der Reichspolitik: „Ein unheimliches Gefühl herrscht bei allen, die über die wirkliche Lage unseres Vaterlandes klar sind: man sieht unser Volk führerlos in so schicksalsschwangerer Zeit. Jeder Tag kann Entscheidendes bringen — aber wo sind an unserer Spitze die Männer, die das Schicksal meistern und gestalten könnten! Das ist gewiß, die heute Regierenden sind es nicht“.<sup>301</sup> Der Gegensatz zwischen Bethmann-Hollweg und den Alldeutschen war unüberbrückbar geworden. Zu der Fortdauer des von ihnen bekämpften Kurses in der Grenzmarkenpolitik kam im Inneren die Zulassung eines Welfen auf den Thron von Braunschweig ohne genügende Garantien für die Unantastbarkeit des preußischen Staates, während in der Außenpolitik nach dem für das Deutschtum Mitteleuropas unbefriedigenden Ausgang der Balkanwirren die deutsch-englischen Verständigungsverhandlungen und die amtlich geäußerten Auffassungen über die gegenwärtige günstige Stellung des Reiches zu den anderen Mächten

---

298. A. Bl. 1912, Nr. 49.

299. A. Bl. 1912, Nr. 52 (Claß).

300. A. Bl. 1913, Nr. 2 (Claß).

301. A. Bl. 1913, Nr. 18 (Claß).



die Bedenken des AV nicht verstummen ließen: „Um den Preis der Entsagung können wir die Freundschaft der ganzen Welt genießen. Aber wir wollen und dürfen nicht entsagen!“<sup>302</sup> Neben den Interessen des Wirtschaftslebens und ethisch-kulturellen Ideen — die nach Meinung der Alldutschen allein bestimmend für die Politik des von ihnen nach dem Kanzler benannten „B-Systems“ waren — forderte der Verband die stete Anerkennung der völkischen Belange und des nationalen Stolzes als maßgebende Gesichtspunkte für die Führung der auswärtigen Politik.

Die letzte Vorstandssitzung des AV vor dem Beginn des Weltkrieges — im April 1914 — stand ganz unter dem Eindruck, daß sich wohl zur Zeit eine geringe Besserung in dem Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und England feststellen laße („das heißt aber nicht, daß England nun nicht mehr unser Gegner sei oder daß es nicht mehr bereit sei, an feindlichen Machenschaften oder Unternehmungen anderer Staaten gegen unser Vaterland teilzunehmen. Das Gegenteil ist erwiesen“), daß aber auf der anderen Seite ebenso offenkundig geworden war, „daß die unnatürlichen Zustände in Europa, der Wille unserer Gegner, uns auszuschalten von jeder größeren weltpolitischen Betätigung — daß dies zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen muß, daß es sich für uns längst nicht mehr ums Biegen handelt, sondern ums Brechen“.<sup>303</sup> Nach dem Bericht des Admirals Breusing faßte die Tagung eine Entschliebung, in der ausgesprochen wurde, „daß die nach der Beendigung der Balkankriege erwartete Entspannung der auswärtigen politischen Lage in Europa nicht eingetreten ist, daß diese im Gegenteil durch die außerordentlichen Rüstungen Frankreichs und Rußlands, durch die deutschfeindliche Stimmung maßgebender Schichten in beiden Nachbarstaaten und durch unfreundliche Handlungen ihrer Regierungen verschärft worden ist. Der Vorstand zieht aus allen diesen Vorgängen den Schluß, daß Frankreich und Rußland den entscheidenden Kampf gegen das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn vorbereiten, und daß beide loszuschlagen beab-

---

302. A. Bl. 1913, Nr. 37 (Claß a. d. Verbandstag).

303. A. Bl. 1914, Nr. 17 (Breusing).

sichtigen, sobald sie die Gelegenheit für günstig halten. Der Vorstand ist weiterhin überzeugt, daß dieser Kampf für eine weite Zukunft, vielleicht für immer über das Schicksal des deutschen Volkes entscheiden wird, und daß das Geschick der anderen germanischen Völker Europas damit aufs engste verknüpft sein wird. In dieser Erkenntnis hält es der Alldeutsche Verband für seine Pflicht: unser Volk zu mahnen, der großen Zeit wachsam und entschlossen entgegenzugehen, sich durch Anspannung aller sittlichen Kräfte und durch Unterdrückung allen inneren Haders auf sie vorzubereiten, nicht zuletzt aber alle zur Stärkung seiner Rüstung notwendigen Mittel willig bereitzustellen“.<sup>304</sup>

Aufsätze der Alldeutschen Blätter berichteten auch in den folgenden Wochen von den steigenden und beschleunigten Kriegsvorbereitungen der Nachbarstaaten, vor allem Rußlands und Frankreichs: „Eine Sachlage aber, bei der zwei mächtige, nicht kriegsscheue, hassensfähige und haßentflammte Völker einen Zeitpunkt eingetreten oder nahe gerückt wähnen, der ihnen für eine kriegerische Auseinandersetzung günstigere Aussichten als jemals später zu bieten scheint, muß einmal zum Kriege führen. Wir hielten und halten heute mehr denn je dafür, daß Deutschland und Österreich-Ungarn eine kriegerische Auseinandersetzung mit ihren ostwestlichen Nachbarn auch bei ehrlichem Friedenswillen nicht werden vermeiden können, daß ihnen vielmehr ein furchtbarer Entscheidungskampf aufgezwungen werden wird. Wann freilich die große ernste Stunde schlagen wird — darüber Vermutungen anzustellen, halten wir für vermessen... Aber lehnen wir auch die Zeichendeuter ab, so noch schärfer die Leisetreter und Flaumacher. Diese sind schon sehr eifrig auf dem Plan; sie rufen, es habe wohl seine Richtigkeit mit den gegnerischen Rüstungen, aber man solle doch um Gotteswillen nicht durch allzuvielen Reden darüber das deutsche „Volk“ nervös machen, unsere Heeresverwaltung würde schon in der Stille die nötigen Gegenmaßnahmen treffen... Sollten wirkliche Männer davon nervös werden, wenn man ihren Blick auf Gewitterwolken lenkt? Aber wir halten auch gar nicht dafür, daß hinter den Worten der meisten dieser Schlummerlieder-

---

304. A. Bl. 1914, Nr. 17.

Sänger ernste Sorge um des deutschen Volkes Nerven steckt; es wird wohl mehr Sorge ums „Geschäft“ sein . . . Wer den hohen Ernst einer nicht fernen Zukunft absichtlich verschleiern will, weil er davon „Abschwächung der Konjunktur“ befürchtet, der versündigt sich namenlos schwer am deutschen Volke, der ist des Hochverrats am deutschen Volke zu zeihen. Den großen Entscheidungskampf werden wir nur bestehen, wenn wir in ihn nicht nur in vollster militärischer, sondern auch höchster seelischer Bereitschaft eintreten, diese erzeugen wir aber nicht durch Vertuschen und Verschweigen, sondern nur durch offenes, ruhiges Darlegen der Sachlage in ihrem vollen Ernst . . . Die Hand bis zum letzten Augenblick am Pfluge, aber das Schwert locker und scharf zur Seite, so wollen wir Deutsche der ersten Zukunft entgegengehen, so allein ist's rechte Deutsche Art“.<sup>305</sup>

Sah es der AV mithin als seine besondere Aufgabe an, bei der Schwere der nahenden Gefahren alles zu tun, um an Stelle des Parteienhaders und materialistischer Sonderinteressen einen einheitlichen, entschlossen-nationalen Willen im ganzen Volke zu wecken, so blickte er mit umso größerer Sorge auf die Gestaltung der deutschen Regierungspolitik, die nun fast ein halbes Jahrzehnt in den Händen Bethmann-Hollwegs lag: „Als er berufen wurde, die Nachfolge des Fürsten Bülow anzutreten, bedauerte man ihn wegen des traurigen Zustandes dieser Erbschaft. Heute bedauert man noch viel mehr: das Reich, Preußen, das deutsche Volk und den unglücklichen Kanzler selbst. Aber, wahrhaftig, wie lange sollen wir noch zuschauen, wie dieser unpolitische Mann, der als Mensch alle Achtung verdient, als Staatslenker aber schlechthin unmöglich ist, das Erbe Bismarcks weiter verwirtschaftet! Der politische Weg, den er seit fünf Jahren gegangen ist und auf dem unser Volk ihm wider Willen folgen mußte, ist im Innern und nach außen ein endloser Leidensweg gewesen. Sein Werk ist es am letzten Ende, wenn heute — was keine amtliche Feder mehr zu bestreiten wagt — unsere politische Lage so schwierig ist, wie noch nie seit dem Tage von Versailles. Er aber ist noch im Amt und noch liest man, daß er sich des unverminderten Vertrauens des Auslandes er-

freut! Das ist der Gipfel . Das Ausland vertraut dem deutschen Reichskanzler — wo aber ist im Vaterlande selbst ein politisch ernst zu nehmender Mensch, der dasselbe tut?“<sup>306</sup>

Die sichere Ahnung, daß schon die allernächste Zeit den Ausbruch des Daseinskampfes des Deutschtums bringen werde, die klare Erkenntnis, daß die verantwortlichen Träger der deutschen Politik ihrer Aufgabe — zumal in so bedeutungsvoller Stunde — nicht gewachsen seien und der bange Zweifel, ob das deutsche Volk körperlich und seelisch noch die Kraft zum Bestehen der schwersten Prüfung in sich trage — sie kennzeichnen die Stimmung, die im Frühjahr des Schicksalsjahres 1914 in alldutschen Kreisen vorherrschend war.

---

306. A. Bl. 1914, Nr. 25 (Claß).



## Dritter Teil.

### Erstes Kapitel:

#### *Alldeutsche Betrachtungen zum Weltkrieg 1914 — 1918.*

#### § 1.

Die Schüsse, die am 28. Juni 1914 in Serajewo dem Leben des Erzherzog-Thronfolgers von Österreich ein Ende setzten, ließen die über Europa lastende Spannung aufs höchste ansteigen. „Wer den Zustand des Habsburgerreiches kennt“, schrieben die Alld. Blätter auf die Kunde von dem Attentat, „weiß, was der Thronfolger für seine Zukunft bedeutete. Er sollte die Antwort auf die Frage geben, ob das Reich erhalten werden kann, und diese Hauptfrage schloß eine Reihe schwerster anderer in sich, auf die wiederum die Antwort von Franz Ferdinand erwartet wurde . . . Wer den Dingen auf den Grund geht, wird finden, daß seit Bismarcks Entlassung, vielleicht sogar seit dem Tage von Versailles kein wichtigeres Ereignis eingetreten ist als Franz Ferdinands vorzeitiger Tod. Seine politischen Folgen zu erörtern, ist heute nicht die Zeit — nur das wollen wir hervorheben, daß die Zukunft des deutschen Volkes in der Ostmark und das Schicksal Mitteleuropas eng mit Franz Ferdinands Persönlichkeit verknüpft schien — so oder so . . . Ein ungeheures Schicksal ist in diesen Tagen vor uns getreten; unsere Gedanken graben hinein in die Zukunft und suchen sie zu enträtseln, durchforschen die Möglichkeiten der Entwicklung. Bei dem allen leitet uns ein Gefühl, ein Gedanke: die Sorge um das Deutschum Österreich-Ungarns. Gott schütze das deutsche Volk!“<sup>307</sup>

---

307. A. Bl. 1914, Nr. 27 (Claß).

Bald jedoch bestand bei den Alldeutschen kein Zweifel mehr darüber, daß der österreichisch-serbische Konflikt nicht auf die zunächst Beteiligten beschränkt bleiben werde. „Bis zur Unerträglichkeit ist die politische Atmosphäre geladen, und jeder Tag kann den Ausbruch des Gewitters bringen, dessen Blitze das ganze Festland entflammen werden“, heißt es in der alldeutschen Umschau der letzten Juliwoche, „... es geht ein Raunen durch die Welt, daß dieser Frühherbst den Krieg bringen wird“.<sup>308</sup> Das Ultimatum der Donaumonarchie an Serbien wurde vom AV begrüßt: „Daß Österreich im Recht ist, unbedingt und zwar sowohl in der Sache wie in der Form“, erklärte Class in den Alld. Blättern, „kann niemand bestreiten, der die Geschichte der letzten sechs Jahre kennt; daß es die Pflicht hat, wenn es sich nicht selbst aufgeben will, das großserbische Wespennest auszubrennen, versteht sich am Rande, und wir hoffen und wünschen, daß dies Ausbrennen ohne Rücksicht auf falsche Menschlichkeit so gründlich und restlos geschieht, daß Europa vor solch' aberwitzigen und abenteuerlichen Friedensstörern Ruhe verschafft bekommt“.<sup>309</sup> Die Verkündung des Kriegszustandes zwischen beiden Staaten erschien dann, „wenn nicht alle Zeichen trügen“, als der Auftakt zu weit größerem Geschehen: „Wir hören den Schritt der Weltgeschichte, und es ist die Frage, ob er verhallt oder machtvoll und weithin dröhnen wird, ob er Ereignisse herausstampft, die für Europa, die vor allem für unser Volk von schicksalvoller Bedeutung werden müssen. Wenn Rußland sich hinter Serbien stellt, dann ist die Stunde gekommen, wo Mitteleuropa ein großes Feldlager wird; es hebt die lange erwartete, unvermeidliche Auseinandersetzung zwischen dem Deutschtum und Slawentum an — darum wird es sich handeln, und man darf sich auch dadurch nicht irre machen lassen, daß in diesem Fall neben den slawischen Russen und Serben bestimmt Franzosen stehen werden ... Es wird ein Kampf werden auf Leben und Tod! ... Wie immer die Ereignisse sich wenden, das muß in diesen Tagen unser Gesetz sein: mit der ganzen Kraft bis zum letzten Mann bei Österreich zu stehen — alles an alles zu setzen, im Bewußtsein,

---

308. A. Bl. 1914, Nr. 30.

309. A. Bl. 1914, Nr. 31 (Claß).

daß wir nicht unterliegen dürfen — was immer kommen mag, auszunützen im edelsten Sinn zur inneren Läuterung unseres Volkes, zu seiner Wiedergeburt“.<sup>309</sup>

Die Haltung des AV in jenen Tagen entsprach durchaus der Stimmung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, Widerspruch fand sie hingegen bei einzelnen Vertretern des Verbandes selbst, die schon seit Jahren die Österreich-Politik des Vorsitzenden ablehnten.<sup>310</sup> Reismann-Grone etwa sah in dem Vorgehen der österreichischen Regierung nichts anderes als eine Angriffspolitik, zu deren Unterstützung das Deutsche Reich durch das Bündnis in keiner Weise verpflichtet sei, zumal sie bei einem Erfolg sich gegen die Belange des Deutschtums auswirken werde. Claß freilich gelang es in den letzten Julitagen durch eine große Rede vor den rheinisch-westfälischen Vertrauensmännern, in deren Reihen sich vornehmlich die Opposition befand, auch in diesem Kreise eine einmütige Billigung seiner Politik zu erhalten, während Reismann-Grone aus dem Verband ausschied. Zur selben Zeit erging an alle Ortsgruppen und Vertrauensleute eine Kundgebung der Hauptleitung, in der die Stellungnahme des AV noch einmal klar umrissen war: „Entsprechend der Haltung, die die Verbandsleitung vom ersten Tag der Balkankrise an angenommen hat und die von drei Tagungen des Gesamtvorstandes entweder einstimmig oder mit überwältigender Mehrheit gutgeheißen worden ist“, erklärte sie: „Der Alldutsche Verband vertritt die Überzeugung daß das Deutsche Reich im jetzigen österreichisch-serbischen Konflikt das unbedingte Recht der österreichisch-ungarischen Monarchie anerkennt und daß es, falls Rußland Serbien unterstützt und den Kampf gegen unseren Bundesgenossen aufnimmt, Österreich mit aller Macht zur Seite tritt und mit dem letzten Mann bis zur Durchführung des Kampfes an seiner Seite ausharrt“.<sup>311</sup>

Nach der Mobilmachung des Deutschen Reiches erschien eine Sondernummer der Alld. Blätter, an deren Spitze ein „Waffensegens“ aus der Feder des alldutschen Führers stand. Wer die sorgenvolle Stimmung kennt, die die innere und äußere Entwicklung Deutschlands in den Jahren vor dem Weltkrieg in den völk-

---

310. vergl. S. 129.

311. A. Bl. 1914, Nr. 31.

schen Kreisen mehr und mehr Platz greifen ließ, der allein kann er-  
messen, welche Begeisterung die einmütige nationale Erhebung  
und die vaterländische Opferbereitschaft des ganzen Volkes in  
den Augusttagen von 1914 in ihren Reihen auslösen mußte. Ihr  
entstammen auch jene Worte von Claß, die von Gegnern später —  
aus dem Zusammenhang gelöst — als „Beweis“ für eine „Kriegs-  
schuld“ der Alldutschen wiederholt herangezogen wurden.  
„Wem hebt sich nicht stolz die Brust“, hieß es in jenem Auf-  
ruf, „wer jubelt nicht vor Stolz und Freude, wenn er sein Volk,  
„sein deutsches Volk“, jetzt sieht. Beschämt sind die Zweifler,  
die Ängstlichen, die da meinten, wir Deutschen seien den Folgen  
allzulangen Friedens, allzuschnell gewachsenen Reichtums schon  
erlegen . . . Die Stunde haben wir ersehnt — unsere Freunde  
wissen es — wo wir vor die gewaltigste Schicksals-Entscheidung  
gestellt werden, weil wir glauben und wissen, daß sie neben  
furchtbar Schwerem Rettung und Segen bringen wird. Nun ist sie  
da, die heilige Stunde! . . . Wer diese Tage mitgemacht hat, der  
ist seiner Deutschen sicher . . . So wie jetzt alles in Ordnung und  
Ruhe sich abspielt, wird sich der Aufmarsch vollziehen und dann  
— dann folgt der Kampf. Gewaltigstes bereitet sich vor, ein  
Riesenkampf, wie ihn die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat,  
gegen den alles, was sie bisher an Völkerringen aufzuweisen hat,  
sich ausnehmen wird, wie das Geplänkel gegen die Schlacht —  
derartiges mitzuerleben, lohnt ein Leben. Aber dieser Lebens-  
inhalt soll noch reicher werden durch das Ergebnis des blutigen  
Kampfes, den unser Volk in Waffen jetzt zu bestehen hat — reicher  
durch seine Taten, seinen Sieg! Wir werden siegen, wir wollen,  
wir müssen siegen: das ist die Gewißheit, der Drang von Mil-  
lionen und Abermillionen deutscher Menschen . . . Der deutsche  
Kaiser hat das Schwert gezogen; das deutsche Volksheer rückt aus.  
Alle guten Geister mögen mit ihm sein . . . Heil dem Kaiser!  
Heil dem deutschen Heere! Heil der deutschen Flotte! Segen den  
deutschen Waffen!“<sup>312</sup>

Die wehrfähigen Mitglieder des AV eilten zu den Fahnen  
und der Verbandstag, der für den Herbst nach Hamburg einbe-  
rufen war, wurde abgesagt. Ein Verzicht auf die Fortführung der

---

312. A. Bl. 1914, Sondernummer vom 3. August



gesamten Verbandstätigkeit für die Dauer des Krieges kam aber für die Alldeutschen nicht in Frage. Wie sie es vielmehr als die Pflicht jedes Einzelnen der Daheimgebliebenen ansahen, sich ebenfalls ganz in den Dienst der großen Zeit und ihrer Forderungen zu stellen, so setzte sich der AV selbst jetzt das Ziel, „zur Bewahrung der herrlichen Einmütigkeit, mit der das deutsche Volk zum Kampf aufstand, möglichst weite Kreise des Volkes über alle Partei- und Meinungsverschiedenheiten hinweg in gleicher Einmütigkeit zusammenfassen: zur Bereitschaft bei dem von Regierung und Volk mehrfach bekundeten Entschluß, den aufgedrungenen Kampf nun auch bis zur Erstreitung aller für eine rechte deutsche Zukunft erforderlichen Sicherheiten durchzufechten; zur Bereitschaft, an den großen und neuen Aufgaben mitzuarbeiten, die der Friede — wie auch immer er sich gestalten möge — dem deutschen Volke bringen und deren Lösung die einmütige lebendige Mitwirkung des gesamten deutschen Volkes erfordern wird“.<sup>313</sup> Wir haben bereits gesehen, daß der Verband während des Krieges ein starkes Anwachsen seiner Mitgliederzahl und eine steigende Beteiligung an seinen Veranstaltungen aufzuweisen hatte;<sup>314</sup> auf der anderen Seite vermehrte sich freilich auch die Zahl seiner Gegner und die Schärfe ihrer Angriffe erreichte den Höhepunkt.

## § 2.

Regelmäßige Berichte begleiteten in den ersten Monaten in den Alld. Blättern den Verlauf der Kämpfe im Osten und Westen, in den Schutzgebieten und zur See. Sie alle waren erfüllt von dem Stolz auf die Heldentaten der deutschen Truppen, aber sie warnen zugleich davor, in den raschen und großen Erfolgen schon die Gewähr für ein nahes Ende des Krieges zu erblicken. Lesen wir etwa in einer Schilderung von Anfang September voll Siegeszuversicht: „Merkt ihr's nun ihr Völker ringsum, was es heißt, mit Deutschen anbinden? Spürt ihr, daß den Deutschen gegenüber keine Rechnung stimmt, die sich auf Überzahl der Bajonette und Kanonen stützt? Wißt ihr nun endlich, daß es den „furor teutoni-

---

313. A. Bl. 1915, Nr. 12 („Kriegslosung des AV“).

314. vergl. S. 43.

cus“ wirklich gibt?“ finden wir doch unmittelbar darauf die andere ernstere Betrachtung: „So sehen wir denn rechts und links wahrhaft gigantische Kämpfe toben.. und doch ahnen wir schon, daß der Kampf noch an Riesengröße gewinnen wird; wir fühlen, daß noch mehr, immer mehr Völker in ihn hineingezogen werden dürften — neue Millionen werden auf den Plan treten, auf neuen teilweise weitverstreuten Schlachtfeldern die Waffen gegeneinander klirren...“<sup>315</sup> Auch als der deutsche Vormarsch zum Stocken gekommen war und die Nachrichten vom Mißerfolg an der Marne bekannt wurden, verließ die Alldutschen keinen Augenblick der feste Glaube an den Endsieg der deutschen Waffen. Mit besonderer Freude wurde in den Alld. Blättern das ruhmvolle Wirken der U-Boote und Kreuzer erwähnt, hatte doch der AV sich allezeit gerade für den Ausbau der deutschen Seemacht eingesetzt. Der Verlust der deutschen Kolonien wurde als unvermeidlich angesehen, wobei die heldenhafte Verteidigung trotz der Aussichtslosigkeit des Kampfes das höchste Lob fand.

Eine Kritik einzelner militärischer Maßnahmen konnte naturgemäß während des Krieges nicht in Frage kommen, wohl wurde aber wiederholt von den Alldutschen betont, welches unbedingte Vertrauen sie den deutschen Heerführern entgegen brachten. Daneben kam freilich schon früh die Sorge zum Ausdruck, daß die Kriegführung nicht nur nach militärischen Gesichtspunkten gestaltet werde, sondern durch politische Erwägungen der volle Erfolg der Tätigkeit der militärischen Stellen beeinträchtigt werden könnte. Wie der AV sogleich nach Kriegsausbruch die beschleunigte Vollendung der deutschen Rüstungen forderte, nahm er auch scharf gegen alle Versuche Stellung, dem restlosen Einsatz der dem Reiche zur Verfügung stehenden Machtmittel Schwierigkeiten zu bereiten. So wandte er sich vor allem gegen die — nach seiner Ansicht in einer übertriebenen und unberechtigten Rücksichtnahme auf die neutralen Länder und in Einflüssen interessierter Finanzkreise in Deutschland begründete — Zurückhaltung der in der kurzen Zeit bereits bewährten U-Boot-Waffe. „Eine Einschränkung des Unterseebootkrieges“, wie sie nach dem amerikanischen Protest wegen der Versenkung

---

315. A. Bl. 1914, Nr. 36.

der „Lusitania“ zu befürchten stand, „... würde vom ganzen deutschen Volk als unverzeihliche Schwäche empfunden werden“, schreiben in jenen Wochen die Alld. Blätter,<sup>316</sup> und kurz darauf unterstrichen sie — überzeugt, daß allein die rücksichtslose Anwendung der Unterseewaffe den englischen Aushungerungsplan zunichte machen und einen baldigen siegreichen Frieden herbeiführen werde — noch einmal die schwere Verantwortung, die derartige Hemmungen der Kriegsführung den Beteiligten auferlegten: „Hoffen wir“, hieß es unter Hinweis auf die bis zur Aufhebung der Zensur bestehende Beschränkung des freien Wortes, „daß das deutsche Volk dann bei der großen Rechnungslegung die Überzeugung gewinnen kann, es sei mit den von ihm zur Verfügung gestellten ungeheueren Kapitalien an Gut und Blut sparsam, weise und unter Ausschaltung abenteuerlicher Spekulationen gewirtschaftet worden“.<sup>317</sup> Die deutschen Antwortnoten an Wilson entsprachen in keiner Weise den alldeutschen Wünschen, sie waren vielmehr „bedenklich nahe an diejenige Grenze herangerückt, wo das Entgegenkommen aufhört und sich zur moralischen Niederlage wandelt. Wir fürchten sogar, daß Amerika gegenüber des Guten bereits zuviel getan ist“.<sup>318</sup>

Überhaupt stand neben der Zuversicht, mit der die Alldeutschen die Leistungen von Heer und Flotte verfolgten, von Anfang an ihr in den Erfahrungen der Vorkriegszeit begründetes Mißtrauen gegenüber der politischen Führung des Reiches. Sie erinnerten daran, daß die deutsche Regierung trotz aller Warnungen nicht an den Ernst der Lage habe glauben wollen und daß sie daher nicht wirksam der Bildung der Front der feindlichen Mächte entgegengetreten sei oder zum mindesten dann den unabwendbar gewordenen Kampf politisch und wirtschaftlich, sowie durch den äußersten Ausbau der militärischen Rüstung genügend vorbereitet habe. Sie machten es der deutschen Diplomatie zum Vorwurf, daß sie es auch während des Krieges nicht verstehe, die außenpolitische Stellung des Reiches zu ver-

---

316. A. Bl. 1915, Nr. 23.

317. A. Bl. 1915, Nr. 26.

318. A. Bl. 1915, Nr. 31.

bessern und den Anschluß weiterer Länder an den Feindbund zu verhindern. Daß neben England — dem „Hauptgegner“, der „dem deutschen Volke die Wege seines Aufstieges zur Weltmacht nicht freigegeben will“, der „uns rückhaltlos schaden will, wo und wie immer das möglich ist“<sup>319</sup> — neben dem rachedurstigen Frankreich und der slawischen Vormacht Rußland das „neutrale“ Belgien in den Reihen der Feinde Deutschlands stehen würde, war schon in den Jahren vor dem Kriege mehrfach in alldutschen Äußerungen als sicher bezeichnet worden. Die Kriegserklärung Japans wurde vor allem als ein Schlag gegen die weltbeglückenden Bestrebungen in Deutschland bezeichnet, da der ostasiatische Staat seinen raschen Aufstieg zu einem großen Teile deutscher Förderung zu verdanken habe; während hierbei anfangs ausgesprochen wurde, daß der ursprünglich von manchen Seiten erhoffte Anschluß Japans an die Mittelmächte schon aus rassistischen Gründen unerwünscht gewesen wäre, finden sich später Stimmen in den Alld. Blättern, die die „verpaßte Gelegenheit“ eines deutsch-japanischen Zusammengehens gegen England bedauerten. Mit dem Abfall Italiens vom Bündnis hatten die Alldutschen seit der Konferenz von Algeciras gerechnet, dennoch billigten sie die Versuche, durch eine (freilich in berechtigten Grenzen zu haltende!) Berücksichtigung seiner nationalen Wünsche von Seiten Österreichs seinen offenen Übergang zu den Feinden zu verhüten. Blieb in diesem Falle auch der Erfolg versagt, so glaubte der AV mit Bestimmtheit, daß ein gleiches — von ihm für unbedingt erforderlich erachtetes — Entgegenkommen Ungarns gegenüber den in seinem Staatsgebiet wohnenden Minderheiten eine günstige Wirkung auf die Entscheidung Rumäniens ausüben werde<sup>320</sup>, dessen seit dem Tode König Karls zweifelhafte Haltung nach alldentscher Ansicht die Stellungnahme der anderen neutralen Balkanstaaten stark beeinflusste und dessen Gewinn für die Sache der Mittelmächte eine wesentliche Entlastung bedeuten werde. Die Nachrichten von einem Aufstand der Buren wurden vom Verband mit Genugtuung begrüßt, erblickte er doch

---

319. A. Bl. 1914, Nr. 37.

320. vergl. S. 132.



darin eine Bestätigung der Richtigkeit seiner eigenen Burenpolitik. Ob dagegen der einzige Bundesgenosse, den die beiden Kaiserreiche im ersten Kriegsjahr gewonnen hatten, die Türkei, militärisch und politisch (durch die Erklärung des „heiligen Krieges“) eine wirksame Unterstützung bringen werde, ließen die Alldeutschen zunächst dahingestellt. Mit wachsender Besorgnis aber verfolgten sie die Entwicklung der inneren Zustände in der Donaumonarchie: den bereits bei Kriegsbeginn offenkundig werdenden Hochverrat der Tschechen und die zunehmende Entfremdung der beiden Reichshälften, während das deutsche Volk im Habsburger Reich trotz aller bitteren Erfahrungen und ohne verbürgte Aussicht auf eine Änderung der bisherigen Politik der Staatsleitung treu seine Pflicht erfüllte.

Konnte der AV also in diplomatischer Hinsicht nur ein Versagen der deutschen Regierung feststellen, so nicht minder auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Sicherstellung eines günstigen Kriegsverlaufs. Er wies auf die zahlreichen Mißstände hin, die sich sowohl in den Fragen der Volksernährung wie beim Heereslieferungsgeschäft zeigten, und erinnerte an die Vorschläge die er selbst schon vor Jahren hierzu den amtlichen Stellen unterbreitet hatte.<sup>321</sup> Der Verband bedauerte weiter, daß von den verantwortlichen Trägern des Staates nichts geschehe, um dafür zu sorgen, daß die „befreiende Wirkung“ des Krieges, in dem in kaum mehr erhoffter Weise alle sittlichen Kräfte des Volkes erwacht waren, zu einer dauernden gestaltet werde. Er wandte sich dagegen, daß die Regierung, anstatt die vaterländische Begeisterung, die sich in der ersten Kriegszeit in allen Schichten der Bevölkerung in gleicher Weise zeigte, zu einer endgültigen Vernichtung der internationalen Strömungen in Deutschland zu benutzen, durch eine mißverstandene Politik der „inneren Versöhnung“ dazu beitrage, den bereits verloren gegangenen Einfluß dieser Kreise auf die Volksmassen wiederherzustellen. Noch bedenklicher erschien den Alldeutschen freilich, daß die Art der Handhabung von „Burgfrieden“ und Zensur gerade in so entscheidender Zeit viele bewußt-nationale Stimmen zum Schweigen verurteile (auch die Alld. Blätter wiesen wieder-

---

321. vergl. S. 157.

holt Zensurlücken auf und ihre Nr. 4/1915 verfiel der Beschlagnahme) und damit die Gefahr emporwachse, daß die allgemeine nationale Erhebung bei längerer Dauer des Krieges und den steigenden Anforderungen und Opfern unter diesem System leicht durch Niedergeschlagenheit und Mißmut abgelöst werde. Soweit es in seinen Kräften stand, wollte der AV mithelfen, durch völkische Erziehungsarbeit wie auch besonders durch Aufzeigen der wahren Bedeutung des großen Ringens und des Zieles, das es an seinem Ende zu erreichen galt, einer solchen Entwicklung vorzubeugen.

Eine rückschauende Betrachtung der Alld. Blätter auf den ersten Abschnitt des Kampfes gedachte noch einmal der stolzen Ergebnisse der bisherigen Kriegshandlungen. „Die militärische Lage Deutschlands und seiner Verbündeten stellt sich bei Abschluß des ersten Kriegsjahres als außerordentlich günstig dar. Zwar hat es bei ihnen allen nicht an Rückschlägen gefehlt, wie dies durch die Überzahl der Gegner unvermeidlich war, und der ursprünglich für uns festgelegte Feldzugsplan hat nicht durchgehalten werden können. Aber wir wollen schon heute nicht verkennen“, hieß es dann weiter, „daß die dadurch bedingte Verlängerung des Krieges neben ihren unbestrittenen und tief bedauerlichen Nachteilen in Wirklichkeit für uns ein Segen geworden ist; denn ob ein ruheloser Siegeslauf, wie er im August vorigen Jahres angetreten wurde für uns nach den verschiedensten Richtungen hin nicht von geradezu verhängnisvollen Folgewirkungen gewesen sein würde, kann bei ruhiger Überlegung kaum noch bezweifelt werden. Erst durch die Verlängerung des Krieges sind unserem Volk die ganze Größe und der furchtbare Ernst der ihm drohenden Gefahr offenbar geworden und wiederum erst aus dieser Erkenntnis heraus ist ihm der höchste Wille zum Durchhalten, gleichzeitig aber auch der unbeugsame Wille zu einem den gebrachten ungeheuren Opfern entsprechenden Frieden — und nur zu einem solchen — entstanden. Daß dieser Friede erfochten werden kann, dafür bürgt schon heute die militärische Lage“.<sup>322</sup>

---

322. A. Bl. 1915, Nr. 31.

§ 3.

Während in den folgenden Monaten an den Fronten im Feindesland der Vormarsch der deutschen Truppen weithin im Stellungskrieg erstarrte, zugleich aber an die Kämpfer neue unerhörte Anforderungen durch die sich noch immer steigende zahlenmäßige Übermacht der Feinde und das Trommelfeuer der immer gewaltiger werdenden Materialschlachten gestellt wurden, wuchsen in der Heimat die wirtschaftlichen Schwierigkeiten und zerbrach mehr und mehr die innere Front des seelischen Widerstandes: ohne starke Führung zu hohen nationalen Zielen ließ ein immer größerer Teil des Volkes den Stimmen der „Flaumacher“ sein Ohr, der „Burgfriede“ wurde durch den verschärften Gegensatz der Parteien abgelöst, an die Stelle des Siegeswillens trat in wachsendem Umfang der vordringliche Ruf nach einer baldigen Beendigung des blutigen Ringens. Trotz alledem waren auch im zweiten und dritten Kriegsjahr die Alldeutschen von der „festen Überzeugung“ erfüllt, „daß es gelingen werde, den Krieg mit einem Frieden zu krönen, der alten Notwendigkeiten des Volkes in vollem Maße Rechnung trage“.<sup>323</sup> Ernster und sorgenvoller als im Anfang des Krieges waren freilich die Schilderungen über die innere Entwicklung in Deutschland gehalten, obwohl sie neben den vielen unerfreulichen Bildern doch auch Beispiele vorbildlicher Haltung und Opferfreudigkeit der Daheimgebliebenen aufweisen konnten. Die sichere Gewähr für den Enderfolg boten dem AV aber wie vordem Geist und Taten der „über jedes Lob erhabenen“ deutschen Truppen und ihrer Führer.

„Tiefstes Bedauern (— und mehr als das!“ erweckte daher in den Kreisen des Verbandes die Nachricht, daß die Verhandlungen der deutschen Regierung mit dem amerikanischen Präsidenten über die Gestaltung des U-Bootkrieges zum Ausscheiden des Staatssekretär-Großadmirals von Tirpitz aus der Leitung des Reichsmarineamtes geführt hatten. Die Entlassung dieses Mannes, „des einzig Großen, den der neue Kurs hervorgebracht

---

323. A. Bl. 1916, Nr. 44 (Bericht v. d. Vorstandssitzung).

324. A. Bl. 1916, Nr. 13.

hat“, bedeutete nach dem Urteil der Alldutschen „ohne Frage in militärischer, vor allem aber auch in politischer Hinsicht den schwersten Rückschlag, den wir während des ganzen Krieges zu verzeichnen hatten“.<sup>324</sup> Hauptleitung und Gesch. Ausschuß, die in jenen Tagen zu einer Besprechung zusammentraten, brachten „in schwerer Schicksalsstunde“ dem „Schöpfer und Organisator der deutschen Flotte“ in dankbarer Würdigung seiner großen Verdienste ihre Huldigung dar. Volle Billigung fand hingegen in den alldutschen Reihen der wenige Monate später erfolgte Wechsel in der Obersten Heeresleitung, obwohl der Verband die Fähigkeiten Falkenhayns — zumal seine politische Begabung — durchaus anerkannte, die aber nicht die fehlende Eignung für das von ihm bisher versehene Amt ersetzen konnten. Es kam dabei nur das Bedauern zum Ausdruck, daß Hindenburg und Ludendorff, die bewährten Feldherrn und Retter des deutschen Ostens, deren Führung sich das ganze deutsche Volk in freudiger Zuversicht unterstellte, nicht schon vor zwei Jahren an die Spitze der gesamten Kriegsleitung berufen waren. Wir „haben das felsenfeste Vertrauen“, hieß es in den Alld. Blättern zur Ernennung Hindenburgs, „daß er die ungeheure in der Geschichte noch nie vorhanden gewesene Aufgabe lösen wird, die vor ihm liegt. Der rechte Mann an der rechten Stelle — das Gefühl wird in Millionen Deutscher in diesen Tagen die Gewähr des endgültigen Sieges befestigen“.<sup>325</sup>

Wie im ersten Kriegsjahr traten die Alldutschen auch später stets für den vollen Einsatz aller verfügbaren Kampfmittel ein, insbesondere aber jener, in denen das Deutsche Reich zur Zeit noch eine unbestrittene Überlegenheit über seine Gegner besaß. Die ungehemmte Anwendung dieser Waffen — der U-Boote und Luftschiffe — war nach ihrer Ansicht von entscheidender Bedeutung für die Niederringung Englands und damit für die beschleunigte Herbeiführung von Sieg und Frieden überhaupt. In den heftigen, im Hinblick auf die Zensur hauptsächlich unter Ausschluß einer weiteren Öffentlichkeit geführten Erörterungen über das Für und Wider des U-Bootkrieges konnte der AV zudem auf seine völlige Übereinstimmung mit den An-

---

325. A. Bl. 1916, Nr. 36.



schauungen des größten Teiles des deutschen Volkes hinweisen. Als dann endlich im Frühjahr 1917 der „uneingeschränkte Tauchbootkrieg“ verkündet wurde, rief diese Meldung bei den Alldeutschen „geradezu ein Gefühl der Erleichterung von einem schweren Alpdruck wach“.<sup>326</sup> Die fortan von den Alld. Blättern regelmäßig wiedergegebenen amtlichen Versenkungsziffern schienen zu beweisen, wie berechtigt schon seit Jahr und Tag der Ruf nach dieser Maßnahme gewesen war. „Zweifelt noch jemand, daß wir dem Siege entgegengehen?“ hieß es dabei einmal voll Zuversicht bei der Betrachtung der stetig steigenden Kurve der U-Booterfolge.<sup>327</sup> Ebenso teilten die Alldeutschen vollkommen die Überzeugung des Grafen Zeppelin von dem hohen militärischen Wert seiner Luftschiffe. Auch in diesem Falle fand die Ankündigung ihrer — lange vergeblich geforderten — kraftvolleren Handhabung „freudigsten Widerhall“ im Verband, nur wurde zugleich betont, daß die Feinde in der von deutscher Seite ungenutzten Zwischenzeit ihre Abwehr vervollkommen konnten und die deutschen Luftangriffe nunmehr notwendig von größeren Verlusten begleitet sein würden.

Bei den Auseinandersetzungen über die Durchführung des U-Bootkrieges hatten bis zuletzt die Hoffnungen der deutschen Regierung auf eine Aufrechterhaltung der amerikanischen Neutralität bestimmenden Einfluß ausgeübt. Der AV erinnerte dagegen an die feindselige Haltung, die die Vereinigten Staaten von Kriegsbeginn an in durchaus einseitiger Weise gegenüber den Mittelmächten eingenommen hatten. Er tadelte deshalb aufs schärfste die Politik der Nachgiebigkeit von deutscher Seite, die — wie die Alld. Blätter wiederholt an Beispielen aufzeigten — tatsächlich wirkungslos bleibe und nur dazu beitrage, die unbegründeten amerikanischen Ansprüche maßlos zu steigern. Der Verband ging so weit, unter den gegebenen Umständen den Krieg mit Amerika als eine Erleichterung der militärischen Lage anzusehen, da das Deutsche Reich dann in seiner Kriegführung von der ständigen Rücksichtnahme auf eine nur scheinbar neutrale Macht befreit sein werde. (Die Möglichkeit größerer ame-

---

326. A. Bl. 1917, Nr. 7.

327. A. Bl. 1917, Nr. 20.

rikanischer Truppentransporte nach Europa wurde hierbei freilich — in Erwartung des vollen Einsatzes der U-Boote — nicht ernstlich in Betracht gezogen.) Mehrere Monate vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten hatte bereits Rumänien diesen Schritt vollzogen. „Daß wir die Entwicklung, welche die Dinge in Bukarest genommen haben, lebhaft bedauern“, erklärten hierzu die Alldeutschen, „bedarf keiner Betonung. Es geschieht das nicht nur in Erinnerung der langjährigen herzlichen Beziehungen . . . sondern auch in Berücksichtigung der neuen Aufgabe, die dadurch unserer Heeresleitung erwachsen ist“.<sup>328</sup> Keine militärische, wohl aber eine wirtschaftspolitische Bedeutung für die Zeit nach dem Kriege kam dem — nach alldeutscher Ansicht unter dem Drucke Englands erfolgten — Beitritt Chinas zu den Feinden Deutschlands zu. Auch die Meldungen aus den neutral verbliebenen Staaten berichteten fast allgemein von einer Steigerung des Einflusses der Entente. Den Grund hierfür glaubten die Alldeutschen einmal in den Erfolgen der feindlichen Propaganda zu sehen, der die deutsche Diplomatie nicht genügend entgegenarbeite, zum andern aber in der Wirkung der gesamten politischen Haltung der deutschen Regierung auf die kleinen Länder, die sich verständlicherweise der ihnen als „stärker“ erscheinenden Partei annäherten.

Die Waffenstreckung Montenegros im Januar 1916 wurde als erste kleine Bresche im Ring der Feindmächte begrüßt, doch zugleich vor allzu weitgehenden Folgerungen aus der Friedensbitte dieses Zwergstaates gewarnt. Entscheidender waren hingegen am Ende des nächsten Jahres die Vorgänge in Rußland, die im AV aufmerksame Beachtung fanden. Vom deutschen Standpunkt aus schien die — in alldeutschen Kreisen zunächst auf englische (gegen Sonderfriedensbestrebungen der alten Regierung gerichtete) Urheberchaft zurückgeführte — Umwälzung im Zarenreich auf jeden Fall eine Entlastung zur Folge zu haben. Freilich waren die Nachrichten noch zu unbestimmt und die dem Chaos zutreibende Entwicklung noch zu undurchsichtig, um schon ein Recht zu größeren Hoffnungen zu gewähren. Die Maßnahmen der anderen feindlichen Länder in

---

328. A. Bl. 1916, Nr. 36.

jenen Wochen endlich ließen keinen Zweifel an ihrem Willen, alle Kräfte daranzusetzen, den Krieg bis zur klaren Niederwerfung des Deutschen Reiches fortzuführen.

In der im Spätherbst 1915 erfolgten Erweiterung des Kreises der Mittelmächte durch den Hinzutritt Bulgariens erblickte der AV nicht das Ergebnis einer geschickten deutschen Politik, sondern er schrieb das Verdienst an seiner Gewinnung ausschließlich den militärischen Erfolgen auf dem Balkan zu; den Wert des Anschlusses Bulgariens sah er dabei vornehmlich in der Herstellung einer erleichterten Verbindung zu dem türkischen Bundesgenossen. Einen breiten Raum nahmen auch in diesen Jahren in den alldeutschen Betrachtungen die Vorgänge in Österreich-Ungarn ein. Hatten vordem bereits die Erneuerung des Ausgleiches zwischen den beiden Reichshälften, die Regelung des deutsch-tschechischen Verhältnisses in Böhmen und die Frage der Sonderstellung Galiziens zu heftigen inneren Auseinandersetzungen geführt, so machte seit dem Tode Franz Josephs die Auflösung des Habsburgerstaates in seine einzelnen nationalen Bestandteile immer raschere Fortschritte. Während aber dabei die slawischen Völkerschaften rücksichtslos ihre Ansprüche vertraten, die sogar nicht an den Grenzen der Monarchie haltmachten, erschien den Alldeutschen die Art, „wie bisher die Deutschen ihre eigentlich unbesiegbare gute Sache vertreten haben, von allen starken und guten Geistern der Politik verlassen“.<sup>329</sup> Sie hielten es demgegenüber für die Pflicht der Deutsch-Österreicher, ebenfalls der Duldsamkeit zu entsagen und ihr Recht — wie es bislang allein die deutschradikale Partei versuchte — im Angriff durchzusetzen. Darüber hinaus war es nach Ansicht des AV unbedingt notwendig, daß auch das Deutsche Reich das Vorgehen der verschiedenen Nationalitäten, sowie das Treiben der Pazifistenpresse und der Sozialdemokratie an der Donau wachsam verfolge und die immer stärker hervortretenden bündnisfeindlichen Stimmen als bedrohliche Anzeichen nicht unterschätze.

Die Erwartungen, die vielfach in Deutschland gehegt wurden, daß die durch die deutschen Truppen von der zaristi-

---

329. A. Bl. 1917, Nr. 26.

schen Herrschaft befreien Polen eine wertvolle Unterstützung im Kampf gegen Rußland leisten würden, teilte der AV nicht. Er beobachtete vielmehr mit wachsender Sorge, wie die „auf Illusionen aufgebaute“ Politik der deutschen Regierung den polnischen Forderungen auf völlige nationale Unabhängigkeit entgegenkam und ihren „verhängnisvollen Höhepunkt“ in der mitten im Kriege erfolgten Verkündung der Errichtung eines selbständigen polnischen Königreiches fand, ohne daß zudem dem deutschen Volke und seiner parlamentarischen Vertretung — entgegen dem Versprechen des Kanzlers — die geringste Mitwirkung bei der Festlegung eines wichtigen Kriegsergebnisses gestattet war. Lobend erwähnt wurden dagegen von den Alldutschen alle Maßnahmen der deutschen Besatzungsbehörden im eroberten Belgien, die den stammverwandten Vlamen endlich die Gleichberechtigung neben dem bisher bevorzugten Wallonentum zuerkannten. Insbesondere begrüßten sie die von ihnen schon vor dem Kriege befürwortete Vlamisierung der Genter Hochschule und die Zusage einer grundsätzlichen Verwaltungstrennung des vlämischen und wallonischen Landesteiles.

Während im Osten und Westen bereits diese Ansätze zu tiefgreifenden politischen Umgestaltungen geschaffen wurden, war ein Ende des Kampfes selbst noch nicht abzusehen — immer tiefer griff er in das Leben der Völker wie der einzelnen Bürger ein, stellte neue Anforderungen, heischte neue Opfer. Für das inzwischen fast ganz vom Weltmarkt abgeschlossene Deutsche Reich gewannen dabei, je länger der Krieg dauerte, die wirtschaftspolitischen Fragen steigende Bedeutung. Die Wirtschaftskraft des deutschen Volkes zeigte sich in dem — vom AV mit lebhafter Freude festgestellten — großen Erfolg der verschiedenen Kriegsanleihen, für die auch in den Reihen des Verbandes eifrig geworben und gezeichnet wurde. Die andererseits bei der Regelung der Volksernährung entstandenen Schwierigkeiten führten die Alldutschen vor allem darauf zurück, daß die für die Lösung dieser Aufgabe am ehesten in Betracht kommenden berufsständischen Organisationen des Landvolkes zugunsten der von einer rein händlerischen Einstellung getragenen, fast ganz in jüdischen Händen befindlichen Kriegsgesellschaften zurückgedrängt waren. Wiederholt wandte sich der



Verband gegen die — trotz des noch bestehenden „Burgfriedens“ eifrig betriebene — einseitige Beschuldigung der Landwirtschaft; dafür forderte er die schärfsten Strafen gegen jede wucherische Ausnutzung der gegenwärtigen Notlage. Das 1916 von der Regierung auf Wunsch der Heeresleitung im Reichstag eingebrachte „Hilfsdienstgesetz“, das auch die letzten Kräfte der Heimat für den Endkampf mobilisieren und besonders für die Bereitstellung des Heeresbedarfes einsetzen sollte, wurde von den Alldeutschen als eine „unabweisbare, wenn auch harte Notwendigkeit“ angesehen; sie bedauerten nur, daß das Parlament den „ursprünglich großen und rein nationalpolitischen Gedanken“ in „ein vorwiegend unter sozialpolitische Sonderinteressen gestelltes Gesetz“ verfälscht hatte.<sup>330</sup>

Konnte auf diesem Gebiete die Sozialdemokratie einen Erfolg verzeichnen, so stellte der AV überhaupt ein neues gefährliches Anwachsen ihrer Tätigkeit fest. Er beobachtete voller Besorgnis, wie mitten im Kriege ihr Einfluß die Klassenspaltung selbst unter den Jugendlichen begünstigen und die für die körperliche und willensmäßige Vorbereitung der Heranwachsenden auf den Heeresdienst erwünschte Arbeit der „Jugendwehr“ hemmen durfte, ohne daß der Staat hiergegen einschritt. Nicht minder unheilvoll erschien freilich dem Verband, daß alle Erlebnisse des großen Kampfes es nicht vermocht hatten, die weltbürgerliche Gesinnung weiter Kreise des gebildeten Bürgertums zu überwinden, und daher noch im Jahre 1916, um ein Beispiel zu nennen, ein Aufruf von Pädagogen gegen Überspannung des nationalen Bewußtseins im Herzen der Jugend möglich war. Die Alldeutschen verwarfen auch die dem gleichen Geist entstammenden Versuche, ohne Rücksicht auf die Erfüllung der die Zukunft des Deutschtums verbürgenden Sicherheiten zu einem raschen Friedensschlusse zu kommen; der Parole „wir müssen durchhalten“ setzten sie ihre Losung „wir müssen siegen!“ entgegen. In dem Friedensangebot der Mittelmächte vom Dezemer 1916 vermochte der AV keinen gewinnbringenden Schritt zu erblicken, und er fürchtete, daß neben dem Eindruck der Schwäche auf die Gegner Deutschlands und die Neu-

---

330. A. Bl. 1916, Nr. 52.

tralen die Verzögerung wichtiger Kampfhandlungen die einzige Folge sein werde. Noch weniger erwartete der Verband von dem Eingreifen des amerikanischen Präsidenten in die Friedensverörterungen, zumal er grundsätzlich eine Beendigung des Krieges durch unmittelbare Verhandlungen von Macht zu Macht und nicht auf einem allgemeinen Friedenskongress oder durch die Vermittlung unbeteiligter Staaten wünschte. Die Ablehnung des deutschen Angebotes durch die Feinde und ihre Antwort an Wilson mußte — so meinten die Alldeutschen — auch den letzten Volksgenossen darüber belehren, daß dieser Weltkampf über das Dasein des deutschen Volkes und Reiches schlechthin entscheiden werde, und ihn darum zum höchsten Einsatz für die Sache seiner Nation zwingen. „Ernst war der Rückblick, ernst der Umblick“, hieß es in dem Bericht über die Frühjahrstagung des alldeutschen Vorstandes 1917, „aber die Mahnung, weiter zu arbeiten und weiter zu hoffen, rang sich doch überwältigend über alle Sorgen und Zweifel hinweg“.<sup>331</sup> Und als die große Mehrheit des Reichstages im Juli des gleichen Jahres durch die Zustimmung zur Friedensresolution Erzbergers ein neues Bekenntnis zu einem Frieden des Verzichtes ablegte, war es nach Ansicht des AV nun erst recht „die Aufgabe der Unabhängigen, der Aufrechten im Vaterlande, darzutun, daß sie nicht zulassen“, daß auf solche Weise „das deutsche Volk um den schwer erkämpften Lohn dieses Daseinskampfes“ betrogen werde.<sup>332</sup>

#### § 4.

Die Friedensnote, die Papst Benedikt zum Beginn des vierten Kriegsjahres den Oberhäuptern der kriegsführenden Staaten übersandte, konnte von den Alldeutschen ebensowenig als eine geeignete Grundlage, dem blutigen Ringen ein Ende zu bereiten, angesehen werden wie alle vorangegangenen Versuche, zu einem baldigen Frieden zu kommen. Da „die einzigen greifbaren Vorschläge“ des päpstlichen Schreibens „gegen die deutschen Lebensinteressen“ verstießen, erschien dem AV viel-

---

331. A. Bl. 1917, Nr. 17.

332. A. Bl. 1917, Nr. 31 (Claß).

mehr „schärfste Kritik . . . vom deutschen Standpunkt aus dringend geboten“.<sup>333</sup> Die Möglichkeit eines günstigen Abschlusses des Kampfes war dagegen für Deutschland zum erstenmal wirklich nahegerückt, als das militärisch niedergeworfene und durch die inneren Unruhen zerrüttete Rußland im November 1917 um Waffenstillstand und Friedensverhandlungen bitten mußte und Rumänien den gleichen Schritt vollzog. Freilich wurde in den alldutschen Kreisen gleichzeitig die bange Frage aufgeworfen, ob der Sieg der deutschen Waffen auch von der Erringung eines politischen Erfolges begleitet sein werde. Sie beobachteten daher mit größter Aufmerksamkeit die Vorgänge in Brest-Litowsk, überzeugt, „daß eine geschickte Diplomatie hier alles herausholen kann, was wir brauchen“<sup>334</sup>, nicht minder aber von der Sorge bedrückt, daß der deutsche Unterhändler Staatssekretär von Kühlmann („dieser Mit-Vernichter deutscher Ansprüche und Hoffnungen“, wie er in den Alld. Blättern benannt wurde)<sup>335</sup> leichthin bereit sein werde, weltbürgerlichen Theorien — vor allem „dem wahnwitzigen Schlagwort des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“<sup>336</sup> — zuliebe wichtige und nach der militärischen Lage erreichbare Sicherungen der deutschen Stellung im Osten preiszugeben. Weder der Würde des Deutschen Reiches noch den tatsächlichen Machtverhältnissen entsprach ferner nach dem Urteil der Alldutschen die Duldsamkeit, mit der die Vertreter der Mittelmächte die Hinauszögerung der Beratungen und die auf die Revolutionierung des deutschen Volkes und Heeres abzielenden „Fensterreden“ der bolschewistischen Abgesandten hinnahmen. Deshalb begrüßten sie das unerwartete Ende, das dieses „widerwärtige Zerrbild einer weltgeschichtlichen Verhandlung“<sup>335</sup> durch die Abreise Trotzki fand, in der Hoffnung, daß diese Wendung, die „ein gütiges Geschick“ in letzter Stunde gebracht habe, dazu verhelfen werde, doch noch „die Fülle der Ostfragen ganz im deutschen Sinn zu erledigen“.<sup>337</sup> Die raschen und erfolgreichen militärischen

---

333. A. Bl. 1917, Nr. 35.

334. A. Bl. 1917, Nr. 53.

335. A. Bl. 1918, Nr. 1 (Claß).

336. A. Bl. 1918, Nr. 2.

337. A. Bl. 1918, Nr. 9.

Maßnahmen, die zur erneuten Friedensbitte der russischen Regierung führten, wurden ebenso wie die entschlossene Haltung, die jetzt auf Seiten der deutschen Diplomatie eingenommen wurde, im AV mit großer Freude verfolgt. Das Ergebnis des in kurzer Frist unterzeichneten Friedensvertrages endlich gab dann den Alldutschen Anlaß, offen ihrer Genugtuung über den nunmehr errungenen „vollen Sieg“ im Osten<sup>338</sup> Ausdruck zu geben. Gewaltiges schien erreicht und eines der wichtigsten Kriegsziele Wirklichkeit geworden zu sein: „Unsere Flanke im Osten ist auf absehbare Zeit entlastet und gesichert“,<sup>339</sup> hieß es in den Alld. Blättern und mehrfach wurde darauf hingewiesen, daß die durch die Loslösung der Fremdvölker vom russischen Riesereich geschaffene Grenzziehung fast völlig den vom AV geäußerten Wünschen entsprach.

Die noch nicht zum Stillstand gekommene revolutionäre Umwälzung in Rußland, das wiederholte Uebergreifen des bolschewistischen Terrors auf die neu entstandenen Länder und die sich daraus für das deutsche Heer und die deutsche Politik ergebenden Schritte lenkten auch fernerhin die Blicke nach dem Osten. Die Alldutschen beobachteten vor allem die weitere Entwicklung der Randstaaten, wobei sie im Gegensatz zu Stimmen, die in anderen politischen Kreisen des Reiches zum Ausdruck kamen, hervorhoben, daß diese Gebiete „nicht um der Letten, Litauer und Polen . . . sondern um der Sicherung des deutschen Volkes willen“<sup>338</sup> von der russischen Herrschaft befreit worden seien. Der AV leitete daraus die Forderung ab, daß ihre künftige Verfassung nicht im Widerspruch zu den deutschen Belangen stehen dürfe. Er wandte sich dabei in erster Linie gegen die Gefahr einer „Balkanisierung des Ostens“, die eine sichere Folge der Errichtung von selbständigen Dynastien in jenen Staaten sein werde. Dagegen unterstützte er alle Bestrebungen, die auf einen Zusammenschluß Kurlands, Livlands und Estlands zu einem einigen baltischen Herzogtum und auf eine Personalvereinigung des Baltenlandes und Litauens mit der Krone Preußens oder — wenn dieses aus innerdeutschen politischen

---

338. A. Bl. 1918, Nr. 11.

339. A. Bl. 1918, Nr. 13 (Claß).



Gründen nicht erreichbar sein sollte — mit der Krone eines anderen deutschen Landes (etwa Sachsens) ausgingen. In der polnischen Frage hielten die Alldeutschen ihre Ansicht aufrecht, daß die 1916 mit der Proklamation des unabhängigen Königreiches eingeschlagene Politik mit den deutschen Interessen unvereinbar sei. Sie betonten, daß das von den Polen in der Zwischenzeit an den Tag gelegte Verhalten und ihre unverhohlenen weit über ihr völkisches Siedlungsgebiet hinausgreifenden Ausdehnungsgelüste, die zudem nicht einmal vor den Grenzen des Deutschen Reiches haltmachten, der deutschen Regierung nicht nur das Recht gäben, sondern die Pflicht auferlegten, ihre einstigen Zusagen zurückzuziehen und das Land dauernd deutscher Hoheit zu unterstellen. Den Gedanken einer deutschen Einmischung in den Aufbau des finnischen Staates lehnte der AV ab, wenn er auch die Wahl eines deutschen Fürsten zum finnischen König als erfreulich bezeichnete, da ein Erfolg der englischen Bestrebungen, Finnland unter ihren beherrschenden Einfluß zu bringen, vom deutschen Standpunkt aus unerwünscht sein mußte.

Der bereits vor dem Vertrag von Brest-Litowsk zustande gekommene Sonderfriede mit der Ukraine hatte „aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen“ die volle Billigung der Alldeutschen gefunden.<sup>340</sup> Schon seit den ersten Kriegsjahren hatten sie der ukrainischen Nationalbewegung ihre Aufmerksamkeit geschenkt und Hoffnungen auf ein freundschaftliches Zusammengehen in der Zukunft geäußert. Allein bald zeigte sich, daß die an den „Brotfrieden“ geknüpften Erwartungen einer wesentlichen Besserung der deutschen Lebensmittelversorgung ebensowenig in Erfüllung gingen wie die wirtschaftspolitischen Pläne, die im Hinblick auf den im Mai vollzogenen Friedensschluß mit Rumänien entstanden waren. Der „unglaublich schlappe“<sup>341</sup> Friede von Bukarest entsprach auch in anderer Beziehung nicht den Forderungen des AV, der vor allem darauf hinwies, daß dieser erste Beweis einer deutschen Verzichtspolitik schädliche Rückwirkungen an anderen Fronten haben müsse, da

---

340. A. Bl. 1918, Nr. 7.

341. A. Bl. 1918, Nr. 27.

etwa die vlämische Bewegung nach diesem Beispiel mit Recht befürchten könne, beim Kriegsende ebenfalls von Deutschland im Stiche gelassen zu werden. Der Verband tadelte weiter, daß auf dem Thron Rumäniens noch länger ein Herrscher geduldet werde „der in schnödesten Weise Vertrag und Bündnis brach“ und der deshalb auch keine Gewähr für die Innehaltung des nunmehr geschlossenen Abkommens bieten konnte.<sup>342</sup> Außerdem verglichen die Alldutschen in Worten bitterer Ironie die aus der Fassung der Friedensbestimmungen hervorgehende Fürsorge der deutschen Regierung für die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der jüdischen Bevölkerung in Rumänien mit der — unter Betonung der grundsätzlichen Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines fremden Landes eingenommenen — uninteressierten Haltung, die sie bisher stets gegenüber dem Schicksal der unter anderer Staatshoheit lebenden deutschen Volksgenossen gezeigt hatte. Nach alldentscher Ansicht wäre es bei diesen Friedensverhandlungen viel mehr die Pflicht des Deutschen Reiches gewesen, seine Hand schützend über die deutschen Ansiedlungen in Beßarabien zu halten, die im Besitze von Rumänien, dem sie wohl „als Preis für seinen Verrat und seine Tücke“ zugeteilt werden sollten, nicht nur in ihrer weiteren Entwicklung „als die geeignete Sammelstelle für alle deutschen Kolonisten Rußlands“,<sup>343</sup> sondern in ihrem ganzen Dasein bedroht waren.

Während im Osten und Südosten bereits die Diplomaten am Werke waren, begann im Westen noch einmal der große Ansturm der deutschen Heere gegen den dichten Wall der Gegner. Noch einmal flammte im ganzen Vaterland die Begeisterung über die herrlichen Waffentaten auf, noch einmal ergriff die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang des schweren Ringens selbst weithin die Reihen der Zagenden und Kleinmütigen: Mit der Mehrheit des Volkes jubelten die Alldutschen über die Erfolge der Truppen, in Übereinstimmung mit ihr sahen sie die Bürgschaft für den nahen Endsieg in der Tapferkeit der deutschen Soldaten und der überragenden Größe der Feld-

---

342. A. Bl. 1918, Nr. 14.

343. A. Bl. 1918, Nr. 19.

herrnkunst der beiden Männer an ihrer Spitze, in Hindenburg und Ludendorff, zu denen sie wie vordem voller Zuversicht aufblickten. Ihre einzige Sorge blieb in jenen Wochen, daß noch immer keine zukunftsweisende nationale Politik der Regierung sichtbar wurde, die die Massen erfassen und auch über schwache Augenblicke, die seelischer Kummer und körperliche Entbehrung nach solcher Dauer des Kampfes verständlich werden ließ, hinwegreißen konnte. Deshalb hielt es der AV mehr als je für seine Aufgabe, der völkischen Sache mit verdoppelter Kraft Anhänger im Volke zu werben. „Die Müden aufrichten, die Schwachen stärken, die Unwissenden über die Notwendigkeiten, die der Schicksalskampf zu erringen auferlegt, aufklären, die Schlafenden wecken, die Gleichgültigen mit Eifer erfüllen, die Lauen mit Feuer, die Kalten mit Leidenschaft, sie alle aber unermüdlich zu neuen, dauernden Mitkämpfern zu gewinnen suchen“ — das war die Pflicht, deren Erfüllung die Führung des AV den Angehörigen des Verbandes auferlegte.<sup>344</sup> Der Erfolg dieser Arbeit blieb nicht aus, soweit er sich in einer erneuten Zunahme der Mitgliederzahl feststellen ließ, obwohl gerade in dem Zeitpunkt, da auf den Schlachtfeldern um die letzte Entscheidung nach außen gerungen wurde, in der Heimat der „Generalangriff“ der politischen Widersacher der Alldutschen gegen die nationalen Bestrebungen ebenfalls den Höhepunkt erreichte. Die Erhaltung und Stärkung der Widerstandskraft der „inneren Front“, zu der nach alld deutscher Ansicht bei dem Fehlen solcher Führer des Staates, wie sie die Kriegsnot dem Heere beschert hatte, ein jeder verantwortungsbewußte Bürger selbst beitragen mußte, blieb auch das Entscheidende, als die ersten „Hiobsnachrichten“ von dem Erlahmen des deutschen Vorstoßes und dem langsamen Vordringen der Feinde bekannt wurden. „Es ist meine feste innere Überzeugung, daß wir den endgültigen Sieg schon erfochten haben“, erklärte noch Mitte September General Gebtsattel in seinem Bericht über die militärische Lage auf dem Verbandstag in Hannover, „es gilt jetzt nur, ihn festzuhalten ... die Nerven nicht zu verlieren.“<sup>345</sup>

---

344. A. Bl. 1918, Nr. 38 (Vietinghoff-Scheel).

345. Bericht über den Verbandstag 1918, S. 3.

Wachsende Sorge bereitete freilich dem AV die Entwicklung, die sich bei den Verbündeten des Reiches angebahnt hatte. Die militärischen Mißerfolge der Türkei in Kleinasien und der Abfall Bulgariens schufen eine Lage, die von den Alldeutschen als „schwer, aber nicht unüberwindlich“ angesprochen wurde.<sup>346</sup> Wenig erfreuliche Bilder konnten dazu die regelmäßigen „Streiflichter aus Österreich“ in den Alld. Blättern bringen. Nachdem der junge Kaiser auf den Versuch verzichtet hatte, eine Gesundung der Zustände in seinen Ländern auf dem Wege des „Oktroi“ herbeizuführen, war das Ende der Monarchie unaufhaltsam herangekommen. Lehnten die Alldeutschen auch Zweifel an der Lauterkeit der Gesinnung des Herrschers ab, so zeigten doch die Beziehungen der Tschechen und Südslawen zum feindlichen Ausland ebenso deutlich wie die Sprache der linksradikalen „Arbeiterzeitung“ gegenüber Deutschland und selbst die Stimmung einzelner deutscher Kreise, die in Umkehrung der tatsächlichen Verhältnisse Österreich-Ungarn als ein Opfer der reichsdeutschen Politik hinstellten, wie wenig Hoffnung trotz aller erneuten vertraglichen Abmachungen noch auf den Bundesgenossen zu setzen war. Dem Deutschtum an der Donau aber fehlte immer noch der anerkannte Führer, wenn auch der allenthalben in jenen Monaten vollzogene und vom AV begrüßte Zusammenschluß der Deutsch-Österreicher abseits der alten parlamentarischen Gruppen und die auf „deutschen Volkstagen“ der verschiedenen Gaue stärker denn je erhobene Forderung nach einer rein volksdeutschen und nicht mehr nur staatsstreuen Politik Anzeichen des nationalen Erwachens bedeuteten. Das Friedensangebot Burians im Frühherbst 1918, das im Verband als „ein neuer Ausbruch vollkommener Hilflosigkeit der dortigen staatsmännischen Weisheit“ gewertet wurde,<sup>347</sup> der offene Hochverrat der Slawen im Wiener Parlament, die Anerkennung der Tschechen als kriegführende Nation durch die Entente, die Selbständigkeitserklärung Ungarns, der Thronverzicht Kaiser Karls und die Übernahme der obersten Staatsgewalt in Deutsch-Österreich durch einen deutsch-österreichischen Staatsrat — alle

---

346. A. Bl. 1918, Nr. 41.

347. A. Bl. 1918, Nr. 38.



diese sich überstürzenden Ereignisse gaben den Alldutschen Anlaß, wie in den Tagen vor dem Ausbruch des Weltkrieges ein neues Bekenntnis ihrer Verbundenheit mit den Deutschen in der nunmehr zerfallenen Habsburgmonarchie abzulegen: „Wie immer die Dinge sich gestalten, so muß der AV sich heute schon rüsten, dringende und wichtige Volks-Arbeit in Deutsch-Österreich zu leisten, und wir glauben im Sinn aller reichsdeutschen Freunde zu sprechen, daß es nichts gibt, was uns willkommener sein kann und mehr am Herzen liegen wird als engste Zusammenarbeit mit unseren Volksgenossen in Österreich“.<sup>348</sup>

In rascher Folge geschah zur selben Zeit der „weltgeschichtliche Niederbruch“ des Deutschen Reiches. Mit besonderem Schmerz nahmen die Alldutschen die Kunde von dem durch „tragische Schuld“ selbst herbeigeführten Ausscheiden Ludendorffs aus der Heeresleitung entgegen, und sie bezeugten ihm „in voller Erkenntnis der verhängnisvollen Fehler, die er kurz vor seinem Sturze begangen“, auch in dieser Stunde Dank und Verehrung, zumal wie sie betonten „deutscher Weltanschauung gemäß, auch ein gefallener Held ein Held bleibt“.<sup>349</sup> Der Wunsch freilich, „daß die Saat seiner politischen Taten“ (die Friedensbitte an Wilson und die Berufung des parlamentarischen Kabinetts) „nicht so verderblich aufgehe, wie es jetzt zu befürchten ist“, blieb unerfüllt. Den Notenwechsel der Reichsregierung mit dem amerikanischen Präsidenten beantworteten die Alldutschen auf der Tagung ihres Weichselgaaues in Danzig unter Zustimmung aller Teilnehmer mit dem Aufruf zur Bildung von „Volksausschüssen für den nationalen Widerstand“, die unter Hintanstellung aller innerpolitischen Gegensätze eine letzte Erhebung des ganzen Volkes zur Verteidigung der Heimat und zur Abwendung einer schimpflichen Kapitulation Deutschlands vor seinen Feinden vorbereiten sollten. „Wenn im Gefecht die Führer gefallen sind oder wenn sie sonst versagen, z. B. dadurch, daß sie für ihre Person den Mut verloren haben und von ihrer Pflicht weichen, dann hat die Truppe auf den zu hören, der Pflichtgefühl, Überblick über die Lage und Geistesgegen-

---

348. A. Bl. 1918, Nr. 44.

349. A. Bl. 1918, Nr. 44 (Claß).

wart genug hat, zu rufen: Ich führe!“ — so wollte der AV diesen Ruf in die Lande gehen lassen und „die Reichsfahne, die das Berlin der Wilhelmstraße und des Königsplatzes fortgeworfen hatte“, wieder aufnehmen.<sup>350</sup> Schneller aber als erwartet, wurde die Unterwerfung des Reiches unter die entwürdigenden Bedingungen des Waffenstillstandes zur Tatsache. Die Losung „Die Waffen nieder!“ hatte ihre Erfüllung gefunden. „Der Feind kann uns wie ein grausamer Sieger des Altertums den Fuß in den Nacken setzen und er tut es ohne zu zögern... Entwaffnet und gefesselt müssen wir dem entgegensehen, was der Feind uns im Frieden aufzuerlegen für gut befinden wird“, mußten die Alld. Blätter berichten, „Hungersnot und Aufstände werden die Folge dieser Waffenruhe sein. Eines folgt aus dem anderen, das andere aus dem einen“, fügten sie hinzu.<sup>351</sup>

Den deutschen Truppen aber, die jetzt „aus unerhörten Kämpfen ruhmbedeckt in die Heimat“ zurückkehrten, galt der Willkommengruß des Verbandes, in dem er die Erwartung aussprach, daß sie beitragen würden, Ordnung und Sicherheit im Vaterland zu erhalten. Hierfür ihre Kräfte einzusetzen, sah der AV auch als die erste und oberste Aufgabe seiner eigenen Mitglieder an: „Rührt die Hände und helft der Sturmflut begegnen! Helft aus dem Zusammenbruch unseres Staates und der bisherigen Ordnung das zu retten, was im Geist unserer Ziele und unserer Bestrebungen das Beste ist, was wir unser eigen nennen: unser Volkstum!“<sup>351</sup> Zugleich lenkten sich die Blicke des Verbandes hinüber über die Reichsgrenzen. Mit Freude verzeichnete er den nationalen Zusammenschluß der Deutschen in Ungarn und mit Sorge verfolgte er das Vorgehen der Tschechen, die ihrem Staat die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens einverleibten. Vor allem aber warnte er davor, daß „Engherzigkeit, Krämersinn und geschichtliche Kenntnislosigkeit“,<sup>352</sup> wie sie aus der Antwortnote der Reichsregierung auf den Beschluß Deutsch-Österreichs, sich dem Mutterland anzuschließen, hervorgingen, den einzigen Gewinn, den Deutsch-

---

350. A. Bl. 1918, Nr. 42.

351. A. Bl. 1918, Nr. 46.

352. A. Bl. 1918, Nr. 49.

land nach den furchtbaren Verlusten aus diesem vierjährigen Kriege noch hätte heimbringen können, den deutschen Händen entgleiten lasse. „Nicht müde werden dürfen die nationalen Kreise des Deutschen Reiches, die amtliche Aufnahme Deutsch-Österreichs in das Deutsche Reich, in die großdeutsche Volksrepublik zu fordern“,<sup>353</sup> mahnte der AV und rief seine Anhänger auf, auch „am Grabe stolzer Hoffnungen“ nicht zu verzagen und über die allgemeinen Bürgerpflichten hinaus an der Erreichung dieses nächsten wahrhaft alldeutschen Zieles mitzuarbeiten.

## Zweites Kapitel.

### *Die Alldeutschen und die Kriegszielfrage.*

#### § 1.

Als das deutsche Volk im August 1914 zu den Waffen gerufen wurde, beherrschte ein einziger Gedanke die Massen: die gesamte Kraft für die erfolgreiche Abwehr des feindlichen Angriffes einzusetzen. Nur wenige Monate vergingen, da war diese Einmütigkeit durch die mit steigender Leidenschaft geführten Auseinandersetzungen über „Siegfrieden“ oder „Verzichtfrieden“, über „Hindenburgfrieden“ oder „Scheidemannfrieden“ und über alle die anderen Schlagworte der „Annektionisten“ und der „Flaumacher“ wieder zerstört. Im Gegensatz zu ihren Feinden — die einen Feldzug für die „Freiheit der Welt“ und die „Rechte der kleinen Völker“ gegen den „preußischen Militarismus und Imperialismus“ verkündeten, dabei jedoch durchaus an sehr reale eigene Kriegsziele dachten — fehlte den Deutschen, die den Krieg nicht gewollt hatten und unvorbereitet in ihn hineingerissen waren, ein das ganze Volk oder seine überwiegende Mehrheit in den Bann ziehendes Kampfziel, sobald die Wünsche und Hoffnungen den engen Rahmen des Schutzes der Heimatgrenzen verließen.

Je länger aber der Krieg andauerte, je schwerer die Opfer wurden, die er an Gut und Blut forderte, desto weniger konnte

---

353. A. Bl. 1918, Nr. 50.

nach Ansicht der Alldutschen beim Abschluß des Kampfes die bloße Wiederherstellung des status quo ante in Frage kommen, desto größer mußte vor allem das allgemeine Verlangen nach einer Gestaltung des Friedens werden, die den feindlichen Mächten auf absehbare Zeit eine Wiederholung ihres Überfalles unmöglich machte oder zum mindesten Deutschland in die Lage versetzte, einer erneuten Bedrohung in einer günstigeren Stellung als bei Ausbruch des Weltkrieges zu begegnen. Es erschien daher dem AV als eine der wichtigsten und dringlichsten Aufgaben, die Ursachen des gewaltigen Ringens klar herauszustellen und aus der so gewonnenen Erkenntnis die Folgerungen abzuleiten: das Ausmaß der Sicherheiten zu bestimmen, die das deutsche Volk für sein Dasein und die Gewährleistung seiner uneingeschränkten weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach diesem Kriege beanspruchen mußte.

Viele Stimmen wurden laut, daß vor der Entscheidung auf den Schlachtfeldern der Augenblick noch nicht gekommen sei, derartige umfassende Forderungen in der Öffentlichkeit zu erheben. Man dürfe das Fell des Bären nicht verteilen wollen, ehe er erlegt sei, riefen die einen den Alldutschen zu, während andere wieder in ihren Urteilen den Umfang der berechtigten deutschen Ansprüche von ausschweifenden Eroberungsplänen bis zu völligem Verzicht je nach den Stimmungen, die die Berichte vom Kriegsschauplatz in ihnen weckten, wechseln ließen. Der AV vertrat demgegenüber die Überzeugung, daß die rechtzeitige Klärung der Anschauungen und die feste Verankerung des nach sorgsamster Prüfung für notwendig erkannten Kampfzieles im Willen der Nation eine wesentliche Voraussetzung für die entschlossene Durchführung und den erfolgreichen Ausgang des Krieges sein werde: „Wir wissen, daß Zahl und Maß der Sicherungsnotwendigkeiten, die zu erstreiten sind, viel zu groß ist, als daß ihre Erringung ohne einmütiges Wollen des Gesamtvolkes möglich wäre. Aber gerade darum mahnten wir und werden nicht müde werden zu mahnen, daß die heute freilich noch sehr vielspältigen, verworrenen und ungeordneten Gedanken über die Kriegsziele, die im Volke kreisen, rechtzeitig zu einer wenigstens in den Grundzügen einheitlichen Willensmeinung zusammengeschmiedet werden. Auf welchem Wege sollte aber das wohl



möglich sein, wenn nicht durch rechtzeitigen Beginn der Erörterung?“<sup>354</sup> Auf die zahlreichen Mißverständnisse seiner Absichten erwiderte dabei der Verband, daß durch die Verkündung des Zieles, dessen Erreichung das deutsche Volk in dem ihm aufgezwungenen Schicksalskampf durch Einsatz der äußersten Kraft anzustreben habe, keineswegs die Einzelheiten der Bedingungen für den kommenden Friedensschluß festgelegt seien. So hieß es z. B. in einem Schreiben des Generals von Gebtsattel an den Kanzler: Daß bei Verwirklichung der Kriegszielforderungen „nach Maßgabe des militärisch Erreichten und Erreichbaren verfahren werden muß, ist meinen politischen Freunden klar — ebenso klar aber auch, daß die militärischen Maßnahmen — die weitere Leistungsfähigkeit unseres Heeres vorausgesetzt — sich nach dem politischen Kriegsziel richten müssen“.<sup>355</sup>

Mit tiefster Sorge verfolgte der AV, wie die Regierung des Reiches, die am ersten dazu berufen gewesen wäre, dem Volk ein solches hohes Ziel zu weisen, nicht nur diese Aufgabe nicht erfüllte, sondern durch die rücksichtslose Anwendung der Zensur auf alle positiven Äußerungen zur Kriegszielfrage — obwohl sie nach Meinung der Alldeutschen allein zur Wahrung rein militärischer Belange und zur Niederhaltung aller die nationale Entschlossenheit und Widerstandskraft während des Krieges zersetzenden Strömungen dienen durfte — jede Mitwirkung der öffentlichen Meinung an der Lösung dieser Lebensfragen der Nation zu unterdrücken drohte. Denn darüber bestand in den alldeutschen Kreisen kein Zweifel, daß die von Bethmann-Hollweg versprochene Zulassung des „freien Wortes“ nach der Niederwerfung der Feinde ohne jede Bedeutung bleiben mußte, da dann unmöglich die Zeit zur Verfügung stehen konnte, die zur Vorbereitung einer wirklichen Einflußnahme des Volkes auf die Entscheidung ausreichend war. Der Verband hielt es für verhängnisvoll, daß auf diese Weise, kaum ein halbes Jahr nach den in ganz Deutschland von tatkräftiger und opferfreudiger vaterländischer Begeisterung erfüllten Augusttagen von 1914 ein Zustand erreicht war, „wo ein Teil des Volkes vom Schweige-

---

354. A. Bl. 1915, Nr. 9 (Vietinghoff-Scheel).

355. A. Bl. 1917, Nr. 22 (Brief vom 5. Mai 1915).

gebot veranlaßt, sich überhaupt keine Gedanken über die deutsche Zukunft macht, der andere Teil aber sich in wirres, oberflächliches Stammtischgeschwätz zu verlieren droht, in dem schon wieder — eben weil die Erkenntnis der Zukunftsnotwendigkeiten des gesamten Volkes nicht vorbereitet wird — die Parteibelange (!) ausschlaggebend zu werden beginnen“.<sup>356</sup>

Daß aber dieser gewaltige Weltkrieg „einen Abschluß finden sollte, der lediglich auf der Arbeit der Diplomatie beruht, das wäre eine Vorstellung“ — hieß es einmal in den Alld. Blättern<sup>357</sup> — „die sich wie ein schwerer Alpdruck aufs Herz legen würde, wenn es gewiß wäre, daß der Friedensschluß nicht Volkssache sondern lediglich Diplomatenarbeit sein würde“. Hinzu kam, daß der AV das Vertrauen, daß die leitenden Staatsmänner von sich aus alles daransetzen würden, den erwarteten Sieg der deutschen Waffen zu einem vollen politischen Erfolg im Sinne der Gewinnung aller erforderlichen Sicherheiten für die Zukunft von Volk und Reich auszugestalten, nach seiner ganzen Beurteilung der Politik Bethmann-Hollwegs und seiner Mitarbeiter in den letzten Vorkriegsjahren und in den ersten Wochen des Kampfes selbst nicht haben konnte. Wenn der „Patriot“ jedoch ein solches Vertrauen nicht hatte und befürchten mußte, „daß die maßgebenden Stellen das politische Kriegsziel weder mit der nötigen politischen Klarheit erkennen, noch mit der erforderlichen Entschlossenheit anstreben, dann wird es ein Ausfluß seines „patriotischen“ Pflichtgefühls sein“ — so erwiderte Claß dem Reichskanzler, der ihm vorgehalten hatte, daß der Patriot seine persönlichen Anschauungen bei dem Ernst der Zeit gegebenenfalls zurückstellen müsse — „den Mund aufzutun und auf die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes hinzuweisen, auch wenn dies den verantwortlichen Stellen unbequem ist“.<sup>358</sup> Diese Erwägungen und der Gedanke, „daß das, was an Entschlossenheit oben fehle, durch die äußerste Anspannung des Willens bei jener Schicht unseres Volkes zu ersetzen sei, die

---

356. A. Bl. 1915, Nr. 8 (Vietinghoff-Scheel).

357. A. Bl. 1915, Nr. 2.

358. A. Bl. 1932, Nr. 7 (Brief vom 20. IV. 1915); Claß, Wider den Strom, S. 390.

nun einmal zur Führung der öffentlichen Meinung berufen sei“, gab den Alldutschen und zumal ihrem Führer den Anlaß, „so früh das einzuleiten, was man später die Kriegszielbewegung nannte“.<sup>359</sup>

Bereits zum 28. August 1914 wurde der Gesch. Ausschuß des AV zu seiner ersten Kriegssitzung nach Berlin zusammengerufen, auf der Claß anhand eines von ihm und Vietinghoff-Scheel ausgearbeiteten Entwurfes die Notwendigkeit der Kriegszielerörterung und den Umfang der aufzustellenden Forderungen begründete. Nach seiner Rückkehr von der Tagung faßte dann Claß seine Vorschläge, die allseitige Zustimmung gefunden hatten, in einer ausführlicheren Denkschrift zusammen, die nach Überprüfung durch einige andere führende und besonders sachkundige Mitarbeiter des Verbandes Anfang September als Handschrift gedruckt wurde. Inzwischen wurde den einzelnen Ortsgruppen die Möglichkeit gegeben, mit Hilfe des in Berlin benutzten Leitfadens die Fragen des Kriegszieles im Kreise ihrer Mitglieder zu behandeln. Der Rückschlag an der Marne ließ dann aber hier und da Stimmen hiergegen laut werden, die Anlaß gaben, auf einer Tagung des Gesamtvorstandes am 25. Oktober die Zweifel zu klären, ob angesichts der militärischen Lage eine Fortführung der Kriegszielpropaganda zulässig sei. Die Versammlung sprach der Führung des Verbandes ihr einmütiges Vertrauen aus und ermächtigte Hauptleitung und Gesch. Ausschuß, „nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen alle weiteren Schritte zu tun, um den in diesem Daseinskampfe dem Alldutschen Verbands obliegenden Aufgaben gerecht zu werden“.<sup>360</sup> Als Anfang Dezember die Heeresleitung wieder von entscheidenden Erfolgen berichten konnte, hielt Claß den Zeitpunkt für gekommen, seine durch zwei Beiträge aus der Feder des Regierungsrates Dr. Stumpfe und des Königsberger Professors Dr. Lezius erweiterte Denkschrift nunmehr vertraulich an einen sorgsam ausgewählten Kreis führender Vertreter des öffentlichen Lebens (insgesamt an etwa 1950 Personen, darunter sämtliche Landesfürsten und Minister) zu übersenden. Trotz der Billigung

---

359. Claß, a. a. O., S. 309.

360. Claß, a. a. O., S. 344.

ihrer leitenden Gedanken durch die berufenen Körperschaften des AV enthielt dabei die Schrift, wegen der von einzelnen Seiten zu einigen Vorschlägen geäußerten Bedenken, die ausdrückliche Erklärung, daß für ihren Inhalt allein der Verfasser die Verantwortung trage. Die Denkschrift fand in den Reihen der Empfänger vielfach Zustimmung, während die Regierung, sobald sie von der Versendung erfahren hatte, Verbot und Beschlagnahme der Schrift anordnen ließ.

Inzwischen hatte der AV die Verbindung zu maßgebenden Gruppen des wirtschaftlichen, politischen und geistigen Lebens aufgenommen, um sie zum Anschluß an die nationale Kriegszielbewegung zu gewinnen und den bereits immer stärker auftretenden Bestrebungen auf Herbeiführung eines beschleunigten „schwächlichen Friedens der Versöhnung und Verständigung“ entgegenzuwirken, die — von der Regierung nicht gehindert — im Dienst allgemeiner Menschheitsideen die nach alld deutscher Ansicht näherliegenden Daseinsbelange des eigenen Volkes außer acht zu lassen drohten. Die Kriegszieleingabe der sechs wirtschaftlichen Spitzenverbände vom 20. Mai 1915 zeigte ebenso den Erfolg dieser Bemühungen wie die Kundgebung deutscher Intellektueller vom Juli des gleichen Jahres, die unter ihren 1341 Unterschriften die Namen von 352 Hochschullehrern aufwies. Der AV selbst, der sich in diesen beiden Fällen auf die Anregung beschränkt hatte, ließ durch General Gebtsattel am 5. Mai 1915 dem Reichskanzler eine eigene — auf einer erneuten Vorstandssitzung vom 25. April beschlossene — Eingabe mit seinen Forderungen zum Kriegsziel überreichen, die die einzige verbandsamtliche Kundgebung auf diesem Gebiet darstellt, wenngleich sie in den Grundzügen mit der Denkschrift von Claß völlig übereinstimmt. Unter dem Drucke der Zensur konnten alle diese Entschließungen freilich erst nach Jahr und Tag öffentlich verbreitet werden. Eine im Anfang des Jahres 1915 erschienene Flugschrift des Hauptgeschäftsführers von Vietinghoff-Scheel über die „Sicherheiten der deutschen Zukunft“ mußte sich aus den gleichen Gründen ebenso wie einzelne Abhandlungen, die in den Alld. Blättern zu diesen Fragen Stellung nahmen, darauf beschränken, die alld deutschen Wünsche in allgemeinen Wendungen anzudeuten.



§ 2.

„Es ist der Kampf um unser Selbstbestimmungsrecht und damit der Kampf um unsere größere Zukunft. Aber es ist mehr: der Kampf um unsere Zukunft schlechthin. Denn das ist klar, daß dieser Krieg mit keinem matten Vergleich, mit halbem Werk nicht enden kann ... Unterliegen wir, so ist es um uns geschehen ... Furchtbar schwer wird die Arbeit werden, aber sie soll sich lohnen und das Werk, das unser Heer jetzt verrichten soll, heißt nicht anders als: die Ewigkeit des von jeder Einmischung des Auslandes unabhängigen, selbstherrlichen Deutschen Reiches, das damit erst wahrhaft frei werden wird“<sup>361</sup> — mit diesen Worten hatten die Alld. Blätter in ihrer Sondernummer zum Kriegsbeginn den Sinn des Kampfes und das zu erreichende Ziel in großem Zuge umschrieben. In den folgenden Wochen aber kehrt die Mahnung immer wieder: „Wir dürfen das Schwert nicht aus der Hand legen, bevor unsere Gegner so weit niedergedrungen sind, daß sie nicht nur unser Daseinsrecht anerkennen, sondern uns auch die äußeren Bedingungen zugestehen, die unser Dasein endgültig sichern“<sup>362</sup> Klarer bezeichnet wurde das anzustrebende-Ergebnis des Völkerringens dann Mitte November in einem Beitrag der Alld. Blätter: „Wofür unsere Heere, unsere Brüder und Söhne draußen kämpfen“, hieß es da, „das ist das größere Deutschland, das einem neuen Geschlechte Siedlungs- und Arbeitsmöglichkeit auf lange Zeit hinaus gewährt, und das sind Grenzen, die uns vor einem ähnlichen Überfall durch Wegegänger, wie wir ihn jetzt erlebt haben, Sicherheit verheißen!“<sup>363</sup> Hier finden sich bereits die beiden grundlegenden Forderungen des AV ausgesprochen, deren Erfüllung allein „wirklich sichere feste Bürgschaften für eine friedliche Zukunft zu bedeuten schien: „Erwerbung genügenden Entwicklungsraumes für das deutsche Volk“ und „Verbesserung der heutigen üblen militärgeographischen Lage des Deutschen Reiches“ — die auch die Leitgedanken der Kriegszieleingabe des Verbandes vom Mai 1915 bildeten.

---

361. A. Bl., Sondernummer vom 3. August 1914.

362. A. Bl. 1914, Nr. 40 (Claß).

363. A. Bl. 1914, Nr. 47 (Sonntag).

In dieser wichtigen Kundgebung<sup>364</sup> gingen die Alldeutschen von der Erkenntnis aus, daß „die Grundbedingung für die Sicherheit eines Volkes ist, daß es sittlich, geistig und leiblich gesund ist, über ein zahlreiches, geschlossenes und wuchsfreudiges Volkstum verfügt“, während „einem Volkskörper, der kränkelt ... auch größte äußere Macht und beste Rüstung nichts“ helfen. Deutschland drohte nun in dieser Hinsicht dadurch Gefahr, daß seine „Bevölkerung langsam über die natürliche Erwerbsgrundlage des dem Reiche zur Verfügung stehenden Landes“ (einschließlich der „verhältnismäßig unzulänglichen Kolonien“) „hinausgewachsen ist“. Die Folgen hiervon waren in der Heimat „Landnot für den bauerlichen Nachwuchs, Wohnungsnot in den Großstädten, Geburtenrückgang usw.“ und weiterhin die Entstehung schwerer sozialer Kämpfe; auf dem Weltmarkt endlich hatte diese Entwicklung zu einem Vordringen der deutschen Konkurrenz „in das Ausnutzungsgebiet anderer Völker“ geführt und dadurch „deren feindliche und mit Notwendigkeit zum Kriege treibende Politik“ verursacht. Durch Förderung der inneren Kolonisation allein konnte dieser unheilvolle Zustand durchgreifend nicht beseitigt werden. Dagegen lagen „zukunftsreichste Siedlungsgebiete“ unmittelbar jenseits der seitherigen Ostgrenzen des Reiches, deren „erhebliche Hinausschiebung“ beim Friedensschluß zudem schon durch die Notwendigkeit eines Schutzes der deutschen Ostmarken vor einer Wiederkehr der Kriegsschrecken von 1914 bedingt war. „Die polnischen Grenzgebiete, die russisch-litauischen Gouvernements und die Ostseeprovinzen“ wurden in diesem Zusammenhang genannt, wobei auch die Möglichkeit erwähnt wurde, in den Ostseeprovinzen „uraltes deutsches Kulturgebiet“ in letzter Stunde vor dem Slawentum zu retten. So wurde die Forderung einer Erweiterung der deutschen Grenzen nach Osten zur Gewinnung von Siedlungsland in einem „für eine lange Folge von Geschlechtern ... und auch zur Aufnahme deutscher Rückwanderer“ ausreichendem Umfange zum ersten Hauptpunkt des alldeutschen Kriegszieles.

---

364. Die Eingabe ist abgedruckt: A. Bl. 1916, Nr. 50 und Handbuch des AV für 1918, S. 70 ff.

Die zweite wichtige Aufgabe, deren Lösung nach alldentscher Anschauung der Ausgang dieses Krieges herbeiführen mußte, war durch die ungünstige militärgeographische Lage des Reiches gestellt, das keine Flanke frei hatte und stets eines gleichzeitigen Angriffes von allen Seiten gewärtig sein mußte. Da nun „im Osten immer ein großes russisches Volk sitzen, immer ein Asien mit Hunderten von Millionen Mongolen vorge-lagert bleiben wird“ konnte die erforderliche „dauernde Frei-machung einer Flanke nicht nach Osten, sondern nur nach Westen gesucht werden“. Hierzu bedurfte es durchaus „nicht einer Vernichtung dort sitzender Gegner“, sondern nur einer „Grenzgestaltung, von der aus man sie militärisch besser als bisher in der Hand hat“. Die angestrebte Sicherung konnte aber — nach der Entschliebung des AV — als erreicht betrachtet werden, wenn „England gegenüber Belgien . . . und die nord-französische Küste am Kanal bis etwa zur Mündung der Somme . . . Frankreich gegenüber entsprechendes Hinterland der nordfranzösischen Küste und die Festungslinie Verdun-Belfort“ in deutsche Hand gelangten, wobei in Belgien sogleich eine „Trennung der Verwaltung des flämischen und wallonischen Teiles“ durchzuführen wäre. Die von manchen Seiten in Gegen-satz zu diesem Kampfziel geäußerte Hoffnung, „durch eine schonungsvolle Behandlung“ Frankreich und England mit Deutschland versöhnen zu können und vielleicht sogar zu einem freundschaftlichen Verhältnis mit ihnen zu kommen, wiesen die Alldentschen als Utopie zurück: „Nie wird Frankreich dem Deutschen Reich verzeihen, daß es ihm die Vorherrschaft auf dem Festlande entrissen; nie und nimmer wird England ab-stehen vom Kampf gegen ein Land, das seine ganze Entwick-lung zum Nebenbuhler im Handel und auf der See immer wieder machen wird“.

Damit aber die an Deutschland neu anzugliedernden Ge-biete die ihnen zugedachte Bestimmung voll erfüllen konnten und andererseits durch den Zuwachs an fremdvölkischen Be-wohnern der nationalstaatliche Charakter des Reiches nicht ge-fährdet werde, verlangte der AV sowohl für die Erwerbungen im Osten wie für die im Westen die Überführung aller dort vorhandenen wichtigen Machtmittel (d. h. der Eisenbahnen, Ka-

näle, bedeutenden industriellen Unternehmungen und des größeren und mittleren ländlichen Besitzes) in deutsches Eigentum; die Entschädigung der Vorbesitzer sollte dabei in möglichst vollem Umfange Rußland bzw. Frankreich auferlegt werden. Weiter forderte der Verband, daß — in „Erinnerung an die in Elsaß-Lothringen gemachten schmerzlichen Erfahrungen“ — der nichtdeutschen Bevölkerung jener Landstriche keinerlei Einfluß auf die politischen Geschicke des Deutschen Reiches gewährt werden dürfe.

Waren nach alld deutscher Auffassung so „die wesentlichsten Kriegsziele auf dem Festlande zu suchen“, wurden im letzten Punkt ihrer Eingabe doch auch „die Unabhängigkeit vom Auslande im Bezug der wichtigsten überseeischen Rohstoffe und freier Wirtschaftsverkehr über See mit anderen Völkern“ unter den von Deutschland anzustrebenden Sicherheiten aufgeführt. Hierfür aber wurden die „Vergrößerung seiner zur Erzeugung tropischer und halbtropischer Rohstoffe und Güter geeigneten Gebiete, namentlich der afrikanischen“, sowie „die Brechung der englischen Willkürherrschaft zur See“ und die Gewinnung der von den militärischen Sachverständigen „zum Schutze des vergrößerten Kolonialgebietes und zur dauernden Bewahrung der Freiheit des weltwirtschaftlichen Verkehrs“ für notwendig erachteten Stützpunkte als unbedingte Voraussetzung bezeichnet.

Bei der Aufstellung aller dieser in der Kriegszieleingabe an den Kanzler enthaltenen Forderungen hatte sich der AV — wie sein Führer bei der Veröffentlichung der Entschliebung Ende des Jahres 1916 gegenüber den zahlreichen Verdächtigungen und Angriffen erklärte — „ausschließlich von dem Wunsche“ leiten lassen, „unserem Volke künftighin ähnliche Erfahrungen und — Opfer zu ersparen, wie sie die verflossenen Kriegsjahre leider für uns im Gefolge gehabt haben . . . Daß sie mit einem Streben nach Weltherrschaft oder auch nur nach europäischer Vorherrschaft nicht das geringste zu tun haben, wird auch der grundsätzliche Gegner nicht verkennen können, wie wir denn überhaupt das deutsche Blut für viel zu kostbar erachten, als daß es an Aufgaben, wie den aussichtslosen Kampf um eine Art Weltherrschaft verschwendet werden dürfte. Von



den Tagen mittelalterlicher Kaiserpolitik trennt uns mehr als nur die Spanne eines halben Jahrtausends!“<sup>364</sup>

Die Stellungnahme der Alldeutschen zum Kriegsziel, wie sie in dieser Eingabe niedergelegt war, blieb durch alle Jahre des Kampfes unverändert. Ständig kehren in den Äußerungen aus ihren Reihen die beiden Grundgedanken wieder: „Sicherung des Reiches nach außen“ und „Innere Gesundung des deutschen Volkes“. Sie bildeten auch den Ausgangspunkt der Denkschrift des Vorsitzenden, die nach ihrer Freigabe im Jahre 1917 in überarbeiteter Fassung als Flugschrift veröffentlicht wurde. In dieser wesentlich umfangreicheren Arbeit finden wir dabei einzelne Vorschläge, die in die kurze Erklärung des Verbandes selbst nicht aufgenommen sind, jedoch von Bedeutung für die bei seiner Tätigkeit maßgebenden Anschauungen waren. Stärker betont wurden so z. B. von Claß (sowie in Aufsätzen und Vorträgen von Vietinghoff-Scheel und anderen) die wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkte, die es bei der Gestaltung des kommenden Friedens mit zu beachten galt, sollte er die auf ihn gesetzten Hoffnungen erfüllen. Einmal mußte nach den Erfahrungen des von den Feinden mit dem Weltkriege verbundenen Wirtschaftskampfes Sorge dafür getragen werden, den für die deutsche Volksernährung zur Verfügung stehenden Raum in ausreichendem Maße zu vergrößern, daneben aber die für die deutsche Industrie notwendigen Bodenschätze in Europa (Kohlen und Eisenerze in Nordfrankreich, Franz. Lothringen und Belgien) und die erforderlichen überseeischen Rohstoffe (etwa durch Erwerb des vergrößerten Kongogebietes und Marokkos) in deutsche Hand zu bringen und schließlich durch das unbedingte Festhalten an der Herrschaft über die flandrische Küste und ihr Hinterland für Deutschland die Gleichberechtigung auf dem Meere und dadurch auf dem Weltmarkte sicherzustellen. Eine bedeutsame Erweiterung enthält die Denkschrift ferner in ihrem Verlangen nach einer weitgehenden finanziellen Kriegsentschädigung, die aber — und das ist das Entscheidende — auf keinen Fall wie nach 1871 der privaten Spekulation ausgeliefert werden, sondern grundsätzlich nur der Volksgesamtheit zugute kommen dürfe. Nach den Absichten des alldeutschen Führers sollten ihre Mittel nach Ersetzung der unmittelbaren

Kriegsschäden, ausreichender Fürsorge für die Hinterbliebenen und Invaliden, Erneuerung der militärischen Rüstung und Vergrößerung des Reichskriegsschatzes vor allem zur Durchführung einer planvollen inneren Kolonisation auf dem Lande und zur Ermöglichung einer großzügigen Wohnungsreform in den Städten zur Sicherung der deutschen Volksgesundheit und für andere soziale Verbesserungen (z. B. eine Erhöhung der Altersrenten) verwendet werden. Ausführlich erörtert wurden endlich von Claß jene beiden Forderungen, die er selbst „für die wichtigsten“ hielt: „bisher fremdes Staatsgebiet ohne die bisherigen Bewohner zu erwerben und, wo aus besonderen Gründen der Erwerb „Frei von Menschen“ nicht möglich ist, den übernommenen fremdsprachigen Bewohnern die politischen Rechte zu versagen“.<sup>365</sup> Einmal war dabei an die Anlegung einer Militärgrenze in dem von Frankreich abzutretenden Landstrich gedacht, dessen bisherige Bewohner „in fester Ordnung, mit allem denkbaren Rechtsschutz für die Betroffenen . . . an eine andere Stelle ihres alten Vaterlandes“ verpflanzt<sup>366</sup> und durch deutsche Siedler (in erster Linie gediente Soldaten und Hinterbliebene der Gefallenen) ersetzt werden sollten. Für die Gebiete des Ostens dagegen wurde eine „völkische Feldbereinigung“ in der Art vorgeschlagen, daß die auf dem deutschen Neuland sitzenden Russen gleichfalls in friedlicher Form gegen die an der Wolga, in Süd-Rußland usw. wohnenden Deutschen ausgetauscht würden; die nichtrussischen Stämme (Litauer, Letten und Esten) sollten je nach ihrem Verhalten gegenüber der deutschen Herrschaft im Lande belassen oder ebenfalls nach Rußland überwiesen werden, während die für diese Gegenden besonders bedeutsame Judenfrage dadurch einer Lösung zugeführt werden sollte, „daß Palästina unter türkischer Oberhoheit dem nationalen Judenstaat zur Verfügung gestellt wird“.<sup>367</sup> Für die staatsrechtlichen Formen der Ein- und Angliederung der Neuerwerbungen an Deutschland, die nach den

---

365. Claß, Zum deutschen Kriegsziel, S. 6 (aus dem Begleitschreiben der Denkschrift von 1914).

366. Claß, a. a. O., S. 38; Denkschrift . . ., S. 31.

367. Claß, a. a. O., S. 51; Denkschrift . . ., S. 50.

gegebenen Verhältnissen verschieden zu gestalten wären, forderte der alldeutsche Führer als alleinige Richtschnur die volle Wahrung der Interessen des deutschen Volkes und Reiches. Seine Aufmerksamkeit schenkte Class in seiner Schrift auch den Kriegszielwünschen der verbündeten Staaten. Er gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß sich „das Deutsche Reich selbst stärkt, wenn (es) dazu verhilft, bewährte Bundesgenossen zu kräftigen“.<sup>368</sup> Im Einzelnen trat er u. a. für die Aufteilung von Serbien und Montenegro zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien, die Rückgabe aller von den Gegnern besetzten Gebiete an die Türkei und Übernahme der Kriegslasten der drei Mächte durch ihre Feinde ein. In der ursprünglichen Fassung seiner Denkschrift hatte er sich weiter für die Überlassung Kongreßpolens und der Ukraine an das Haus Habsburg eingesetzt, während er aber später die Angliederung Polens als „Schutzstaat“ an das Reich und die Selbständigkeit der Ukraine veranlagte. Als notwendig wurde es ferner bezeichnet, daß über den Krieg hinaus eine enge wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit der Kampfgenossen beibehalten werde, wobei an die alten Pläne einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Parole „Berlin — Bagdad“ erinnert wurde. Zuletzt sei noch erwähnt, daß in der Schrift von Class eine Reihe von Forderungen zur innerdeutschen Rassen- und Kulturpolitik nach dem Kriege erhoben wurden — die sich mit den allgemeinen Anschauungen des AV auf diesem Gebiete deckten — und daß es mehrfach in alldeutschen Äußerungen als eines der höchsten Kampfziele bezeichnet wurde, das im Kriege vielfach erst erwachte Nationalgefühl als wertvollen Besitz in die Friedenszeit hinüberzunehmen und vor allem den Gedanken der Verbundenheit aller Deutschen fortan durch eine verstärkte Fürsorge für das Auslandsdeutschtum in die Tat umzusetzen.

### § 3.

„Zwischen Verständigungs- und Siegfriede klaffte ein unüberbrückbarer Zwiespalt, über den nicht einmal die gegenseitige Anerkennung des ehrlichen Willens hinwegtröstete. In

---

368. Claß, a. a. O., S. 65.

keinem Volk ist dieser Kampf um den Frieden so rücksichtslos bis zur Selbstvernichtung ausgekämpft worden wie im deutschen“ — wer die Kriegsjahrgänge der Alld. Blätter durchgeht, kann nicht anders als diesem Urteil zuzustimmen.<sup>369</sup> Die Auseinandersetzungen zwischen dem AV und seinen Gegnern in der Kriegszielfrage reichen bis in die ersten Wochen des Weltkrieges zurück. Schon im Oktober 1914 gaben die Alldeutschen im Hinblick auf Ausführungen des „kulturkonservativen“ Schriftstellers Dr. Grabowski und des Professors Delbrück (der während des ganzen Krieges — wie schon vordem — zu den schärfsten Widersachern des Verbandes und seiner Ziele gehörte) ihrem Bedauern Ausdruck, daß das „widerliche Ästhetentum der jüngsten Zeit“ und „jene Art von „Kulturpolitik“ . . . die eine völlige Verwirrung alles gesunden politischen Empfindens herbeizuführen droht“ auch in den Stunden des deutschen Entscheidungskampfes nicht zum Schweigen verurteilt sei.<sup>370</sup> Für „eine Todsünde wider den guten Geist unseres Volkes“ erklärten sie es dabei, „dessen gesunden Sinn in einer Zeit zu erweichen . . . in der nur äußerste Kraft und Härte uns frommen kann“.<sup>370</sup> Und einen Monat später riefen sie zu verschärfter Wachsamkeit auf: „Ja es ist wahr, daß Kräfte bei uns am Werke sind, Volk und Heer um den Preis dieses gewaltigen Krieges zu betrügen!“<sup>371</sup> — während gleichzeitig in mehreren Aufsätzen der Alld. Blätter unter kennzeichnenden Überschriften wie „Warnungszeichen?“ und „Große Zeiten — kleine Geister“ Äußerungen aus jenem Kreise der „Ästheten“ und „Intellektuellen“, sowie aus den Reihen der Sozialdemokratie als Beispiele wiedergegeben wurden. Noch vor Ende des Jahres mußten dann die Alldeutschen feststellen, daß leider „die unter stillschweigender Duldung der Regierung betriebene Flaumacherei, die in ihrer praktischen Wirkung einem Verrate an der Zukunft unseres Volkstumes gleichkommt, (bereits) einen solchen Umfang angenommen“ habe, daß es höchste Pflicht geworden sei, ihr mit aller Kraft entgegenzuwirken.<sup>372</sup>

---

369. Hohlfeld, Der Kampf um den Frieden, S. V.

370. A. Bl. 1914, Nr. 41 (Sonntag).

371. A. Bl. 1914, Nr. 45 (Sonntag).

372. A. Bl. 1914, Nr. 50 (Sonntag).



Die Haltung der Regierung, insbesondere des Kanzlers und des Auswärtigen Amtes, zur Kriegszielfrage hatte von Anfang an den heftigsten Widerspruch des AV hervorgerufen. Die Maßnahmen der Zensur — vor allem ihre nach Ansicht des Verbandes völlig einseitige Handhabung gegenüber der nationalen Bewegung und ihrer Presse — steigerten diesen Gegensatz. Wir haben gesehen, daß auch die Denkschrift von Class (und zwar unter Hinweis auf die Gefahr einer Schädigung von Interessen des Reiches durch ein etwaiges Bekanntwerden ihrer Vorschläge im feindlichen und neutralen Ausland) verboten und beschlagnahmt wurde; darüber hinaus verhängten die Behörden auf mehrere Monate über ihren Verfasser und die alldeutsche Geschäftsstelle die Postsperre und über die Alld. Blätter die Vorzensur. Diese Vorgänge, die in unterrichteten Kreisen beträchtliches Aufsehen erregten, lenkten andererseits in stärkerem Maße als früher die allgemeine Aufmerksamkeit auf den AV und seine Forderungen. Die Erörterungen über die Kriegsziele aber gingen trotz aller Verbote — freilich unter Ausschluß einer weiteren Öffentlichkeit unvermindert fort.

In der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes konnte man unter dem Eindruck der gewaltigen Erfolge der deutschen Heere und der Besetzung großer Teile feindlichen Bodens „im Winter 1914/15 und auch im Jahre 1915“ eine durchaus sieg- und sogar „annexions“-freundliche Stimmung feststellen.<sup>373</sup> Sie fand ihren Widerhall nicht nur in Erklärungen einzelner führender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens — die von den Alld. Blättern wiedergegeben wurden — sondern ebenso in der Stellungnahme der großen Wirtschaftsverbände und in den Kundgebungen der Parteigruppen der Nationalliberalen (deren Führer Bassermann und Stresemann besonders hervortraten), der Konservativen und des Zentrums, sowie in Stimmen aus dem Lager der Freisinnigen und Sozialdemokraten, die sich gegen eine Politik des Verzichtes, gegen einen „faulen“ Frieden wandten. Allein je drückender die Not des immer länger währnden Krieges sich in den breiten Massen des Volkes fühlbar

---

373. vergl. das Gutachten von Volkmann: „Annexionsfragen im Weltkrieg“, S. 35.

machte, um so größer wurde bald wieder die Sehnsucht nach einem möglichst nahen Ende des schweren Ringens, um so öfter hörte man die Parolen, die zum Kampf gegen die „ehrgeizigen Machtpolitiker“ und „Kriegsverlängerer“ aufriefen, und um so stärkeren Anklang fanden sie.

Bunt zusammengesetzt war die Schar derer, die einen schnellen „Verständigungsfrieden“ anstrebten, mannigfach waren ihre einzelnen Forderungen — angefangen von dem Verlangen nach einem beschränkten Landerwerb im Osten (solange dort das Zarentum bestand) und einer umfangreichen Vergrößerung des deutschen Kolonialbesitzes (die nach Ansicht von Solf und anderen keineswegs einer Sicherung durch eine entsprechende deutsche Seemacht bedürfe) über die Wiederherstellung des status quo ante bis zur Bereitwilligkeit, auf Teile des deutschen Bodens in Elsaß-Lothringen zu verzichten — verschieden waren die Wege, auf denen sie ihr Ziel zu erreichen suchten — aber einig waren sie darin, daß sie die heftigsten Angriffe gegen „die Alldutschen“ richteten, wobei diese Bezeichnung weit über den Rahmen des AV hinaus auf alle Anhänger eines „starken“ Friedens ausgedehnt wurde. Den linken Flügel in diesen Auseinandersetzungen bildeten außer den sozialdemokratischen Parteien die während des Krieges in Deutschland immer radikaler gewordenen pazifistischen Gruppen: der im November 1914 gegründete und erst 1916 verbotene Bund „Neues Vaterland“ unter Führung von Tepper-Laski, die „Deutsche Friedensgesellschaft“ (Quidde) und ihre Neben- und Ersatzorganisationen, die in den Alldutschen nicht nur ein Hindernis für die baldige Wiederherstellung des Friedens sondern auch die vermeintlichen „Haupturheber dieses Krieges“ erblickten.<sup>374</sup> Mehr bürgerlichen Charakter trugen die „Freie vaterländische Vereinigung“, der 1916 ins Leben gerufene „Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden“ (Fürst Wedel), der als Hauptaufgabe die beschleunigte Anbahnung einer Verständigung mit England ansah, und der 1917 in Frankfurt gebildete „Volksbund für einen Verständigungsfrieden“, dem erstmals neben

---

374. so Fried in seinem Kriegstagebuch II (nach Fuchs, Der deutsche Pazifismus im Weltkrieg, S. 38).

Angehörigen des Freisinns und der Sozialdemokratie Mitglieder des Zentrums an führender Stelle angehörten. Zahlreiche Hochschullehrer unter ihnen Brentano, Harnack, Max Weber, Meinelke, Goetz und Baumgarten unterstützten die dem „Alldeutschtum“ feindlichen Bestrebungen. Zu ihnen gesellten sich Vertreter des Handels und der Hochfinanz, die vor allem um die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen mit den Feindbundmächten besorgt waren, und maßgebende Parlamentarier wie Gothein und Haußmann, Erzberger (dessen Kriegszielwünsche vor dem Jahre 1917 im Ergebnis völlig mit denen des AV übereingestimmt hatten) und Scheidemann. Die verbreitetsten Tageszeitungen des Reiches und Österreichs standen in der gleichen Front. Darüber hinaus waren durch Prof. Delbrück die Mittel zusammengebracht worden, die die Herausgabe einer „Deutschen Korrespondenz“ ermöglichten, die den Provinzzeitungen wöchentlich zum unentgeltlichen Abdruck zugestellt wurde und zu deren Ergänzung bald darauf zwei Schriftenreihen „Der Tag des Deutschen“ und „Die Volksaufklärung“ erschienen. Unter der Schriftleitung des Redakteurs des „Berliner Börsencouriers“ Martin Wenck und später des Privatdozenten Dr. Hobohm sollten sie gemeinsam der Aufgabe dienen, „der alldeutschen Agitation ebenso wie der chauvinistischen Bedrohung Deutschlands durch seine Feinde im Sinne einer durch Besonnenheit starken Reichspolitik entgegenzuwirken“.<sup>375</sup> Tatsächlich aber haben sie durch die kritiklose Aneinanderreihung des Stoffes, seine teilweise stark tendenziöse Auswertung und die fast völlig einseitige Beschuldigung des deutschen Nationalismus dazu beigetragen, ein unwahres Zerrbild der alldeutschen Bewegung und des nach ihrer Meinung in einflußreichen Kreisen Deutschlands herrschenden Geistes in der Öffentlichkeit zu verbreiten, das im Inland und im Ausland der deutschen Sache schaden mußte.

Von besonderer Bedeutung war es, daß die Widersacher des AV sich bei ihrem Vorgehen wiederholt auf die gleichgerichteten Anschauungen des Reichskanzlers berufen konnten,

---

<sup>375</sup>. Aufruf von Hobohm, in Heften der beiden Schriftenreihen abgedruckt.

ohne daß dieser — der seinem ganzen Wesen nach gegen die von den Alldutschen vertretenen Kriegsziele eingestellt war — hiergegen Einspruch erhob. Inaktive Diplomaten und politische Schriftsteller (Rohrbach, Valentin u. a.), die in engen Beziehungen zum Auswärtigen Amt standen, beteiligten sich an den Angriffen auf die alldutsche Politik. Ebenso darf man annehmen, daß die schon in jenen Jahren mehrfach in den Alld. Blättern und anderen Zeitungen aufgestellte Behauptung, daß die Propaganda gegen das Allddeutschum „nicht nur amtliche Förderung, sondern auch geldliche Unterstützung durch deutsche Behörden“ gefunden habe<sup>376</sup>, berechtigt gewesen ist. Dazu kam, daß durch die Zensur dem AV damals eine wirk-same Abwehr seiner Gegner auf das äußerste erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht war.

Als endlich Ende des Jahres 1916 jene „unser ganzes politisches Leben vergiftenden Zustände“<sup>377</sup> durch die Freigabe der Kriegszielerörterung abgemildert waren, sahen es die Alldutschen als ihre Pflicht an, die Aufklärung des deutschen Volkes im Sinne ihrer alten Forderungen mit aller Kraft fortzuführen. Immer wieder wiesen sie dabei auf das von den feindlichen Mächten offen verkündete Ziel der vollen politischen und wirtschaftlichen Vernichtung des Deutschen Reiches hin. Den Höhepunkt aber erreichten die Auseinandersetzungen um Sieg- oder Verzichtfrieden seit jener „verhängnisvollen“ Juliresolution von 1917 („die so schmachvoll ist, daß wir sie hier nicht abdrucken“, wie es in den Alld. Blättern hieß<sup>378</sup>). Die Behauptung von der mit außerordentlichen Mitteln („Millionen der Schwerindustrie“) arbeitenden alldutschen Agitation gehört freilich in das Reich der Fabel: als Beispiel sei erwähnt, daß die Gesamtauflage der wichtigen Flugschrift von Claß nicht höher als 35 000 Stück war und die als ihre wissenschaftliche Ergänzung gedachte Schrift von Hänsch nur eine einzige Auflage erlebte.

---

376. A. Bl. 1931, Nr. 5 (Alfred Roth).

377. A. Bl. 1916, Nr. 45.

378. A. Bl. 1917, Nr. 30 (Claß).



Verschärft wurde der Streit um das Kriegsziel in den letzten Jahren durch die Verbindung innerdeutscher Forderungen — Parlamentarisierung und Demokratisierung der Verfassungen des Reiches und der Bundesstaaten — mit der Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen. Geschickte Reden der feindlichen Staatsmänner begünstigten diese Entwicklung. So kam es, daß die Anhänger eines „erfolgreichen“ Friedens von den Massen zugleich als die Vertreter reaktionärer Anschauungen angesprochen und bekämpft wurden. Weder dem AV noch dem von Professor Dietrich Schäfer geführten „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden“ gelang es trotz aller Bemühungen, dieses Mißtrauen zu überwinden. Erst die am Sedantag 1917 im Yorksaal der ostpreußischen Landschaft durch den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg, den Großadmiral von Tirpitz und den Generallandschaftsdirektor Kapp ins Leben gerufene „Deutsche Vaterlandspartei“ vermochte es, unter Hintanstellung aller innerpolitischen Gegensätze für die Dauer des Krieges eine außerordentlich große Anzahl von Mitgliedern aus den verschiedenen Parteilagern — zumindestens des Bürgertums — zusammenzuführen. Die Alldutschen selbst traten in enge Zusammenarbeit mit der Vaterlandspartei und an vielen Orten standen Angehörige des Verbandes zugleich an der Spitze der neuen Bewegung. Daneben führte freilich der AV seine eigene Tätigkeit ohne Einschränkung fort — als „Sturmtrupp der nationalen Sache“ neben jener großen Sammelstelle der nationalen Kräfte<sup>379</sup> — bis der innere und äußere Zusammenbruch des Deutschen Reiches dem Ringen um das Kampfziel ein Ende bereitete.

### Drittes Kapitel:

#### *Der Alldutsche Verband und die deutsche Innenpolitik vom Kriegsbeginn bis zum Umsturz.*

#### § 1.

Mit seinen Gegnern teilte der AV die Überzeugung, daß das große Erleben des Weltkrieges nicht ohne tiefgehende

---

379. A. Bl. 1917, Nr. 43.

Rückwirkungen auf die künftige innere politische Entwicklung in Deutschland bleiben konnte. Freilich dachten die Alldutschen hierbei nicht an den von anderer Seite noch für die Jahre dieses Entscheidungskampfes heftig geforderten demokratisch-parlamentarischen Umbau der von Bismarck geschaffenen Verfassungsordnung und nicht an eine äußere Überwindung des Parteienhaders in der Art, daß der Sozialdemokratie und den übrigen ihr geistesverwandten „reichsfeindlichen“ Bestrebungen volle Anerkennung und Gleichberechtigung zuteil werde — wohl aber hofften sie, daß das in den breiten Massen des Volkes in den Augusttagen von 1914 so mächtig zutage getretene vaterländische Bewußtsein über den Krieg hinaus erhalten bleiben und die Grundlage bilden möge für die nach einem erfolgreichen Friedensschluß in Angriff zu nehmenden im völkisch-nationalen Sinne zu haltenden inneren Reformen.

Bis zu diesem Zeitpunkt durften aber keine Maßnahmen getroffen werden, die dem angestrebten Endziel der Vollendung eines wahrhaft deutschen Nationalstaates neue Schwierigkeiten bereiteten. Aus dieser Erwägung wandte sich der AV auch dagegen, daß unter dem ersten Eindruck der Freude über vermeintlich stärkere deutsch-nationale Äußerungen in den Grenzmarken des Reiches übereilt die Sicherungen aufgegeben würden, die zur Wahrung der deutschen Belange in jenen Landstrichen sich als notwendig erwiesen hatten.

So erhoben die Alldutschen Widerspruch gegen die Stimmen, die jetzt erneut für Elsaß-Lothringen die „Gewährung voller Selbständigkeit als Bundesstaat“ verlangten, obwohl doch — wie sie betonten — erst wenige Monate zuvor die Ereignisse von Zabern warnend genug hiergegen gesprochen hatten. „Manches ist allerdings im Elsaß geschehen“, schrieb ein reichsländischer Mitarbeiter im November 1914 den Alld. Blättern, „was uns Alldutsche mit neuer, kräftiger Hoffnung erfüllt . . . Willig ist unsere Jugend dem Rufe des Vaterlandes gefolgt . . . Die Saat des elsässischen Schulmeisters ist in diesen Tagen herrlich aufgegangen . . . Aber auch in vielen Alten ist die deutsche Seele erwacht. Auch sie wissen jetzt, wohin sie gehören“<sup>380</sup>

---

380. A. Bl. 1914, Nr. 47.

— allein er mußte zugleich berichten, daß es noch immer nicht alle Elsässer und Lothringer waren, die den inneren Anschluß an das Reich vollzogen hatten, daß es vielmehr noch immer manche gab, die mit ihrem Herzen auf der Seite Frankreichs standen und in verschiedenen Fällen sogar nicht vor dem offenen Landesverrat zurückschreckten. Der AV faßte deshalb sein Urteil zunächst dahin zusammen, „daß der Zeitpunkt, über die politische Zukunft der Reichslande zu sprechen, im Augenblick ganz sicherlich noch nicht als gegeben zu betrachten ist“.<sup>380</sup>

Wenig später mußte dann der Verband auf Grund neuer ihm zugegangener Mitteilungen, die von dem amtlich entworfenen „schöngefärbten“ Bild der Lage weit abwichen, feststellen, daß selbst die geringen Erwartungen auf einen Gesinnungsumschwung in der reichsländischen Bevölkerung — zumal in den sog. gebildeten Schichten — sich als trügerisch erwiesen hatten. Als Ursache für die ungünstige Stimmung sah er dabei neben der moralischen Wirkung der andauernden Besetzung eines kleinen Teiles vom Oberelsaß durch französische Truppen und neben dem von den Welschlingen geförderten Unmut über Entbehrungen und Erschwerungen, die der Krieg und die Nähe der Kampffront unvermeidlich mit sich brachten, vor allem die nach wie vor schwankende und nachgiebige Haltung der deutschen Regierung und ihrer Vertreter in den reichsländischen Behörden an. Dringlicher als je wurde von den Aldeutschen die Mahnung an die Verantwortlichen gerichtet, mit jeder Kompromißpolitik und mit der weiteren Begünstigung der welschgesinnten „Notabeln“ und ihres unheilvollen Einflusses zu brechen. Zugleich wurde die alte Forderung des Verbandes wieder aufgenommen, die „Totgeburt von 1911“<sup>381</sup> zu beseitigen und die Westmark in den Großstaat Preußen einzugliedern, der allein noch im Stande sein würde, die deutsche Zukunft jener Gebiete sicherzustellen. Der Versuch hingegen — erklärte Ende 1915 jener vorher hoffnungsvolle aldeutsche Vertrauensmann — „Elsaß-Lothringen in der Form eines Reichslandes unter zunehmender Verleihung von staatlichen Rechten dem Deutschtum wiederzugewinnen, muß endgültig als gescheitert angesehen werden“.<sup>382</sup>

---

381. A. Bl. 1915, Nr. 28 (Sontag); vergl. S. 111/113.

382. A. Bl. 1915, Nr. 51; vergl. S. 242.

Für den AV stand es fest, daß die Entscheidung über die Zukunft Elsaß-Lothringens auf keinen Fall Gegenstand einer internationalen Konferenz sein durfte. Er wies deshalb mit Nachdruck darauf hin, daß jedes Zögern, die reichsländische Frage der nach seiner Ansicht einzig möglichen Lösung zuzuführen, einen steten Anreiz zur Einmischung für das feindliche Ausland darstelle, wie es sich auch in den späteren Jahren in dem „Trommelfeuer“ der gegnerischen Presse zeigte, die der Welt das Recht Frankreichs auf die deutsche Westmark wieder und wieder verkündete. Als aber demgegenüber — zum Teil als Folge der allgemein eingeschlagenen Verständigungspolitik — bei den Regierungsstellen und den parlamentarischen Vertretern des deutschen Volkes die Neigung wuchs, den elsäß-lothringischen Selbständigkeitsbestrebungen entgegenzukommen, hielten es die Alldutschen für die Pflicht aller Vaterlandsfreunde, noch in letzter Stunde dafür zu sorgen, daß überall in Deutschland „volle Kenntnis der Verhältnisse und Strömungen im Reichsland, sowie der Gefahren dortiger Unsicherheit für das Reichswohl“ herrsche.<sup>383</sup> Allein sie konnten nicht mehr hindern, daß „der Siegespreis von 1870/71“, der „Eckstein des deutschen Einheitsbaues“ durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges dem Reiche wieder entrissen wurde.

Die Entwicklung der Verhältnisse in der deutschen Nordmark während des Krieges nahm keinen besonderen Raum in den alldutschen Betrachtungen ein. Während Class in der ursprünglichen Fassung seiner Denkschrift zum Kriegsziel den Gedanken aufgriff, „die dänisch besiedelten Striche Nordschleswigs freiwillig zurückzugeben“,<sup>384</sup> falls allein durch den deutsch-dänischen Gegensatz in dieser Frage — wie behauptet werde — die erwünschte Annäherung und die Möglichkeit eines Schutz- und Trutzbündnisses der gesamten germanischen Staaten des Nordens mit dem Deutschen Reiche verhindert werde, wurde in den anderen Veröffentlichungen des Verbandes kein Zweifel darüber gelassen, daß an einem Verzicht Deutschlands auf Nordschleswig niemals zu denken sei.

---

383. A. Bl. 1918, Nr. 15.

384. Claß, Denkschrift..., S. 63.



Stete Aufmerksamkeit widmeten die Alldutschen dagegen den Vorgängen im deutschen Grenzland im Osten, zumal seit die Schaffung des selbständigen polnischen Königreiches die slawische Begehrlichkeit aufs höchste gesteigert hatte. An zahlreichen Beispielen zeigten sie wie die reichsdeutschen Polen offen ihrer Hoffnung auf den nahe bevorstehenden Anschluß an den großen polnischen Nationalstaat Ausdruck geben durften, während andererseits den deutsch-nationalen Bestrebungen — etwa dem Wirken des Ostmarkenvereins — Hemmungen bereitet wurden, die sie vollkommen lahmzulegen drohten. Der Verlauf der Kosciuszko-Erinnerungsfeiern in Posen, Gnesen, Hohen-salza und anderen Orten der deutschen Provinz war schon 1917 das ernsteste Warnungszeichen für die Zukunft des Deutschtums der Ostmark. „Die Stimmung der polnischen Bevölkerung, die sie zum Ausdruck brachten“, bemerkten dazu die Alld. Blätter, „ist die natürliche Frucht unserer amtlichen Polenpolitik“.<sup>385</sup> Mehrfach erhoben die Alldutschen die Forderung an die Regierung, nach dem deutschfeindlichen Verhalten des Polentums die Proklamation des Polenreiches zurückzunehmen, mehrfach verlangten sie im Deutschen Reiche selbst eine entschiedenere Abwehr der slawischen Umtriebe und warnten davor, gerade in solchen Zeiten mit den Verhältnissen vertraute, bewährte Beamte aus dem Osten zu entfernen und durch Nachfolger zu ersetzen, denen für ihre wichtige Aufgabe die unbedingt notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen des ostmärkischen Grenzkampfes fehlen mußten. Mit besonderem Ernst gab der AV weiterhin der Sorge Ausdruck, daß als Opfer der deutschen Nachgiebigkeit gegenüber den polnischen Ansprüchen auch das Enteignungsgesetz fallen und nicht nur das mühsam aufgebaute Ansiedlungswerk völlig zum Erliegen kommen, sondern im Gegenteil dem Vordringen des Slawentums freie Hand in der Besitznahme deutschen Bodens gelassen werde — alles dieses freilich, ohne daß die Polen darauf verzichten würden, Teile des Deutschen Reiches einst ihrem ersehnten großpolnischen Staate einzuverleiben. Für falsch und gefährlich hielten es die Alldutschen bei alledem, daß dem deutschen Volke noch länger die Wahr-

---

385. A. Bl. 1917, Nr. 45.

heit über die ernste Bedeutung der polnischen Bewegung — ähnlich wie über die Vorgänge im Westen des Reiches — vorenthalten werde.

Als dann das Kriegsglück endgültig die deutschen Fahnen verließ, als in der Heimat der politische Umsturz einsetzte, hatte die Entscheidungsstunde für das Deutschtum der Ostmark geschlagen. Schon die ersten Verhandlungen der deutschen Regierung auf Grund der Vorschläge des Präsidenten Wilson steigerten die Begierde der Polen aufs neue: Posen, Danzig und Oberschlesien wurden in öffentlichen Kundgebungen von ihnen in Anspruch genommen. Hatte der AV schon 1917 der Haltung der deutschen Behörden gegenüber die „Einmütigkeit und tatkräftige Selbsthilfe“ der deutschen Bevölkerung der bedrohten Provinzen als letzte Möglichkeit für die Erhaltung des Ostmarkendeutschtums erklärt,<sup>385</sup> so konnten in jenen Schicksalswochen die Alld. Blätter mit größter Freude von dem Zusammenschluß und dem nationalen Bekenntnis der deutschen Ostmärker berichten, wie die Alldutschen ihrerseits von Danzig aus den Aufruf zum nationalen Widerstand erlassen hatten. Ohne Rückhalt an den zögernden amtlichen Stellen des Reiches aber konnte die Grenzmark dennoch nicht lange der polnischen Sturmflut wehren.

## § 2.

Von den Auseinandersetzungen, die die Innenpolitik im engeren Sinne betrafen, suchte sich der AV seinen bisherigen Anschauungen entsprechend auch während der Kriegsjahre fernzuhalten. Soweit Stimmen aus seinen Reihen hierzu Stellung nahmen, wandten sie sich vor allem gegen jede Fortdauer des Parteienstreites, der Uneinigkeit und inneren Zwietracht, die die Widerstandskraft der Nation in ihrem Daseinskampf zu schwächen drohten, wandten sie sich gegen die „Sünde wider das Volk“ jener Politiker, die in ernster Stunde Sonderinteressen vertraten und innerpolitische Geschäfte zu machen suchten. Den Forderungen auf eine grundlegende Änderung der Verfassungen im Reich und in den Bundesstaaten hielten die Alldutschen zudem entgegen, daß die Mehrheit der zur Mitarbeit am Staatsleben berufenen Bürger vor dem Feinde stehe und damit keine Mög-

lichkeit habe, wirksamen Anteil an den Erörterungen über die angestrebte Neugestaltung zu nehmen. Scharf aber wiesen sie jene Ansicht zurück, daß die Notwendigkeit der sofortigen „inneren Reform“ an Bedeutung den Ereignissen auf den Schlachtfeldern nicht nachstehe und die beschleunigte Demokratisierung zugleich ein schnelles Ende des Krieges herbeiführen und die Weltbrüderschaft begründen werde. Demgegenüber sah der Verband es als seine besondere Pflicht an, immer wieder den Blick des ganzen Volkes auf die nächstliegende, einzige Aufgabe zu richten: die Abwehr des feindlichen Angriffes und die Er kämpfung eines Friedens, der die deutsche Zukunft nach außen auf absehbare Zeit sicherte und damit die Voraussetzung zur Inangriffnahme einer gesunden inneren Neuordnung bot.

Dem von Bethmann-Hollweg verkündeten „Burgfrieden“ stand der AV jedoch von Anfang an mit großem Bedenken gegenüber, das in seiner Beurteilung der gesamten Politik des Kanzlers begründet lag. Er fürchtete — und sollte es nur allzu bald bestätigt finden — daß durch eine falsche Auslegung des an sich richtigen Gedankens die völkische Bewegung in ihrem Wirken gehemmt, die bei der allgemeinen vaterländischen Hochstimmung der ersten Kriegswochen zum sicheren Untergang verurteilten weltbürgerlichen und reichsfeindlichen Strömungen aber künstlich erhalten bleiben und mit der Zeit zu neuer gefährlicher Tätigkeit erstarken würden. An einen ernsthaften Gesinnungswandel etwa der Sozialdemokratie in ihrer Haltung zu Volk und Staat glaubte der Verband nicht. Entschieden erhob er vielmehr Widerspruch dagegen, daß die nationale Pflichterfüllung der deutschen Arbeiterschaft — wie es von vielen Seiten geschah — der sozialdemokratischen Partei zugute geschrieben werde, aus der diese das Anrecht auf eine Belohnung auf politischem Gebiet ableiten dürfe. Die Alldeutschen rechneten sich dabei zu denen, „die es für nicht ganz richtig halten und sogar ernste Folgen in der Zukunft davon befürchten, wenn in einem Staat die einfache Erfüllung der vaterländischen Pflicht und das Nichtbegehen hochverräterischer mit Erschießen bestraffter Handlungen bei einer bestimmten politischen Partei für ein großes Verdienst erklärt wird. Man kann sich aufrichtig freuen — und wer täte das nicht — über die Bereitwilligkeit, mit der auch unsere

Arbeiterschaft zu den Fahnen geeilt ist“, hieß es weiter, „aber sollte man, nachdem es nun doch angeblich keine Parteien mehr gibt, es nicht auch vermeiden, derartiges als Verdienst einer Partei auszuposaunen?“<sup>386</sup> An zahlreichen Beispielen konnte der AV im Laufe des Krieges die Berechtigung seines Zweifels an einer wirklichen Eingliederung der Sozialdemokratie in die vaterländische Front aufzeigen, und in ihrem Führer Scheidemann sah er — so gering er ihn auch als Persönlichkeit wertete — die Verkörperung des ausgesprochensten Gegensatzes zu den von ihm vertretenen völkisch-nationalen Anschauungen. Trotzdem beschränkte sich der Verband darauf, der Sozialdemokratie dort entgegenzutreten, wo ihr Verhalten unmittelbar geeignet erschien, einen für Deutschland erfolgreichen Ausgang des Völkerringens — sei es durch Förderung der „Verzicht“-Stimmung, sei es durch Schürung der inneren Zwistigkeiten — in Frage zu stellen. Mit der neu entstandenen Gruppe der Unabhängigen Sozialdemokratie lehnte er allerdings jede Gemeinschaft ab.

In gleicher Weise wurde das Verhältnis des AV zu den anderen politischen Richtungen von ihrer Stellungnahme zu den Erfordernissen des Krieges bestimmt. Ausgehend von der Frage des Kampfzieles geriet er in einen immer heftigeren Gegensatz zu der Mehrheit der bürgerlichen Demokratie und späterhin des Zentrums, seit in diesem Erzberger — von dem es einmal (bei der Besprechung der Juliresolution von 1917) in den Alld. Blättern hieß: „Aber ein trauriger Gedanke, daß ein Mensch von solcher Alltäglichkeit in der Vertretung eines großen und tüchtigen Volkes eine Rolle spielen kann, ohne bei dem ersten Versuch dazu dem Fluch der Lächerlichkeit zu verfallen“<sup>387</sup> — den maßgebenden Einfluß gewonnen hatte. Veranlaßt durch die wachsende Erkenntnis des entscheidenden Anteiles des Judentums an der Zersetzung der nationalen Widerstandskraft fand in jenen Jahren auch der Antisemitismus stärkeren Eingang in die Reihen des Verbandes.<sup>388</sup> Mit den Nationalliberalen und

---

386. A. Bl. 1914, Nr. 46 (von Liebig).

387. A. Bl. 1917, Nr. 30 (Claß).

388. vergl. S. 85/86.



Konservativen hingegen verband die Alldeutschen der gemeinsame Wille, einen siegreichen Frieden anzustreben, wenngleich sie den Vertretern jener Parteien mehr als einmal vorwerfen mußten, daß sie im Parlament und der breiteren Öffentlichkeit nicht mit der erforderlichen Entschiedenheit dem vaterländischen Standpunkt Geltung zu verschaffen suchten und selbst die Abwehr der gegen den Erfolg der deutschen Waffen gerichteten Bestrebungen nur lau betrieben. Sehr bedauerten sie es im Hinblick auf den notwendigen Zusammenhalt aller nationalen Kräfte als im letzten Kriegsjahr Äußerungen der dem Verband nahestehenden, aber doch von ihm unabhängigen „Deutschen Zeitung“<sup>389</sup> zur innerpolitischen Lage den Führer der Nationalliberalen Dr. Stresemann und fünf weitere ihrer Abgeordneten veranlaßten, unter heftigen Angriffen ihrer Presse auf den AV — der „nichts weiter mehr (sei) als ein reaktionär-konservatives Filial-Unternehmen“<sup>390</sup> — ihren Austritt aus dem Verband zu erklären. Die Alldeutschen suchten nach Möglichkeit eine Vertiefung dieses nach ihrer Ansicht unbegründeten Zwiespaltes in den vaterländisch-gesinnten Kreisen zu verhindern und betonten auf den Vorfall hin erneut die völlige Freiheit des AV von parteipolitischen Bindungen. Claß selbst trat wenige Wochen später auf dem Verbandstag jenem von allen Widersachern der alldeutschen Bewegung gleichermaßen erhobenen Vorwurf mit den Worten entgegen: „Unser Kriegsziel nach innen erstrebt die sittliche Erneuerung unseres Volkes, seinen gesunden politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau — Dinge, die mit „Reaktion“ nicht nur nichts zu tun haben, sondern die der wahre Fortschritt wären, eine Fortentwicklung gemäß dem eigentlichen Wesen des deutschen Volkes“.<sup>391</sup>

In dem „immer übler und bedrohlicher angeschwollenen Streit um die preußische Wahlreform“, der im Mittelpunkt der innerdeutschen Auseinandersetzungen während des Krieges stand, war die Stellungnahme des Verbandes durch den auf der Vor-

---

389. vergl. S. 78.

390. so die „Nationalliberale Korrespondenz“ (nach A. Bl. 1918, Nr. 12).

391. Bericht über den Verbandstag 1918, S. 6.

standssitzung vom Frühjahr 1917 einstimmig gefaßten Beschluß festgelegt, „sich jeder Tätigkeit in dieser Frage zu enthalten“ — eine Anordnung, die, wie die Alld. Blätter feststellten, „peinlich eingehalten“ wurde.<sup>392</sup> Aus Äußerungen einzelner Alld. deutscher können wir allerdings ersehen, daß die Anschauungen über die Zweckmäßigkeit des bestehenden Dreiklassenwahlrechtes und die Form der in Aussicht genommenen Abänderung auch in ihren Reihen nicht einheitlich waren. Starke Bedenken gegen die Übernahme des Reichstagswahlrechtes auf Preußen wurden etwa mit der Gefährdung einer künftigen deutsch-nationalen Grenzmarkenpolitik begründet, denn — so hieß es einmal — „daß mit einer als Frucht des allgemeinen, gleichen und unmittelbaren Wahlrechtes zu erwartenden Mehrheit aus Zentrum und Sozialdemokratie im preußischen Abgeordnetenhaus eine wirklich deutsche Polenpolitik nicht zu machen ist, liegt auf der Hand“;<sup>393</sup> schon ein Jahr vorher war freilich eine Lösung dieses Einwandes in dem Vorschlag gefunden worden, die Zustimmung zur Wahlrechtsänderung von einer stärkeren verfassungsmäßigen Verankerung des nationalstaatlichen Charakters des Reiches abhängig zu machen.<sup>394</sup> Bedeutsamer war der Hinweis auf die verhängnisvolle Auswirkung jeder Fortdauer des Zwistes um das Wahlsystem für die im Kampfe nach außen notwendige Einigkeit des deutschen Volkes, der dazu führte, die kaiserliche Osterbotschaft von 1917 mit ihrer Ankündigung der Neugestaltung des Wahlrechtes nach dem Kriege und des sofortigen Beginnes der Vorarbeiten hierzu als eine „Befreiung“ von schwerer Sorge anzusprechen: „Es mag sein, daß staatspolitisch für Preußens Bedürfnisse nicht unbedenkliche Folgerungen aus diesem Entwurf sich zuletzt ergeben, aber selbst solche Gefahr wird der deutsche Nationalpolitiker in Kauf nehmen für den Preis der Beendigung des Reformstreitjammers, der Auslandstreiberei und mit dem Ziele: fortan umso entschlossener die Lebensfragen unserer auswärtigen

---

392. A. Bl. 1918, Nr. 12 (Claß).

393. A. Bl. 1918, Nr. 5.

394. A. Bl. 1917, Nr. 13.

und Kriegspolitik wieder in den Vordergrund der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stellen“.<sup>395</sup>

Eine der wichtigsten Forderungen des AV war von jeher die tätige Anteilnahme der Staatsbürger (zumindesten der „Kreise von Bildung und Besitz“) am politischen Leben gewesen. So war der Verband auch keineswegs grundsätzlicher Gegner einer Abänderung von Verfassungsbestimmungen, die dieser Mitarbeit weiteren Raum geben wollte. Er erhob sogar Widerspruch dagegen, daß Entscheidungen von solcher Tragweite wie etwa die Errichtung des Königreiches Polen und die Festlegung des von Deutschland zu verfolgenden Kriegszieles allein von Regierungsstellen getroffen würden, ohne dem Volke die Möglichkeit einer Stellungnahme zu lassen. Die ernststen Bedenken der Alldeutschen gegen die angestrebte „Neuorientierung“ des deutschen Staatsaufbaues gingen vielmehr davon<sup>396</sup> aus, daß das be-

---

395. A. Bl. 1917, Nr. 16.

396. An dieser Stelle sei auch auf die Ausführungen von Claß über „Demokratie und Demokratie“ in der „Deutschen Zeitung“ vom 16. 6. 1917 hingewiesen, in denen es u. a. heißt: „Es ist eine Verfälschung dessen, was — um vorbildliche Vertreter zu nennen — „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“, „Vorwärts“ anstreben, wenn es unserm Volke als Ausbau oder Sieg der Demokratie oder des demokratischen Gedankens hingestellt wird; ebenso falsch aber ist es, von der andern Seite den Kampf gegen die Demokratie schlechthin zu führen. Unter Demokratie im Sinne des griechischen Staatsrechtes verstehen wir die Staatsform, in der... die Gesamtheit der mit Pflichten ausgestatteten Bürger zur Teilnahme an der Staatsverwaltung berufen war; dem Maße der Pflichten entsprach ursprünglich das der Rechte. In diesem Sinne ist der „demokratische Gedanke“ etwas durchaus Gesundes... Im Sinne des nicht entarteten demokratischen Gedankens ist das Deutsche Reich, sind die deutschen Einzelstaaten heute Demokratien — das Reich eine solche, in der der Höhepunkt ganz gewiß erreicht ist, die Einzelstaaten solche, in denen zum Teil noch gewisse Erweiterungen möglich sind, die aber nach den Lehren der Geschichte und nach den Bedürfnissen und Aufgaben der Gegenwart ruhig und besonnen erwogen und abgemessen sein wollen... Was aber die „Frankfurter Zeitung“ und ihresgleichen will, und die Freisinnige Volkspartei und die Sozialdemokratie anstreben, das ist etwas, was auf den Namen Demokratie keinen Anspruch mehr hat — es ist die Entartung zur angestrebten Herrschaft der Massen, zur Ochlokratie, der Vorstufe der Anarchie, der Lösung aller und jeder Ordnung. Ich meine deshalb, es heißt den Kampf unrecht führen, wenn er wie heute für oder wider

stehende Parlament — der „Zaberner“ Reichstag — nicht nur überaltert und keinesfalls mehr als Ausdruck des Volkswillens anzusehen sei, sondern auch „immer und gerade dort ... wo es darauf angekommen wäre, einer schwankenden und schwächlichen Regierung gegenüber in den entscheidenden Fragen des Krieges den gesunden Macht- und Tatwillen des Volkes zur Geltung zu bringen ... wo der eigentliche Prüfstein für die politische Befähigung und Bedeutung des Reichstages gegeben war ... in geradezu kläglich Weise versagt“ und deshalb „zu einem guten Teile mit an der Verantwortung“ zu tragen habe „für die zahllosen Unglaublichkeiten, die dieser Krieg auf politischem Gebiete gesehen hat“.<sup>397</sup> Aus dieser Erkenntnis heraus wandte sich der AV gegen alle Versuche, die Staatsordnung Bismarcks in der Richtung eines verstärkten Einflusses dieser parlamentarischen Vertretung umzugestalten und damit den Führern der „Mehrheitsparteien“ eine weitergehende Mitwirkung

---

die „Demokratie“ geführt wird... Die deutsche Demokratie ist sicherlich in gewissem Maße eine Folge der französischen Revolution — aber sie ist eine deutsche Erscheinung, bei der der fremde Einfluß größer oder geringer war, je nach dem Grade vaterländischen Bewußtseins der Persönlichkeit... Jene Demokratie des politisch-werdenden deutschen Bürgertums (vertrat) die Teilnahme der Bürger am Staate, die Befreiung der Persönlichkeit und der Gesellschaft von der Vormundschaft des Staates und die Sehnsucht nach dem Deutschen Reiche. So betrachtet hat die Demokratie in unserm Vaterlande nicht nur ihre Berechtigung gehabt, sondern auch eine ehrenvolle Geschichte... Und die geistigen, politischen Erben des werdenden deutschen Bürgertums, des werdenden Reiches mit ihrer Demokratie sind noch nicht ausgestorben — in weiten Teilen des Vaterlandes finden sie sich heute noch, fühlen sich als Demokraten und nennen sich so. Sie gehören unzweifelhaft zu den erhaltenden Gruppen unseres öffentlichen Lebens, stehen vorbehaltlos auf dem Boden ihres Volkes und seinen gewordenen Einrichtungen und haben auch jetzt in diesem Daseinskampfe die Stelle gefunden, auf der sie zu stehen haben... Wer die Dinge so betrachtet, wird erkennen, daß Demokratie und Demokratie in der Tat grundverschiedene Dinge sind, daß den falschen Demokraten der Kampf gilt unter der Kennzeichnung dessen, was sie in Wahrheit sind — daß den echten Demokraten aber die Mitarbeit an der deutschen Zukunft, das Aufgehen in einer größeren Gemeinschaft dadurch ermöglicht wird, daß man sie von jenen Anmaßern des Wortes scheidet und ihnen die Achtung erweist, die ihr Streben verdient“.

397. A. Bl. 1917, Nr. 4.



an den Regierungsgeschäften zu sichern — Männern, „denen wir“, wie die Alld. Blätter erklärten, „am Maßstab der militärischen Retter des Vaterlandes gemessen, nicht zubilligen können, daß sie die Belange des Ganzen wahrnehmen, denen im Gegenteil die Wahrnehmung der Parteibelange den Blick für das Ganze trübt“.<sup>398</sup> Nicht die Schaffung eines Ausschusses von Parlamentariern zur Behandlung von Fragen der auswärtigen Politik,<sup>399</sup> nicht die Bildung eines Reichstagsausschusses für eine Verfassungsreform und seine die Demokratisierung vorbereitenden Beschlüsse entsprachen nach alldeutscher Ansicht dem Gebot der Stunde, sondern die gefährdete Lage des Reiches forderte nach ihrer Überzeugung gerade umgekehrt die entschiedene Abwehr aller hemmenden Nebeneinflüsse und die Durchsetzung einer entschlossenen, zielklaren inneren Staatsleitung neben der bestehenden einheitlichen militärischen Führung. Aus dieser Anschauung heraus mahnten die Alldeutschen wiederholt die verantwortlichen Träger der Reichsgewalt, ohne jede Rücksichtnahme auf parlamentarische und parteipolitische Bedenken die ihnen gestellten schweren Aufgaben zu erfüllen. „Die wahre Krankheit unserer Zeit ist“ — führte Claß auf dem letzten Verbandstag vor dem Zusammenbruch aus — „daß die Maßgebenden weder den Mut noch den Willen zu dem Versuche haben, die Führung endlich wieder in die Hand zu bekommen“,<sup>400</sup> und auf der Tagung in Danzig rief er der Krone und ihren Ratgebern rückschauend zu: „Wer ein Volk führen will, muß den Mut haben, auch einmal unvolkstümliche Politik zu machen; wer ein Volk wie das unsrige in dieser gefahrvollen Zeit leiten wollte, mußte das Zeug haben, auch gegen den Reichstag — gegen diesen Reichstag! — zu regieren, wenn es nicht anders war“.<sup>401</sup> Der Ruf des AV nach der „Diktatur“ für die Dauer des Entscheidungskampfes blieb jedoch ungehört. Auf das nationale Bürgertum aber blickend mußte der Verband auf einem Höhepunkt der inneren Krise — im

---

398. A. Bl. 1918, Nr. 40.

399. vergl. aber S. 93.

400. Bericht über den Verbandstag 1918, S. 7.

401. A. Bl. 1918, Nr. 42.

Oktober 1918 — die Feststellung treffen: „Untätig sehen die Freunde des Vaterlandes, des Volkes wie des Staates, mit Gewehr bei Fuß diesen Treibereien zu und lassen die Dinge ihren Gang gehen. Man gewahrt nicht, daß sich Männer zusammenscharen, um diesem Treiben Einhalt zu gebieten und Halt zu rufen, damit dem Staat, dem Volksganzen kein Unheil widerfahre ... Wie lange soll das Unheil noch weiter seinen Lauf nehmen? Wie lange noch?“<sup>402</sup>

Als dann in jenen Herbsttagen die politische Linke trotz der widerstandlos erreichten weitgehenden Einflußnahme auf die Führung des Reiches nun auch immer stürmischer die restlose äußere Anerkennung des neuen Zustandes durch den Rücktritt des Kaisers und die Beseitigung der Monarchie forderte, erinnerte der AV daran, wie er seit dem Tage seiner Gründung fast immer „unzweideutig ablehnend, mahnend und auf Umkehr dringend“ der kaiserlichen Politik gegenübergestanden habe. Noch in den Jahren des Krieges hatte er vor allem mehrmals heftige Kritik an der Duldung jener undurchdringlichen Mauer durch Wilhelm II. geübt, die die „Getreuesten der Getreuen“, „die Royalisten alten Schlages“ dem Throne fernhielt und ihnen die Möglichkeit nahm, ihre dem Wohle des Vaterlandes geltenden Wünsche und Sorgen offen und unmittelbar dem Herrscher vorzutragen. Jetzt aber in den Tagen des Zusammenbruches lehnte es der Verband als „unwahr, ungerecht und unsittlich“ ab, den Kaiser als den Alleinschuldigen an der unheilvollen Entwicklung anzusehen: „Wir beharren auch heute“ (wie im November 1908<sup>403</sup>) „auf der Auffassung ... daß neben und mit dem Kaiser seine Reichskanzler, seine Minister, der Reichstag, die Presse, das Volk die Verantwortung tragen — heute fügen wir hinzu, daß die Bundesfürsten und der Bundesrat mit und neben ihm schuldig geworden sind. Ja, wir behaupten angesichts des furchtbaren Ernstes dieser Zeit, daß diejenigen, die heute am lautesten über die Schuld Wilhelms II. schreien, die am meisten Schuldigen sind“.<sup>404</sup> Eine treffende Wiedergabe des alldeut-

---

402. A. Bl. 1918, Nr. 40.

403. vergl. S. 188.

404. A. Bl. 1918, Nr. 45 (Ciaß).

schen Standpunktes in der gesamten „Kaiserfrage“ finden wir in einem Vortrag, der wenige Wochen nach dem Umsturz Rückschau auf die politische Haltung des Verbandes in den vergangenen Jahrzehnten hielt: „Neben den vielen unbestreitbaren Vorzügen der erblichen Monarchie“, hieß es da, „steht die eine große Gefahr, daß ein unglücklich veranlagter Monarch viel Unheil über sein Volk und Reich bringen kann ... Hier mußten die Sicherheitsvorkehrungen eingreifen, welche die verfassungsmäßige Monarchie gegen üble Einflüsse eines persönlichen Regiments aufgerichtet hat. Und zwar hätte die Nation ihr Erziehungswerk am Kaiser gleich am Anfang seiner Regierung beginnen lassen müssen, damals, als der immerhin schon 31 jährige in jugendlichem Unverstand und freventlicher Überhebung Bismarck aus dem Amte drängte. Die vaterländischen Kreise waren damals in einer Stimmung ähnlich wie jetzt bei der letzten Auswirkung jenes verhängnisvollen Anfangs, und für immer ist ihnen von jenen Tagen her ein Stachel gegen Wilhelm II. in der Brust zurückgeblieben. Was aber haben wir damals an der deutschen Demokratie erlebt? Wie frohlockte sie über den Sturz des Gehaßten und ließ dabei alle verfassungsmäßigen und staatspolitischen Erwägungen beiseite! Wie umdrängte und umschmeichelte sie den neuen Herrscher ... Bismarcks Entlassung, sie hätte die Geburtsstunde einer großen deutschen Demokratie werden können, wie schmachlich ist diese Gelegenheit verpaßt worden! Und seitdem — bei der Caprivizeit angefangen ... bis herunter zu Bethmann-Hollweg und Kühlmann, immer hat die Demokratie jeden politischen Fehlgriß des Kaisers und seiner Ratgeber gedeckt, sobald nur die vaterländischen Kreise sich dagegen aufzulehnen begannen. Zugleich aber verharrte sie in ihrer grundsätzlichen, verbohrten Gegnerschaft gegen die nationalen Notwendigkeiten, so daß hier die vaterländischen Kreise, um nicht eine höhere Pflicht zu versäumen, sich immer wieder an die Seite des Kaisers stellen mußten ... So mußten wir oft genug gleichzeitig die Monarchie und ihre verfassungsmäßigen Rechte verteidigen, wo uns der Unmut über den Kaiser im Herzen saß. Gleichwohl ist der „Novembersturm“ 1908 in erster Linie von den vaterländischen

Kreisen ausgegangen; von unserer Seite ist auch wiederholt auf ungeeignete Einflüsse hingewiesen worden, denen sich der Kaiser hingegeben hat; und in den trüben Bethmann-Zeiten, da war es ausschließlich der Einspruch vaterländischer Kreise, und am entschiedensten derjenige der Alldeutschen, der den Kaiser zur Umkehr von der unheilvollen Bahn zu bestimmen bestrebt war ... Aber diese Stimmen treuer Wahrhaftigkeit sind nicht zum Kaiser gedrungen; Schmeichler in den Hofkreisen, Mietlinge in den Reichsämtern, auch großkapitalistische Einflüsse haben die entschieden vaterländischen Kreise vom Kaiser soweit wie möglich fernzuhalten verstanden. Wir unsererseits haben immer wieder ... an das bessere Selbst des Kaisers anzuknüpfen gesucht; es lag im Sittlichen. Aber keine dauernde Brücke führte vom guten sittlichen Kern des Kaisers zu politischer Auswirkung in vaterländisch heilsamer Richtung. Jetzt, da der Kaiser in tiefem Sturz sein Haus, unser ganzes Vaterland mitgerissen hat, regt sich in uns trotz alledem die alte Mannentreue und wahres Mitgefühl. Wir vergessen auch heute über dem Enkel den Großvater nicht, den Aufrichter des Reiches ...“<sup>405</sup> Hatte der AV aus dieser Einstellung heraus der Forderung eines Wechsels der Staatsform ablehnend gegenüber gestanden, ganz abgesehen davon, daß viele, die nach einem solchen riefen, damit nur den Wünschen des feindlichen Auslandes entgegenzukommen suchten, so nahm er nach dem vollzogenen Umsturz das Verlangen nach der Wiedererrichtung des deutschen Kaisertums in seine „Bamberger Erklärung“ als eines der künftigen Ziele des Verbandes auf.

### § 3.

Der Gegensatz zwischen dem AV und dem Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hatte, wie wir bereits sahen,<sup>406</sup> unmittelbar vor dem Ausbruch des Weltkrieges seinen Höhepunkt erreicht. Waren die Alldeutschen schon damals überzeugt, daß die Politik des verantwortlichen Staatsmannes nicht den Belangen des Deutschen Reiches entsprach, erschien ihnen sein weiteres

---

405. Haug, Haben wir etwas zu bereuen?, S. 13/14; über die Stellung des AV zu Kaiser Wilhelm II. vergl. auch S. 92/93, sowie S. 186/189.

406. vergl. S. 189/196.



Verbleiben an der Spitze der deutschen Regierung in so entscheidender Zeit erst recht unmöglich. „Denn darüber waren wir uns alle einig“ — schildert Claß die Stimmung in den leitenden Kreisen des Verbandes in jenen Augusttagen — „daß dieser unselige Reichskanzler verschwinden müsse, wenn der Krieg nicht politisch verlorengehen solle. So felsenfest wir ... von der Überlegenheit des deutschen Generalstabes und des von ihm geführten Volkes in Waffen überzeugt waren, so klar war es uns, daß der politisch instinktlose und weltfremde „Philosoph von Hohenfinow“ unser Volk um die Früchte des bestimmt erwarteten Waffensieges bringen würde. Hatten wir ihn schon vor dem Ausbruche des Krieges in der schärfsten Weise bekämpft, so mußte dies jetzt erst recht geschehen“.<sup>407</sup> Das verhängnisvolle Wort von dem „Unrecht an Belgien“ und die innerpolitischen Maßnahmen der ersten Kriegswochen bestärkten die Alldeutschen in ihrer Auffassung. Aber nicht der Kanzler allein war es, der nach ihrer Ansicht die Anforderungen nicht erfüllte, die das Völkerringen an die Inhaber der hohen Staatsämter stellte, „fast die ganze oberste Bürokratie war mit denselben Mängeln behaftet wie er, und es war ein großes Ausräumen nötig, um das Reich politisch den vor ihm liegenden ungeheuren Aufgaben gewachsen zu machen“.<sup>408</sup> Offen ausgesprochen wurde dieser Gedanke im Frühjahr 1915 in den Alld. Blättern: „Sie faßten es nicht, daß dieser Krieg kommen würde“, hieß es dort, „wohl noch nie zuvor hatte das Schicksal die Wege, die es gehen wollte, so lange und so deutlich im voraus durch allerlei Vorzeichen offenbart ... Aber es fruchtete alles nichts ... auch nichts, daß die, welche wachgeworden waren, es jenen zuriefen, zuletzt mit aller Kraft in die Ohren schrieen ... Und weil sie es nicht fassen konnten, haben sie so unendlich viel versäumt ... Als der Krieg losbrach ... hätten (sie) sofort fühlen, erkennen müssen, daß in einer Zeit, deren Schicksals-

---

407. Claß, Wider den Strom, S. 306.

408. Claß, a. a. O., S. 311; in diesem Sinne begrüßten 1916 die Alldeutschen das Ausscheiden der Staatssekretäre Delbrück und Jagow, während andererseits die Ernennung Helfferichs zum ständigen Stellvertreter des Kanzlers neue Befürchtungen in ihren Reihen wachrief.

schwere nur Männer mit stärksten Händen, hellsten Augen, schärfsten Ohren gerecht zu werden vermögen, für sie, die sich als so klein, so blind, so taub erwiesen hatten, kein Platz sei ... Aber sie sind trotzig auf dem Plan geblieben ... Ist nicht zu befürchten, daß sie ... ebenso blind dafür sein werden, was Gegenwart und Zukunft fordern? Ich glaube, es wird Zeit, daß jeder sich diese Fragen ernstlich vorlegt, denn sollten sie bejaht werden, so gebietet die Pflicht, daß alle alles daran setzen, um jene rechtzeitig vom Plane fortzuschleichen. Sie müssen dann fort unter allen Umständen. Jene, die nichts faßten und auch heute nichts zu fassen vermögen“.<sup>409</sup>

Bis zu welcher Schärfe der Kampf zwischen dem AV und dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik auch in unmittelbaren Auseinandersetzungen gediehen war, dafür geben uns die zwischen Claß und Bethmann-Hollweg (über die von der Zensur gegen die Denkschrift des alldeutschen Führers getroffenen Maßnahmen) und zwischen dem Freiherrn von Gebtsattel und dem Kanzler (aus Anlaß der Überreichung der Kriegsziele des Verbandes) gewechselten Briefe ein beredtes Zeugnis. Hatte doch Claß in seinem Schreiben vom 20. April 1915 — als Antwort auf die früher erwähnte scharfe Zurechtweisung durch Bethmann-Hollweg<sup>410</sup> — folgendes „unumwundenes pflichtgemäßes Bekenntnis“ über seine Beurteilung der amtlichen deutschen Politik abgelegt: „Jeder politisch unterrichtete Deutsche weiß, welch' unvergleichliche Leistungen Heer und Flotte, die Eisenbahnverwaltung, die Reichsbank aufzuweisen haben und fühlt sich ihnen gegenüber zu unaussprechlichem Danke verpflichtet — er weiß aber auch, daß der Ausbruch dieses Krieges und die Lage, in der er unser Vaterland fand, einen unerhörten Zusammenbruch unserer äußeren Politik darstellt, eine vernichtende diplomatische Niederlage derer, die die äußere Politik des Deutschen Reiches geleitet und an diesen Abgrund geführt haben ... Der politisch unterrichtete Deutsche hat schon vor dem Kriege gewußt, daß die verantwortlichen Stellen nicht an die Möglichkeit eines solchen Krieges gedacht haben — anders

---

409. A. Bl. 1915, Nr. 14 (von Vietinghoff-Scheel).

410. vergl. S. 226.

wäre es undenkbar, daß so gefährliche Lücken in unserer militärischen und wirtschaftlichen Rüstung gelassen wurden; er hat nach dem Kriegsausbruch beobachtet, mit welcher Unsicherheit das Gebiet der Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung bearbeitet worden ist; er sieht schließlich dieselben Personen noch an den verantwortlichen Stellen, die das alles verschuldet haben. Und ein politisch unterrichteter Deutscher soll das Vertrauen haben können, daß dieselben verantwortlichen Stellen den Krieg politisch zu einem glücklichen Ende führen werden? ... Euer Excellenz sind in einem für unser Volk und Ihre Person gleich gefährlichen Irrtum, wenn Sie sich im Besitze des Vertrauens der Nation glauben — die Dinge liegen nach den gehäuften Fehlern und Mißerfolgen Ihrer Tätigkeit als Reichskanzler so, daß kein politisch Erzogener außerhalb Ihrer nächsten dienstlichen Umgebung zu Ihrer Leitung Vertrauen hat ... Um meinem Gewissen zu genügen, halte ich mich ... für verpflichtet, Euer Excellenz zu sagen, daß ich in diesen Monaten mit zahllosen Männern aller politischen Richtungen zusammengekommen bin, mit Männern, die bisher mit meinen Bestrebungen nichts zu tun hatten, ja, die ihnen zweifelnd oder ablehnend gegenübergestanden haben — mit Männern von praktischer Erfahrung und politischem Urteil — und diese alle waren einig in dem, daß Euer Excellenz nicht der politische Meister sind, der den Aufgaben dieser entscheidenden Zeit gewachsen ist, waren einig darin, daß das Ergebnis dieses Krieges auch bei den durchschlagendsten militärischen Erfolgen zum Unheil für unser Volk ausschlagen wird, wenn Euer Excellenz berufen sein sollten, die Friedensverhandlungen auf deutscher Seite zu führen ... Daß bei solcher Sachlage gerade diejenigen, die es am ernstesten mit ihrer vaterländischen Pflicht nehmen, die am festesten auf dem Boden des Staates stehen, die am treuesten zu Kaiser und Reich halten, nicht das Feld der politischen Kriegsarbeit den verantwortlichen Stellen überlassen können, indem sie sich mundtot machen lassen, ist an sich selbstverständlich; es wird aber noch verständlicher, wenn der offenbar begründete Verdacht vorliegt, daß diese verantwortlichen Stellen, sei es im stillschweigenden, sei es im ausgesprochenen Einverständnis, die Tätigkeit jener Personen ungehindert zulassen,

die man sich gewöhnt hat, als „Flaumacher“ zu bezeichnen“.<sup>411</sup> Das Urteil des Kanzlers über den AV aber konnte man aus den Worten ersehen, die er auf die Warnung des Generals Gebattel erwiderte, daß die wirtschaftlichen und moralischen Folgen eines „den deutschen Volksnotwendigkeiten nicht entsprechenden Kriegsergebnisses“ mit Sicherheit zur Revolution, Gefährdung der Monarchie und damit zur Besieglung des Schicksales des deutschen Volkes führen würden: „Ich lasse das Verdienst gelten“, erklärte er in seinem Brief vom 13. Mai 1915, „das der Alldeutsche Verband durch die Hebung des nationalen Machtwillens und die Bekämpfung der Völkerverbrüderungsideologie sich vor dem Kriege errungen hat. Leider aber hat er diesen nationalen Willen mit so viel Mangel an politischer Einsicht verbunden, daß er schon in der Zeit vor dem Kriege das politische Geschäft des öfteren erschwert und jede Regierung, die sich nicht die Fensterscheiben zerschlagen lassen will, zu einer Gegnerschaft gegen ihn gezwungen hat. Der Krieg und seine Erfahrungen haben zwar den nationalen Machtwillen, auf dessen Hebung sich das Existenzrecht des Alldeutschen Verbandes gründete, zum Gemeingut des deutschen Volkes gemacht, den Mangel an politischer Einsicht in den Kreisen des Alldeutschen Verbandes indes, wie ich dem Schreiben Euer Excellenz entnehme, nicht behoben, sondern ins Groteske gesteigert“.<sup>412</sup>

Von der Größe der Gefahr für Deutschlands Zukunft bei einem weiteren Verbleiben Bethmann-Hollwegs auf dem Platze des Reichskanzlers und einer Fortdauer seiner Politik fest überzeugt, suchte der AV alle Mittel anzuwenden, seiner Regierung ein Ende zu bereiten. Da durch die Zensur zunächst jede öffentliche Kritik an der Leitung der Reichspolitik unterbunden war, blieb den Alldeutschen und den mit ihnen übereinstimmenden Kreisen nur der Weg, durch vertraulich übersandte Denkschriften auf die an der Spitze des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Lebens stehenden Persönlichkeiten in ihrem Sinne

---

411. A. Bl. 1917, Nr. 48; der ganze Briefwechsel: A. Bl. 1932, Nr. 7 und Claß, a. a. O., S. 386/392.

412. der ganze Briefwechsel: A. Bl. 1917, Nr. 22 und Claß, a. a. O., S. 405/413.



einzuwirken. So erschien Ende 1915 — durch Class veranlaßt — die Studie des Freiherrn von Liebig über „Die Politik von Bethmann-Hollwegs“; im Mai 1916 versandte Generallandschaftsdirektor Kapp seine Denkschrift und einen Monat später wurde — wiederum aus dem alldeutschen Lager — die Abhandlung von Junius Alter: „Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode“ dieser umgrenzten Öffentlichkeit übergeben. Der Kanzler geriet durch diese Angriffe wohl in größte Erregung und rief ihren Urhebern am 5. Juni 1916 im Reichstag bei seiner „Flucht in die Öffentlichkeit“ in einer bis weit in die Reihen der Rechten hinein von stürmischen Beifall aufgenommenen Rede das Wort von den „Piraten der öffentlichen Meinung“ entgegen, wobei er wesentliche Behauptungen jener Schriften als „bloße Schmähungen“, als „erstunken und erlogen“ bezeichnete.<sup>413</sup> Ihr Ziel aber, die Entfernung Bethmann-Hollwegs aus dem Kanzleramt, erreichten alle diese Schriften ebensowenig wie die unter Leitung des alldeutschen Fürsten von Salm-Horstmar unternommenen Versuche, durch unmittelbare Eingaben an den Kaiser eine Änderung des politischen Kurses herbeizuführen.

Das Jahr 1917 brachte, nachdem nunmehr die Vorschriften der Zensur gemildert waren, erneute Vorstöße des AV gegen den Kanzler. „Das Reich in Gefahr?“ lautete die kennzeichnende Überschrift eines Beitrages der Alld. Blätter aus dem Januar. Er stellte wiederum dem „gläubigen Vertrauen“ des deutschen Volkes zu Hindenburg, Ludendorff und dem „ganzen gewaltigen Heeresorganismus“ („getragen allein vom Grundsatz persönlicher Tüchtigkeit und Befähigung!“) die „Kehrseite des Bildes, die innere und politische Lage“ gegenüber. „Ein Kanzler“, hieß es darin über Bethmann-Hollweg, „dem kurz vor dem Kriege der Reichstag fast einstimmig das Vertrauen gekündigt und dem heute nicht ein Zehntel des Volkes auch nur mit einem Bruchteil der Zuversicht folgt, die es den militärischen Führern willig und gern bekundet, der in der Diplomatie, wie in der inneren Politik Fehler auf Fehler gehäuft, dem schlechthin jede politische Handlung zum Mißerfolg ausschlägt, der tatenlos die Hochstimmung der Augusttage von 1914 bis auf den letzten

---

413. vergl. Schultheß, 1916, S. 288 ff.

Rest verfliegen ließ und der allein die Schuld daran trägt, wenn unter der vorerst noch bergenden Decke des Burgfriedens der alte Hader in doppelter und dreifacher Erbitterung lauert“.<sup>414</sup> Zur selben Zeit veröffentlichte der Gesch. Ausschuß eine Kundgebung, in der er „sich mit dem ganzen deutschen Volk einig“ erklärte „in dem bedingungslosen Vertrauen zu der Obersten Heeresleitung, deren militärische Leistungen er mit dankbarer Bewunderung begleitet“, um dann fortzufahren: „Im Gegensatz hierzu muß der Gesch. Ausschuß bekennen, daß er der politischen Leitung des Reiches nicht nur kein Vertrauen entgegenbringen kann, sondern überzeugt ist, daß das Vaterland mit seinen wesentlichen Einrichtungen unheilbar schwer geschädigt werden muß, wenn die Reichsgeschäfte ihren jetzigen Leitern überlassen bleiben“.<sup>415</sup> Zahlreiche weitere Aufsätze der Alld. Blätter waren in jenen Monaten auf den gleichen Ton gestimmt. „Oder ist Einer im deutschen Vaterlande“, lesen wir in einem von ihnen aus der Feder von Claß, „der Herrn von Bethmann-Hollweg eines Erfolges rühmen könnte? ... Wir wissen wohl, es gibt noch Leute im Reich, die sich den Anschein geben, die Politik des fünften Kanzlers zu verteidigen — aus Erwägungen freilich, die nichts mit dem Wohle des deutschen Volkes zu tun haben — aber auch von ihnen ist keiner in der Lage, ein politisches Unternehmen des Herrn von Bethmann-Hollweg in seiner achtjährigen Kanzlerschaft zu nennen, das nicht mit einem Mißerfolge geendet hätte ... Es liegt ein unseliger Bann über dem Vaterlande, der Bann des Nicht-Sehens, Nicht-Wollens und Nicht-Könnens, soweit die Dinge der Staatskunst in Betracht kommen. Dieser drei-einige Zauber des politischen Unheils muß gebrochen werden — sonst, wehe dem deutschen Volke! Acht Jahre wirkt er schon und hat mehr Schaden gestiftet, innen und außen, als sich aufzählen läßt. Nun bringt er uns in Gefahr, daß Ströme von Blut umsonst vergossen werden, daß unser Vaterland seine Schicksalsstunde versäumt“.<sup>416</sup> Im Juli endlich schien der von den Alldeutschen ersehnte „Wendepunkt“ in der deutschen Poli-

---

414. A. Bl. 1917, Nr. 4.

415. A. Bl. 1917, Nr. 5.

416. A. Bl. 1917, Nr. 27 (Claß).

tik gekommen, als Bethmann über der Juliresolution zu Fall kam, nachdem er sich freilich noch zu weitgehenden innerpolitischen Zugeständnissen bereit erklärt hatte, die nach alldeutscher Ansicht neue ernste Gefahren für die deutsche Zukunft heraufzubeschwören drohten. „Für uns steht im Vordergrund aller Betrachtungen“, bemerkten die Alld. Blätter zu seinem Rücktritt, „daß nun die Bahn freigemacht ist für eine dem Wohle des deutschen Volkes zuträgliche Staatskunst; wir hoffen, daß eine solche jetzt betrieben wird und daß der Zeit der unvermeidlichen und unerfreulichen Kämpfe um eine untaugliche Person jetzt eine solche nützlicher, sachlicher Arbeit folgen werde. Der Alldeutsche Verband ist, wie immer, so erst recht heute, wo es um die deutsche Zukunft geht, zu solcher Arbeit bereit und seine Leitung ist überzeugt, daß die Gesamtheit der Gesinnungsgenossen ihr hierin freudig folgen wird“.<sup>417</sup> Die Vorgänge, die zum Sturz des Kanzlers den Anstoß gegeben hatten, waren allerdings zugleich der Beweis, wie wenig die Mehrheit der Volksvertretung ihrerseits den nationalen Anforderungen der Kriegszeit entsprach: „Wer unverdorbenen Instinkt und gesunde Sinne besitzt“ fuhr Claß in seiner Betrachtung der Lage fort, „mußte sich in diesen Julitagen immer wieder an den Kopf greifen, immer wieder fragen, wie solch ein toller, unerhörter politischer Spuk möglich sei — das Schlußkapitel der umgekehrten Staatskunst des Herrn von Bethmann-Hollweg ... Spät, sehr spät wurde die Einleitung zur Umkehr getroffen, aber wir meinen auch heute noch: für den rettenden Entschluß ist es niemals zu spät. Wenn die neuen Männer den Willen mitbringen, die unübersehbaren Schäden der Bethmann-Hollwegischen Kanzlerschaft zu beseitigen, können sie die staatsmännischen Retter des Vaterlandes werden, wie Hindenburg und Ludendorff es als Feldherrn geworden sind. Wie gern und schnell soll alles Üble der Vergangenheit vergessen sein! Begeistert sollen die Kräfte der Unabhängigen im Lande dem Wiederaufbau dienstbar gemacht werden — sie, die sich in der Abwehr der schlimmsten Folgen der bisherigen Mißherrschaft schier erschöpfen mußten, werden doppelt eifrig sein, beim Aufbau mitzuhelfen. In solcher Bereitschaft erwarten wir

---

417. A. Bl. 1917, Nr. 30 (Claß).

die Taten der neuen Männer und rufen, da wir die Bahn in bessere Zukunft frei sehen, unseren Gesinnungsgenossen zu: Die Herzen hoch!“<sup>417</sup>

Die Ansicht der Alldeutschen über Bethmann-Hollweg hat sich auch in den späteren Jahren nicht geändert. Er galt ihnen weiterhin als „der Verderber des Reiches“ und „der Verschleuderer der Kronrechte“.<sup>418</sup> Claß-Einhart faßte nach dem Weltkriege sein Urteil über den Kanzler dahin zusammen: „Läßt man alles beiseite, was er vor dem Kriege gefehlt und versäumt hatte — der Krieg machte ihm die Hände frei von der Vergangenheit ... Der Mann, der das Deutsche Reich in solcher Zeit, unter solchen Umständen zu betreuen hatte, konnte selbstherrlich schalten und walten, wie es ein Bismarck niemals gekonnt hatte. Der Krieg hatte alle guten Kräfte der Volksseele wieder geweckt ... Ein mittelmäßiger Kanzler von Instinkt, Willen und Ausdauer hätte wahrscheinlich das Letzte nicht herausholen können, was die Zeit für das deutsche Volk bereit hielt — aber er hätte es nach außen zum Sieg geführt. Diesem Kanzler aber fehlte nicht nur alles zur Größe — es mangelte ihm an den grundlegenden Eigenschaften politischer Begabung, und so mußte er unheilvoll wirken. Daß der jeder Einwirkung durch Einsichtige unzugängliche Mann nicht von selbst erkannte, wie ungeeignet er an sich und zumal in solcher Zeit zu seinem Amte war, ist schwere persönliche Schuld. Aber wer gerecht ist, wird erkennen, daß die Schuld derer, die ihn im Amte hielten oder sein Verbleiben zuließen, noch größer ist ... Alles, was Bethmann-Hollwegs sachliche Gegner wider ihn vorgebracht haben, ist durch die Entwicklung bestätigt worden — es ist damals ohne Wirkung geblieben, und der Kampf um seine Person nahm durch die Schuld seiner Verteidiger einen Verlauf, der die innere Einheit der Deutschen in schwerster Zeit zerriß ... So wurde es möglich, daß Bethmann-Hollweg bis unmittelbar vor der Erzberger-Entschließung im Amte bleiben konnte. Als er schied, hinterließ er das Vaterland in trostlosem Zustande der Auflösung, soweit die Heimat in Betracht kam. Nach außen aber standen seine Heere an allen

---

418. A. Bl. 1917, Nr. 48.



Fronten siegreich und siegesgewiß. Noch konnte das Deutsche Reich gerettet werden, wenn ein starker Mann berufen wurde, dieses Kanzlers Erbschaft zu bereinigen“.<sup>419</sup>

Die erste Entschliebung des AV nach dem Kanzlerwechsel gab dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck, daß Dr. Michaelis „die unendlich schweren Aufgaben, die vor ihm liegen, meistern wird“ und betonte die Bereitschaft des Verbandes, gemeinsam „mit allen Volksgenossen, die den Ernst der Zeit in vollem Maße erkannt haben“, dem neuen Leiter der deutschen Politik „willig Gefolgschaft“ zu leisten, „wenn er es unternimmt, den nach den mannigfaltigsten Kundgebungen der Obersten Heeresleitung sicher zu erwartenden militärischen Sieg zu einem politischen Endergebnis zu gestalten, das die wirkliche Sicherung der deutschen Zukunft gewährleistet“.<sup>420</sup> Die Äußerungen und Handlungen von Michaelis in den folgenden Wochen fanden in den alldeutschen Reihen freilich neben Zustimmung auch teilweise Ablehnung, sie erlaubten jedoch — wie die Alld. Blätter in einem „Harren und Hoffen“ überschriebenen Aufsatz hervorhoben — kein „endgültiges Urteil über die staatsmännische Persönlichkeit“ des sechsten Reichskanzlers. Wohl mußte nach alldeutscher Ansicht „die Belassung des Herrn Dr. Helfferich im Amte und die Ernennung des Herrn von Kühlmann zum Staatssekretär des Äußeren bedenklich ... stimmen, wenn man aus beiden Maßnahmen den Schluß ziehen müßte, daß Herr Dr. Michaelis eine Politik zu treiben beabsichtigt, wie sie bisher von diesen beiden besonderen Vertrauensmännern und Gesinnungsverwandten des Herrn von Bethmann-Hollweg vertreten wurde“, allein es lag kein Anhalt dafür vor, daß der neue Kanzler diesen Mitarbeitern einen im Gegensatz zu seinem „sehr entschieden betonten Worte ... daß er selbst Führer sein werde“ stehenden Einfluß auf die künftige Richtung der Reichspolitik einräumen werde, so daß jene Folgerung „bis zum Beweise des Gegenteils“ unzulässig erschien. Da der AV zudem in jenen Tagen auf eine Kundgebung des Kanzlers<sup>421</sup> verweisen konnte,

---

419. Einhart, Deutsche Geschichte, 11. Aufl., S. 579/581.

420. A. Bl. 1917, Nr. 31.

421. „Ich vertraue fest darauf, daß die glänzende Kriegslage uns zu einem Frieden verhelfen wird, der die Lebensbedingungen des Deutschen

„die nicht anders als im Sinne des gestaltenden Siegeswillens gedeutet werden kann“, und darüber hinaus „alles, was über seine Persönlichkeit bekannt geworden ist, den Eindruck eines Mannes macht, der sich über die Größe seiner Aufgabe klar ist, der an anderen Stellen Mut und Kraft gezeigt hat und dessen Ernst von allen Seiten anerkannt wird“, wiederholte er am Ende des ersten Monates der Regierung Michaelis die bei seinem Amtsantritt abgegebene Erklärung, daß die Alldutschen „allezeit treu bereit“ seien, „einer Staatskunst Gefolgschaft zu leisten, die den Notwendigkeiten des deutschen Volkes genug tun will“.<sup>422</sup>

In der Folgezeit trat jedoch eine Änderung in diesem Verhältnis des AV zum Kanzler ein. Waren schon vorher Zweifel laut geworden, ob Michaelis den offenkundig gewordenen Ansprüchen der „Verzichtsmehrheit“, der „Erzberger, Scheidemann und Payer ... die Reichsgewalt tatsächlich in ihre Hand zu bringen“ mit der „allein gebotenen scharfen Eindeutigkeit“ entgegenzutreten gewillt sei und hatte die dieser Forderung widersprechende Heranziehung eines parlamentarischen Siebener-Ausschusses zur Behandlung des päpstlichen Friedensvorschlages den Verband zu der ernststen Warnung veranlaßt, „ehe es zu spät ist, klar und unzweideutig den Kampf um die Erhaltung von Bismarcks Werk“ aufzunehmen,<sup>423</sup> so mußte die Fortsetzung der von Bethmann-Hollweg eingeleiteten Polenpolitik durch Verleihung voller Souveränität an das Königreich zur scharfen Absage der Alldutschen führen. „Für uns“, erklärte Claß in den Alld. Blättern, „die wir den neuen Kanzler mit der Erwartung begrüßt haben, daß er noch rechtzeitig die Umkehr von den Bahnen seines unseligen Vorgängers finden werde, die wir trotz der inzwischen erwachten Bedenken an den guten Willen und die politische Fähigkeit des Herrn Dr. Michaelis glaubten — für uns ist ein Tag herbster Enttäuschung angebrochen ... Die furchtbar ernste Lage unseres Volkes gebietet Wahrhaftigkeit, und so

---

Reiches auf dem Kontinent und über See dauernd gewährleistet“. (Antwort auf eine gegen die Friedensresolution gerichtete Drahtung der Orts-Ortsgruppe Friedberg des AV; A. Bl. 1917, Nr. 34).

422. A. Bl. 1917, Nr. 34 (Claß).

423. A. Bl. 1917, Nr. 36.

müssen wir bekennen, daß der Mann, der die politische Verantwortung für das Patent vom 12. September 1917 vor der deutschen Geschichte trägt, der politische Retter des Vaterlandes nicht ist und nicht werden kann<sup>.424</sup> Eine Woche später wurde darüber hinaus (unter Hinweis auf die Haltung des Kanzlers gegenüber der Reichstagsmehrheit, „die die eigentliche Fortsetzerin der unglücklichsten Bethmann'schen Überlieferung ist“) offen ausgesprochen: „Fühlt er die Kraft nicht, den ach so bestimmbaren Willen, der auf ihm lastet, zu brechen, so ist er verpflichtet, dem Platz zu machen, der Wege und Mittel sieht“<sup>.425</sup> Auf dem Verbandstag Anfang Oktober endlich stellte Claß in einer zusammenfassenden Betrachtung fest, „daß bis jetzt politisch in keinem Punkte gut gemacht wurde, was Herr von Bethmann-Hollweg verfehlt hatte. Im Gegenteil: die im höchsten Grad gefährlichen fortgesetzten Forderungen der Gründung eines selbständigen Polenstaates, die Art, wie auf die Papstnote geantwortet wurde, die Unsicherheit hinsichtlich der Absichten gegenüber Belgien, das alles bedeutete eher noch eine Verschlechterung des von Herrn von Bethmann-Hollweg hinterlassenen Zustandes als eine Besserung“<sup>.426</sup>

Bei alledem wurde allerdings niemals ein Zweifel an dem guten Willen von Michaelis geäußert, wohl aber in wachsendem Maße an seiner Fähigkeit, „diesem Reiche nach innen und außen, den Bundesgenossen, den Neutralen und den Feinden gegenüber ein starker Führer zu sein“<sup>.427</sup> In diesem Sinne waren auch die Abschiedsworte des Verbandes gehalten, als der Kanzler wieder aus dem Amte schied, das er wenig länger als ein Vierteljahr innegehabt hatte. „Seiner menschlich verehrungswerten Persönlichkeit haben wir die Achtung nie versagt“, hieß es da, „sie begleitet ihn in die amtlose Zeit, nachdem er als Gegner des parlamentarischen Regimentes ein Opfer seiner Überzeugung gefallen ist“, und den Spruch anführend: „in magnis voluisse

---

424. A. Bl. 1917, Nr. 39.

425. A. Bl. 1917, Nr. 40.

426. A. Bl. 1917, Nr. 42.

427. A. Bl. 1917, Nr. 43.

sat“ fuhren die Alld. Blätter fort: „Wäre dieses Wort wahr, so wäre Herr Michaelis vor der Geschichte gerechtfertigt. Aber es gilt nicht allgemein — gilt nur für den Strebenden. Wer an der Macht ist, wer die Macht in Händen hat, muß können — und es war das gemeinsame Mißgeschick des Herrn Dr. Michaelis und unseres Vaterlandes, daß er über das Wollen nicht hinaus- kam, daß dies Wollen jedem unklar, ja unpolitisch war“.<sup>428</sup>

Widerwärtig erschien den Alldutschen das Hin und Her, jener „politische Hexensabbath“, der nach dem Rücktritt von Michaelis einsetzte; „ohne Beispiel in der Geschichte des jungen Reiches“ erschien ihnen, „was von den nach der Herrschaft greifenden Volksverführern verschiedener Richtung an Charakter- losigkeit, Hintertreppenpolitik, Volksvergessenheit geleistet“ und was „an Verderblichkeit nur von dem Treiben der ihnen gesin- nungsverwandten Presse erreicht“ wurde.<sup>428</sup> Wenn — wie wir sahen — alle früheren Leiter der deutschen Politik zunächst von dem Vertrauen des AV begleitet wurden, so war jetzt ein Mann als Reichskanzler berufen worden, der nach dem Urteil des alldeutschen Führers „sachlich unmöglich“ war „und den für dieses Amt kein politisch Denkender persönlich für möglich gehalten hätte“. Es kennzeichnet die Lage, erklärte Claß, „daß der frühere Zentrumsführer jetzt in Bismarcks Haus einzieht“. Scharf griff er die politische Vergangenheit des Grafen Hertling an: „Schuldbeladen, wie vor ihm kein Kanzler, nähert er sich der Wilhelmstraße — alle Nachfolger Bismarcks waren schuld- los, als sie ihr Amt antraten und entwerteten es und sich erst durch ihr Verhalten im Amte und den Eingang erkaufte er sich mit einer politischen Todsünde“ (Nachgiebigkeit gegen parla- mentarische Ansprüche bei der Regierungsbildung) „die ihn zu trauriger Erinnerung unsterblich machen wird ... Wie wäre es möglich, daß ein Mann, der sein Leben lang in den Fragen der großen Politik versagt hat, jetzt an dessen Abend umlernen, ein anderer werden sollte? Bethmann-Hollwegs Schuldgenosse sein übernächster Nachfolger — das ist ein politischer Kreislauf von geschichtlich nicht erlebtem Widersinn. Dabei soll nicht ein- mal unterstrichen werden, daß der neue Kanzler seiner Welt-

---

428. A. Bl. 1917, Nr. 46 (Claß).



anschauung nach die letzte Entscheidung auch in politischen Dingen nicht nach schlechthin deutschen Gesichtspunkten treffen kann, es genügt Graf Hertlings Vergangenheit zu kennen, um zu wissen, wie seine Zukunft aussehen wird. Schlimm nur, unendlich traurig, daß mit seiner Zukunft diejenige des neuen Deutschen Reiches eine Zeitlang verknüpft sein soll“.<sup>428</sup>

Trotz dieser sogleich bei seinem Amtsantritt ausgesprochenen unbedingten Ablehnung finden wir in den folgenden Wochen und Monaten im AV neben weiterer Kritik (vor allem an der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Osten und der Unklarheit des westlichen Kriegszieles) doch auch einzelne Stimmen, die ein günstigeres Urteil über den Kanzler enthielten. So erklärte etwa Graf Reventlow auf der Vorstandssitzung im April 1918: „Der neue Kanzler hat sich bisher in seinen Reden mit Geschicklichkeit und Zurückhaltung ausgedrückt und versucht, mit der von ihm übernommenen, nicht beneidenswerten Erbschaft fertig zu werden. In seinen an feindliche Staatsmänner gerichteten Reden hat er manchmal Töne gefunden, die befriedigen und eine gute Hoffnung geben konnten ...“<sup>429</sup>; und wenn Claß nach dem Abgang Hertlings einmal ausführte: „Ein Kanzler war unzulänglicher als der andere ... Hertling z. B. mit seinem Zurückweichen vor und hinter den Kulissen und dem Beibehalten Kühlmanns als Staatssekretär des Auswärtigen wird in seiner ganzen Gefährlichkeit nur von wenigen schon jetzt richtig beurteilt“,<sup>430</sup> dürfte diese Feststellung zum Teil auf auseinandergehende Ansichten innerhalb der eigenen Reihen des Verbandes zurückzuführen sein.

Hatte schon die Art der Bestimmung der wichtigsten Mitarbeiter des Grafen Hertling unter maßgeblicher Mitwirkung der Mehrheitsparteien den Anschauungen der Alldeutschen nicht entsprochen, so fanden die berufenen Persönlichkeiten selbst noch weniger ihren Beifall. Das galt von dem Vizekanzler dieses „ersten echt-parlamentarischen Kabinettes“, von Payer — den Claß-Einhart schildert: „Ein Mann vom kleinsten Zuschnitt, ganz in jüdisch-demokratischen Gedankengängen ver-

---

429. A. Bl. 1918, Nr. 16.

430. A. Bl. 1918, Nr. 42.

rannt, den Wirklichkeiten der großen Politik fernstehend, ein ab-  
gesagter Feind Bismarckischer Überlieferung“<sup>431</sup> — ebenso wie  
von dem stellvertretenden Vorsitzenden des preußischen Staats-  
ministeriums, Dr. Friedberg — „der seine Eignung zu seinem  
Amte sofort mit einem jähen Gesinnungswechsel bewies“<sup>432</sup> —  
und erst recht von dem im Amt gebliebenen Staatssekretär  
von Kühlmann, dem „Schöpfer und geistigen Leiter“ dieser  
Regierung. Erwiderte der AV auf eine Rede des Vizekanzlers  
mit den kennzeichnenden Worten: „Wir aber brauchen und  
fordern in dieser heutigen Schicksalsstunde mehr denn je am  
Regierungstisch nur deutsche Männer, befähigt und gewillt, im  
deutschen, im nationalen Gedanken alles zu einen, was sich in  
ihm einen kann. Herren, die den Parteimann nicht abzustreifen  
vermögen, dürfen heute nicht an bestimmender Stelle stehen“<sup>433</sup>,  
nahm der Verband jetzt Kühlmann gegenüber vor allem sein  
Auftreten bei den Friedensverhandlungen in Bukarest zum Anlaß  
schärfster Angriffe, „das nicht nur die deutsche Sache geschäftlich  
und politisch geschädigt hat, wie das bei einem politisch so un-  
brauchbaren Vertreter selbstverständlich ist und immer eintrat,  
wo er sich zeigte, sondern das auch infolge seines persönlichen  
Verhaltens die Würde des Reiches verletzte“.<sup>434</sup> Als dieser Vor-  
wurf weithin Aufsehen erregte und auch zur Einreichung einer  
Klage der Regierung gegen den Schriftleiter der Alld. Blätter  
führte, legten diese ihren grundsätzlichen Standpunkt hierzu  
noch einmal in den Worten dar: „Ein Volk, wie das deutsche  
hat Recht und Pflicht, von unangreifbaren Männern geführt  
zu werden. Bestellt man ihm andersgeartete Leute zu Führern,  
so haben alle Aufrechten und Unabhängigen die Aufgabe, für  
die Beseitigung zu sorgen, und sie dürfen nicht davor zurück-  
schrecken, darum den öffentlichen Kampf aufzunehmen, wenn

---

431. Einhart, a. a. O., 11. Aufl., S. 595.

432. nach einer A. Bl. 1918, Nr. 12 wiedergegebenen und unwiderspro-  
chenen Äußerung von nationalliberaler Seite war Dr. Friedberg Mitglied  
des AV gewesen.

433. A. Bl. 1918, Nr. 9.

434. A. Bl. 1918, Nr. 17; der Prozeß fand kurz nach dem Rücktritt  
Kühlmanns durch eine dem „Privatmann“ gegebene Ehrenerklärung sein  
Ende.

die Schritte außerhalb der Öffentlichkeit den erstrebten und notwendigen Erfolg nicht gehabt haben“.<sup>435</sup> Die letzte politische Handlung Kühlmanns aber, seine Reichstagsrede vom 24. Juni 1918, beantwortete der AV mit einer Entschliebung, in der er „es mit dem Wohle des Vaterlandes als unvereinbar“ erklärte, „daß eine verantwortliche Stelle, der überdies die Vertretung der außenpolitischen Belange des deutschen Volkes anvertraut ist, in einer Weise auftrat und auftreten konnte, die geeignet war, den Siegeswillen unseres Volkes zu dämpfen und den Entschluß unserer Feinde zur Fortsetzung des Krieges zu stärken“ und in der er jenen Abgeordneten seinen besonderen Dank aussprach, „die mit Nachdruck und Erfolg den Widerspruch der einen deutschen Frieden anstrebenden Deutschen dem Staatssekretär gegenüber zum Ausdruck gebracht haben“<sup>436</sup>. Dem Nachfolger Kühlmanns, Admiral von Hintze, war in nationalen Kreisen der Ruf einer tatkräftigen Persönlichkeit vorausgegangen; auch die Alldeutschen begrüßten daher seine Ernennung, allerdings mit dem Vorbehalt, daß er durch die erwarteten Leistungen in seinem neuen Amt erst das volle Vertrauen erwerben müsse. Schon wenige Monate später mußte der AV diese Hoffnung für vernichtet erklären, als Hintze, um den drohenden inneren Zusammenbruch abzuwenden, sich für die Bildung einer völlig parlamentarischen Regierung einsetzte, womit er sich nach dem Urteil von Claß als „politisch instinktlos“ und „für die Aufgaben eines deutschen Staatsmannes in solcher Zeit als vollkommen ungeeignet“ zeigte.<sup>437</sup> Zu den besonders von den Alldeutschen bekämpften Mitgliedern des Kabinetts gehörte endlich der Kolonialstaatssekretär Dr. Solf — „das Fleisch gewordene „Ewig-Gestrige“ der Reichspolitik“ — dessen Reden „vom Völkerbund und Weltgewissen“ nach ihrer Ansicht wie die von Bethmann-Hollweg und Kühlmann geeignet waren, „nicht die Friedensneigung unserer Feinde, sondern deren

---

435. A. Bl. 1918, Nr. 28.

436. A. Bl. 1918, Nr. 27 (Entschl. d. Gesch. Ausschusses; Kühlmann hatte erklärt, daß allein durch die Waffen der Krieg nicht mehr entschieden werden könne).

437. Einhart, a. a. O., 11. Aufl., S. 643.

Vernichtungswillen“ zu stärken und innerpolitisch dazu führen mußten, „das Volk zu verwirren“ anstatt es zu „ermutigen“.<sup>438</sup>

Worauf es — wie in jenen Wochen immer wieder von alldeutscher Seite betont wurde — für die Zukunft des Reiches ankam, war allerdings nicht die Entfernung einzelner ungeeigneter Personen aus ihren Ämtern, sondern ein vollständiger „System-Wechsel“, der die politische Leitung auf die Höhe der deutschen Heerführung zu bringen vermochte. Diese entscheidende Aufgabe aber konnte nach Anschauung des AV Graf Hertling als Kanzler niemals lösen. „Ist es ein Trost“, fragten die Alld. Blätter, „daß er die gebotene innere Entscheidung offenbar aufzuhalten sucht und versteht“?<sup>439</sup> Als er dann selbst dem Drängen der Mehrheitsparteien weichen mußte und zurücktrat, fanden die Alldeutschen im Rückblick auf seine ganze Tätigkeit als leitender Staatsmann ihr scharfes Urteil bei seinem Amtsantritt gerechtfertigt: „Heute fügen wir den harten Worten, die wir damals gebrauchten, nur noch hinzu: die schwere Schuld, die Graf Hertling durch die Annahme seines Amtes mit allen Nebenumständen auf sich geladen hat, ist noch gesteigert worden durch die Vorschläge, die er dem Kaiser bei seinem Rücktritt erteilt hat. Wenn das Verderben nicht noch von unserem Volke abgewendet werden kann, wird die Geschichte diesen Kanzler zu den am meisten Schuldigen rechnen — ein trauriger Ruhm“.<sup>440</sup>

„Bis zur Neige“ — das war die tiefste Empfindung, die aus den alldeutschen Betrachtungen spricht, mit denen sie zur letzten Regierung des Kaiserreiches Stellung nahmen: „Wie oft ist in vertraulichen Beratungen, bei Sitzungen des Ausschusses und Vorstandes oder auf Gautagen der Gedanke ausgesprochen worden, das Schicksal unseres Volkes könne sich erst dann zum Bessern wenden, wenn der Becher politischen Unheils, der ihm am 20. März 1890 gereicht wurde und den es widerstandslos und verblendet entgegennahm, bis zur Neige, ja bis zur Hefe geleert sei. Die Hoffnungsvollen unter uns wiesen diesen Gedanken als Furcht zurück, die genauesten Beobachter unserer

---

438. A. Bl. 1918, Nr. 35.

439. A. Bl. 1918, Nr. 29.

440. A. Bl. 1918, Nr. 41 (Claß).



Zeitgeschichte hielten an ihm fest, ja sie klammerten sich mit ihren Hoffnungen auf Umkehr geradezu an ihn, weil sie glauben, daß auch im Völkerleben das Sittengesetz waltet ... Diese Schuld, die Entlassung Bismarcks herbeigeführt und hingenommen zu haben, mußte sich an denen rächen, die sie auf sich geladen — ein Jammer, daß soviel Unschuldige neben den Schuldigen leiden müssen ... Nun sind wir so weit, daß die Bismarck-Treuen, die furchtlos und wachsam den Wirklichkeiten in die Augen geblickt, die aber von allen an der politischen Macht Beteiligten von jedem Einfluß, von jeder Möglichkeit zu helfen, mit einer Stetigkeit ferngehalten wurden, die eigentlich das einzig feststehende des neuen, neuesten und allerletzten Kursus war und ist — nun sind wir so weit, daß sie in allem, so auch darin Recht behalten, daß die Neige geleert werden muß ... Es ist ein geradezu sinnbildlicher Vorgang, daß ein Prinz aus dem Hause, dessen Oberhaupt vor 28 Jahren hervorragend am Sturze Bismarcks mitgewirkt hat, jetzt die Aufgabe übernahm, dem armen deutschen Volke die Neige vorzusetzen“. Die erste Rede des neuen Kanzlers schien einen „Vorgeschmack dessen, was hinunterzuwürgen ist“, zu geben: „Wie bitter es sein wird, ahnen wir, ohne es im ganzen Umfang zu überschauen“: den Bruch mit der Vergangenheit, die Preisgabe der Verfassung Bismarcks, die Minderung von Einfluß und Ansehen der Obersten Heeresleitung und vor allem das Friedensangebot auf der Grundlage der Forderungen Wilsons. „Angenommen unsere Feinde gehen auf diese Bitte ein: wo ist ein Halten?“ lautete die bange Frage der Alldutschen: „Wird eine Regierung, der Erzberger und Scheidemann angehören, eine Grenze der Friedensbereitschaft, des Entgegenkommens kennen? Daß wir bei der Neige angelangt sind, ergibt sich aus der Zusammensetzung dieser Regierung der „nationalen Verteidigung“. Wie diese Verteidigung beschaffen sein wird, mag man sich ausdenken, wenn man die entscheidenden Posten in der Hand ausgesprochener Vertreter des Internationalismus der verschiedenen Richtungen sieht“. Dem Triumph jedoch der innerdeutschen Gegner über den „Zusammenbruch der alldutschen Politik“ stellte der AV in jener Stunde sein Bekenntnis entgegen: „Wir aber, jedenfalls wir Alldutschen des Alldutschen Verbandes wissen uns frei

von Angst und Schrecken, frei von Kleinmut und Verzweiflung, frei von der Bereitschaft zur Unterwerfung ... Wir haben keinen Teil an dem Schaden, der jetzt unserm armen Vaterlande zugefügt wird, und wenn wir nicht die Macht haben, weiterem Unheil zu steuern, so stellen wir fest, daß wir schuldlos sind an dem allen, was jetzt geschah und geschieht, genau so, wie dies für die ganze Zeit nach dem 20. März 1890 gilt. Wir bleiben, die wir sind — wenn eine Frage in uns aufkommt, so ist es die, ob wir nicht noch schärfer hätten kämpfen sollen ... Obwohl es unnötig ist, sei doch an unser in Hannover abgelegtes Gelöbniß erinnert: wir halten durch als Letzte und bis aufs Letzte — ja, wir glauben auch heute noch an den Sieg unseres Volkes, wenn es recht geführt wird — nicht nur nach außen, sondern auch nach innen“. Den Angriffen gegenüber, die damals mit besonderer Heftigkeit gegen die Oberste Heeresleitung gerichtet wurden, entboten die Alldutschen ihren „Gruß der Liebe und Verehrung“ den „Heerführern und allen Getreuen an der Front!“ Noch einmal riefen sie alle ihre Anhänger zum verstärkten Einsatz im Dienst der Sache ihres Volkes auf: „Wir glauben auch heute noch daran, daß unsere Stunde kommen wird, weil wir wissen, daß sie kommen muß. Wir bereiten sie vor, diese Stunde und uns selbst, damit wir gerüstet sind, die Pflichten erfüllen zu können, die sie uns auferlegt. Bis dahin und in alle Zukunft aber heißt es für uns und unsere Freunde: Bedenke, daß du ein Deutscher bist!“<sup>440</sup>

Daß der Kampf gegen das Kabinett des letzten kaiserlichen Kanzlers — dessen Bild Claß-Einhart mit den Worten zeichnete: „Prinz Max gehörte zu jenen, trotz allen guten Willens sich ihrem Volke anzupassen, doch ihm innerlich fremden Naturen, die allmählich in den fürstlichen Häusern die weitaus größere Mehrzahl bildeten; dazu war er weich und blieb der Wirklichkeit des staatlichen Lebens fern; er war unterrichtet und doch unbelehrt über die Grundlagen aller Herrschertätigkeit, zu politischer Wirksamkeit drängend und doch unpolitisch durch und durch, wohlwollend und doch der größte Schädiger gerade jener, denen er helfen wollte. Alles in allem ein Mann, der vielleicht Freunde und Verehrer gefunden hätte, wenn er sich den öffentlichen Dingen ganz ferngehalten hätte — der auf Grund

seiner Reden sich als Oberhaupt eines kleinen Staatswesens ungeeignet erwiesen hatte — der jetzt in höchster Not der politische Führer und Retter eines in sich zerrissenen Volkes werden sollte. Erfunden wurde dieser Kanzler von den Führern der bürgerlichen, jüdisch-bestimmten Demokratie, denen er wesensverwandt war“<sup>441</sup> — daß der Kampf gegen seine Regierung vom AV mit äußerster Schärfe geführt werden mußte, galt im Verband als selbstverständlich. „Niemand kann die Verantwortung für diese Verhältnisse, die sich notwendig entwickeln müssen, übernehmen“, hieß es etwa in den Alld. Blättern, „und sei es auch ein Prinz, der — Prophet rechts, Prophet links — neben sich die Vertreter des kapitalistischen und römischen „Internationalismus“ sieht. Und diese Männer nennen sich Männer des Volkes! Sie wagen es im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes zu sprechen? Sie belügen das deutsche Volk! Die wahren Volksmänner sind auf unserer Seite! Nirgends anders“<sup>442</sup> Auf der letzten Kriegstagung des AV in Danzig aber rief Claß unter stürmischer Zustimmung aus: „Das Volk verlangt jetzt die Entfernung aller, die es in diese Lage gebracht haben; wer mitschuldig ist, hat zu verschwinden, wie hoch oder wie niedrig immer er gestellt sein mag. Geschichte wird von Männern gemacht! Die Heimat war bis jetzt während mehr als vier Kriegsjahren ohne Führer. Es muß festgestellt werden, was sie unter einem Führer fertig bringt, der wirklich einer ist . . . Es gilt stärkste Kampfansage gegen das Kabinett, das nicht das mindeste zu tun hat mit nationaler Verteidigung! Das Volk Luthers, das Volk Friedrichs des Großen läßt sich nicht von Leuten wie Erzberger und Scheidemann und auch nicht von einem politischen Illusionisten wie dem Prinzen von Baden zugrunde richten!“<sup>443</sup> Eine Woche später endlich lesen wir in den Alld. Blättern unter Hinweis sowohl auf die inneren Maßnahmen der Regierung des „roten Prinzen“ wie auf ihre Haltung dem Ausland gegenüber: „Noch klarer gesprochen: Die Prinz Max von Baden usw. . . gehören genau so zu dem verderblichen

---

441. Einhart, a. a. O., 11. Aufl., S. 649.

442. A. Bl. 1918, Nr. 41.

443. A. Bl. 1918, Nr. 42.

System wie Bethmann-Hollweg usw. und es kann nicht eher anders und besser werden in unserem Vaterland, als bis in offenem Kampf mit allen Trägern dieses Systems Schluß gemacht worden ist. Deshalb allein, deshalb führen wir auch heute diesen Kampf trotz der äußeren Not!“<sup>444</sup>

Dem gleichen Gedanken begegnen wir wieder in jener Nummer der alldutschen Zeitschrift, die das Datum des 9. November 1918 trug. Erneut wandte sich darin der Führer des AV gegen die Mär von dem Beginne eines „neuen Systems“: „Es ist und bleibt das alte, unterscheidet sich von ihm nur durch den vorgenommenen Personenwechsel und Rollentausch, und der Geist bleibt der alte — wenn man dies Wort überhaupt anwenden darf“. Ein Rückblick auf die deutsche Politik seit Bismarcks Abgang mußte zu der Feststellung führen, „daß der neue Kurs überhaupt keine Politik betrieben hat, weil er sie nicht betreiben konnte — und dies wiederum, weil er nicht Männer ans Werk rief, die Voraussetzung und Träger erster Staatskunst sind. Von oben heruntergezüchtet wirkt das Gesetz der umgekehrten Auslese bis weit hinein in den ungeheuren Beamtenkörper ... Das Gesetz von der umgekehrten Auslese übertrug seine Wirkung auch auf die Volksvertretung, und die sogenannten „maßgebenden Parlamentarier“ rangen mit den „maßgebenden Staatsmännern“ um die Krone der Unbrauchbarkeit. So erst wurde das, was man jetzt das alte System nennt — so erst konnte es sich Jahrzehnte lang erhalten — so erst erklärt es sich, daß es noch heute weiter wirkt ... Wir stellen fest, daß das in der Tat zusammengebrochene alte System auch heute noch herrscht und daß es solange fortwirken wird, als seine Mitträger, Mitschuldigen noch im Mitbesitz der öffentlichen Macht belassen werden. Das „neue System“ wird in Wahrheit erst kommen, wenn neue, an den Sünden des alten vollkommen unbeteiligte Männer zu den Geschäften unseres Volkes berufen werden ... Wir haben nichts Ernsteres zu tun, als das wirkliche neue System vorbereiten zu helfen ...“<sup>445</sup>

Wir haben gesehen, daß der AV seine Tätigkeit auch nach dem inneren und äußeren Zusammenbruch des Reiches nicht

---

444. A. Bl. 1918, Nr. 43.

445. A. Bl. 1918, Nr. 45 (Claß).



aufgab.<sup>446</sup> In der Verkündung der Abdankung des Kaisers durch den Prinzen Max hatte er einen „Treubruch des obersten Beraters eines Fürsten“ gesehen, dem kein Beispiel in der Geschichte an die Seite gestellt werden könne: „Dies Äußerste war den Deutschen vorbehalten als Abschluß des unseligen Zeitabschnittes, der mit der Entlassung des Fürsten Bismarck begonnen hatte“.<sup>447</sup> Die Revolution selbst aber wurde in seinen Reihen als „Frucht und Auswirkung der verkehrten Politik“ angesehen, „und schon darum ist es für uns“, wie es in dem schon einmal angeführten, am 6. Dezember 1918 in der Ortsgruppe Stuttgart gehaltenen Vortrag hieß, „ganz unmöglich, schnellfertig die Revolution als Tatsache hinzunehmen und uns auf ihren Boden zu stellen. Wir würden damit unsere ganze bisherige Haltung, unsere Überzeugung verleugnen. Wir sind auch nicht kurzdenkend genug, um jetzt schon an die Dauer der Revolution zu glauben ... Aber angenommen, die Revolution hält sich unter irgend einer Form und Wandlung, so werden wir uns doch erst dann mit ihr versöhnen können, wenn sie den vaterländischen Gedanken in sich aufnimmt. Die große französische Revolution könnte ihr darin Muster sein ... Kann die deutsche Revolution nicht Wiederbringerin werden dessen, was das Reich jetzt im Grunde genommen durch ihre Schuld auf allen Flanken verliert, dann wird sie vor dem unerbittlichen Richterstuhl der Geschichte dastehen als ein mit dem Fluch der kommenden Geschlechter beladenes Verbrechen am deutschen Volke“.<sup>448</sup>

---

446. vergl. S. 43/44 und S. 222/223.

447. Einhart, a. a. O., 11. Aufl., S. 669.

448. Haug, a. a. O., S. 15.

## Ausklang.

### *Aufgabe und Erfüllung.*

Deutschlands Aufstieg und Niederbruch im Zeitalter Wilhelms II. bildete den Hintergrund für die Geschichte des Alldeutschen Verbandes, wie wir sie nunmehr durch die 28 Jahre von der Entlassung Otto von Bismarcks durch den jungen Kaiser bis zum unseligen Ende des Hohenzollernreiches verfolgt haben. Das Bekenntnis zu dem großen Kanzler und seiner Schöpfung hatte einst die Gründer des AV zusammengeführt — „um sein Werk zu schützen und um dafür zu sorgen, daß die Regierung weiter in seinem Sinne geleitet wurde“,<sup>449</sup> wie es in immer wiederkehrenden alldeutschen Äußerungen hieß — und die Erinnerung an seine Persönlichkeit und sein Wirken bestimmte allezeit in stärkstem Maße die politische Haltung des Verbandes. Zugleich aber finden wir doch auch vom ersten Tage seines Bestehens an in seinen Reihen das lebendige Bewußtsein, daß eine neue Zeit hereingebrochen sei, die nicht das Beharren bei dem einmal erreichten Ziel, sondern ein tätiges Weiterschreiten und die kraftvolle Erfüllung neu gestellter Aufgaben von der Nation fordere. Symbolhaft hierfür mag uns erscheinen, daß es ein koloniales Abkommen war, das den äußeren Anstoß zum Zusammenschluß des AV gegeben hatte — das Anzeichen einer Epoche, die das Deutsche Reich über die ihm von Bismarck errungene kontinentale Machtstellung hinaus dem Beispiele der anderen Großstaaten folgend zur Teilnahme an weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Unternehmungen führte. So lag es zutiefst im Wesen der alldeutschen Bewegung vereint, in gleicher Weise rückwärts zu blicken auf die

---

449. A. Bl. 1918, Nr. 43.

einzigartige Erscheinung des Reichsgründers als den vorbildlichen Gestalter einer erfolggekrönten deutschen Politik und in junger, hoffnungsfreudiger Begeisterung vorwärts zu schauen auf den oft weit von der durch seine Worte und Taten gewiesenen Bahn abweichenden Weg in die erstrebte „größere“ Zukunft von Volk und Reich. Die daraus notwendig entspringende innere Spannung ihres Wollens brauchte den Alldeutschen freilich nicht allzusehr zum Bewußtsein zu kommen, da einmal die Einsicht ihrer Führer mit Recht die historische Bedingtheit vieler Maßnahmen und Äußerungen des Fürsten Bismarck anerkannte und andererseits in den Augen der meisten Anhänger des Verbandes die Person des Altreichskanzlers schon zu Lebzeiten mythische Züge angenommen hatte, wobei das Bild des wuchtigen, schwertgewaltigen Schmiedes der deutschen Einheit zumeist das Bild des vor allem ernst um die Erhaltung seines mühsam erkämpften Werkes gegenüber den zahlreichen schwer und nahe drohenden Gefahren sorgenden Staatsmannes zurückdrängte. \*

Das Gefühl der Verpflichtung für jeden einzelnen Bürger, der sich seiner Verantwortung vor den vergangenen und den kommenden Geschlechtern seines Volkes bewußt war, selbst mit in die Bresche zu springen, um auf dem Wege über die Bildung einer starken, national-gesinnten öffentlichen Meinung so weit als möglich den Verlust auszugleichen zu suchen, den Deutschland durch das Ausscheiden des in seiner ganzen Größe durch keinen Nachfolger ersetzbaren ersten Kanzlers erlitten hatte, bestimmte den Ausgangspunkt für die Tätigkeit des AV. Wir sahen, wie er zunächst daran ging, den schwersten Mangel zu beseitigen, mit dem die Mehrzahl der Deutschen aller Schichten behaftet erschien: das Fehlen des angeborenen nationalen Instinktes. Dazu sollte die gesamte rege Aufklärungsarbeit des Verbandes, seiner Leitung und seiner Untergliederungen, dienen, indem sie sich bemühte, immer weiteren Kreisen — in erster Linie aber den vornehmlich in seinen Reihen zusammengeschlossenen Angehörigen des gebildeten Bürgertums — zum „Erwerb der höchsten Form völkischen Sinnes“ zu verhelfen, „das heißt: bewußter Erkenntnis des Seins und der Ziele der Menschheit wie Völker, darauf gegründete klare Erfassung der Daseins- und

Zukunftsnotwendigkeiten des eigenen Volkes und daraus geformten, zielsicheren nationalen Willens“.<sup>450</sup> Darüber hinaus hofften die Alldutschen dann, daß es ihnen einst gelingen möge, im ganzen deutschen Volke jenes stolze völkische Selbstbewußtsein wachzurufen, das anderen Nationen längst zu eigen war, jenes Empfinden des „civis Germanus sum“, von dem der Kaiser gesprochen hatte und das es nach ihrer Ansicht allein ermöglichen würde, die vorherrschende nationale Gleichgültigkeit und egoistisch-materialistische Abkehr vom politischen Leben ebenso zu überwinden wie die weitverbreitete wirklichkeitsfremde weltbürgerliche Schwärmerei und den unheilvollen innerdeutschen parteipolitischen, wirtschaftlichen, konfessionellen und gesellschaftlichen Hader. Damit aber würde Deutschland erst zur erfolgreichen Inangriffnahme der vor ihm liegenden großen Zukunftsaufgaben fähig geworden sein.

In doppelter Richtung mußte sich nach alldentscher Anschauung die künftige Ausgestaltung des Deutschen Reiches vollziehen: es galt den deutschen „Nationalstaat“ zu vollenden und dem deutschen Volke eine sein Dasein und seine dauernde gesunde Entfaltung sichernde Stellung unter den Weltmächten zu erringen. Die erste Forderung entsprach der volksdeutschen Grundhaltung des AV, die schon in seinem Namen zum Ausdruck kam und aus der heraus er jedes reinstaatliche Denken verwarf und an die Spitze seiner Bestrebungen das Bekenntnis zur Verbundenheit aller Deutschen in der Welt setzte. Wir wissen, daß er hierbei nicht allein an die in die Ferne ausgewanderten Bürger des Reiches dachte, sondern in gleicher Weise die außerhalb der Grenzen von 1871 verbliebenen deutschen Stämme in jene „heimliche“ Gemeinschaft einschloß, die von der Pflege des gemeinsamen kulturellen Besitzes ausgehend im Laufe der Zeit — zumal unter dem Drucke der allenthalben angebahnten weltstaatlichen und -wirtschaftlichen Entwicklung — auf dem Wege über ein wirtschaftliches Zusammenwirken schließlich in einem freiwillig-geschlossenen engen politischen und militärischen Bundesverhältnis sichtbaren Ausdruck finden sollte. Allerdings müssen wir noch einmal betonen, daß die All-

---

450. Der Alldutsche Verband, eine Aufklärungsschrift, S. 5.



deutschen sich durchaus bewußt waren, mit diesen Gedanken nur ein „Hochziel“ zu verkünden, dessen Verwirklichung vielleicht erst ein viel späterer Abschnitt der deutschen Geschichte bringen werde, und daß sie keinen Augenblick daran dachten, etwa durch den Einsatz der Machtmittel des Reiches die Erfüllung dieser Wünsche beschleunigen zu helfen. Für die Innenpolitik Deutschlands aber ergab sich aus dieser nationalstaatlichen Einstellung des Verbandes — verstärkt zugleich durch die langsam in seine Reihen eindringenden neuen rassepolitischen Erkenntnisse — die Folgerung, eine Unterscheidung zwischen Staatsbürgern und Volksbürgern zu verlangen und für den Grundsatz einzutreten, daß das Deutsche Reich in erster Linie die Bestimmung habe, dem Wohle des deutschen Volkes zu dienen.

In die Zukunft hinaus wies auch das alldeutsche Verlangen nach einer Anteilnahme Deutschlands an den Bestrebungen der Großmächte, außerhalb des europäischen Festlandes Herrschafts- oder Einflußgebiete zu gewinnen. In Abkehr von dem Gefühl der „Saturiertheit“ sollte das deutsche Volk in der ihm vielleicht zum letzten Male gebotenen Stunde seinen Anspruch wahren, gleichberechtigt neben den anderen Nationen seinen „Platz an der Sonne“ einzunehmen. Wir haben gesehen, wie sich der AV von seiner Gründung an allezeit für die Förderung und eine den Bedürfnissen der modernen Wirtschaft und vor allem dem erwarteten Bedarf an Siedlungsland entsprechende Erweiterung des unter deutscher Flagge stehenden Kolonialbesitzes einsetzte und wie er dabei wiederholt dem Standpunkt Ausdruck gab, daß nicht die Wünsche einzelner Interessentengruppen sondern die Erfordernisse der Gesamtheit der Nation die Richtschnur für deutsche überseeische Unternehmungen bilden mußten. Der in der Erörterung dieser weltpolitischen Fragen mehrfach von alldeutscher Seite geäußerten Anschauung, daß jede künftige Machtverschiebung zugunsten eines anderen Großstaates zu einer ausgleichenden Entschädigung an das Deutsche Reich führen müsse, widersprachen freilich andere Stimmen aus den Reihen des Verbandes, die einer derartig ausgedehnten Beteiligung Deutschlands an imperialistischen Auseinandersetzungen den Vorrang der ihrer Lösung noch harrenden großen mitteleuropäischen Aufgabe des deutschen Volkes entgegenstellten. Gleichgültig aber, ob

Deutschland eine vorwärtsstrebende Politik innerhalb oder außerhalb des Kontinentes betreiben wollte, mußte es — zumal bei seiner ungünstigen Mittellage — mit dem heftigsten Widerstand anderer Nationen rechnen, und so war es nur eine selbstverständliche Folgerung, daß der AV stets auch für eine angemessene Ausgestaltung der militärischen Rüstung des Reiches auf dem Lande und zur See eintrat.

Dem Wollen und Wirken der Alldutschen blieb in der Vorkriegszeit, wie wir feststellen mußten, der erhoffte Widerhall im deutschen Volke versagt, soweit es die tätige Anteilnahme an den Bestrebungen des Verbandes betraf. Das Interesse der Mehrzahl der Deutschen galt — soweit sie überhaupt zu öffentlichen Angelegenheiten Stellung nahmen — nach wie vor in erster Linie innerpolitischen und kulturellen Fragen und den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, während die große völkisch-nationale Zielsetzung der alldutschen Bewegung nur wenig Verständnis fand. Der AV selbst aber verkannte weitgehend die Bedeutung, die die innere Entwicklung in Deutschland auch für jede außenpolitische Unternehmung des Reiches haben mußte und er übersah die Notwendigkeit, mit größter Schärfe den einer vorwärtsstrebenden nationalen Politik abträglichen Strömungen entgegenzutreten und auf der anderen Seite mit allen Mitteln eine gerechte Lösung der wachsenden sozialen Spannungen herbeizuführen zu suchen, anstatt „unachtsam“ an ihnen vorbeizugehen. So fand sich in den Reihen des AV, der nach den Plänen seiner Gründer und ersten Führer eine allumfassende Volksbewegung werden sollte, trotz allen redlichen Mühens tatsächlich nur — wie es einmal in den Alld. Blättern hieß<sup>451</sup> — „eine kleine Gruppe politisch-geschichtlich Höchstgebildeter“ zusammen, die gesellschaftlich fast ausschließlich dem bürgerlichen Mittelstand zuzurechnen waren.

Ebenso wenig wie auf die Masse des Volkes gewannen die Alldutschen jemals irgendwie nennenswerten Einfluß auf die politische Haltung oder einzelne entscheidende Maßnahmen der deutschen Regierung, wenn sie auch wiederholt mit Stolz an dieser Stelle ein — freilich langsames — Vordringen „alldeut-

---

451. A. Bl. 1917, Nr. 22.

scher“ Anschauungen feststellen zu können glaubten. Dagegen zeigten uns zahlreiche Beispiele, welch starker Gegensatz fast immer zwischen dem Verband und der Leitung des Reiches bestand. Während die Alldeutschen sich für befähigt und berechtigt hielten, auf Grund eingehender Beratung in den Körperschaften des Verbandes sich ein eigenes Urteil über die politische Lage und die sich aus ihr ergebenden Folgerungen zu bilden und darüber hinaus der so gewonnenen Ansicht in den eigenen Reihen und gegebenenfalls in einem größeren Kreise Ausdruck zu verleihen, wurde von der anderen Seite mehrfach auf die Gefährdung einer verantwortlichen Staatsführung durch einen solchen politischen „Dilettantismus“ hingewiesen. Da der AV der Überzeugung war, daß die gesamte auswärtige Politik des Deutschen Reiches seit dem Sturze Bismarcks „eine einzige Kette von Mißgriffen“ gewesen sei, betrachtete er es mit Recht als seine Pflicht, mit Nachdruck auf einen Wechsel dieses Kurses hinzuwirken. Er unterschätzte allerdings dabei die Erschwerungen, die durch Ungeschicklichkeiten im Laufe einer solchen Agitation für die an sich schon äußerst schwierige außenpolitische Lage Deutschlands eintreten konnten und eintraten. Hinzu kam, daß die deutsche Öffentlichkeit keine ausreichenden politischen Informationen von den amtlichen Stellen erhielt und daß deshalb in wichtigen Fragen der Weg der Reichspolitik selbst in politisch geschulten Kreisen leicht einer völlig falschen Beurteilung unterlag. Der ideale Zustand, daß die Regierung das hohe Ziel wies und es unter Berücksichtigung der politischen Gegebenheiten zu erreichen suchte und dazu in enger vertraulicher Zusammenarbeit einen starken Rückhalt an der Stimme einer einsatzbereiten öffentlichen Meinung gewann, fand in jener Zeit im Deutschen Reiche keinen Raum. Und so blieb auch — von geringen Ausnahmen abgesehen — das ehrliche Wollen der Alldeutschen und die Hingabe, mit der sie sich stets für das Wohl von Volk und Vaterland einzusetzen glaubten, in allen diesen Jahren für die praktische deutsche Politik völlig ungenutzt.

Diesen geringen Erfolgen der Wirksamkeit des AV gegenüber hatte die mißgünstige Betrachtung der alldeutschen Bewegung in einem großen Teile der deutschen Öffentlichkeit schon

lange vor dem Ausbruch des Weltkrieges einen beträchtlichen Umfang angenommen. Unter völliger Entstellung der wahren Absichten des Verbandes und unter steter Hervorkehrung der in einzelnen alldeutschen Äußerungen tatsächlich zutage getretenen Überschwenglichkeiten bekämpften international- und pazifistisch-gesinnte Gegner den AV als angeblichen Verfechter chauvinistischer Tendenzen und ernststen Gefährder eines weiteren friedlichen Zusammenlebens der Kulturnationen. In manchen intellektuellen Kreisen aber fürchtete man, daß — um Worte des Professors Delbrück zu gebrauchen — „der nationale Idealismus in Deutschland in Gefahr sei, in nationalen Fanatismus umzuschlagen“, und sah darin „die größte Gefahr für die Gesundheit der Volksseele, die es gibt“.<sup>452</sup> Die Ansichten über Einfluß und Bedeutung des Verbandes gingen dabei weit auseinander und unterlagen oft dem Wechsel, so daß derselbe Gelehrte — um ein Beispiel zu nennen — der noch 1911 die Alldeutschen als eine „zwar sehr rührige, aber gänzlich einflußlose Sekte“ bezeichnet hatte,<sup>453</sup> sie nur zwei Jahre später für eine „größere Gefahr“ für die Zukunft des Deutschen Reiches erklären konnte „als die Sozialdemokratie oder das Zentrum“.<sup>452</sup> Von den Vertretern der beiden letztgenannten Parteien endlich wurde immer wieder der Versuch gemacht, dem AV fernliegende innerpolitische oder konfessionelle Motive als die eigentlichen Triebkräfte seiner Tätigkeit auszugeben.

Besonders unfreundlich gestaltete sich „das Echo der alldeutschen Bewegung“ jenseits der deutschen Grenzen. Seit der Reichsgründung lebten die anderen Nationen in Sorge, daß Deutschland zu einem ihm gelegenen Zeitpunkt eine erneute Ausdehnung seines Machtbereiches herbeiführen werde, die seiner wachsenden Volkskraft und dem Aufschwung seines Wirtschaftslebens entsprach. So fand das Schreckbild des „Pangermanismus“ selbst in den grotesken Formen, in denen es vielfach verbreitet wurde, willige Aufnahme, vor allem bei den „besonders bedrohten“ Nachbarvölkern. Hinzu kam, daß das Ausland von

---

452. Delbrück, Vor und nach dem Weltkrieg, S. 403 u. 397 (zuerst: „Preußische Jahrbücher“, Dezember 1913).

453. Delbrück, a. a. O., S. 338 („Preuß. Jahrb.“, Mai 1911).



dem Willen des AV kaum je seine Kenntnis aus unmittelbarer Quelle erhielt — wogegen allein schon die Betrachtung der geringen Auflagenhöhe des alldutschen Schrifttums spricht — sondern es vornehmlich in der mißgünstigen Beleuchtung der innerdeutschen Gegner kennen lernte, zu denen ja die deutsche „Weltpresse“ fast ausnahmslos gezählt werden mußte. Hiermit verbanden sich dann die bewußt-böswilligen Entstellungen und Erfindungen, die von einer geschickten deutschfeindlichen Propaganda über das „Alldutschtum“ überall verbreitet wurden. Dabei aber wurden neben dem AV in gleicher Weise Bismarck und Treitschke, Fichte und Hegel, Nietzsche und Bernhardt, Kaiser Wilhelm II. und seine Kanzler, aber auch Paul Rohrbach und Maximilian Harden — um nur ganz wenige Namen aus der bunten Reihe herauszugreifen — in den Kreis der vermeintlichen Verfechter jener gefährlichen „pangermanischen“ Bestrebungen einbezogen.<sup>454</sup>

Der Ausbruch des Weltkrieges schien den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte des AV zu bringen. Sprunghaft erhöhte sich, wie wir sahen, die Zahl seiner Mitglieder und in zahlreichen Äußerungen wurde hervorgehoben, „daß sich die Alldutschen von allen Politikern als die klarsten Beobachter der Lage und die sichersten Propheten der Ereignisse gezeigt“ hätten.<sup>455</sup> Wie nie zuvor bot sich für den Verband die Möglichkeit, seine Gedanken in die durch die allgemeine nationale Begeisterung für sie aufnahmebereiter gewordene Masse des Volkes zu werfen. Zugleich aber hofften die Alldutschen, daß dieser dem Deutschen Reich von seinen Feinden aufgezwungene ungeheure Krieg nicht nur siegreich beendet, sondern auch ein der schweren Opfer, die er verlangte, würdiges Ergebnis haben werde, d. h. daß in dieser Schicksalsstunde von den verantwortlichen Führern der Nation alle Lebensnotwendigkeiten für die

---

454. So entfallen etwa in der vierbändigen Dokumentensammlung über den „Pangermanismus“, die eine Anzahl Pariser Professoren in den ersten Kriegsjahren zusammengestellten, von den insgesamt 1548 Seiten nur 246 (!) auf Äußerungen von Mitgliedern des AV und das gesamte Schrifttum des Verbandes. (Claus beanspruchte 32 Hasse 40 Seiten, dagegen Rohrbach 93 und Harden sogar 106 Seiten!).

455. Hofmiller in den „Süddeutschen Monatsheften“ (nach A. Bl. 1915, Nr. 13).

deutsche Zukunft erkannt und erstritten würden: die dauerhafte Sicherung des Reiches nach außen und die Schaffung der Voraussetzungen für die innere Gesundung des deutschen Volkes. Dieser Aufgabe zu dienen, hatte der AV die Kriegszielbewegung hervorgerufen, deren einzelne Forderungen und deren Verlauf wir ausführlich geschildert haben. Wir haben gleichfalls gesehen, wie auf der anderen Seite die Widersacher des Verbandes trotz des bestehenden Burgfriedens heftiger denn je ihre Angriffe gegen ihn richteten. Zu den anderen aus der Friedenszeit bekannten Vorwürfen gesellte sich jetzt vor allem die Beschuldigung, daß die Alldeutschen diesen schweren Daseinskampf absichtlich herbeigeführt und daß sie gleichzeitig durch ihre ausschweifenden „napoleonischen“ Pläne den Gegnern die scheinbare Berechtigung für ihren auf der ganzen Erde gegen Deutschland ins Werk gesetzten „moralischen“ Feldzug geliefert hätten. Man bezichtigte den AV weiter, daß durch seine Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Regierung der rechtzeitige Abschluß eines günstigen Verständigungsfriedens vereitelt und durch sein Eintreten für Annexionen und seine Unterstützung einer „militaristisch-reaktionären Politik“ die innere Spaltung des deutschen Volkes verursacht worden sei, deren natürliche Folge dann der deutsche Zusammenbruch bildete. Der sozialdemokratische Parteivorstand ging später — in einer am 28. Juni 1919 im „Vorwärts“ veröffentlichten Kundgebung<sup>456</sup> — schließlich so weit, das Dokument von Versailles als das Ergebnis der angeblich „von den Alldeutschen bestimmten deutschen Politik“ vor 1918 zu bezeichnen. Tatsächlich aber war — wie wir sahen — gerade in den Kriegsjahren der Gegensatz zwischen dem AV und der Leitung des Reiches zur höchsten Schärfe gediehen, und auch die Beziehungen des Verbandes zu den militärischen Stellen waren (trotz der in vielen Anschauungen freilich weit größeren Übereinstimmung) niemals derart, daß sie ihm einen maßgebenden Einfluß auf ihre politischen Entscheidungen gewährten.

Am Ende einer 28 jährigen Arbeit, die einzig und allein der Sache des deutschen Volkes gewidmet war, konnte der AV nicht

---

456. nach: von Liebig, Der Betrug am deutschen Volke, S. 64.

voll Freude auf die Erfüllung der von ihm in Angriff genommenen großen Aufgaben verweisen, sondern mußte bekennen, daß er „am Grabe stolzer Hoffnungen“ stand. Es war ihm nicht beschieden, jemals jene führende Stellung in der öffentlichen Meinung Deutschlands einzunehmen, die die unbedingte Voraussetzung für den Erfolg seines Wirkens gewesen wäre. Manche bedeutsamen zukunftsweisenden Gedanken hatten innerhalb des Verbandes eine Heimstatt gefunden, und mit dem ernstesten, völkischen Pflichtbewußtsein, das seine Führer und wohl den größten Teil seiner Mitglieder im Gegensatz zu vielen ihrer Zeitgenossen auszeichnete, hatte der AV ihre Verwirklichung zu erreichen gesucht. Aber es waren nicht nur die einer Einflußnahme einer freien politischen Vereinigung durch die Staatsform gezogenen Schranken und die besondere Ablehnung, die die Tätigkeit der Alldutschen zumeist bei den Regierungen des Reiches fand, es war auch nicht allein die heftige feindselige Beurteilung durch seine zahlreichen Gegner in der Heimat und im Ausland und es waren endlich nicht so sehr Fehler seiner Haltung in einzelnen der von ihm behandelten politischen Fragen, die seine Bemühungen zum Scheitern brachten. Daß der Verband es vielmehr nicht verstand, die Herzen und Hirne der breiten Massen des deutschen Volkes für seinen Kampf zu gewinnen — wie er es zunächst durchaus erstrebt hatte — daß er späterhin sogar mehr und mehr bewußt darauf verzichtete, sich dieser Aufgabe zu unterziehen und sich darauf beschränkte, aus den Reihen des gebildeten nationalen Bürgertums seine Anhängerschaft zu ergänzen und diesen verhältnismäßig kleinen Kreis mit seinen Idealen zu erfüllen — darin müssen wir den entscheidenden Grund sehen für das geschichtliche Versagen einer mit so hohen Zielen begonnenen und stets von völkischem Einsatzwillen getragenen Bewegung, wie sie der Alldutsche Verband in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges darstellte.

## Literatur.

### *1. Schrifttum des Alldeutschen Verbandes.*

(A. Bl. = Alld. Blätter; A. K. = Zwanzig Jahre alld. Arbeit und Kämpfe; A. M. = Mitteilungen d. ADV.)

- Alldeutsche Blätter, Jahrgänge 1894 bis 1919 (sowie einzelne Nummern späterer Jahrgänge).  
Alldeutsches Werbe- und Merkbüchlein, 2. Auflage, München 1899.  
Allgemeiner Deutscher Verband, Aufruf! (Flugblatt) Berlin o. J. (1891).  
Bassenge, Eduard: Deutschlands Weltstellung und die nächsten Aufgaben deutscher Politik (Fl. Heft 9), München 1899.  
Baßler, Theodor: Das Deutschtum in Rußland (KD. Heft 12), München 1911.  
Bericht über den Alldeutschen Verbandstag in Hannover am 15. September 1918. Berlin o. J. (1918).  
Bley, Fritz: Die Weltstellung des Deutschtums (KD. Heft 1), München 1897.  
— Die alldeutsche Bewegung und die Niederlande (KD. Heft 11), München 1897.  
— Südafrika niederdeutsch! (KD. Heft 17), München 1898.  
\* Bongartz-Kolmar: Die Lage der Volksschule im Reichsland Elsaß-Lothringen (Fl. Heft 32), Leipzig 1912.  
Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig und Berlin 1920.  
Claß, Heinrich: Die Bilanz des neuen Kurses (Fl. Heft 16), Berlin 1903.  
Claß/Reventlow: Reinertrag der Reichspolitik seit 1890; 51/55. Tausend von „Die Bilanz...“, erweiterte Auflage (Sammlung „Kultur und Leben“, Band 15), Berlin 1909.  
Claß, Heinrich: Marokko verloren?, ein Mahnruf in letzter Stunde (Fl. Heft 17), Berlin 1904.  
— West-Marokko deutsch! (Fl. Heft 29), 21/30. Tausend, München 1911.  
Der Alldeutsche Verband im Jahre 1901 (Tätigkeits- u. Kassenbericht), Berlin 1902.



- Der Alldeutsche Verband, eine Aufklärungsschrift, herausgegeben von der Hauptleitung, Mainz o. J. (1916).
- Der Alldeutsche Verband (Werbeschrift) Berlin o. J. (1925).
- Der Kampf um das Deutschtum, Schriftenreihe, herausgegeben im Auftrag des Alldeutschen Verbandes (die Hefte sind nach ihren Verfassern geordnet mit dem Zusatz: KD. Heft... einzeln angeführt).
- Deutschland Ansprüche an das türkische Erbe (Fl. Heft 2), München 1896.
- Die Polen im Rheinisch-Westfälischen Steinkohlenbezirk, herausgegeben vom Gau „Ruhr und Lippe“ des Alldeutschen Verbandes, München 1901.
- Faure, A.: Das Deutschtum in Süd-Rußland und an der Wolga (Fl. Heft 26), München 1907.
- Flugschriften des Alldeutschen Verbandes (die Hefte sind nach ihren Verfassern geordnet mit dem Zusatz: Fl. Heft... einzeln angeführt).
- Geiser, Alfred: Die russische Revolution und das baltische Deutschtum (Fl. Heft 25), München 1906.
- Genügt Deutschlands Wehrkraft zur See?, ein Mahnruf (Fl. Heft 4). München 1897.
- Goebel, Julius: Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten von Nordamerika (KD. Heft 16), München 1904.
- Grell, Hugo: Der Alldeutsche Verband, seine Geschichte, seine Bestrebungen und Erfolge (Fl. Heft 8), München 1898.
- Hänsch, Felix: Grundzüge deutscher Siedlungspolitik in den Kologien (Fl. Heft 31), Mainz 1912.
- Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 21. Auflage, Kriegsjahr 1917 — 22. Auflage, Kriegsjahr 1918.
- Hasse, Ernst: Deutsche Weltpolitik (Fl. Heft 5), München 1897.
- Haug, Hermann: Haben wir etwas zu bereuen?, Vortrag in der Ortsgruppe Stuttgart des AV, gehalten am 6. 12. 1918, o. O. u. J. (1918).
- Heinz, Wilhelm: Deutsche Besiedelung (Fl. Heft 34), 2. Auflage, Mainz 1913.
- Hensing, Karl: Die Ausländerfrage an den deutschen Hochschulen (Fl. Heft 24), München 1905.
- Heyck, Eduard: Die geschichtliche Berechtigung des deutschen Nationalbewußtseins (Fl. Heft 1), München 1897.
- Hötzsch, Otto: Die dringendsten Aufgaben der Polenpolitik (Fl. Heft 27), München 1907.
- Hofmann von Wellenhof, P.: Steiermark, Kärnten, Krain und Küstenland (KD. Heft 8), München 1899.
- Hunziker-Aarau: Schweiz (KD. Heft 10), München 1898.
- Jung, Emil: Das Deutschtum in Australien und Ozeanien (KD. Heft 19), München 1902.
- Klingemann, Carl: Grenzen alldeutscher Arbeit (Fl. Heft 28), Mainz 1910.

- Kloß, M.: Die Arbeit des Alldeutschen Verbandes im Kriege, herausgegeben von der Hauptleitung, München 1917.
- Kuhlenbeck, Ludwig: Rasse und Volkstum (Fl. Heft 23), München 1905.
- Kundgebungen, Beschlüsse und Forderungen des Alldeutschen Verbandes 1890—1902 (Fl. Heft 14), München 1902.
- ✱ Lehr, Adolf: Warum die deutsche Flotte vergrößert werden muß? (Fl. Heft 10), München 1899.
- von Liebert, Eduard: Nationale Forderungen und Pflichten (Fl. Heft 20), München 1905.
- Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Verbandes Berlin 1891/1893.
- Nabert, H.: Das Deutschtum in Tirol (KD. Heft 7), München 1901.
- Perthes, Justus: Alldeutscher Atlas, bearbeitet von Paul Langhans, unter Förderung des Alldeutschen Verbandes, Gotha 1900.
- Petersen, Julius: Das Deutschtum in Elsaß-Lothringen (KD. Heft 5), München 1902.
- Petzet, Christian: Die preußischen Ostmarken (KD. Heft 3), München 1898.
- Graf von Pfeil, Joachim: Warum brauchen wir Marokko? (Fl. Heft 18), München 1904.
- Deutsch-Südwest-Afrika, jetzt und später (Fl. Heft 21), München 1905.
- Prade, Heinrich: Die Behandlung der nationalen Minderheiten und die Lage des Deutschtums in Böhmen (Fl. Heft 3), München 1896.
- Reismann-Grone, Theodor: Die slawische Gefahr in der Ostmark (Fl. Heft 11), München 1899.
- Die deutschen Reichshäfen und das Zollbündnis mit den Niederlanden (Fl. Heft 12), München 1899.
- Reismann-Grone/von Liebert: Überseepolitik oder Festlandspolitik? (Fl. Heft 22), München 1905.
- Graf zu Reventlow, Ernst: Die Reichsfinanzreform eine nationale Frage, verfaßt im Auftrage des Alldeutschen Verbandes, Leipzig o. J. (1909).
- Schöhl, Eugen: Die Polenfrage in Oberschlesien (Fl. Heft 30), Mainz 1911.
- Schultheiß, Fr. Guntram: Deutschnationales Vereinswesen (KD. Heft 2), München 1897.
- Deutschtum und Magyarisierung in Ungarn und Siebenbürgen (KD. Heft 9), München 1898.
- Alldeutschland an der Jahrhundertwende 1800—1900 (Fl. Heft 13), Mainz 1912.
- Türk, Karl: Böhmen, Mähren und Schlesien (KD. Heft 6), München 1898.
- Unold, Johannes: Das Deutschtum in Chile (KD. Heft 13), München 1900.

- Was bedeutet, was leistete, was will der Alldeutsche Verband? (Flugblatt, herausgegeben von der Ortsgruppe Dresden des AV) Dresden o. J. (1924).
- Werner, Reinhold: Die deutsche Flotte (Fl. Heft 7), 6./9. Tausend, München 1898. ✕
- Weyer, Bruno: Deutschlands Seegefahren, der Verfall der deutschen Flotte und ihr geplanter Wiederaufbau (Fl. Heft 6), 15./17. Tausend, München 1898. ✕
- Winterstein, Franz: Kleindeutschland, ein Kehr Bild (Fl. Heft 15), München 1903.
- Wintzer, Wilhelm: Die Deutschen im tropischen Amerika (KD. Heft 15), München 1900.
- Ziehen, Julius: Über Volkserziehung im nationalen Sinn (Fl. Heft 19), München 1904.
- Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, herausgegeben von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1910.

## 2. Schriften alldeutschen Charakters.

### A.

- Claß, Heinrich: Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege (als Handschrift gedruckt) (1914).  
dazu: (gedruckte) Briefe an die Empfänger der Denkschrift vom 22. 12. 1914 (Begleitschreiben) und vom 15. 1. 1915 (Mitteilung von der Beschlagnahme usw.).
- Zum deutschen Kriegsziel, eine Flugschrift, München 1917.
  - Demokratie und Demokratie (Sonderabdruck aus der „Deutschen Zeitung“, Nr. 302 vom 16. 6. 1917).
  - Wider den Strom, Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932.
- Daniel Frymann (Heinrich Claß): Wenn ich der Kaiser wär' — Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, Leipzig 1912.
- „Der Panther“, Deutsche Monatsschrift für Politik und Volkstum, 3. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1915 (dem Alldeutschen Verband zum 25jährigen Bestehen gewidmete Sondernummer mit Beiträgen von Claß, A. Gebhard, Frhr. v. Gebstättel, Klingemann, Sontag und v. Vietinghoff-Scheel).
- Einhart (Heinrich Claß): Deutsche Geschichte, 1. Auflage — Leipzig 1909; 11. erw. Auflage — Leipzig 1922.
- Hänsch, Felix: An der Schwelle des größeren Reiches, Deutsche Kriegsziele in politisch-geographischer Begründung, München 1917.
- Hasse, Ernst: Deutsche Politik, Band I, Heft 1/4; Band II, Heft 1, München 1905/1908.

- Junius Alter: Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode, eine Studie Bethmann-Hollweg'scher Politik, 2. Ausgabe, München 1919.
- Frhr. von Liebig, Hans: Der Betrug am deutschen Volke, große Ausgabe (Zusammensetzung der politischen Übersichten aus „Deutschlands Erneuerung“), München 1919.
- Reismann-Grone, Theodor: Der Erdenkrieg und die Alldeutschen (gegen die offizielle Politik des Alldeutschen Verbandes gerichtete Schrift) Mülheim/Ruhr o. J. (1919).
- von Vietinghoff-Scheel, Leopold: Die Sicherheiten der deutschen Zukunft, Leipzig 1915.

#### B.

- Hasse als Politiker, herausgegeben von der Vereinigung zur Wiederwahl Hasses in den Reichstag, Leipzig 1898.
- ✕ Hugenberg, Alfred: Streiflichter aus Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 1927.
- Junius Alter: Nationalisten, Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit (darin die Abschnitte: Claß, Hugenberg, Graf Reventlow), Leipzig 1930.
- Keim, August: Erlebtes und Erstrebtes, Lebenserinnerungen, Hannover 1925.
- von Liebert, Eduard: Aus einem bewegten Leben, Erinnerungen, München 1925.
- Schemann, Ludwig: Von deutscher Zukunft, Gedanken Eines, der auszog, das Hoffen zu lernen, Leipzig 1930.

### 3. Schriften über und wider den Alldeutschen Verband und „das Alldeutschtum“.

#### A.

- Leupolt, Erich: Die Außenpolitik in den bedeutendsten politischen Zeitschriften Deutschlands 1890—1919 („Das Wesen der Zeitung“, Bd. II, Heft 3), Leipzig 1933 (behandelt neben drei weiteren Zeitschriften die „Alldeutschen Blätter“).
- Wertheimer, Mildred S.: The Pan-German League 1890—1914. Phil. Diss. New York 1924.

#### B.

- Andler, Charles: Die alldeutsche Bewegung, ihre Pläne deutscher Ausbreitung in der Welt (übersetzt von Jacques Hatt; Abhandlungen und Dokumente über den Krieg, Heft 8), Paris 1915.



Collection de documents sur le pangermanisme, publiés sous la direction de M. Charles Andler (Band I/IV), Paris 1915/1917.

Delbrück, Hans: Vor und nach dem Weltkrieg, politisch-historische Aufsätze 1902/1925, Berlin 1926.

— Krieg und Politik 1914/1918 (Teil I/III), Berlin 1918/1919 (beide Werke enthalten zahlreiche Aufsätze, in denen D. zum Alldeutschtum Stellung nimmt).

Der Tag des Deutschen, eine Schriftenreihe, herausgegeben von Martin Wenck, ab Heft 4 von Martin Hohohm, Heft 1/11, Jena/Berlin 1917/1918, besonders angeführt seien die Hefte:

1. Baumgarten, Otto: Das Echo der alldeutschen Bewegung in Amerika.

2. Wenck, Martin: Alldeutsche Taktik.

6./7. Hohohm, Martin: Vaterlandspolitik, erste Auswahl aus der „Deutschen Korrespondenz“.

10. Rohrbach, Paul: Die alldeutsche Gefahr.

Die Volksaufklärung, Flugschriften, herausgegeben von Martin Hohohm, Heft 1/3, Jena 1917, besonders angeführt sei Heft:

1. Aner, Karl: Hammer oder Kreuz? Eine Abwehr alldeutscher Denkart im Namen des deutschen Christentums.

Hohohm/Rohrbach: Die Alldeutschen (Band II von „Chauvinismus und Weltkrieg“, herausgegeben von Paul Rohrbach), Berlin 1919. \*

Vaterlandsdienst, Flugblätter der „Deutschen Korrespondenz“, Heft 1/7, Berlin 1918.

#### 4. Sonstige Literatur.

Fischel, A.: Der Panlawismus bis zum Weltkrieg, ein geschichtlicher Überblick, Stuttgart 1919.

Franz, Günther: Bismarcks Nationalgefühl, Leipzig/Berlin 1926.

Fuchs, Gustav: Der deutsche Pazifismus im Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte der nachbismarckischen Zeit und des Weltkrieges, Heft 4), Stuttgart 1928.

von Hagen, Maximilian: Bismarcks Kolonialpolitik, Gotha, 1923. \*

Hohlfeld, Johannes: Der Kampf um den Frieden 1914—1919, Leipzig/Wien 1919.

Kapp, Wolfgang: Die nationalen Kreise und der Reichskanzler (die Maidenschrift aus dem Jahre 1916), Gera-Langenberg 1919.

de Lagarde, Paul: Deutsche Schriften, Gesamtausgabe letzter Hand, 4. Auflage, Göttingen 1903.

Lange, Friedrich: Reines Deutschtum, Grundzüge einer nationalen Weltanschauung, 2. Auflage, Berlin 1894.

Lanick, Alfred: Klarheit über die Kriegsziele, mit einem Anhang: Zusammenstellung wichtiger Kriegszieläußerungen und Denkschriften, Heidelberg 1917. \*

- Lenz, Max: Deutschland im Kreise der Großmächte 1871—1914 (Einzelschriften zur Politik und Geschichte, Heft 12), Berlin 1925.
- Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat, München 1908.
- Peters, Karl: Wie Deutsch-Ostafrika entstand (Voigtländers Quellenbücher, Band 37), Leipzig 1912.
- Rapp, Adolf: Großdeutsch — Kleindeutsch („Der deutsche Staatsgedanke“), München 1922.
- Graf zu Reventlow, Ernst: Deutschlands auswärtige Politik 1888—1914, 2. Auflage, Berlin 1915.
- Deutscher Sozialismus, Weimar 1930
- Rohrbach, Paul: Der deutsche Gedanke in der Welt, 61./75. Tausend, Leipzig 1912.
- Schemann, Ludwig: Fünfundzwanzig Jahre Gobineau-Vereinigung 1894/1919, ein Rückblick, Straßburg/Berlin 1919.
- Schnee, Heinrich: Nationalismus und Imperialismus, Berlin 1928.
- Schultheß: Europäischer Geschichtskalender, 1890 ff.
- Sell, Manfred: Die deutsche öffentliche Meinung und das Helgolandabkommen im Jahr 1890. Phil. Diss. Köln 1926.
- Spahn, Martin: Die Großmächte, Richtlinien ihrer Geschichte, Maßstäbe ihres Wesens, Berlin/Wien 1918.
- Bismarck, 3. Auflage, M.-Gladbach 1922.
- Stauff, Philipp: Das deutsche Wehrbuch (Übersicht über die völkisch-nationalen Vereinigungen und ihre Ziele), Wittenberg 1912.
- Tönnies, Ferdinand: Kritik der Öffentlichen Meinung, Berlin 1922.
- von Treitschke, Heinrich: Zehn Jahre deutscher Kämpfe, Schriften zur Tagespolitik, 2. Auflage, Berlin 1879.
- Volkman, Erich: Die Annexionsfragen des Weltkrieges, Gutachten (Das Werk des Untersuchungsausschusses, 4. Reihe: „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918“, Band 12, I), Berlin 1929.
- Ziekursch, Johannes: Politische Geschichte des neuen deutschen Kaiserreiches, Band II/III, Frankfurt 1927/1930.



